



Monatsbericht November 2021

73. Jahrgang
Nr. 11

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Tel.: 069 9566-3512
E-Mail: www.bundesbank.de/kontakt

Internet: www.bundesbank.de

Publizistische Verwertung nur mit Quellen-
angabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
19. November 2021, 11:00 Uhr.

Ein Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken kann unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2021	5
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zu den möglichen Auswirkungen eines starken Abschwungs auf dem chinesischen Immobilienmarkt</i>	<i>14</i>
<i>Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten längerfristigen Fiskalpakete in den USA</i>	<i>18</i>
Geldpolitik und Bankgeschäft	28
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	<i>29</i>
Finanzmärkte	42
Konjunktur in Deutschland	52
Öffentliche Finanzen	64
<i>EU-Fiskalregeln: zur aktuellen Reformdiskussion</i>	<i>76</i>

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum.....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken.....	20•
Mindestreserven.....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt.....	50•
Finanzierungsrechnung.....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland.....	66•
Außenwirtschaft.....	75•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank.....	85•

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2021

Überblick

Knappheiten bremsen Aufschwung und lassen Preise verstärkt steigen

Weltwirtschaftliche Erholung deutlich an Schwung verloren

Die Erholung der Weltwirtschaft verlor im dritten Vierteljahr 2021 deutlich an Schwung. Gravierende Knappheiten bei Vorleistungsgütern behinderten in vielen Regionen die Wirtschaftsaktivitäten. Mit der Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus verstärkten sich in einigen Ländern zudem wieder die pandemiebedingten Belastungen. Bisweilen kamen noch weitere Bremsfaktoren hinzu. So verlangsamte sich in China das Wirtschaftswachstum auch wegen der Probleme am Immobilienmarkt. In den USA trugen witterungsbedingte Produktionsausfälle sowie das Auslaufen fiskalischer Transferzahlungen zur konjunkturellen Abschwächung bei. Im Vereinigten Königreich büßte die Erholung ebenso spürbar an Tempo ein. Im Euroraum legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwar erneut kräftig zu, aber im Verlauf des Quartals verlor der Aufschwung auch hier erheblich an Kraft.

Globale Industrie leidet zunehmend unter Materialmangel

Vor allem das Verarbeitende Gewerbe litt unter der Knappheit wichtiger Vorprodukte. Bereits seit Monaten hatten Unternehmen verschiedenster Branchen über steigende Zulieferzeiten geklagt. Die Verzögerungen wirkten sich nun zunehmend auf die nachgelagerten Fertigungsstufen aus. Trotz gut gefüllter Auftragsbücher sank die globale Industrieproduktion im Verlauf des dritten Vierteljahres merklich, und der Weltmarkt blieb ohne Schwung.

Verbraucherpreisanstieg weltweit nochmals verstärkt

Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkte sich in den letzten Monaten weltweit nochmals. Ein Grund hierfür war, dass auf den Märkten für fossile Energieträger eine hohe Nachfrage auf ein knappes Angebot stieß. In der Folge zogen die Notierungen erheblich an. Insbesondere die Erdgaspreise erreichten neue Rekordstände. Zudem hoben einige Unternehmen in Branchen, die stark unter pandemiebedingten Einschränkungen

gelitten hatten, ihre Preise kräftig an. Schließlich scheinen Erzeuger den schon länger anhaltenden Kostendruck vermehrt an die Endkunden weiterzugeben. In den Industrieländern insgesamt verstärkte sich der Anstieg der Verbraucherpreise bis Oktober auf 4,8 % im Vorjahresvergleich. Ohne Energie und Nahrungsmittel waren es 3,4 %. Auch für die nächsten Monate lässt der anhaltende Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise weitere Preisüberwälzungen auf die Verbraucher erwarten. Allerdings sollte mit der allmählichen Überwindung von Angebotsengpässen der damit verbundene Preisschub nachlassen. Es besteht aber die Gefahr, dass sich der verstärkte Preisanstieg verfestigt, etwa aufgrund höherer Inflationserwartungen. Vor diesem Hintergrund begannen erste Notenbanken in den Industrieländern damit, den Ausstieg aus der sehr lockeren Geldpolitik einzuleiten. Viele Schwellenländer sind bereits seit Längerem dabei, ihre Geldpolitik deutlich zu straffen.

Die internationalen Finanzmärkte standen im bisherigen Verlauf der zweiten Jahreshälfte unter dem Eindruck überraschend hoher Inflationsraten und steigender Inflationserwartungen. Die Marktteilnehmer korrigierten vor allem für die kommenden zwei Jahre ihre Inflationserwartungen sukzessive nach oben. So lagen die marktbasieren erwarteten durchschnittlichen Jahresinflationsraten für das Jahr 2022 in vielen Währungsräumen zuletzt sehr deutlich über 2 %, im Euroraum bei 3 %. Die steigenden Inflationserwartungen schlugen sich auch in der Einschätzung nieder, dass die Notenbanken möglicherweise schneller geldpolitisch reagieren würden, als diese bislang verlautbart hatten. Vor diesem Hintergrund stiegen bis Ende Oktober weltweit die nominalen Zinsen, vor allem im kurzen Laufzeitbereich. Der Beschluss der Federal Reserve (Fed), die Netto-Anleihekäufe stufenweise zu reduzieren, war weitgehend erwartet worden. Zuletzt traten die großen Notenbanken aber den Erwartungen

Finanzmärkte unter dem Einfluss hoher Inflation und erwarteter geldpolitischer Reaktion

einer rascheren geldpolitischen Straffung kommunikativ entgegen. Dies trug dazu bei, dass die Renditen vielerorts über das gesamte Laufzeitspektrum wieder fielen. Im Ergebnis stiegen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in den USA und im Vereinigten Königreich verglichen mit Ende Juni merklich an, während sie im Euroraum nahezu unverändert blieben. Die Renditen von Anleihen europäischer Unternehmen der Ratingklasse BBB zogen im Ergebnis leicht an. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen am europäischen Anleihemarkt damit aber weiterhin sehr günstig. Die Aktienmärkte verbuchten weltweit Kurssteigerungen. Kursstützend wirkten dabei eine gute Berichtssaison und höhere Gewinnerwartungen der Unternehmen. Sorgen über den weiteren Verlauf der Pandemie traten bei den Marktteilnehmern zunächst etwas in den Hintergrund, nahmen zuletzt aber wieder zu. Die geschilderten Erwartungen über die Inflationsentwicklung und die zukünftige Geldpolitik in den einzelnen Währungsräumen prägten auch das Geschehen an den Devisenmärkten. Im Ergebnis wertete der US-Dollar auf breiter Basis auf, wohingegen der Euro in effektiver Rechnung an Wert verlor.

*Geldpolitik:
moderate
Reduktion der
PEPP-Käufe
gegenüber den
beiden Vor-
quartalen*

Im September gelangte der EZB-Rat zu der Einschätzung, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn die Nettokäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) gegenüber den beiden Vorquartalen moderat reduziert werden. Auf seiner geldpolitischen Sitzung im Oktober bestätigte er diese Einschätzung. Die Nettoankäufe werden mit einem unveränderten voraussichtlichen Gesamtumfang von 1 850 Mrd € mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchgeführt, bis die Phase der Coronakrise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Wenn günstige Finanzierungsbedingungen mit einem insgesamt geringeren Kaufvolumen aufrechterhalten werden können, muss der Umfang von 1 850 Mrd € nicht voll ausgeschöpft werden. Genauso kann der Gesamtumfang erforderlichenfalls auch erhöht werden.

Das breit gefasste Geldmengenaggregat M3 verzeichnete auch im dritten Quartal 2021 eine deutliche Ausweitung. Die Nettozuflüsse blieben jedoch merklich unter denen zu Beginn der Pandemie. Damit setzte sich die Normalisierung des Geldmengenwachstums fort. Auf der Seite der Gegenposten stützten die fortgesetzten Wertpapierankäufe des Eurosystems das Geldmengenwachstum. Auch die inländische Buchkreditvergabe der Banken legte deutlich zu: Zum einen nahm die Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Buchkrediten Schwung auf, da ihr Mittelbedarf für Investitionszwecke stieg. Zum anderen blieb die Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten hoch. Zugleich berichteten die in der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken, dass sie ihre Kreditrichtlinien im dritten Quartal nur bei den Wohnungsbaukrediten verschärft hatten.

Allmähliche Normalisierung des Geldmengenwachstums

Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland erholte sich im Sommer 2021 weiter kräftig. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge wuchs das reale BIP gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,8%. Seinen Vorkrisenstand vom vierten Quartal 2019 unterschritt es noch um 1,1%. Die Erholung wurde von einem starken Zuwachs im Dienstleistungssektor getragen. Hier gab es durch die Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in einigen Bereichen kräftige Aufholeffekte, die allerdings schon im Verlauf der Sommermonate deutlich nachließen. Dagegen ging die Produktion in der Industrie weiter zurück. Ausschlaggebend hierfür war, dass sich die Knappheiten bei Vorprodukten und Rohstoffen in den Sommermonaten noch verschärften. Besonders stark betraf dies erneut die Automobilbranche. Auch die Baubranche litt unter Materialknappheiten. Außerdem nahm die Behinderung der Produktion durch fehlende Arbeitskräfte hier besonders stark zu. Insgesamt kam die Wirtschaft zwar mit sehr viel Schwung aus dem zweiten Vierteljahr, legte dann aber im Verlauf des Sommerquartals wohl nicht mehr zu.

Deutsche Wirtschaftsleistung im Sommer 2021 kräftig gestiegen

*Privater Konsum
wichtigster
Wachstums-
treiber*

Auf der Nachfrageseite war, wie schon im Vorquartal, der private Konsum der wichtigste Wachstumstreiber für die Erholung im Sommer. Hier machten sich vor allem starke Aufhol-effekte bemerkbar, die mit der Lockerung eines Großteils der Eindämmungsmaßnahmen einhergingen. Die Investitionen und die Ausfuhren wurden dagegen von den Lieferproblemen in der Industrie stark beeinträchtigt. Die gewerblichen Investitionen in neue Ausrüstungen und Anlagen dürften daher deutlich gesunken sein. Die Warenausfuhren gingen – trotz einer weiterhin hohen Auslandsnachfrage – erheblich zurück. Die Dienstleistungsexporte dürften dagegen stark gestiegen sein. Diese machen jedoch nur einen vergleichsweise geringen Anteil an den gesamten deutschen Ausfuhren aus.

*Buchkreditver-
gabe deutscher
Banken an
inländischen
Privatsektor kräf-
tig ausgeweitet*

Das Kreditgeschäft der Banken in Deutschland entwickelte sich im dritten Quartal dynamisch. Abermals nahm die Kreditvergabe an private Haushalte zu. Zurückzuführen war dies auf die erneut hohe Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, die durch die weiterhin ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt wurde. Die Kreditrichtlinien im Bereich der privaten Baufinanzierung wurden per saldo geringfügig verschärft. Auch die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen legten kräftig zu, insbesondere im langfristigen Laufzeitbereich. Bestimmend hierfür war die weitere Erholung der wirtschaftlichen Aktivität, die mit einem höheren Finanzierungsbedarf insbesondere der binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren – wie der Bau- und Immobilienbranche – einherging.

*Arbeitsmarkt
im Sommer
erheblich erholt,
zuletzt ließ
Schwung
jedoch nach*

Der Arbeitsmarkt erholte sich in den Monaten Juni und Juli sehr kräftig. Vor allem infolge der hartnäckigen Lieferschwierigkeiten in der Industrie und des nachlassenden Schubs von Lockerungen pandemiebedingter Einschränkungen im Dienstleistungsbereich ließ der Schwung im Laufe des Sommerquartals allerdings nach. Das Beschäftigungsniveau erhöhte sich gleichwohl im Vorquartalsvergleich ganz erheblich, die Arbeitslosigkeit sank substantiell, und der Einsatz der Kurzarbeit konnte massiv herunter-

gefahren werden. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten weiter in diesem Ausmaß verbessert.

Die Tarifverdienste stiegen im Sommer nur gering, wozu auch ein Basiseffekt in der Metall- und Elektroindustrie beitrug. Die Effektivverdienste dürften im dritten Quartal merklich stärker gestiegen sein als die Tarifverdienste. Hauptgrund dafür ist die gesunkene Kurzarbeit. Die betroffenen Arbeitnehmer weiteten ihre Arbeitszeiten wieder aus und erzielten so deutliche Zuwächse gegenüber dem durch Kurzarbeit gedrückten Verdienstniveau im Vorjahr. Die Erholung der deutschen Wirtschaft spiegelte sich im Sommer in höheren Neuabschlüssen als im Vorjahr wider. Hinzu kamen Einflüsse von den höheren Inflationsraten und Impulse der wieder anziehenden Arbeitsmarktanspannung. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen deuten auch für demnächst zu erneuernde Tarifverträge auf stärkere Lohnsteigerungen hin.

In den laufenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung wird erwogen, den Mindestlohn gegen Ende des Jahres 2022 auf 12 € anzuheben. Eine solche politische Vorgabe droht, die unabhängige Mindestlohnkommission zu entwerten. Die geplante deutliche Mindestlohnanhebung würde spürbar in die unteren Entgeltbereiche eingreifen und hätte nicht zu vernachlässigende Ausstrahlungseffekte auf die darüber liegenden Lohngruppen. Auch hierdurch dürfte sich der Lohndruck künftig verstärken.

Im Sommer 2021 stiegen die Verbraucherpreise außerordentlich kräftig. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) legte in saisonbereinigter Betrachtung um 1,1% zu und damit noch etwas stärker als im Quartal zuvor. Vor allem Industriegüter ohne Energie verteuerten sich merklich kräftiger vor dem Hintergrund des verschärften Materialmangels und weiter steigender Frachtkosten. Die Preise für Dienstleistungen wurden ebenfalls noch etwas stärker angehoben als im Frühjahr. Dabei spielten unter

*Tarifverdienste
legten im
Sommer nur
gering zu, Effek-
tivverdienste
weiter mit spür-
barem Anstieg*

*Politische
Vorgabe eines
Mindestlohns
von 12 €
je Stunde
bedenklich*

*Verbraucher-
preise im Som-
mer weiter
außerordentlich
kräftig gestiegen*

anderem deutliche Tarifanpassungen für Mietwagen eine Rolle. Aber auch bei den in der ersten Jahreshälfte von zeitweisen Geschäftsschließungen betroffenen Dienstleistungen, wie der Gastronomie, kam es weiterhin zu spürbaren Preisaufschlägen.

Inflationsrate auch ohne Sondereffekte auf hohem Stand

In der Vorjahresbetrachtung weiteten sich die Zuwachsraten kräftig aus. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im Sommerquartal um 3,5 % und ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet um 2,1 %. Einerseits dürfte die Gesamtrate durch den Basiseffekt der in der zweiten Jahreshälfte 2020 vorübergehend abgesenkten Mehrwertsteuersätze um 1¼ Prozentpunkte erhöht worden sein. Andererseits schlug das übliche saisonale Hoch der Preise für Pauschalreisen im Sommer – vor allem im Juli und August – deutlich weniger zu Buche als im Jahr zuvor, weil das Gewicht der Pauschalreisen im HVPI gesunken ist. Das reduzierte die Teuerungsrate um gut 1 Prozentpunkt. Selbst ohne diese Sondereffekte dürfte die Gesamtrate im dritten Quartal nahezu 3 % betragen haben und die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel rund 2 %.

Im Oktober weiterer kräftiger Anstieg

Im Oktober legten die Preise erneut kräftig zu. Die Vorjahresrate stieg insgesamt von 4,1 % im September auf 4,6 %. Im laufenden Monat könnte sie sogar knapp 6 % betragen, wovon gut 1½ Prozentpunkte auf die beiden Sondereffekte zurückzuführen wären. Der statistische Sondereffekt wirkt jetzt umgekehrt und erhöht die Teuerungsrate um gut ¼ Prozentpunkt. Er entfällt im Dezember und der Mehrwertsteuer-Basiseffekt im Januar. Dann sollte die Inflationsrate spürbar zurückgehen, obwohl die kräftig gestiegenen Marktnotierungen für Erdgas vermutlich zum Großteil erst nach dem Jahreswechsel an die Verbraucher weitergegeben werden. In den nachfolgenden Monaten dürfte die Gesamtrate aus heutiger Sicht zwar nach und nach weiter abnehmen. Sie könnte aber noch für längere Zeit deutlich über 3 % bleiben. Bei der Kernrate sind Werte beträchtlich über 2 % denkbar.

Die wirtschaftliche Erholung wird voraussichtlich zunächst eine Verschnaufpause einlegen. Aus heutiger Sicht könnte das BIP im Herbstquartal 2021 in etwa auf der Stelle treten, nachdem die Wirtschaftsleistung schon im Verlauf des Sommerquartals nicht mehr zugelegt hatte. Der vom Dienstleistungssektor ausgehende Wachstumsschub ist wohl zunächst weitgehend ausgelaufen. Er ging vor allem auf eine gewisse Normalisierung nach den Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen zurück. Einige Eindämmungsmaßnahmen wurden jedoch bereits wieder verschärft. Die Industrie wird voraussichtlich auch im Herbst das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfen. Zwar ist die Nachfrage nach industriellen Produkten nach wie vor hoch. Die Lieferprobleme in der Industrie dürften aber weiter belasten. Ein positiver Wachstumsimpuls dürfte vom Baugewerbe ausgehen, auch wenn es insbesondere in diesem Bereich zunehmend an Arbeitskräften mangelt. Im gesamten Winterhalbjahr bestehen Risiken durch ein verstärktes Pandemiegeschehen. Nach derzeitigem Stand dürften die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen aber weniger gravierend ausfallen als in früheren Pandemiewellen. Die außergewöhnlich hohen Auftragsbestände in der Industrie und im Bau sprechen für erhebliche Auf- und Nachholeffekte, sobald die Lieferengpässe spürbar nachlassen.

Wirtschaftliche Erholung könnte im Herbst 2021 Verschnaufpause einlegen

Die deutschen Staatsfinanzen sind 2021 weiter durch die Coronakrise geprägt. Das gesamtstaatliche Defizit könnte deshalb eine ähnliche Größenordnung wie im Vorjahr erreichen (2020: 4,3 % des BIP). Da der Bund die Budgetlasten aus der Krise weit überwiegend trägt, fällt das Defizit vor allem bei ihm an. Gegenüber den sehr hohen Planwerten zeichnet sich allerdings ein deutlich günstigerer Abschluss ab.

Staatsfinanzen 2021 noch stark belastet durch Coronakrise

Im kommenden Jahr dürften die staatlichen Defizite wieder stark sinken. Denn die erwartete Wirtschaftserholung entlastet auch die staatlichen Haushalte. Zudem laufen die haushaltsbelastenden Corona-Maßnahmen nach derzeitigem Rechtsstand nach und nach aus. Ohne etwaige neue Maßnahmen der kommenden

2022 Entspannung durch Konjunkturerholung und auslaufende Maßnahmen

Bundesregierung betrachtet, könnte die gesamtstaatliche Defizitquote dadurch Richtung 1% fallen. Die Konsolidierungsaufgabe nach der Krise wäre damit begrenzt und deutlich geringer als zunächst erwartet. So ist etwa gemäß jüngster Steuerschätzung zu erwarten, dass die Steuereinnahmen sogar über dem Pfad liegen, der vor der Krise prognostiziert wurde – wenn um zwischenzeitliche Steuersenkungen bereinigt wird.

Kurslockerung in Coronakrise vor allem durch vergleichsweise hohes Ausgabenwachstum

Nachdem in den Vorkrisenjahren strukturelle Überschüsse verzeichnet wurden, ist für das nächste Jahr ein moderates strukturelles Defizit zu erwarten. Darin zeigt sich, dass in der Coronakrise der grundlegende fiskalische Kurs gelockert wurde. Vor allem wuchsen verschiedene Ausgaben auch strukturell dynamisch. Das betrifft insbesondere Ausgaben für Soziales, aber beispielsweise auch für Bildung, Infrastruktur und Klimapolitik. Die strukturelle Ausgabenquote ohne Zinsausgaben bewegt sich dadurch im Bereich historischer Höchststände.

Rückgriff auf die Ausnahmeklausel 2022 nicht naheliegend

Die Perspektiven für die Staatsfinanzen hängen nicht zuletzt von der Finanzpolitik der kommenden Bundesregierung ab. Die bisherige Regierung plante, die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse 2022 weiter zu nutzen. Es zeichnet sich derzeit nicht ab, dass die kommende Regierung darauf verzichtet. Allerdings spricht einiges dafür, dass 2022 kein Krisenjahr mehr ist. Insofern dürfte nur noch vergleichsweise begrenzter Bedarf für coronabezogene Staatsausgaben bestehen. Zudem wird allgemein und auch gemäß jüngster Regierungsschätzung eine konjunkturelle Normallage erwartet. Die Steuereinnahmen übertreffen die Vorkrisenerwartungen, wenn um (größtenteils damals schon eingeplane) Steuerrechtsänderungen bereinigt wird. Insgesamt liegt der Rückgriff auf die Ausnahmeklausel daher aus heutiger Sicht nicht nahe. Nicht krisenbedingte Haushaltsbelastungen

über Schulden auf Basis der Ausnahmeklausel zu finanzieren, ließe sich jedenfalls schwerlich rechtfertigen.

Grundlegender Finanzierungsdruck entwickelt sich bei der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Denn die Ausgaben wachsen in der Tendenz schneller als die Einnahmenbasis. Um dem Druck zu begegnen, sind langsamere Ausgabenzuwächse, steigende Beitragssätze und/oder dauerhaft höhere Zuschüsse des Bundes erforderlich. Bisher zeichnet sich nicht ab, dass die kommende Regierung an den Ausgaben ansetzen möchte. Im Bundeshaushalt bestehen für zusätzliche Zuschüsse ohne budgetentlastende Maßnahmen an anderer Stelle wohl keine Spielräume. Insofern wäre mit deutlich steigenden Beitragssätzen zu rechnen.

Grundlegender Handlungsbedarf bei Sozialversicherungen

Bund und Länder unterliegen der Schuldenbremse. Zudem sind sie gemeinsam dafür verantwortlich, die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. Die Vorgaben der Fiskalregeln werden teils als zu eng angesehen, und Reformen werden diskutiert. In Deutschland wird derzeit auch erörtert, wie Vorhaben durch Nebenhaushaltskonstruktionen formal außerhalb der Schuldenbremse finanziert werden können. Die Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme droht damit zumindest teilweise ins Leere zu laufen. Zudem wäre potenziell nicht mehr gewährleistet, dass mit der Schuldenbremse die europäischen Regeln wirksam eingehalten werden. Die Schuldenbremse hat sich bislang bewährt, und Anpassungen erscheinen nicht zwingend. Wenn Änderungen für sinnvoll gehalten werden, sollten diese offen diskutiert und bedarfsweise rechtlich neu verankert werden. Hierbei wären die Bindungswirkung der Regeln zu erhalten und solide Staatsfinanzen weiter abzusichern. Dies wäre jedenfalls einer Aushöhlung und Umgehung der Schuldenbremse vorzuziehen.

Bindende Fiskalregeln wichtig

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Weltwirtschaftliche Erholung deutlich an Schwung verloren

Die Erholung der Weltwirtschaft verlor im dritten Vierteljahr 2021 deutlich an Schwung. Gravierende Knappheiten bei Vorleistungsgütern behinderten in vielen Regionen die Wirtschaftsaktivitäten. Mit der Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus verstärkten sich in einigen Ländern zudem wieder die pandemiebedingten Belastungen, darunter in China, Japan und den USA sowie Teilen Europas. Bisweilen kamen noch weitere Bremsfaktoren hinzu. So verlangsamte sich in China das Wirtschaftswachstum auch wegen der Probleme am Immobilienmarkt. In den USA trugen witterungsbedingte Produktionsausfälle sowie das Auslaufen fiskalischer Transferzahlungen zur konjunkturellen Abschwächung bei. Im Vereinigten Königreich büßte die Erholung ebenso spürbar an Tempo ein. Im Euroraum legte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) zwar erneut kräftig zu, aber im Verlauf des Quartals verlor der Aufschwung auch hier erheblich an Kraft.

Globale Industrie leidet zunehmend unter Materialmangel

Vor allem das Verarbeitende Gewerbe litt unter der Knappheit wichtiger Vorprodukte. Bereits seit Monaten hatten Unternehmen verschiedenster Branchen über steigende Zulieferzeiten geklagt. Die Verzögerungen wirkten sich nun zunehmend auf die nachgelagerten Fertigungsstufen aus. Trotz gut gefüllter Auftragsbücher sank die globale Industrieproduktion im Verlauf des dritten Vierteljahres merklich, und der Weltmarkt blieb ohne Schwung. Besonders deutlich zeigten sich die Probleme in der Kfz-Industrie. Aufgrund fehlender Halbleiterbausteine standen im Sommer vielerorts die Bänder still. Im Vergleich zum bereits gedrückten Vorquartalsniveau ging die Zahl der weltweit fertiggestell-

ten Pkw nochmals um mehr als 10 % zurück. Für die ersten neun Monate des Jahres summierten sich die Produktionsausfälle Branchenschätzungen zufolge bereits auf rund 7 ½ Millionen Fahrzeuge.¹⁾ Wertmäßig dürften sich die unmittelbaren Verluste in diesem Zeitraum auf fast 0,5 % der globalen Wirtschaftsleistung belaufen haben.²⁾

Auch auf den Märkten für fossile Energieträger stieß im Sommer eine hohe Nachfrage auf ein knappes Angebot, sodass die Notierungen stark anstiegen. Insbesondere der Erdgaspreis erreichte in den vergangenen Monaten neue Rekordstände. Laut dem HWWI-Index verdoppelte er sich zeitweise gegenüber August und vervierfachte sich nahezu im Vorjahresvergleich. In Europa stiegen die Preise noch drastischer an, da die Erdgasspeicher vor Beginn der kalten Jahreszeit ungewöhnlich wenig gefüllt waren.

Energiepreise zuletzt kräftig gestiegen

Globale Konjunkturindikatoren*)

4. Vj. 2019 = 100, saisonbereinigt, log. Maßstab



Quellen: CPB, nationale Angaben, Haver Analytics und eigene Berechnungen. * Abweichende Länderkreise aufgrund unterschiedlicher Datenverfügbarkeit. 1) Eigene Aggregation nationaler Daten, ausgehend von der Stückzahl.

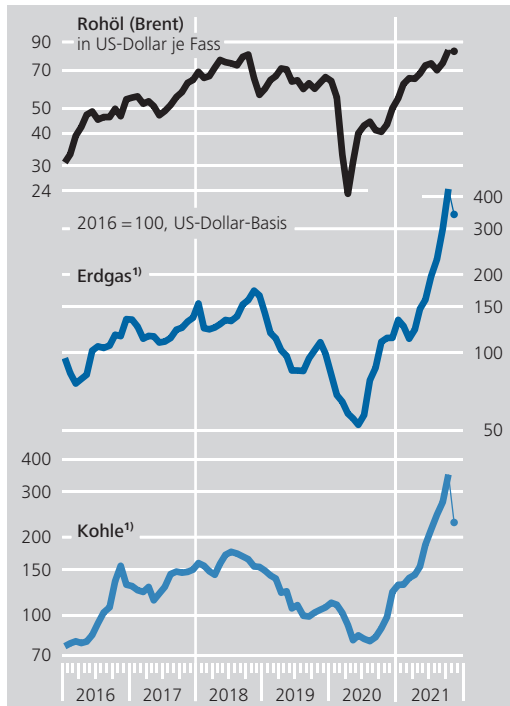
Deutsche Bundesbank

1 Vgl.: IHS Markit (2021).

2 Dieser Berechnung liegt die Annahme eines durchschnittlichen Pkw-Preises von 37 000 US-\$ zugrunde.

Weltmarktpreise für Energierohstoffe

Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Bloomberg Finance L.P. und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 12. November bzw. 1. bis 18. November 2021 (Rohöl). ¹⁾ Gemäß HWWI-Rohstoffpreisindex.
 Deutsche Bundesbank

Dazu trugen verringerte Liefermengen aus Russland – der wichtigsten Quelle für Erdgas in Europa – bei. Ein zeitnaher Preisrückgang zeichnet sich an den Terminmärkten nicht ab. Lediglich weiter in der Zukunft liegende Lieferungen werden mit deutlichen Abschlägen gehandelt. Neben Erdgas verteuerte sich im Berichtszeitraum auch Kohle zwischenzeitlich ganz erheblich. Zudem stiegen in den letzten Monaten die Rohölnotierungen spürbar an. Für ein Fass der Sorte Brent mussten im November bisher rund 83 US- $\text{\$}$, und damit mehr als doppelt so viel wie vor einem Jahr, gezahlt werden. Hierzu trug ein deutliches Anziehen der globalen Nachfrage bei, auch infolge einer Substitution von Gas durch Öl. Das weltweite Angebot hielt aufgrund von vereinzelt Förderausfällen sowie der Entscheidung der OPEC und ihrer Partner, die eigene Produktion lediglich leicht auszuweiten, nicht Schritt. Strategische Überlegungen der Förderländer sprechen auch perspektivisch gegen eine reichliche Versorgung des Marktes. Gleichwohl wurden Kontrakte für Rohölliefe-

rungen in der mittleren und längeren Frist mit merklichen Preisabschlägen gehandelt.

Der deutliche Anstieg der Energiepreise trug in den letzten Monaten merklich dazu bei, dass sich der Anstieg der Verbraucherpreise weltweit nochmals verstärkte. Zudem hoben einige Unternehmen in Branchen, die stark unter pandemiebedingten Einschränkungen gelitten hatten, ihre Preise kräftig an. Schließlich scheinen Erzeuger den schon länger anhaltenden Kostendruck vermehrt an die Endkunden weiterzugeben. In den Industrieländern verstärkte sich der Anstieg der Verbraucherpreise bis Oktober auf 4,8% im Vorjahresvergleich. Ohne Energie und Nahrungsmittel waren es 3,3%. Dies war der stärkste Anstieg seit mehr als 15 Jahren. Auch für die nächsten Monate lässt der anhaltende Auftrieb der industriellen Erzeugerpreise weitere Preisüberwälzungen auf die Verbraucher erwarten. Allerdings sollte mit der allmählichen Überwindung von Angebotsengpässen der damit verbundene Preisschub nachlassen. Es besteht aber die Gefahr, dass sich der verstärkte Preisanstieg verfestigt, etwa aufgrund höherer Inflationserwartungen. Vor diesem Hintergrund begannen erste Notenbanken in den Industrieländern damit, den Ausstieg aus der sehr lockeren Geldpolitik einzuleiten. Viele Schwellenländer sind bereits seit Längerem dabei, ihre Geldpolitik deutlich zu straffen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) rechnet in seinem jüngsten World Economic Outlook nach wie vor mit einer baldigen Rückkehr zu moderaten Preissteigerungsraten. Allerdings unterstreicht der IWF-Stab die hohe Unsicherheit des Inflationsausblicks und hebt Aufwärtsrisiken hervor. Seine Prognose für das globale Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr verringerte der IWF geringfügig auf 5,9%. Damit trug er der im Verlauf des Sommers eher enttäuschenden Wirtschaftsentwicklung in einer Reihe von Industrieländern Rechnung. Die Vorausschätzung für das weltweite BIP-Wachstum im Jahr 2022 beließ der IWF bei 4,9%. Diese Prognose fußt auf der Annahme, dass insbesondere die amerikanische Wirtschaft weiterhin massiv

Verbraucherpreisanstieg weltweit nochmals verstärkt

IWF betont Aufwärtsrisiken für Inflationsausblick

durch eine expansive Finanzpolitik unterstützt wird. Der Umfang des mittlerweile verabschiedeten Infrastrukturprogramms sowie des sich abzeichnenden Kompromisses im Streit um die künftige Sozialpolitik blieben allerdings hinter den Erwartungen zurück (vgl. dazu die Ausführungen auf S. 18 f.). Auch an dem günstigen Ausblick für China hielt der IWF-Stab fest.³⁾

China

Gesamtwirtschaftliche Expansion deutlich abgeschwächt, ...

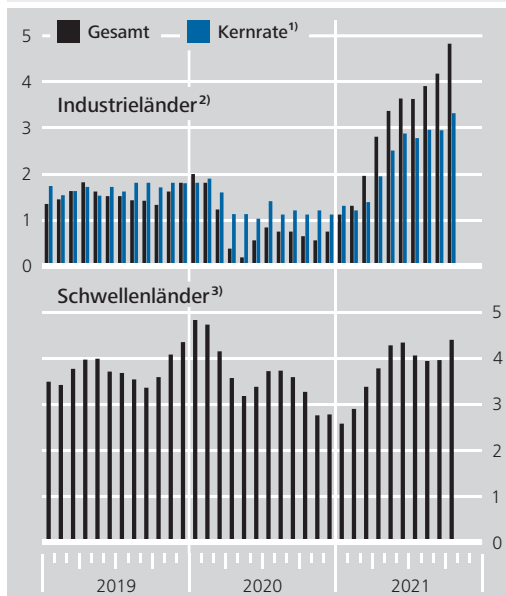
Die Expansion der chinesischen Wirtschaft, die bereits im ersten Halbjahr 2021 merklich an Schwung verloren hatte, verlangsamte sich im dritten Quartal weiter. Das reale BIP stieg laut offizieller Schätzung im Vergleich zum Vorquartal saisonbereinigt lediglich um 0,2%.⁴⁾ Zu der ausgesprochen schwachen Dynamik trugen eine Reihe von Faktoren bei. Zum einen kam es im Sommer in mehreren Regionen zu Corona-Ausbrüchen, gegen die die Behörden erneut mit rigorosen Eindämmungsmaßnahmen vorgehen. Dies beeinträchtigte die Aktivitäten in den konsumnahen Dienstleistungsbereichen. Engpässe in der Energieversorgung sowie bei wichtigen Vorleistungsgütern schränkten die Industrieproduktion ein. Schließlich schwächte sich auch noch der gesamtwirtschaftlich bedeutsame Markt für Wohnimmobilien merklich ab. Sollte sich die Flaute auf dem Häusermarkt in den kommenden Monaten verschärfen, würde dies nicht nur das Wirtschaftswachstum in China erheblich dämpfen, sondern könnte auch auf andere Volkswirtschaften ausstrahlen (vgl. die Erläuterungen auf S. 14 f.).

... zugleich aber Preisanstieg bei Industriegütern weiter verstärkt

Trotz der nachlassenden Weltkonjunktur und der angebotsseitigen Probleme in der Industrie nahmen die Erlöse aus Warenexporten (auf US-Dollar-Basis) im abgelaufenen Quartal weiter zu. Das bereits durch die pandemiebedingten Nachfrageverschiebungen erhöhte Niveau des dritten Quartals 2020 wurde um ein Viertel übertroffen.⁵⁾ Maßgeblich dafür waren aber nicht zuletzt Preisanhebungen. Die Exportpreise übertrafen im September dem Durchschnittswertindex zufolge den Stand des Vorjahres um

Verbraucherpreise in Industrie- und Schwellenländern

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: IHS Markit und eigene Berechnungen. **1** Verbraucherpreise ohne Energie und Nahrungsmittel; für EU, Norwegen, Schweiz und Vereinigtes Königreich zusätzlich ohne alkoholische Getränke und Tabakwaren. **2** EU, Japan, Kanada, Norwegen, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **3** Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika und Türkei.

Deutsche Bundesbank

fast 17%. Die Produzentenpreise (auf Renminbi-Basis) stiegen im gleichen Zeitraum um 10,7%. Demgegenüber blieb der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe laut offiziellen Angaben äußerst verhalten. Der Verbraucherpreisindex legte im September binnen Jahresfrist lediglich um 0,7% zu. Auch ohne Nahrungsmittel, die sich deutlich verbilligten, war der Preisanstieg mit 2% moderat.

Andere ausgewählte Schwellenländer

Die indische Volkswirtschaft dürfte sich in den letzten Monaten weitgehend von den Folgen

³ Vgl.: Internationaler Währungsfonds (2021).

⁴ Die Wachstumsrate im Vorjahresvergleich schwächte sich von 7,9% im zweiten Quartal auf 4,9% ab. Der Vorkrisenstand wurde zuletzt saisonbereinigt um gut 8% übertroffen.

⁵ Zum Wachstum der chinesischen Exporte im vergangenen Jahr trugen u. a. pandemiebezogene Medizinprodukte sowie Konsumgüter bei. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

Zu den möglichen Auswirkungen eines starken Abschwungs auf dem chinesischen Immobilienmarkt

Die Schuldenkrise um den Immobilienkonzern China Evergrande erschüttert den gesamten chinesischen Wohnimmobilienmarkt. Weitere Immobilienunternehmen des Landes gerieten bereits in Finanznöte, und eine Reihe von größeren Bauprojekten wurde unterbrochen. Chinesische Wohnungskäufer, die in der Regel in Vorkasse treten müssen, halten sich in diesem Umfeld vorsichtsbedingt zurück. Im Oktober sanken die Wohnungstransaktionen (auf Basis der verkauften Geschossfläche) um ein Viertel im Vergleich zum Vorjahr. Dies verschärfte die Liquiditätslage der Bauträger weiter.

Für den chinesischen Immobilienmarkt bedeuten die gegenwärtigen Probleme möglicherweise eine Zäsur. Seit Beginn der 1990er Jahre hatte der Markt einen beinahe ununterbrochenen Aufschwung erlebt. Dadurch kommt diesem Sektor ein im internationalen Vergleich sehr großes Gewicht an der Gesamtwirtschaft zu. Die Wohnungsbauinvestitionen machten 2020 schätzungsweise rund 8 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus.¹⁾

Ein langer und tiefer Abschwung auf dem Häusermarkt würde somit die Wirtschaftsaktivität in China erheblich belasten. Dies wiederum hätte aufgrund der weltwirtschaftlichen Bedeutung Chinas Ausstrahlungswirkungen auf andere Volkswirtschaften. Um diese Effekte näher zu analysieren, wird im Folgenden eine Simulation mit dem makroökonomischen Mehrländermodell NiGEM angestellt.²⁾

Das betrachtete Szenario eines starken Immobilienabschwungs in China orientiert sich an den Entwicklungen in den USA während der Immobilienkrise der Jahre 2006 bis 2009. Insbesondere nehmen wir eine vorü-

bergende Halbierung der Wohnungsbauinvestitionen in China an.³⁾ Zudem wird ein Rückgang der chinesischen Häuserpreise um ein Fünftel unterstellt. Größere Wertverluste von Immobilien, die auch zur Besicherung von Krediten dienen, könnten zu Verlusten bei chinesischen Geschäftsbanken führen, die in der Folge ihr Kreditangebot einschränken oder ihre Kreditstandards verschärfen. Derartige Verwerfungen auf den Kreditmärkten werden in der Simulation mithilfe eines Anstiegs der Investitionsrisikoprämie (einem Aufschlag über die Langfristzinsen für Staatsanleihen) abgebildet.⁴⁾ Dadurch verteuert sich die Finanzierung des Unternehmenssektors.

Der NiGEM-Simulation zufolge dämpfen der Einbruch der Bauinvestitionen und die höhere Investitionsrisikoprämie die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in China erheblich. Der Rückgang der Häuserpreise vermindert das Vermögen der privaten Haushalte, die daraufhin ihren Konsum deutlich

¹ Da diese Werte in der chinesischen VGR nicht ausgewiesen werden, wurden für die Berechnung Angaben aus der chinesischen Baustatistik zugrunde gelegt. Vgl. zur Methodik: Deutsche Bundesbank (2014). In anderen Studien wird die Bedeutung des chinesischen Immobilienmarkts häufig noch deutlich höher angegeben (mit bis zu 30 % des BIP). In der Regel enthalten diese Rechnungen dann aber neben dem Wohnungsbau auch den Gewerbe- und Infrastrukturbau. Bisweilen werden auch Multiplikatoreffekte für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in die Rechnung mit einbezogen, vgl. etwa: Rogoff und Yang (2021).

² NiGEM bildet die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen 60 Volkswirtschaften und Regionen durch den Außenhandel und das Zins-Wechselkurs-Gefüge ab. Das Modell besitzt neukeynesianische Eigenschaften, insbesondere vorausschauende Elemente auf den Finanz- und Arbeitsmärkten. Für weitere Informationen siehe: <https://nimodel.niesr.ac.uk>.

³ Sämtliche Schocks werden dermaßen in das Modell eingespeist, dass sie unmittelbar mit voller Intensität auftreten. Nach einem Jahr kehren die entsprechenden Variablen allmählich wieder auf ihren ursprünglich angelegten Pfad zurück.

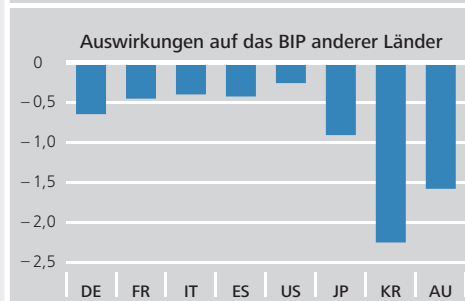
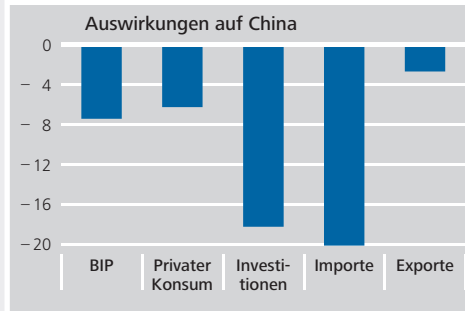
⁴ Konkret wird ein temporärer Anstieg der Investitionsrisikoprämie in China um 5 Prozentpunkte unterstellt.

einschränken.⁵⁾ Das reale BIP Chinas bleibt dadurch im ersten Jahr um rund 7 % hinter der Basislinie zurück.⁶⁾ Infolge der geldpolitischen Reaktion auf diese Krise wertet der Renminbi deutlich ab.⁷⁾ Die Importe Chinas verringern sich wegen der Abwertung und der gesunkenen Nachfrage um rund ein Fünftel.⁸⁾ Dies hat Folgen für die chinesischen Handelspartner: In Deutschland sinkt vor allem wegen verringerter Exporte die Wirtschaftsleistung im ersten Jahr um 0,6 % verglichen mit der Basislinie. Für einige Volkswirtschaften mit einer höheren Handelsabhängigkeit von China fallen die BIP-Verluste noch größer aus.

Alles in allem zeigt die Simulation, dass von einer schweren Krise auf dem chinesischen Immobilienmarkt spürbare realwirtschaftliche Effekte auf Deutschland und andere Länder ausgehen könnten. Vermutlich unterschätzt das Modell die Wirkungen sogar. Beispielsweise wird in NiGEM nicht berücksichtigt, dass eine Wirtschaftskrise in China weltweit größere Verunsicherung auslösen könnte. Ebenso kommt in der Simulation nicht zum Tragen, dass eine solche Krise deutliche Preistrückgänge an den Rohstoffmärkten nach sich ziehen dürfte. Insbesondere ist denkbar, dass die Preise für Industriemetalle durch die niedrigeren Bauaktivitäten in China stark nachgeben. Dies würde die Konjunktur in den entsprechenden Exportländern dämpfen.

Auswirkungen einer schweren Krise auf dem chinesischen Immobilienmarkt gemäß NiGEM-Simulation^{*)}

Abweichungen von der Basislinie im ersten Jahr in %



Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe von NiGEM. * Alle Größen preisbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

5 Dieser Kanal ist in China wegen der hohen Wohneigentumsquote bedeutsam. Rund 70 % des gesamten Nettovermögens der privaten Haushalte in China wird in Form von Immobilien gehalten.

6 Geht man davon aus, dass die chinesische Wirtschaft ohne den Schock um etwa 5 % gegenüber dem Vorjahr wachsen würde, ginge die Wirtschaftsleistung in dem hier betrachteten Szenario somit um rund 2 % zurück.

7 In NiGEM werden die Importe von der Gesamtnachfrage eines Landes beeinflusst. Deshalb spielt es keine Rolle, ob bestimmte Nachfragegrößen von einem Schock unterschiedlich stark getroffen werden. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018a).

8 Mit der Annahme, dass die chinesische Geldpolitik autonom agieren kann, wird von der Standardkonfiguration in NiGEM abgewichen. Diese geht von einer exakten Übernahme der US-Geldpolitik sowie einer festen Bindung des Renminbi an den US-Dollar aus.

Reales BIP in ausgewählten großen Schwellenländern

4. Vj. 2019 = 100, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quellen: National Bureau of Statistics of China, Central Statistics Office of India, IBGE, Rosstat und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

In Indien Erholung nach BIP-Einbruch vom Frühjahr

der schweren Corona-Welle im April und Mai erholt haben. Es ist jedoch unklar, ob der Pandemiestand der Wirtschaftsleistung bereits im dritten Quartal wieder erreicht wurde. Die Industrieproduktion jedenfalls legte deutlich zu und überschritt das Vorkrisenniveau. Ein wichtiger Grund dürfte der Boom der Warenausfuhren gewesen sein. Die Exporterlöse fielen im abgelaufenen Quartal fast zwei Fünftel höher aus als im Vorjahreszeitraum. Die Ausgaben für Importe nahmen wegen der gestiegenen Rohstoffpreise allerdings noch deutlich stärker zu, sodass sich das Defizit in der Handelsbilanz vergrößerte. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe verringerte sich im Sommer leicht auf 5,1%. Auch die ohne Energie- und Nahrungsmittel gerechnete Kernrate sank geringfügig auf 5,8%. Die indische Notenbank beließ ihren Leitzins bei 4%.

Die Wirtschaftsleistung Brasiliens hatte bereits zum Jahresanfang den Vorkrisenstand wieder erreicht. Auf diesem Niveau stagnierte sie im

Frühjahr, und auch im Sommer dürfte das reale BIP nicht nennenswert zugelegt haben. Die Exportwirtschaft profitierte zwar weiterhin von den hohen internationalen Rohstoffpreisen, insbesondere für Industriemetalle und Agrargüter. Die privaten Haushalte litten jedoch unter dem starken Anstieg der Verbraucherpreise, der sich bis Oktober auf 10,7% binnen Jahresfrist verstärkte. Ein Grund für den Preisschub war die schlimme Dürre im Sommer, die maßgeblich zur kräftigen Verteuerung von Nahrungsmitteln und Energie beitrug.⁶ Die Zentralbank hob den Leitzins weiter auf 7,75% an. Insgesamt erhöhte sie ihn seit dem Beginn der geldpolitischen Straffung im März bereits um 575 Basispunkte.

In Brasilien wirtschaftliche Stagnation und steigender Preisdruck

Die russische Wirtschaft hatte ihren Vorkrisenstand bereits im zweiten Quartal 2021 wieder erreicht. Im abgelaufenen Quartal scheint sich die Konjunktur allerdings abgekühlt zu haben. Die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe ging unter anderem aufgrund von Störungen in den Lieferketten zurück. Hingegen nahmen die Einnahmen aus den Energieexporten angesichts der stark gestiegenen Öl- und Gaspreise weiter zu. Die Pandemielage verschärft sich seit Ende September wieder erheblich. Neue Eindämmungsmaßnahmen, darunter die Ausrufung einer arbeitsfreien Woche zwischen Ende Oktober und Anfang November, dürften die Wirtschaftsaktivität im laufenden Quartal belasten. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe verstärkte sich seit der Jahresmitte deutlich und erreichte im Oktober 8,1% binnen Jahresfrist. Die Zentralbank hob daher den Leitzins seit Anfang Juli in drei Schritten um insgesamt 200 Basispunkte auf zuletzt 7,5% an.

In Russland Konjunktur abgekühlt

USA

In den Vereinigten Staaten büßte der Wirtschaftsaufschwung über den Sommer deutlich

⁶ Für den starken Anstieg der Energiepreise spielte die Dürre eine Rolle, da es zu Ausfällen bei der Stromerzeugung durch Wasserkraft sowie zu Produktionsverlusten bei Ethanol kam, der in Brasilien als Treibstoff eingesetzt wird.

Aufschwung durch Engpässe ausgebremst

an Tempo ein. Das reale BIP legte gemäß der ersten Schätzung saisonbereinigt lediglich um 0,5% gegenüber dem zweiten Vierteljahr zu. Dies war die geringste Quartalsrate seit Ende der pandemiebedingten Rezession. Verschiedene Produktionshemmnisse bremsten die Erholung aus. Hierzu zählten eine schleppende Erholung des Arbeitsangebots sowie Engpässe bei industriellen Vorleistungen. Besonders betroffen war die Kfz-Industrie. Mehrere Werke mussten aufgrund fehlender Halbleiterbausteine die Fertigung zeitweise einstellen.⁷⁾ Auch andere Branchen beklagten verzögerte Zulieferungen. Weitere BIP-Einbußen gingen auf Kosten des Wirbelsturms Ida, der im August und September an der US-Ostküste zum Teil verheerende Zerstörungen hinterließ.⁸⁾

Dämpfer für Ausrüstungsinvestitionen und Warenkonsum

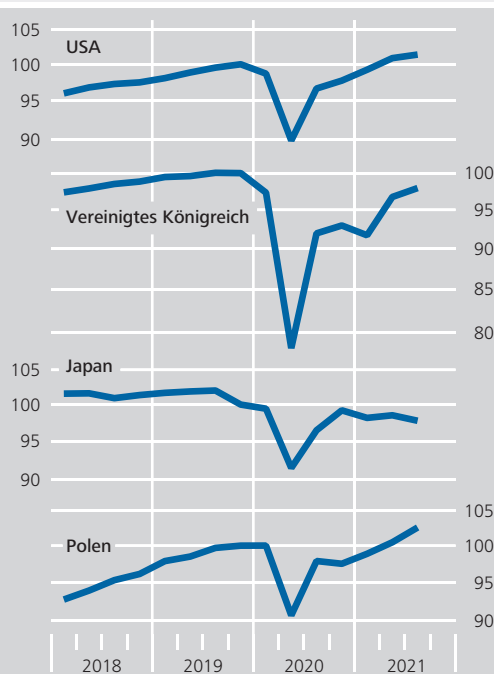
Angesichts bereits knapper Vorratsbestände konnten die Produktionsausfälle zuletzt nur noch eingeschränkt über einen Lagerabbau abgefedert werden.⁹⁾ Entsprechend sanken die Ausrüstungsinvestitionen sowie der private Warenkonsum recht kräftig. Dabei stellten sich auch die finanziellen Rahmenbedingungen für viele Haushalte nicht mehr so günstig dar wie zuletzt. Preisbereinigt fielen ihre verfügbaren Einkommen deutlich. Neben dem starken Preisauftrieb fiel dabei das Auslaufen fiskalischer Transferzahlungen ins Gewicht. Trotz einer weiteren Welle von Coronavirus-Neuinfektionen setzte sich dagegen die Erholung des Dienstleistungskonsums im dritten Quartal fort.

Anhaltend starker Preisauftrieb

Der Erholung am US-Arbeitsmarkt könnte die Rückführung der in der Krise ausgeweiteten Lohnersatzleistungen allerdings neuen Schwung verleihen. In den vergangenen Monaten stand insbesondere die nach wie vor gedrückte Erwerbsbeteiligung größeren Beschäftigungsgewinnen im Weg. Die hohe Arbeitsnachfrage schlug sich daher nicht zuletzt in einem verstärkten Lohnwachstum nieder. Damit steigt auch die Gefahr, dass die anziehenden Produktionskosten weiter auf die Verbraucher überwältigt werden und sich der verstärkte Preisauftrieb verfestigt. Im Oktober zog die Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex (VPI) auf 6,2%

Reales BIP in ausgewählten Industrieländern

4. Vj. 2019 = 100, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quellen: Bureau of Economic Analysis, Office for National Statistics, Cabinet Office of Japan, Statistics Poland und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

an. Dies war die höchste Rate seit über 30 Jahren. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kernrate stieg auf 4,6%. Vor diesem Hintergrund kündigte die amerikanische Notenbank Mitte November eine allmähliche Verringerung ihrer Anleihekäufe an.

⁷⁾ Die Kfz-Produktion sank im dritten Quartal vor diesem Hintergrund um 12 1/2%. Ohne den unmittelbaren Beitrag dieses Einbruchs wäre das reale BIP-Wachstum im gleichen Zeitraum um 0,4 Prozentpunkte höher ausgefallen.

⁸⁾ Schätzungen der amerikanischen Notenbank zufolge könnte der Wirbelsturm das Wachstum der Industrieproduktion alleine im September um rund 0,6 Prozentpunkte verringert haben. In der Vergangenheit normalisierte sich die Produktion nach ähnlichen Schäden aber schnell. Vgl.: Board of Governors of the Federal Reserve System (2021) sowie Deutsche Bundesbank (2017).

⁹⁾ Die preisbereinigten gesamtwirtschaftlichen Lagerbestände sanken im dritten Vierteljahr nicht mehr ganz so kräftig wie noch im Frühjahr. Rechnerisch stützten daher die Vorratsbewegungen das BIP-Wachstum merklich.

Zu den gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der geplanten längerfristigen Fiskalpakete in den USA

Viele Experten hatten erwartet, dass die Vorhaben Präsident Bidens zur Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur und dem Ausbau des sozialen Sicherungsnetzes zügig umgesetzt werden und erhebliche Wachstumseffekte nach sich ziehen würden.¹⁾ Tatsächlich gestaltet sich bereits die Mehrheitsfindung im amerikanischen Kongress schwierig. Bislang wurde für das laufende Fiskaljahr kein Haushalt verabschiedet, und auch die Verhandlungen über die sozialpolitische Agenda dauern an.

Einen Erfolg konnte die US-amerikanische Regierung allerdings Anfang November 2021 mit der Verabschiedung eines großen Investitionspakets verbuchen. Der „Infrastructure Investment and Jobs Act“ sieht unter anderem höhere Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur, die Wasserversorgung und den Breitbandausbau sowie verschiedene klimapolitische Weichenstellungen vor. Schätzungen zufolge belaufen sich die Kosten über einen Zehnjahreszeitraum auf rund 570 Mrd US-\$. Die Belastungen für den öffentlichen Haushalt wären aufgrund vorgesehener Einsparungen etwas geringer.²⁾

Präsident Biden verspricht sich von dem Maßnahmenbündel unter anderem die Schaffung von Millionen neuer Arbeitsplätze. Allerdings gibt es durchaus Zweifel an den optimistischen Erwartungen. So kommt etwa das überparteiliche Congressional Budget Office (CBO) zu dem Schluss, dass ein öffentliches Infrastrukturprogramm vergleichbarer Größenordnung das reale BIP-Niveau in der Spitze um kaum mehr als 0,1% steigern würde. Die langfristigen Potenzialeffekte wären vernachlässigbar.³⁾ Eigene Berechnungen mit dem Weltwirtschaftsmodell NiGEM zeichnen ein etwas günstigeres Bild.⁴⁾ Im Jahr 2030 könnte die

amerikanische Wirtschaftsleistung aufgrund des verabschiedeten Pakets demnach immerhin um knapp 1/4 % höher ausfallen als bei unveränderter Finanzpolitik.⁵⁾ Dabei spielt eine Rolle, dass die Ausweitung des öffentlichen Kapitalstocks in NiGEM die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit und die Beschäftigung stimuliert. Kurzfristig schlagen diese Effekte aber kaum zu Buche, auch weil es einige Zeit dauern dürfte, bis die bereitgestellten Haushaltsmittel abgerufen und nachfragewirksam werden. Hinzu kommt, dass in den Simulationsrechnungen die Langfristzinsen in Erwartung der zukünftig höheren Nachfrage unmittelbar anziehen. Dies wirkt sich bremsend auf die Investitionstätigkeit und den privaten Verbrauch aus. Aufgrund der zunächst gedämpften Nachfragereaktion dürfte das Paket auch die Verbraucherpreise nicht nennenswert beeinflussen.

Die fiskalische Ausrichtung der Vereinigten Staaten in den nächsten Jahren dürfte daher maßgeblich durch das Schicksal des zweiten großen Fiskalvorhabens der Biden-Administration bestimmt werden. Der „Build Back

1 So rechneten Ökonomen des Internationalen Währungsfonds (IWF) Anfang Juli 2021 damit, dass die verschiedenen Langfristinitiativen die Wirtschaftsleistung in den USA über den Zeitraum von 2022 bis 2024 insgesamt um gut 5 1/4 % anheben. Eine ähnliche Einschätzung dürfte auch dem World Economic Outlook vom Oktober zugrunde liegen, in dem der IWF-Stab prognostizierte, dass das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2024 fast 3 % höher ausfallen dürfte als vor Pandemieausbruch erwartet. Vgl.: Hodge und Lin (2021) sowie Internationaler Währungsfonds (2021).

2 Vgl.: Congressional Budget Office (2021a) sowie Committee for a Responsible Federal Budget (2021a).

3 Vgl.: Congressional Budget Office (2021b).

4 Für nähere Informationen zu dem verwendeten Modell vgl.: <https://nimodel.niesr.ac.uk>.

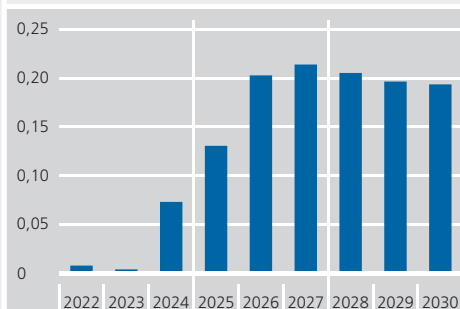
5 Die in den Simulationen unterstellten Zeitpfade für die öffentlichen Investitionen und den Staatskonsum leiten sich aus den Kostenschätzungen des Congressional Budget Office (2021a) ab. Die Notenbankzinsen folgen in den Simulationen den im Modell implementierten geldpolitischen Regeln.

Better Act“ verspricht Steuererleichterungen insbesondere für Familien und Bezieher niedriger Einkommen, einen Ausbau des kostenlosen vorschulischen Bildungsangebots und der Gesundheitsversorgung sowie Investitionen in den Wohnungsbau und klimafreundliche Technologien. In frühen Planungsphasen wurde hierfür ein Finanzierungsbedarf in Höhe von 3,5 Billionen US-\$ über zehn Jahre veranschlagt. Trotz merklicher Kürzungen ist der Umfang des Gesetespakets, welches im Repräsentantenhaus zur Abstimmung gestellt werden dürfte, immer noch beträchtlich. Kosten in Höhe von 2,4 Billionen US-\$ stehen vorläufigen Schätzungen zufolge fast ebenso große Einsparungen und Einnahmensteigerungen gegenüber, für die in erster Linie Unternehmen und Spitzenverdiener aufkommen müssten.⁶⁾ Kurzfristig könnten die Maßnahmen das öffentliche Haushaltsdefizit jedoch merklich vergrößern.⁷⁾ Dies setzt allerdings voraus, dass das Gesetz in dieser Form in beiden Kongresskammern beschlossen wird. Vor dem Hintergrund knapper Mehrheitsverhältnisse und des anhaltenden Widerstands einzelner Senatorinnen und Senatoren der Regierungspartei können Streichungen bestimmter Vorhaben, eine Verschiebung oder gar ein Scheitern der Initiative aber nicht ausgeschlossen werden.

Selbst wenn neben dem öffentlichen Investitionspaket auch die weitere Agenda wie geplant umgesetzt werden sollte, dürfte die US-Finanzpolitik insgesamt im kommenden Jahr das Wirtschaftswachstum nicht weiter stimulieren. Dies liegt daran, dass die im Zuge der Coronakrise aufgelegten Programme nach und nach auslaufen.⁸⁾ Tatsächlich scheint eine Rückführung des fiskalischen Expansionsgrades in den USA vor dem Hintergrund der weit fortgeschrittenen Erholung und der sich mehrenden Anzeichen, dass zumindest einige Bereiche der amerikanischen Volkswirtschaft an ihre Ka-

Gesamtwirtschaftliche Effekte des „Infrastructure Investment and Jobs Act“ in den USA

Abweichungen des realen US-BIP von der Basislinie in %



Quelle: Eigene Berechnungen mithilfe des makroökonomischen Weltmodells NiGEM auf Basis von Kostenschätzungen des CBO.

Deutsche Bundesbank

pazitätsgrenzen stoßen, durchaus angemessen.

⁶ Die Neuverschuldung des Staates würde demnach binnen zehn Jahren insgesamt lediglich um rund 160 Mrd US-\$ erhöht. Vgl.: Committee for a Responsible Federal Budget (2021b).

⁷ Das Congressional Budget Office schätzt, dass die verschiedenen Maßnahmen das Defizit im laufenden Fiskaljahr per saldo um 155 Mrd US-\$ erhöhen könnten. Das entspräche gut 0,6% der jährlichen Wirtschaftsleistung. Vgl.: Congressional Budget Office (2021c).

⁸ Gemäß früheren Simulationsrechnungen mit NiGEM und dem dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodell EAGLE könnten das Auslaufen der Effekte des „American Rescue Plan“ das BIP-Wachstum in den USA im kommenden Jahr um ½ Prozentpunkt bis 1¾ Prozentpunkte reduzieren. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

Wirtschaftsleistung schrumpft durch Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie und Einbruch der Kfz-Produktion

Japan

In Japan erlitt die wirtschaftliche Erholung im dritten Vierteljahr einen Rückschlag. Gemäß der ersten amtlichen Schätzung fiel das reale BIP saisonbereinigt um 0,8 % gegenüber dem Vorquartal, in dem es noch leicht gewachsen war. Dämpfend wirkten sich insbesondere Maßnahmen zur Kontaktreduktion aus, die zur Eindämmung der bislang schlimmsten Covid-19-Infektionswelle ergriffen worden waren. Auch der Einbruch der Kfz-Fertigung im Zuge des Halbleitermangels lastete auf der japanischen Wirtschaft. Der private Verbrauch ging in diesem Umfeld spürbar zurück, nachdem er im Vorquartal noch expandierte. Auch die gewerblichen Investitionen konnten ihren im Frühjahr eingeschlagenen Aufwärtstrend nicht halten und schrumpften deutlich. Vor dem Hintergrund der Produktionsausfälle in der Kfz-Industrie sanken zudem die Ausfuhren merklich. Auch die Importe verringerten sich im Einklang mit der Binnennachfrage, und die Lagerbestände stiegen an. Der Arbeitsmarkt hielt sich gleichwohl recht gut. Die saisonbereinigte Erwerbslosenquote verringerte sich im dritten Vierteljahr sogar leicht auf 2,8 %. Erst nach dem Quartalswechsel verloren die pandemiebedingten Belastungen an Bedeutung. Die japanische Regierung leitete im Oktober angesichts der abgeebbten Infektionswelle und der erfolgreichen Impfkampagne weitreichende Schritte zur Öffnung der Wirtschaft ein. Aufgrund des kräftigen Rückgangs der Mobilfunktarife spiegelte sich der deutliche Anstieg der Erzeugerpreise bislang nicht in der Entwicklung der Verbraucherpreise wider.¹⁰ Die Vorjahresrate des VPI belief sich im Oktober auf 0,1 %. Vor diesem Hintergrund hielt die japanische Notenbank an ihrer expansiven geldpolitischen Ausrichtung fest.

Vereinigtes Königreich

Im Vereinigten Königreich setzte sich die konjunkturelle Erholung im dritten Quartal fort, wenn auch mit merklich gebremstem Schwung. Das reale BIP stieg gemäß der ersten Schätzung

gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,3 %. Besonders kräftig legten kontaktintensive Dienstleistungen wie das Gastgewerbe oder der Freizeit- und Unterhaltungssektor zu, die von der weitreichenden Lockerung vieler Eindämmungsmaßnahmen profitierten. Die Wertschöpfung des Dienstleistungssektors insgesamt erreichte zum Quartalsende fast wieder ihr Vorkrisenniveau. Anders als im Frühjahr war der Aufschwung zuletzt jedoch nicht mehr breit angelegt. Der Bau und das Verarbeitende Gewerbe mussten spürbare Einbußen hinnehmen. Dabei waren wohl vor allem die sich weiter verschärfenden Engpässe von Bedeutung. So deutet auch der jüngste Einkaufsmanagerindex auf Probleme infolge fehlender Materialien und verteuerter Vorleistungen sowie auf Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften hin. Neben den weltweiten Anspannungen in verschiedenen Märkten und Sondereffekten aufgrund der pandemiebedingten Erholung dürfte der Brexit eine wichtige Rolle gespielt haben, da die britische Wirtschaft nun vielen neuen Hürden im Handel mit der EU und bei der Arbeitsmigration ausgesetzt ist.¹¹ Am Arbeitsmarkt schlug sich die hohe Nachfrage in einer nochmals etwas gesunkenen Erwerbslosenquote und in kräftigen Lohnsteigerungen nieder. Die Kaufkraftgewinne der Arbeitnehmer hielten sich aber in engen Grenzen, da sich der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe weiter verstärkte. Die Vorjahresrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zog auf zuletzt 4,2 % an. Die Bank von England hielt ungeachtet dessen Anfang November an ihrer expansiven geldpolitischen Ausrichtung fest.

Polen

In Polen setzte sich der wirtschaftliche Aufschwung im Sommer fort. Das reale BIP legte im dritten Vierteljahr der Schnellschätzung zu-

Erholung zuletzt vor dem Hintergrund anhaltender Engpässe verlangsamt

¹⁰ Seit einer Reform der Mobilfunktarife im April gingen diese bis Oktober um 53 % zurück. Im Oktober wurde die Vorjahresrate des VPI durch diesen Sondereffekt um 1,5 Prozentpunkte nach unten gedrückt.

¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).

Anhaltender wirtschaftlicher Aufschwung, Verbraucherpreisanstieg nochmals verstärkt

folge saisonbereinigt um 2,1% zu. Bereits im Frühjahr hatte die wirtschaftliche Aktivität wieder den Vorkrisenstand erreicht, obwohl die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen erst ab Ende April allmählich zurückgenommen worden waren. Während der private Verbrauch vor dem Hintergrund kräftig steigender Löhne und der insgesamt guten Arbeitsmarktlage weiter expandierte – die Einzelhandelsumsätze legten im Quartalsvergleich saison- und preisbereinigt um fast 4% zu – flachte sich der zuvor steile Anstieg der Industrieproduktion ab. Ein Faktor dabei war die wegen des Mangels an Halbleiterbausteinen stockende Automobilproduktion in Polen und seinen europäischen Nachbarländern, die zudem die Nachfrage nach in Polen gefertigten Kraftfahrzeugteilen drückte. Dies schlug sich auch in den Exporten nieder. Die standardisierte Arbeitslosenquote verringerte sich im Sommer auf 3,4% und übertraf den Vorkrisenstand damit nur noch um 0,2 Prozentpunkte. Der Anstieg der Verbraucherpreise binnen Jahresfrist verstärkte sich bis Oktober auf 6,8%. Ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet belief sich die Rate auf 4,5%. Der Verbraucherpreisanstieg übertraf damit deutlich das Inflationsziel der polnischen Notenbank. Diese schätzte das Überschießen der Inflationsrate nicht mehr als vorübergehend ein und hob den Leitzins in zwei Schritten um 40 Basispunkte im Oktober und um 75 Basispunkte Anfang November auf 1,25% an.

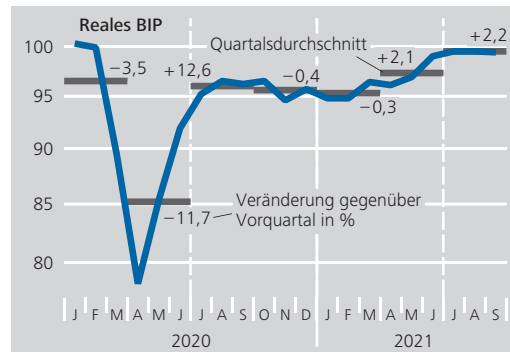
Gesamtwirtschaftliche Tendenzen im Euroraum

Kräftiges BIP-Wachstum im dritten Quartal

Im Euroraum setzte sich im dritten Vierteljahr 2021 die wirtschaftliche Erholung fort. Der Schnellschätzung von Eurostat zufolge stieg das BIP preis- und saisonbereinigt um 2,2% gegenüber dem Vorquartal, und der Rückstand zum Vorkrisenniveau verringerte sich auf 0,5%. Allerdings dürfte die Quartalsrate die konjunkturelle Dynamik dank der Fortschritte, die bereits gegen Ende des zweiten Vierteljahres erzielt worden waren, überzeichnen. Vor allem im Juni hatte die Wirtschaftsaktivität nach der Auf-

Geschätzter monatlicher Pfad der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Euroraum

4. Vj. 2019 = 100, preis-, saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle: Eigene Schätzungen auf Basis von Eurostat-Daten. Deutsche Bundesbank

hebung vieler Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung erheblich zugelegt. In den Sommermonaten und zu Herbstbeginn erholten sich die kontaktnahen Dienstleistungsbereiche weiter, mit zunehmender Normalisierung der Wirtschaftsaktivität ließ das Erholungstempo jedoch nach. Die Industrie litt auch im Sommer unter verschärften Lieferengpässen und den hohen, teilweise weiter steigenden Preisen von Vorleistungen, Rohstoffen und internationalen Transportleistungen. Infolgedessen verlor die gesamtwirtschaftliche Erholung im Quartalsverlauf spürbar an Schwung.¹²⁾

Die Pandemielage entspannte sich im Sommer zunächst spürbar. Maßgeblich hierfür waren neben dem saisonalen Effekt die Fortschritte der Impfkampagnen. Vor dem Hintergrund der allgemein verbesserten Versorgungslage mit Impfstoffen wurden die Priorisierungen aufgehoben. Gleichwohl gab es regional größere Unterschiede beim Impffortschritt. Während Mitte November in Portugal fast 90% der Bevölkerung mindestens eine Impfung erhalten hatten, waren es in der Slowakei nur gut 45%.

Pandemie-situation deutlich entspannt, Maßnahmen erheblich gelockert

¹² Darauf deutet die Schätzung des monatlichen gesamtwirtschaftlichen Aktivitätsniveaus hin. Da zurzeit der Indikator für die Dienstleistungsproduktion im Euroraum nicht bereitgestellt wird, ist die Schätzung allerdings mit größeren Unsicherheiten behaftet. Zur grundsätzlichen Methodik siehe: Deutsche Bundesbank (2020).

Im Durchschnitt der Europäischen Union hatten rund 70 % zumindest einen partiellen Impfschutz, verglichen mit knapp 75 % in Großbritannien und knapp 70 % in den USA. Vor allem seit Ende des dritten Quartals steigen die Neuinfektionen regional stark an, was teilweise erneute Verschärfungen von Eindämmungsmaßnahmen nach sich zog. Die Restriktionen blieben aber auch wegen der Ausnahmen für Genesene, Geimpfte und Getestete vergleichsweise mild. Zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes führten mehrere Länder eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ein und begannen mit Auffrischungsimpfungen für besonders gefährdete Gruppen.

Privater Verbrauch spürbar belebt

Im dritten Quartal machte die Normalisierung des privaten Verbrauchs große Fortschritte. Im Zuge der zunehmenden Lockerung der Schutzmaßnahmen konnten die Angebote der Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranchen sowie des Gastgewerbes wieder stärker genutzt werden. Der Inlandtourismus florierte, und nach Aufhebung der meisten Auflagen reisten auch wieder mehr Touristen ins Ausland. Der Einzelhandel, der zuvor in wesentlichen Teilen erheblich von der pandemiebedingten Verschiebung zum Warenkonsum profitiert hatte, kam hingegen kaum über das Vorquartalsniveau hinaus. Die Talfahrt der Kfz-Neuzulassungen setzte sich wegen der Lieferschwierigkeiten der Automobilindustrie fort. Grundsätzlich war die Anschaffungsneigung der Konsumenten gemäß den Umfragen der Europäischen Kommission aber weiterhin hoch.

Gedämpfte Investitionskonjunktur

Die Investitionstätigkeit blieb im dritten Quartal ohne Schwung.¹³⁾ Zwar legten wohl die Investitionen in geistiges Eigentum, getrieben von der Digitalisierung und von Forschung und Entwicklung, erneut zu, die Aufwendungen für Ausrüstungen nahmen aber vermutlich preisbereinigt leicht ab. Ein Grund dafür dürften die Lieferschwierigkeiten in Teilen der Industrie gewesen sein. Von den Bauinvestitionen gingen allenfalls geringe Impulse aus. Auch hier machten sich bei guter Auftragslage Materialmangel und steigende Kosten bemerkbar.

Zwar nahmen die Ausfuhrerlöse des Euroraums im dritten Vierteljahr erneut deutlich zu, dies war jedoch alleine dem fortgesetzt kräftigen Anstieg der Preise insbesondere von Vorleistungsprodukten zuzuschreiben. Preisbereinigt ergab sich wohl ein Minus. Ähnliches galt für die Wareneinfuhren. Die Dienstleistungsexporte erholten sich ein gutes Stück, wozu wesentlich das Tourismusgeschäft beitrug. In regionaler Betrachtung stiegen die Warenausfuhren in die USA dem Wert nach etwas stärker als im Vorquartal an, und die Erholung der Exporte in das Vereinigte Königreich setzte sich leicht verlangsamt fort.¹⁴⁾ Die Exporte nach China sanken vor dem Hintergrund der sich dort abschwächenden Konjunktur kräftig.

Warenhandel mit Drittländern preisbereinigt wohl rückläufig

Die Erzeugung des Verarbeitenden Gewerbes stagnierte trotz der guten Auftragslage im dritten Quartal, und die Kapazitätsauslastung verringerte sich zwischen Juli und Oktober sogar leicht. Wesentlich hierfür waren die Lieferengpässe und die hohen, teilweise weiter steigenden Preise von wichtigen Vorleistungsgütern und Transportleistungen. Am stärksten betroffen waren die Kfz-Hersteller, die wegen des Mangels an Halbleitern in einigen Werken sogar die Produktion zeitweise stilllegen mussten. Weniger betroffen waren die Konsumgüterproduzenten, insbesondere die pharmazeutische Industrie.

Vielfältige Hemmnisse bremsen das Verarbeitende Gewerbe

Hingegen expandierten verschiedene Dienstleistungsbranchen im Sommer kräftig. Vor allem das Gastgewerbe und die Kulturbetriebe weiteten ihre Aktivitäten erheblich aus. Der Tourismus und das Transportwesen erholten sich in der Feriensaison deutlich stärker als im Vorjahr. Auch die unternehmensnahen Dienstleister steigerten ihre Aktivität.

Bei den Dienstleistern kräftige Erholung

¹³ Ohne Irland. Der statistische Ausweis der Investitionen, insbesondere derer in geistiges Eigentum, wird dort seit mehreren Jahren wesentlich von Dispositionen multinationaler Unternehmen beeinflusst. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2018b).

¹⁴ Die Exporte in das Vereinigte Königreich hatten sich zu Jahresbeginn infolge der Neuregelung der Handelsbeziehungen stark verringert. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021c).

Erholung im Euroraum regional breit angelegt

Die Wirtschaftsaktivität legte im dritten Vierteljahr in den meisten Mitgliedsländern des Euroraums zu, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Wesentlich hierfür waren weiterhin der jeweilige Pandemieverlauf und die Wirtschaftsstruktur, insbesondere die Bedeutung des Tourismus und der Kfz-Industrie.

Wirtschaftsleistung in Frankreich auf Vorkrisenstand

In Frankreich verstärkte sich das BIP-Wachstum im Sommer nach der ersten Schätzung auf 3,0 % gegenüber dem zweiten Quartal. Das gesamtwirtschaftliche Aktivitätsniveau erreichte damit fast den Vorkrisenstand. Wesentlicher Treiber der kräftigen Expansion war der starke Anstieg des Dienstleistungskonsums. Das Gastgewerbe verringerte seinen Rückstand zum Vorkrisenniveau von knapp 40 % im Frühjahr auf gut 4 %. Dazu trug auch bei, dass die Dienstleistungsexporte angesichts des anziehenden grenzüberschreitenden Tourismus erheblich zulegen. Aber auch der Warenkonsum stieg nach dem Rücksetzer im Vorquartal wieder an.

Reales BIP in Italien erneut kräftig gestiegen

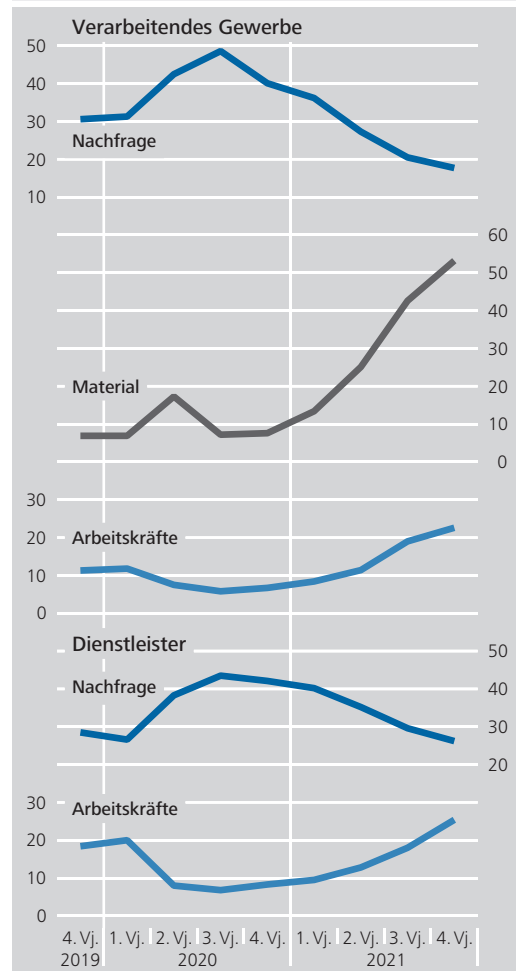
In Italien setzte sich die Erholung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität mit einem ähnlichen Tempo wie im Vorquartal fort. Das BIP stieg nach vorläufigen Angaben kräftig um 2,6 % und blieb damit noch 1,4 % hinter dem Vorkrisenstand zurück. Die Industrie zeigte sich weniger stark vom Materialmangel betroffen als der Durchschnitt des Euroraums. Die Exporte und Ausrüstungsinvestitionen dürften nochmals zugelegt haben. Der Dienstleistungssektor erholte sich weiter, auch weil sich der Tourismus ein gutes Stück normalisierte. Die privaten Konsumausgaben blieben aber wohl noch merklich hinter dem Vorkrisenstand zurück.

Gebremste Erholung in Spanien

In Spanien stieg die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im dritten Vierteljahr mit 2,0 % zwar etwas stärker an als im zweiten Quartal, die Wirtschaftsleistung blieb aber noch rund 6,5 % hinter dem Vorkrisenstand zurück. In keinem anderen Land des Euroraums war der pandemiebedingte Rückstand im Sommer größer. Ein wesentlicher Grund dafür war, dass sich der Tourismus zwar spürbar belebte, die Zahl der Übernachtungen aber immer noch um knapp

Produktionshemmnisse im Verarbeitenden Gewerbe und bei Dienstleistern

Anteil der befragten Unternehmen in %, Mehrfachnennungen möglich



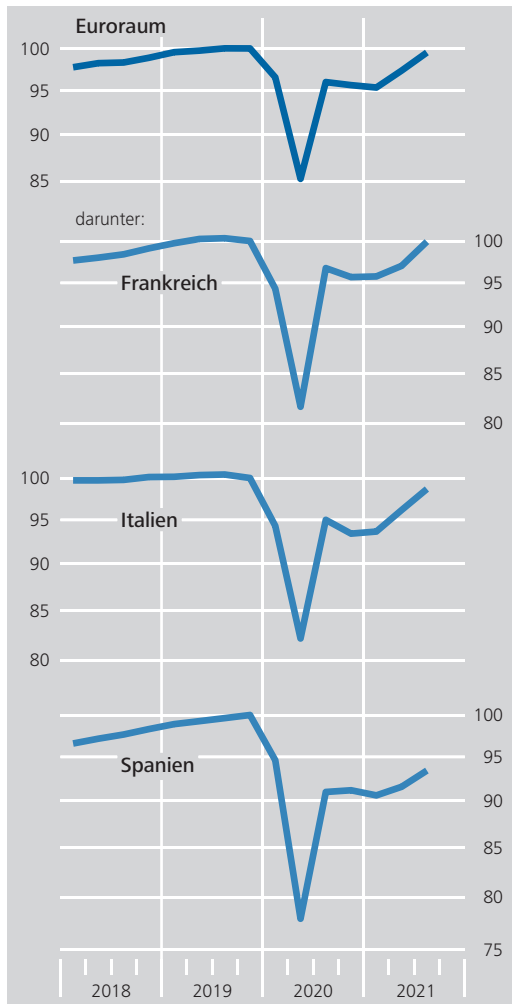
Quelle: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank

ein Drittel hinter dem vergleichbaren Zeitraum 2019 zurückblieb. Die Wertschöpfung in den vom Tourismus am meisten berührten Sektoren Handel, Transport und Gastgewerbe lag noch um 15 % unter dem Vorkrisenstand. Der private Verbrauch nahm im dritten Quartal preisbereinigt sogar leicht ab. Ursächlich hierfür könnte der in Spanien besonders kräftige Anstieg der Konsumentenpreise für Energieprodukte sein, der die Kaufkraft der Verbraucher schmälerte.¹⁵⁾ Günstiger stellte sich im Sommer die Lage in der

¹⁵⁾ Der Anstieg der Energiepreise fiel in Spanien deutlich stärker aus als im Euroraum insgesamt (im Vorjahresvergleich im dritten Vierteljahr + 24,2 %, gegenüber + 15,8 % im Euroraum).

Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum

reales BIP, 4. Vj. 2019 = 100,
 saison- und kalenderbereinigt, log. Maßstab



Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Industrie dar. Die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stieg ebenso wie die Warenexporte merklich an.

BIP-Anstieg auch in den kleineren Mitgliedsländern, aber mit großer Bandbreite

Auch in den meisten anderen Mitgliedsländern setzte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im Sommer fort. In Ländern mit einem großen Tourismussektor, darunter Österreich und Portugal, waren die Zuwächse besonders kräftig. Andernorts, so in den Niederlanden, Belgien und Finnland, ging die Erholung in gemäßigerem Tempo voran. In einigen kleineren Mitgliedsländern, die den Vorkrisenstand schon wieder erreicht hatten, wie etwa Lettland und

Litauen, stieg die gesamtwirtschaftliche Leistung im dritten Quartal hingegen nur wenig.

Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich im Sommer weiter. Die standardisierte Arbeitslosenquote erreichte im September 2021 mit 7,4% bereits wieder ihr Vorkrisenniveau. Die Zahl der Erwerbstätigen blieb allerdings trotz eines kräftigen Zuwachses von 0,9% noch um 0,3% hinter dem Vorpandemiestand zurück. Dahinter steht ein Rückgang der Erwerbspersonenzahl. Zum einen ist im Euroraum die Zahl der Inaktiven noch größer als vor der Coronapandemie. Zum anderen scheinen Arbeitnehmer aus Drittstaaten, die während der Pandemie in ihre Heimatländer zurückgekehrt waren, teilweise dort verblieben zu sein. Die Zahl der Beschäftigten aus dem EU-Ausland lag jedenfalls im Frühjahr noch um mehr als 5% unter dem Vorkrisenstand.

Arbeitslosigkeit wieder auf Vorkrisenniveau, Beschäftigung noch darunter

Die Bruttolöhne und -gehälter, die ihr Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht hatten, dürften im dritten Vierteljahr weiter gestiegen sein. Ein Lohnkostenschub zeichnet sich aber trotz zunehmender Anzeichen für Arbeitskräfteknappheit bislang nicht ab. Diese stärkt allerdings perspektivisch die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer, die einen Ausgleich für die erlittenen Kaufkraftverluste suchen werden.

Bisher keine Anzeichen für einen Lohnkostenschub

Der Anstieg der Verbraucherpreise verstärkte sich im Euroraum im dritten Quartal 2021 erheblich. Gemessen am HVPI stiegen die Preise gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 1,1% an. Die Verstärkung des Preisauftriebs zeigte sich gleichermaßen bei Industrieerzeugnissen ohne Energie und bei Dienstleistungen. Bei Energieträgern hielt der schon zuvor starke Preisanstieg an, und Nahrungsmittel verteuerten sich nochmals spürbar. In der Folge sprang die Vorjahresrate des HVPI von 1,8% im zweiten Vierteljahr auf 2,8% im Sommer. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel stieg von 0,9% auf 1,4%. Eine besondere Rolle spielten hierbei Preisanhebungen bei kontaktintensiven Dienstleistungen, zu denen unter anderem Leistungen des Gastgewerbes, Inlandsflüge und die

Anstieg der Verbraucherpreise im Sommer erheblich verstärkt

Personenbeförderung mit der Bahn zählen. Zudem zogen die Mietpreise von Parkplätzen und Kraftfahrzeugen sowie die Preise von Telefondiensten an. Bei den Industriegütern ohne Energie verdoppelte sich die Steigerungsrate auf 1,8%. Vor allem Neu- und Gebrauchtwagen, Möbel, Bekleidung sowie Hygiene- und Wellnessartikel verteuerten sich kräftig. Außer dem starken Preisanstieg bei Vorleistungsgütern trugen dazu vermutlich auch die erhebliche Zunahme der internationalen Transportkosten sowie die anhaltenden Lieferengpässe bei.

Im Oktober stieg die Inflationsrate weiter an

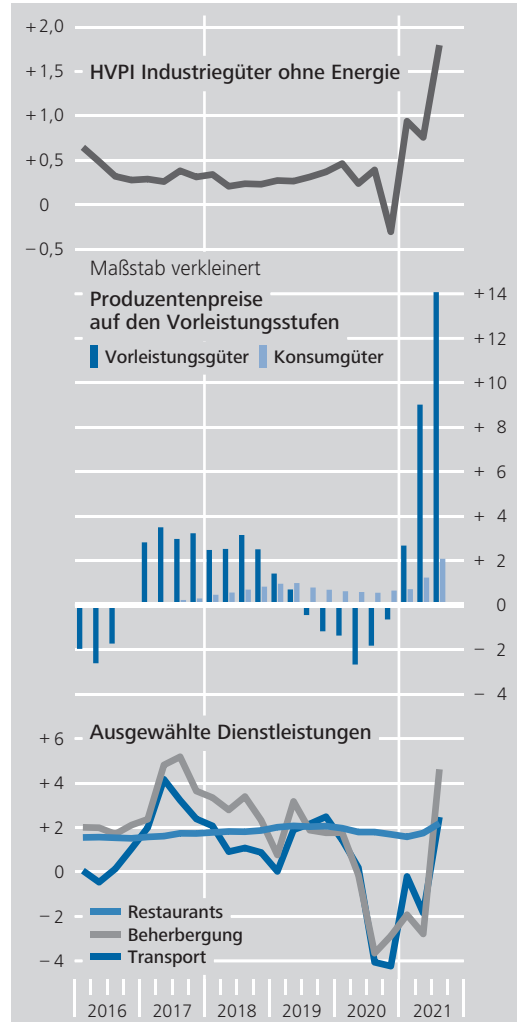
Im Oktober weitete sich der Vorjahresabstand des HVPI von 3,4% im Vormonat auf 4,1% aus. Dieser überraschend starke Anstieg war zu einem erheblichen Teil den Erdgaspreisen zuzuschreiben. In einigen Mitgliedsländern gaben die Versorger die sprunghaft gestiegenen Beschaffungskosten recht unmittelbar an die Verbraucher weiter. Die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel zog leicht von 1,9% auf 2,0% an. Während sich der Preisanstieg bei Dienstleistungen merklich verstärkte, ließ er bei Industriegütern ohne Energie etwas nach. Im November dürfte die Vorjahresrate des HVPI zunächst noch etwas ansteigen, bevor sie sich zu Beginn des nächsten Jahres etwas verringert. Dann entfallen vor allem die Basiseffekte bei der Energiekomponente und durch den temporär gesenkten Mehrwertsteuersatz in Deutschland. Dennoch dürfte die Gesamtrate des HVPI zunächst noch über 3% bleiben, da zu erwarten ist, dass Kostensteigerungen weiter von den vorgelagerten Stufen auf die Verbraucherpreise übertragen werden.

Im laufenden Vierteljahr merkliche Verlangsamung

Im laufenden Quartal setzt sich die gesamtwirtschaftliche Erholung wohl nur mit deutlich verringertem Tempo fort. Das Pandemiegeschehen verstärkte sich in verschiedenen Mitgliedsländern erneut, und es wurden teilweise wieder weitreichende Eindämmungsmaßnahmen erlassen. Auch werden die Verbraucher vermutlich wieder mehr Vorsicht walten lassen. Zwar könnten in Erwartung weiter anziehender Preise einige Käufe vorgezogen werden. Dem stehen aber Engpässe bei manchen Waren gegenüber,

Ausgewählte Komponenten des HVPI im Euroraum

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Eurostat.
 Deutsche Bundesbank

und für einen Teil der privaten Haushalte dürfte sich der finanzielle Spielraum infolge des kräftigen Anstiegs der Verbraucherpreise, insbesondere für Energie, allerdings verringert haben. Vom privaten Verbrauch werden daher im laufenden Quartal wohl keine größeren Impulse ausgehen. Auch dürften sich die Erschwernisse infolge des Materialmangels und der hohen Preise von Vorleistungsgütern und Transportleistungen insbesondere für die Industrie nicht in der kurzen Frist auflösen. Gleichzeitig waren die Auftragslage und die Stimmung insgesamt sehr gut. Auch in der Bauwirtschaft hielt sich die Stimmung auf sehr hohem und bei den Dienstleistern auf überdurchschnittlichem Niveau.

Zusammengefasst spricht dies dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Leistung im vierten Vierteljahr nur wenig zulegen dürfte. Erst mit Abklingen der Hemmnisse dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik wieder spürbar verstärken.

■ Literaturverzeichnis

Board of Governors of the Federal Reserve System (2021), Industrial Production and Capacity Utilization, statistische Veröffentlichung vom 15. September 2021.

Committee for a Responsible Federal Budget (2021a), Infrastructure Plan Will Add \$400 Billion to the Deficit, CBO Finds, Blogeintrag vom 5. August 2021, <https://www.crfb.org/blogs/infrastructure-plan-will-add-400-billion-deficit-cbo-finds>.

Committee for a Responsible Federal Budget (2021b), Full Estimates of the House Build Back Better Act, Blogeintrag vom 18. November 2021, <https://www.crfb.org/blogs/full-estimates-house-build-back-better-act>.

Congressional Budget Office (2021a), Senate Amendment 2137 to H.R. 3684, the Infrastructure Investment and Jobs Act, Kostenschätzung vom 9. August 2021.

Congressional Budget Office (2021b), Effects of Physical Infrastructure Spending on the Economy and the Budget Under Two Illustrative Scenarios, August 2021.

Congressional Budget Office (2021c), Estimated Budgetary Effects of H.R. 5376, the Build Back Better Act, Kostenschätzung vom 18. November 2021.

Deutsche Bundesbank (2021a), Zu den Gründen für das vergleichsweise gute Abschneiden der chinesischen Volkswirtschaft in der Pandemie, Monatsbericht, Oktober 2021, S. 46 f.

Deutsche Bundesbank (2021b), Zu den makroökonomischen Implikationen des American Rescue Plan, Monatsbericht, Mai 2021, S. 16 ff.

Deutsche Bundesbank (2021c), Wie werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union künftig geregelt?, Monatsbericht, Februar 2021, S. 16 f.

Deutsche Bundesbank (2020), Zur monatlichen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Euroraum, Monatsbericht, Mai 2020, S. 22.

Deutsche Bundesbank (2018a), Zu den internationalen Ausstrahleffekten einer scharfen Konjunkturabschwächung in China, Monatsbericht, Juli 2018, S. 56 f.

Deutsche Bundesbank (2018b), Aktivitäten multinationaler Unternehmensgruppen und nationale Wirtschaftsstatistiken, Monatsbericht, Oktober 2018, S. 67–81.

Deutsche Bundesbank (2017), Zum Einfluss von Wirbelstürmen auf die wirtschaftliche Aktivität in den Vereinigten Staaten, Monatsbericht, November 2017, S. 16 f.

Deutsche Bundesbank (2014), Zu den möglichen realwirtschaftlichen Effekten eines Abschwungs am chinesischen Wohnimmobilienmarkt, Monatsbericht, August 2014, S. 18 ff.

Hodge, A. und L. Lin (2021), Boosting the Economy: The Impact of US Government Spending Plans, IMF News, Country Focus, 1. Juli 2021.

IHS Markit (2021), Chips still squeezing: YTD 7.4mn units and – 10 % growth impact, Automotive Research & Analysis, 5. Oktober 2021, <https://ihsmarkit.com/research-analysis/chips-still-squeezing-ytd-74mn-units-and-10-growth-impact.html>.

Internationaler Währungsfonds (2021), World Economic Outlook: Recovery During a Pandemic – Health Concerns, Supply Disruptions, and Price Pressures, Oktober 2021.

Rogoff, K. und Y. Yang (2021), Has China's Housing Production Peaked, China & World Economy, Vol. 29 (1), S. 1–31.

Geldpolitik und Bankgeschäft

Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

EZB-Rat beschließt moderate Reduktion der PEPP-Käufe gegenüber den beiden Vorquartalen

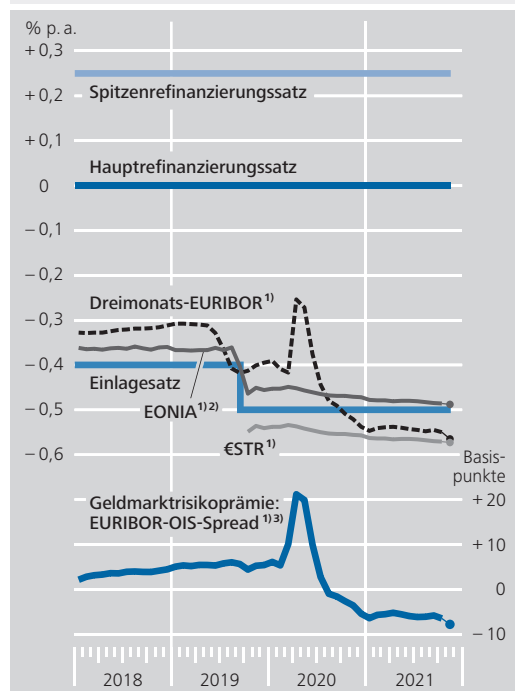
Im September 2021 gelangte der EZB-Rat auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu der Einschätzung, dass günstige Finanzierungsbedingungen auch dann aufrechterhalten werden können, wenn der Umfang des Nettoerwerbs von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) gegenüber den beiden Vorquartalen moderat reduziert wird. Des Weiteren werden die Nettoankäufe mit einem unveränderten voraussichtlichen Gesamtumfang von 1 850 Mrd € mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchgeführt, bis die Phase der Coronakrise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Wenn

günstige Finanzierungsbedingungen mit einem insgesamt geringeren Kaufvolumen aufrechterhalten werden können, muss der Umfang von 1 850 Mrd € nicht voll ausgeschöpft werden. Genauso kann der Gesamtumfang erforderlichenfalls auch erhöht werden. Der EZB-Rat bestätigte auch seine weiteren Maßnahmen: die Höhe der EZB-Leitzinsen, die Forward Guidance zu deren voraussichtlicher Entwicklung und die Nettokäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd €.

Verglichen mit der letzten vierteljährlichen Beurteilung im Juni gelangte der EZB-Rat Anfang September zu der Einschätzung, dass die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, private Haushalte und den öffentlichen Sektor nach wie vor günstig sind. Zudem wurden die Inflationsaussichten in den neuen makroökonomischen Projektionen erneut nach oben korrigiert. Allerdings ist der derzeitige Anstieg der Inflation nach Einschätzung des EZB-Stabs im Wesentlichen vorübergehender Natur. In der mittleren Frist sehen die Projektionen die Inflationsrate weiterhin deutlich unter 2 %. Vor diesem Hintergrund bleibt aus Sicht des EZB-Rats die Aufrechterhaltung günstiger Finanzierungsbedingungen entscheidend, damit die konjunkturelle Erholung anhält und die negativen Folgen der Pandemie auf die Inflation ausgeglichen werden. Allerdings sieht der EZB-Rat auch Aufwärtsrisiken für die Inflationsaussichten: Sollten die Angebotsengpässe länger andauern und unerwartet hohe Lohnzuwächse resultieren, könnte es zu einem länger anhaltenden Preisdruck kommen.

Wachstums-erholung und Anstieg der Inflation hängen weiterhin von günstigen Finanzierungsbedingungen ab

Geldmarktzinsen im Euroraum



Quellen: EZB und Bloomberg. **1** Monatsdurchschnitte. **2** Ab 1. Oktober 2019 berechnet sich EONIA aus €STR + 8,5 Basispunkte. **3** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA-Swapsatz. • = Durchschnitt 1. bis 18. November 2021
 Deutsche Bundesbank

Im Oktober bestätigte der EZB-Rat seine im September vorgenommene Beurteilung der Finanzierungsbedingungen. Die Marktzinsen waren zwar seit der Sitzung Anfang September gestiegen, aber die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen, private Haushalte und den

EZB-Rat bestätigt Einschätzung der Finanzierungsbedingungen im Oktober

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

Im Betrachtungszeitraum Juli/November 2021¹⁾ stieg die Überschussliquidität im Eurosystem um insgesamt 151,9 Mrd € auf durchschnittlich 4 391,3 Mrd € an. Dabei entfielen 101,6 Mrd € des gesamten Anstiegs der Überschussliquidität auf die Mindestreserveperiode 5/2021 (Juli/September) und 50,3 Mrd € auf die Mindestreserveperiode 6/2021 (September/November), obwohl in den liquiditätszuführenden Ankaufprogrammen in beiden Mindestreserveperioden ähnlich hohe Beträge angekauft wurden. Maßgeblich verantwortlich für diesen Unterschied war die Entwicklung der liquiditätsabsorbierenden autonomen Faktoren.

Zusätzliche Zentralbankliquidität wurde im Betrachtungszeitraum hauptsächlich durch Nettoankäufe in Höhe von 267,8 Mrd € im Rahmen der Ankaufprogramme bereit-

gestellt. Dabei entfiel der Großteil der Ankäufe auf das Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP). Der bilanzielle Bestand der Wertpapierankaufprogramme betrug zum 12. November 2021 4 611,2 Mrd € (siehe Tabelle auf S. 30). Zudem stieg das durchschnittliche ausstehende Tendervolumen im Euroraum im Betrachtungszeitraum um 14,0 Mrd € auf 2 210,0 Mrd €. Das Zuteilungsvolumen des neunten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts (GLRG III) im September in Höhe von 97,6 Mrd € überstieg die ersten freiwilligen Rückzahlungen der GLRG III eins bis fünf, was insgesamt zu einer Netto-Liquiditätsbereitstellung führte. Das zehnte längerfristige Pandemie-Notfall-

¹ Hierbei werden die Durchschnitte der Mindestreserveperiode 6/2021 (September/November) mit den Durchschnitten der Mindestreserveperiode 4/2021 (Juni/Juli) verglichen.

Liquiditätsbestimmende Faktoren ^{*)}

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2021	
	28. Juli bis 14. September	15. September bis 2. November
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren		
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	- 14,1	- 7,5
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 16,6	- 35,6
3. Netto-Währungsreserven ¹⁾	+ 5,0	+ 8,4
4. Sonstige Faktoren ¹⁾	- 55,9	- 43,3
Insgesamt	- 48,4	- 78,0
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems		
1. Offenmarktgeschäfte		
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	+ 0,1	+ 0,0
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	+ 17,2	- 3,3
c) Sonstige Geschäfte	+ 134,4	+ 133,4
2. Ständige Fazilitäten		
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,0	+ 0,0
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	- 30,0	+ 28,1
Insgesamt	+ 121,7	+ 158,2
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	+ 73,1	+ 80,3
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)	- 0,7	- 1,9

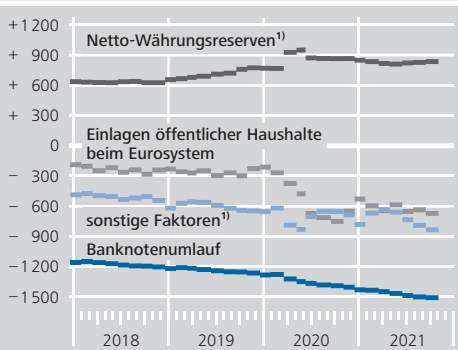
^{*)} Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

¹ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Autonome Faktoren im Eurosystem¹⁾

Mrd €, Mittelwerte in der jeweiligen Reserveperiode



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Liquiditätszuführende (liquiditätsabsorbierende) Faktoren mit positivem (negativem) Vorzeichen dargestellt. ¹ Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Ankaufprogramme des Eurosystems

Mrd €

Programm	Veränderung in den beiden Reserveperioden	Bilanzieller Bestand am 12. November 2021
Aktive Programme¹⁾		
PSPP	+ 34,7	2 470,4
CBPP3	+ 4,6	296,5
CSPP	+ 15,3	305,4
ABSPP	- 1,7	28,2
PEPP	+ 225,6	1 501,4
Beendete Programme		
SMP	- 10,6	6,5
CBPP1	+ 0,0	0,4
CBPP2	+ 0,0	2,4

¹ Veränderungen aufgrund von Nettokäufen, Fälligkeiten, Reinvestitionen und Anpassungen wegen der Amortisation.

Deutsche Bundesbank

refinanzierungsgeschäft (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operation, PELTRO) im September wurde mit insgesamt 1,3 Mrd € kaum nachgefragt (Vorgeschäft im Juni 2021: 0,5 Mrd €). Gleichzeitig wurden drei PELTRO in Höhe von 22,1 Mrd € zurückgezahlt, was zu einer Netto-Liquiditätsabsorption aus PELTRO führte. Auch das Interesse an den regulären Haupt- und Dreimonatstendern blieb sehr gering. In Deutschland stieg das ausstehende Volumen aller Refinanzierungsgeschäfte um 4,9 Mrd € auf durchschnittlich 439,3 Mrd €. Damit entsprach der Anteil Deutschlands am

ausstehenden Volumen der Tender im Eurosystem unverändert rund 20 %.

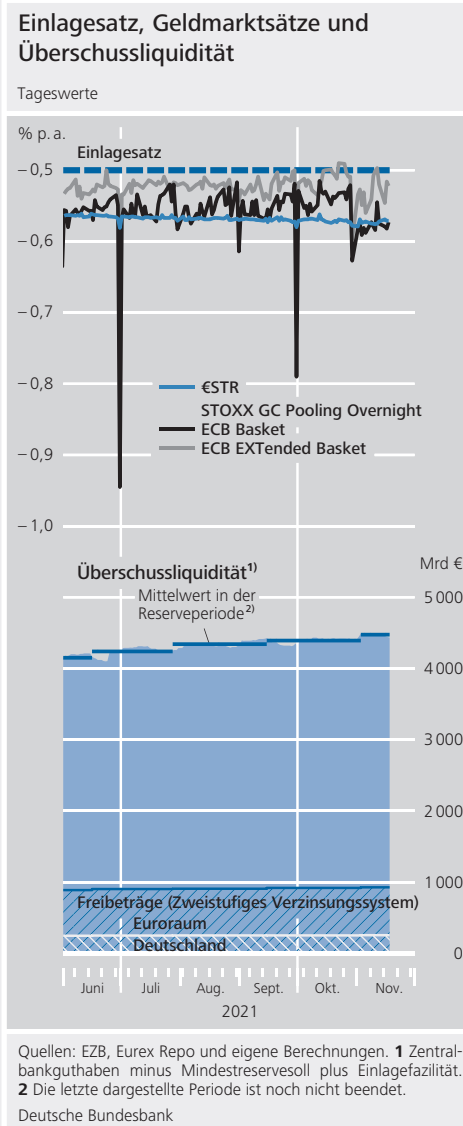
Der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren in der Mindestreserveperiode 6/2021 stieg im Vergleich zur Mindestreserveperiode 4/2021 (Juni/Juli) um 126,4 Mrd € auf einen neuen Höchststand in Höhe von 2 177,4 Mrd € (siehe Tabelle auf S. 29)²⁾. Haupttreiber des Anstiegs war die Summe aus den Netto-Währungsreserven und den sonstigen Faktoren, die aufgrund liquiditätsneutraler Bewertungseffekte gemeinsam betrachtet werden. Der daraus resultierende Liquiditätsbedarf stieg um 85,8 Mrd €, was hauptsächlich an gestiegenen nicht geldpolitischen Einlagen wie zum Beispiel Einlagen ausländischer Notenbanken lag. Weitere wesentliche liquiditätsabsorbierende Effekte entfalteten der kräftige Anstieg des Banknotenumlaufs um 21,6 Mrd € auf 1 507,4 Mrd € und der Anstieg der Einlagen öffentlicher Haushalte um 19,0 Mrd € auf 671,3 Mrd €. In Deutschland stiegen die Netto-Banknotenemission dabei um 17,0 Mrd € auf 863,8 Mrd € und die Einlagen öffentlicher Haushalte um 10,9 Mrd € auf 217,7 Mrd €. Das Mindestreservesoll nahm im Betrachtungszeitraum um durchschnittlich 2,6 Mrd € auf 152,8 Mrd € in der Mindestreserveperiode 6/2021 zu, was zu einem zusätzlichen Bedarf an Zentralbankliquidität führte. In Deutschland erhöhte sich das Mindestreservesoll dabei um 0,3 Mrd € auf 41,6 Mrd €.

Die Ausnutzung der Freibeträge im Rahmen des zweistufigen Systems für die Verzinsung von Überschussreserven stieg im Betrachtungszeitraum von 99,2 % auf 99,3 %. In Deutschland betrug die Ausnutzung weiterhin 99,2 %. Die absoluten Freibeträge ver-

² Durchschnitt der Mindestreserveperiode 6/2021 (September/November 2021) im Vergleich zum Durchschnitt der Mindestreserveperiode 4/2021 (Juni/Juli 2021).

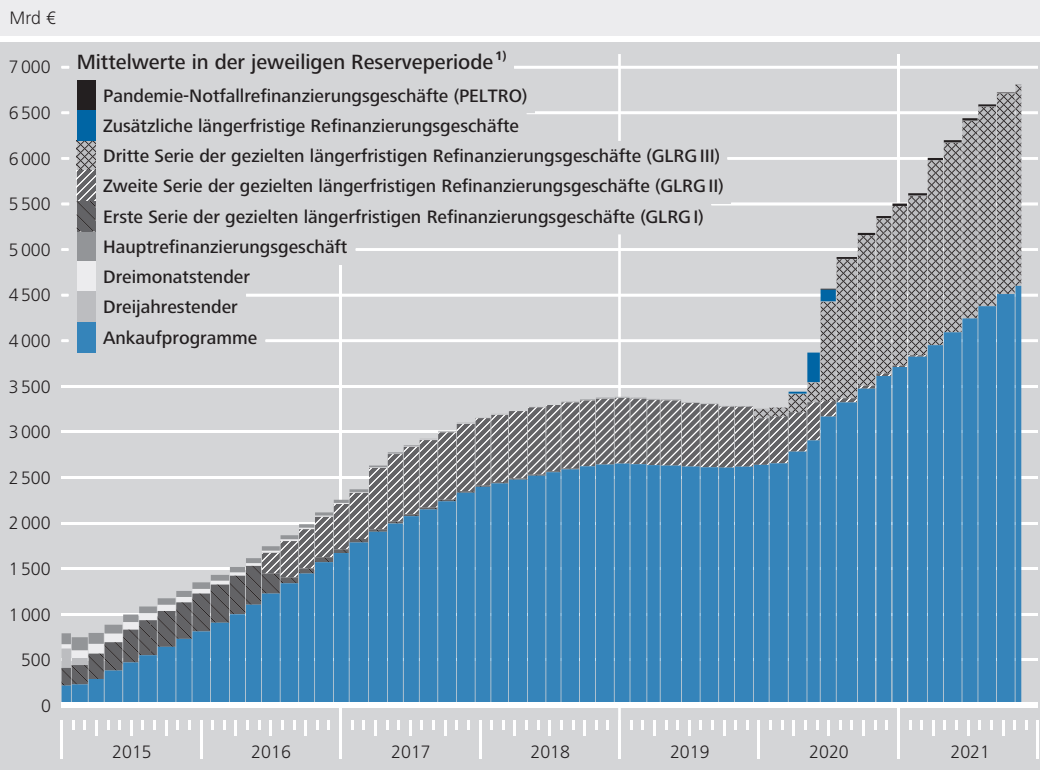
größerten sich zwar durch das gestiegene Mindestreservesoll, angesichts der stärker angestiegenen Überschussliquidität nahm die zu $-0,50\%$ verzinste Überschussliquidität allerdings nochmals zu (siehe nebenstehendes Schaubild). Dadurch waren im Durchschnitt in der Mindestreserveperiode 6/2021 $20,7\%$ (wie in der Vorperiode) der Überschussliquidität im Eurosystem von der Negativverzinsung ausgenommen (in Deutschland: $20,2\%$, Vorperiode: $20,4\%$).

Am Euro-Geldmarkt orientierten sich die Tagesgeldsätze während des Betrachtungszeitraums unverändert am Satz der Einlagefazilität (siehe nebenstehendes Schaubild). Die unbesicherte Euro Short-Term Rate (€STR) wurde dabei in der Mindestreserveperiode 6/2021 durchschnittlich bei $-0,57\%$ festgestellt und lag damit wie in der Vorperiode 7 Basispunkte unterhalb des Einlagesatzes. Die Umsätze blieben in den beiden betrachteten Perioden mit $48,5$ Mrd € beziehungsweise $48,6$ Mrd € im Durchschnitt nahezu unverändert. Besichertes Tagesgeld auf der Handelsplattform GC Pooling wurde in der Mindestreserveperiode 6/2021 im ECB Basket mit durchschnittlich $-0,55\%$ 5 Basispunkte unterhalb des Einlagesatzes gehandelt; damit blieb der Abstand fast unverändert zur Vorperiode. Im mit einem größeren Sicherheitenpool versehenen ECB EXTended Basket erfolgten Tagesgeldtransaktionen in den beiden Perioden im Durchschnitt bei $-0,52\%$. In der Mindestreserveperiode 4/2021 hatten die Overnight-Sätze in beiden Baskets hingegen im Durchschnitt jeweils rund 1 Basispunkt niedriger gelegen. Das aggregierte O/N-Volumen von ECB und ECB EXTended Basket nahm nach durchschnittlich $3,6$ Mrd € pro Tag in Mindestreserveperiode 5/2021 auf $3,0$ Mrd € in der Folgeperiode ab. Am Quartalsultimo Ende September 2021 zeigte sich das gewohnte Bild niedrigerer Sätze. Die €STR sank gegenüber dem Vortag um



knapp 1 Basispunkt auf $-0,58\%$. Besichertes Tagesgeld im ECB Basket verbilligte sich an diesem Tag bei sehr niedrigen Umsätzen vorübergehend deutlich um rund 27 Basispunkte auf $-0,79\%$. Im ECB EXTended Basket sank der O/N-Satz um 14 Basispunkte auf $-0,64\%$. Insgesamt waren die Tagesgeldsätze bei GC Pooling im Betrachtungszeitraum weiterhin deutlich volatil als €STR. So lag der O/N-Satz im ECB EXTended Basket im Oktober 2021 auch kurzzeitig oberhalb des Einlagesatzes.

Ausstehende Liquidität nach Offenmarktoperationen im Euroraum



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. ¹ Die Breite der Säulen entspricht der Länge der Reserveperioden. Die letzte dargestellte Periode ist noch nicht beendet.
 Deutsche Bundesbank

öffentlichen Sektor blieben insgesamt dennoch günstig. Für die Inflation konstatierte der EZB-Rat, dass die Phase höherer Inflation zwar länger dauern wird als ursprünglich erwartet. Er ging aber weiterhin davon aus, dass die Inflation im Laufe des nächsten Jahres wieder sinken wird. Gleichmaßen könnte der Preisdruck zunehmen, wenn hartnäckige Angebotsengpässe zu stärker als erwartet steigenden Löhnen führen oder wenn die Wirtschaft ihre Kapazität rascher wieder voll ausschöpft.

Bilanziell ausgewiesene Wertpapierbestände von APP und PEPP mit weiterem Anstieg

Die bilanziell ausgewiesenen Bestände des APP stiegen seit Mitte August um 50,9 Mrd €. Insgesamt hielt das Eurosystem am 12. November dem APP zugehörige Aktiva in Höhe von 3 100,4 Mrd € (siehe die Erläuterungen auf S. 29 ff. für eine Aufgliederung der Bestände in die einzelnen Teilprogramme). Die ausgewiesenen Bestände werden weiterhin beeinflusst durch die zeitliche Glättung der Reinvestitionen im Rahmen der im Dezember 2018 beschlossenen technischen Parameter und durch die Bilanzie-

rung zu fortgeführten Anschaffungskosten¹⁾. Die im Rahmen des PEPP ausgewiesenen Wertpapierbestände sind um 204,5 Mrd € angestiegen und lagen am 12. November bei 1 501,4 Mrd €.

Am 29. September 2021 wurde das neunte Geschäft der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) abgewickelt. Dabei fragten 152 Banken insgesamt 97,6 Mrd € nach. Gleichzeitig kam es zu freiwilligen Rückzahlungen aus früheren Geschäften der GLRG III in Höhe von 79,2 Mrd €. Zusammengekommen stehen damit 2 206,3 Mrd € in allen GLRG III aus. Im längerfristigen Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäft (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operation, PELTRO), das einen Tag später abgewickelt wurde, fiel die Nachfrage mit 1,3 Mrd € aber-

Banken fragten 97,6 Mrd € im neunten GLRG III nach

¹ Insbesondere wird die Differenz zwischen Anschaffungs- und Rückzahlungswert über die Restlaufzeit des Wertpapiers verteilt, als Teil des Zinsertrages behandelt und beim (somit fortgeführten) Anschaffungswert berücksichtigt.

mals sehr gering aus. Insgesamt stehen in den PELTRO nur noch 2,3 Mrd € aus.

*Überschuss-
liquidität setzt
Anstieg fort*

Der trendmäßige Anstieg der Überschussliquidität setzte sich aufgrund der anhaltenden Wertpapiernettokäufe in APP und PEPP weiter fort. Das Volumen der Überschussliquidität lag zuletzt bei 4 448,5 Mrd €, was einem Anstieg um rund 113,4 Mrd € seit Mitte August entspricht (siehe die Erläuterungen auf S. 29 ff.).

*Kurzfristige
Geldmarktsätze
mit leichtem
Rückgang*

Die kurzfristigen Geldmarktsätze bewegten sich seit August in einer engen Bandbreite, sanken am aktuellen Rand aber leicht. Der unbesicherte Tagesgeldsatz EONIA, der über einen festen Zinsabstand aus der Euro Short-Term Rate (€STR) abgeleitet wird, notierte zuletzt um 1 Basispunkt niedriger bei – 0,49 %. Der Dreimonats-EURIBOR sank im Vergleich zu August etwas stärker und stand zuletzt bei – 0,57 %.

*Geldmarkt-
terminsätze
deutlich
angestiegen*

Die Geldmarktterminsätze stiegen seit der geldpolitischen Sitzung im September deutlich an. Die Marktteilnehmer preisten zunehmend eine frühere erste Zinserhöhung des Eurosystems ein. Dies war zum einen auf Wahrnehmungen steigender Inflationsrisiken angesichts von Aufwärtsüberraschungen und einer stärkeren Persistenz der Inflationsentwicklung zurückzuführen. Zum anderen dürften auch Entwicklungen im internationalen Umfeld eine Rolle gespielt haben, wo mehrere große Notenbanken eine nahende geldpolitische Straffung signalisierten. Im Ergebnis ist in den Geldmarktterminsätzen eine erste Zinserhöhung derzeit bereits für Ende 2022 eingepreist. Dabei dürfte es sich aber vor allem um Risikoprämien handeln, die den Informationsgehalt der Terminsätze im Hinblick auf den erwarteten Zinspfad verzerren. Diese Interpretation wird auch durch die vor der Oktober-Sitzung durchgeführte geldpolitische Umfrage des Eurosystems gestützt. Zwar hat sich der von den Umfrageteilnehmern erwartete Zeitpunkt der ersten Zinserhöhung im Vergleich zur September-Umfrage ebenfalls leicht nach vorne bewegt, liegt aber immer noch im zweiten Quartal 2024.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Das breit gefasste Geldmengenaggregat M3 verzeichnete auch im dritten Quartal 2021 eine deutliche Ausweitung, die sich nach wie vor auf die hoch liquiden täglich fälligen Einlagen stützte. Die Zuflüsse fielen zwar etwas umfangreicher aus als im Vorquartal, blieben aber deutlich unterhalb der hohen coronabedingten Nettozuflüsse des Vorjahres. Vor diesem Hintergrund sank die Jahreswachstumsrate von M3 zwar um gut 1 Prozentpunkt auf 7,4%. Das Tempo der Normalisierung verlangsamte sich jedoch.

*Allmähliche Nor-
malisierung des
Geldmengen-
wachstums*

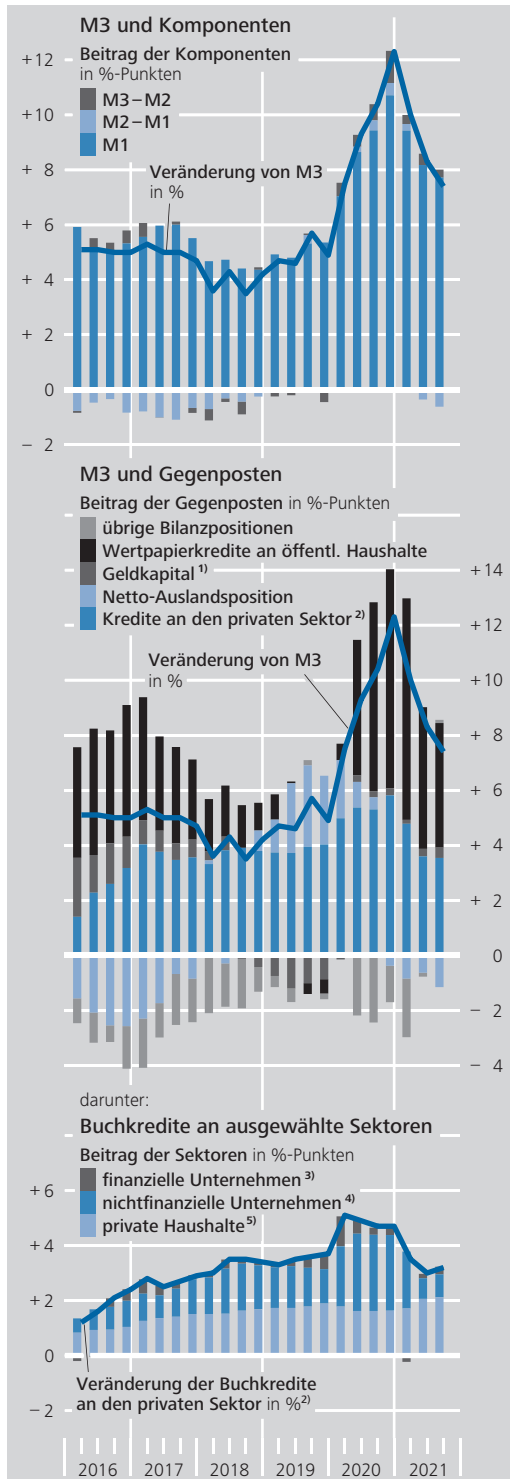
Auf der Seite der Gegenposten stützten die fortgesetzten Wertpapierankäufe des Eurosystems das Geldmengenwachstum. Auch die Buchkredite der Banken an den inländischen Privatsektor legten deutlich zu. Zum einen nahm die Nachfrage nichtfinanzieller Unternehmen nach Buchkrediten Schwung auf, da ihr Mittelbedarf für Investitionszwecke stieg. Zum anderen blieb die Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten hoch. Zugleich berichteten die in der Umfrage zum Kreditgeschäft (Bank Lending Survey, BLS) befragten Banken, dass sie ihre Kreditrichtlinien im dritten Quartal nur bei den Wohnungsbaukrediten verschärfen.

Unter den Komponenten von M3 kam der bedeutendste Beitrag zum Jahreswachstum erneut von den täglich fälligen Einlagen. Ihre Opportunitätskosten sind aufgrund des niedrigen Zinsniveaus weiterhin gering. Wie in den Quartalen zuvor stammten die größten Nettozuflüsse von den privaten Haushalten. Die Nettozuflüsse fielen zwar leicht höher aus als im Vorquartal, blieben aber deutlich unterhalb der hohen Zuflüsse, die während der ersten drei Pandemiewellen beobachtet wurden. Ganz ähnlich entwickelten sich die kurzfristigen Spareinlagen privater Haushalte. Somit zeichnet sich eine Normalisierung des Einlagenaufbaus ab, da sich die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte verbessert haben, nachdem die pan-

*M3-Ausweitung
weiterhin durch
täglich fällige
Einlagen
getragen*

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euroraum

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsstände, saisonbereinigt



Quelle: EZB. **1** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **2** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen sowie um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden. **3** Nichtmonetäre finanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **4** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **5** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Deutsche Bundesbank

demiebedingten Eindämmungsmaßnahmen weiter gelockert wurden.

Relativ hohe Zuflüsse zu ihren täglich fälligen Einlagen verzeichneten auch die nichtfinanziellen Unternehmen. Im Vergleich zum Vorquartal fielen die Zuflüsse etwas umfangreicher aus, was auch im Zusammenhang mit den anhaltenden Lieferengpässen bei Vorprodukten stehen dürfte, die derzeit in vielen Branchen Produktion und Investitionen behindern. Diese aggregierte Betrachtung verdeckt jedoch die recht heterogene Entwicklung in den verschiedenen Mitgliedsländern, die sich auf die Unterschiede in der Betroffenheit durch und im Umgang mit der Pandemie gründet.

Auf der Seite der Gegenposten wurde das Geldmengenwachstum erneut von der Ausweitung der Kreditvergabe an inländische Nichtbanken getragen. Sie knüpfte nach einem schwächeren Vorquartal wieder an das hohe Niveau des ersten Quartals 2021 an. Der größte Beitrag kam abermals von den Wertpapierkrediten an öffentliche Haushalte (siehe Schaubild auf S. 36 unten). Grund dafür sind die anhaltend hohen monatlichen Nettoankäufe von Staatsanleihen durch das Eurosystem im Rahmen des APP und des PEPP. Zugleich bauten die Geschäftsbanken ihre Bestände an Anleihen öffentlicher Haushalte per saldo weniger stark ab als im Vorquartal. Außerdem legte die Kreditvergabe an den inländischen Privatsektor kräftig zu. Dies betraf vor allem die Buchkredite. Wertpapierkredite an den Privatsektor verzeichneten per saldo nur moderate Zuflüsse.

Aufbau von Wertpapierkrediten maßgeblich durch Nettoankäufe des Eurosystems getragen

Die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen nahm im dritten Quartal per saldo spürbar zu, nachdem sie im ersten Halbjahr infolge der Bemühungen, die GLRG III-Zielvorgaben für das Kreditwachstum zu erfüllen, stark geschwankt hatte.²⁾ Die Jahreswachstumsrate stieg bis Ende September auf moderate 2,1%. Aufgebaut wurden überwiegend Kredite im langfristigen Laufzeitbereich, aber auch die

Spürbarer Aufbau der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen, ...

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a, 2021b).

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors im Euroraum ^{*)}					
Veränderung gegenüber Vorquartal in Mrd €, saisonbereinigt					
Aktiva	2021 2. Vj.	2021 3. Vj.	Passiva	2021 2. Vj.	2021 3. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euroraum	47,2	134,2	Von Zentralstaaten gehaltene Bestände ²⁾	- 41,8	46,0
davon			Geldmenge M3	208,7	251,9
Buchkredite ¹⁾	38,4	121,5	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	8,7	12,7	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	245,7	254,0
Kredite an öffentliche Haushalte im Euroraum	109,2	182,6	Übrige kurzfristige Einlagen (M2-M1)	- 46,0	- 9,4
davon			Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	9,0	7,4
Buchkredite	11,9	- 8,2	Geldkapital	- 19,3	- 4,3
Wertpapierkredite	97,2	190,8	davon:		
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums	- 7,3	- 49,0	Kapital und Rücklagen	30,0	2,6
andere Gegenposten von M3	- 1,4	25,8	Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 49,3	- 6,9

* Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe, Kreditverbriefungen und um Positionen im Zusammenhang mit durch MFIs erbrachten fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen. 2 Einschl. Einlagen der Zentralstaaten beim MFI-Sektor sowie der von Zentralstaaten gehaltenen Wertpapiere, die vom MFI-Sektor begeben wurden.

Deutsche Bundesbank

kurzfristigen Ausleihungen nahmen per saldo leicht zu (siehe Schaubild auf S. 36 oben). Über die Mitgliedstaaten verteilt war die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen ähnlich heterogen wie vor Beginn der Corona-Pandemie: Der Großteil des Nettozuflusses stammte von Banken in Deutschland und Frankreich. Dagegen bauten Banken in Italien und Spanien ihre Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen wie schon im Vorquartal per saldo etwas ab.

Aus Sicht der im BLS interviewten Bankmanager nahm die Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen gegenüber dem Vorquartal dennoch insgesamt geringfügig zu; dies war der zweite Anstieg in Folge. Mittelbedarf hatten laut Umfrage vor allem große Unternehmen. Erstmals im Jahr 2021 nannten die befragten Banken wieder den Finanzierungsbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel als nachfragegestützenden Faktor. Auch der Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen, der die Kreditnachfrage aus Sicht der BLS-Banken mehrere Quartale gebremst hatte, trug wie schon im Vorquartal zum Nachfrageanstieg bei. Allerdings merkten einzelne Bankmanager an, dass Angebotsengpässe die Kreditnachfrage für sich genommen dämpften.

BLS-Banken sahen einen Anstieg der Nachfrage nach Unternehmenskrediten ...

... gestützt durch wirtschaftliche Erholung und niedrige Bankkreditzinsen

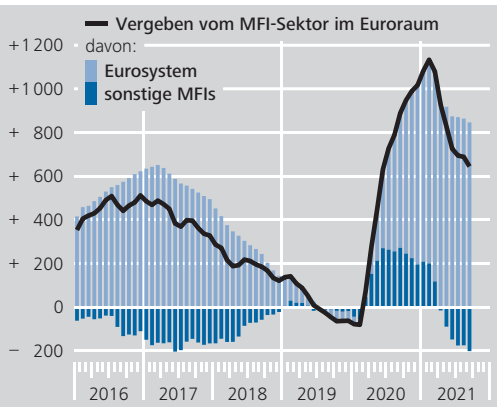
Stützende Faktoren für die Kreditvergabe waren zum einen die fortgesetzte wirtschaftliche Erholung im Euroraum und der damit verbundene Anstieg der Investitionsneigung der Unternehmen. Zum anderen stützten die weiterhin nahe historischen Tiefständen liegenden Bankkreditzinsen die Kreditnachfrage. Andererseits wirkten die aus den Vorquartalen bekannten dämpfenden Faktoren fort. So stiegen die umfangreichen Liquiditätspuffer aufgrund der verbesserten Einnahmesituation vieler Unternehmen nochmals an. Hinzu kamen Zahlungen weiterer staatlicher Hilfen an pandemiegeschädigte Unternehmen. Zudem dürften einige von der Pandemie stark betroffene Unternehmen bereits einen hohen Verschuldungsgrad aufweisen, was zu einer gewissen Zurückhaltung bei der Aufnahme neuer Kredite führt.

Zugleich ließen die im BLS befragten Banken die Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft wie auch schon im Vorquartal per saldo nahezu unverändert. Gemäß den Angaben der befragten Banken war dies das Ergebnis gegenläufiger Faktoren: Die allgemeine Wirtschaftslage und die Konjunkturaussichten begünstigten lockere Kreditrichtlinien, ebenso wie die angespanntere Wettbewerbssituation mit anderen Banken sowie die verbesserte Liquiditätsausstattung in der Kreditwirtschaft. Restriktiv wirkten dagegen erneut branchen- und firmenspe-

... und ließen die Kreditrichtlinien nahezu unverändert

Wertpapierkredite an öffentliche Haushalte im Euroraum

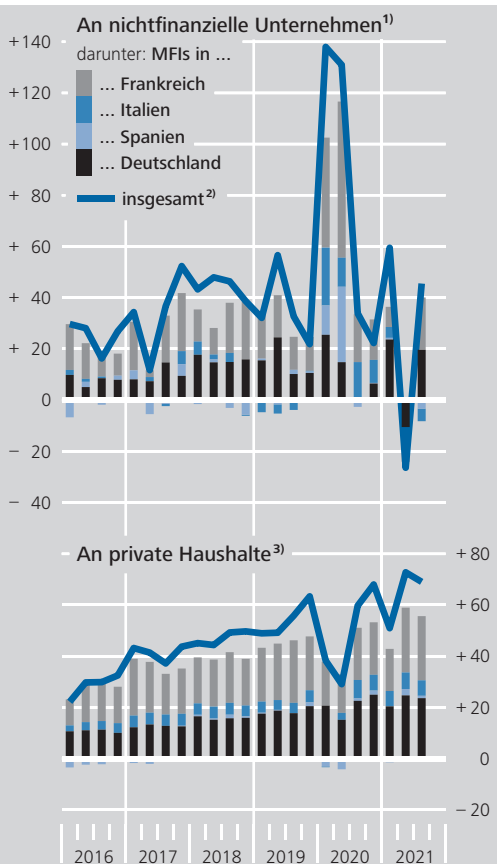
Mrd €, Veränderung innerhalb der letzten 12 Monate



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Buchkredite des MFI-Sektors an den nichtfinanziellen Privatsektor im Euroraum¹⁾

Mrd €, Quartalssummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. * Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Zusätzlich bereinigt um Positionen im Zusammenhang mit fiktiven Cash-Pooling-Dienstleistungen, die von MFIs erbracht wurden. **3** Sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck.
 Deutsche Bundesbank

zifische Faktoren sowie eine geringere Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer.

Die Buchkredite an private Haushalte wurden im dritten Quartal 2021 weiter kräftig ausgeweitet. Wie bei den Unternehmenskrediten leisteten Banken in Deutschland und Frankreich die bedeutendsten Beiträge. Auch aus Italien kam abermals ein recht kräftiger Impuls. Insgesamt liegen die Nettozuflüsse in diesem Segment deutlich über dem Niveau vor der Pandemie. Sie entfielen im Wesentlichen auf Wohnungsbaukredite, die den bedeutendsten Teil der Buchkredite an private Haushalte bilden. Ihre Jahreswachstumsrate nahm in den letzten Jahren stetig zu und lag Ende September bei 5,5%. Die dynamische Entwicklung der letzten Quartale ist auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass Materialknappheit und andere angebotsseitige Engpässe die Preise für Bauleistungen in die Höhe getrieben haben, was den Finanzierungsbedarf der privaten Haushalte für Wohnungsbauzwecke für sich genommen weiter erhöht.

Wohnungsbaukredite an private Haushalte weiter kräftig ausgeweitet, ...

Hinweise auf die Gründe für eine lebhaftere Nachfrage nach Wohnimmobilienkrediten liefern die BLS-Angaben. Als wesentliche Faktoren nannten die befragten Banken zum wiederholten Mal das niedrige allgemeine Zinsniveau, die positiven Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt sowie das noch einmal gestärkte Verbrauchervertrauen. Angebotsseitig zeigten sich die am BLS teilnehmenden Banken vorsichtiger. Sie verschärften ihre Richtlinien für Wohnungsbaukredite im dritten Quartal, nach geringfügigen Lockerungen in den beiden Vorquartalen. Als Gründe hierfür nannten die Banken vor allem eine gesunkene Risikotoleranz sowie gestiegene Refinanzierungskosten und bilanzielle Restriktionen. Einige Banken führten explizit restriktive makroprudenzielle Maßnahmen an.

... Kreditrichtlinien laut BLS verschärft

Die Konsumentenkredite an private Haushalte nahmen das zweite Quartal in Folge erkennbar zu. Ursächlich hierfür dürften die Aufhebungen von Corona-Beschränkungen in den Bereichen Transport, Gastgewerbe und Kultur gewesen

Konsumentenkredite ebenfalls mit erkennbaren Zuflüssen

sein. Hinzu kamen pandemiebedingte Nachhol-
 effekte. Dennoch blieben die Zuflüsse zu den
 Konsumentenkrediten deutlich unter dem
 Niveau vor Ausbruch der Pandemie. Die im BLS
 interviewten Banken meldeten erneut einen
 moderaten Anstieg der Nachfrage nach Kon-
 sumenten- und sonstigen Krediten. Sie begrün-
 deten ihn vor allem mit einem gestiegenen Ver-
 brauchertrauen sowie einer höheren An-
 schaffungsneigung für langlebige Konsum-
 güter. Außerdem gaben die im BLS befragten
 Banken an, die Richtlinien für Konsumenten-
 und sonstige Kredite wie schon im Vorquartal
 nahezu unverändert gelassen zu haben.

*Netto-Auslands-
 position mit
 erkennbar
 dämpfendem
 Einfluss auf das
 Geldmengen-
 wachstum
 wegen nega-
 tiven Saldos
 grenzüberschrei-
 tender Wert-
 papiertrans-
 aktionen*

Im Gegensatz zur Kreditvergabe übte die Netto-
 Auslandsposition des MFI-Sektors im dritten
 Quartal einen erkennbar dämpfenden Einfluss
 auf das Geldmengenwachstum aus. Zwar führte
 der anhaltende Leistungsbilanzüberschuss des
 Euroraums wie üblich zu Mittelzuflüssen. Gemäß
 den bislang vorliegenden Daten der Zah-
 lungsbilanz wurde dieser positive Faktor jedoch
 vom negativen Saldo der grenzüberschreitenden
 Wertpapiertransaktionen überlagert. Ursächlich
 für die Mittelabflüsse im Kapitalverkehr waren
 die anhaltenden Renditeunterschiede zwischen
 Anleihen anderer Währungsräume und denen
 des Euroraums. Vor diesem Hintergrund stock-
 ten inländische Nichtbanken ihre Bestände an
 ausländischen Wertpapieren per saldo weiter
 auf, während Ausländer Anleihen inländischer
 Nichtbanken netto verkauften. Zwar erwarben
 sie gleichzeitig erneut in größerem Umfang
 Aktien und Investmentfondsanteile aus dem
 Euroraum. Insgesamt überwogen jedoch die
 Mittelabflüsse infolge der Anleihetransaktionen
 bei Weitem.

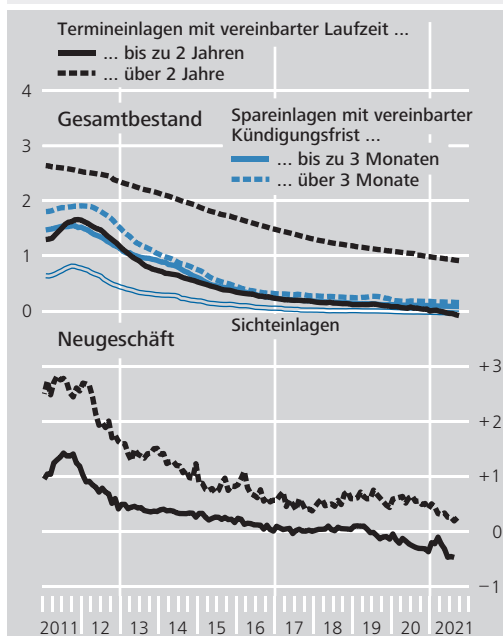
Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inlän- dischen Kunden

*Einlagenwachs-
 tum weiterhin
 vom Aufbau täg-
 lich fälliger Ein-
 lagen dominiert*

Trotz teilweise weiter in den negativen Bereich
 gesunkener Verzinsung stockten die inlän-
 dischen Kunden ihre täglich fälligen Einlagen er-
 neut deutlich auf und bauten alle übrigen Ein-

Zinssätze für Bankeinlagen in Deutschland^{*)}

% p. a., monatlich



* Einlagen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unter-
 nehmen gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik (volumengewich-
 tete Zinssätze). Bestandszinsen für Sicht- und Spareinlagen
 können wegen täglich möglicher Zinsänderungen auch als
 Neugeschäfte interpretiert werden.

Deutsche Bundesbank

lagen weiter ab. Anders als in den Vorquartalen
 verzeichnete im aktuellen Quartal der Unter-
 nehmen Sektor die größten Zuflüsse zu den
 täglich fälligen Einlagen.

Der Einlagenaufbau der inländischen privaten
 Haushalte fiel dagegen im dritten Quartal 2021
 vergleichsweise gering aus. Diese Entwicklung
 ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass die
 Lockerung der pandemiebedingten Beschrän-
 kungen die Konsumneigung der privaten Haus-
 halte förderte. Dabei dürften auch Nachhol-
 effekte eine Rolle gespielt haben. Ferner deuten
 Umfrageergebnisse darauf hin, dass manche
 Haushalte Anschaffungen langlebiger Konsum-
 güter in Erwartung weiterer Preissteigerungen
 vorzogen.

*Hohe Konsum-
 neigung dämpft
 Einlagenaufbau
 privater Haus-
 halte*

Im Gegensatz zu den privaten Haushalten lag
 der Einlagenaufbau der nichtfinanziellen Unter-
 nehmen im dritten Quartal 2021 wieder leicht
 über dem Vor-Corona-Niveau. Ein Grund dafür
 dürfte die verbesserte Einnahmensituation der

Entwicklung der Kredite und Einlagen der MFIs^{*)} in Deutschland

Mrd €, Quartalsummen der monatlichen Veränderungen, saisonbereinigt

Position	2021	
	2. Vj.	3. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾ täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren über 2 Jahre mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten über 3 Monate	22,7 - 11,3 - 7,2 1,5 - 0,8	35,3 - 6,5 - 5,8 - 0,1 - 0,8
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	0,7	- 0,7
Wertpapierkredite	- 13,1	1,7
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	14,8	38,8
darunter:		
an private Haushalte ³⁾	24,6	23,5
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	- 13,0	14,9
Wertpapierkredite	2,6	3,8

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **1** Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. **2** Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. **3** Und Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

von der Pandemie besonders betroffenen Branchen gewesen sein. Auch die finanziellen Unternehmen bauten im Berichtsquartal in größerem Umfang täglich fällige Einlagen auf. Offenbar veranlasste die Unsicherheit bezüglich des wirtschaftlichen Erholungspfades viele Unternehmen dieser Branche dazu, die ihnen zufließenden Mittel vorübergehend auf Tagesgeldkonten zu parken. Der weiterhin geringe Zinsnachteil der täglich fälligen Einlagen gegenüber den übrigen Bankeinlagen dürfte diese Entscheidung begünstigt haben (siehe Schaubild auf S. 37).

Kreditgeschäft mit Nichtbanken wieder dynamisch, bedingt durch Ausleihungen an den Privatsektor

Das Kreditgeschäft der Banken mit dem heimischen Nichtbankensektor verlief im dritten Quartal 2021 deutlich dynamischer als im Vorquartal. Bestimmend hierfür war die kräftige Ausweitung der Buchkredite an den inländischen Privatsektor. Zudem erhöhten die Banken auch ihre Bestände an Wertpapieren privater Emittenten noch einmal merklich, wobei sie insbesondere Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere erwarben. Im Gegensatz

dazu nahm ihr Kreditgeschäft mit dem öffentlichen Sektor per saldo nur geringfügig zu.

Die größten Nettozuflüsse bei den Buchkrediten an den Privatsektor verzeichneten abermals die Ausleihungen an private Haushalte. Entscheidend hierfür war erneut die hohe Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, deren Wachstumsrate gegenüber dem Vorjahr zunächst weiter anstieg und sich dann zum Ende des dritten Quartals bei 7,2 % stabilisierte. Neben den Wohnungsbaukrediten vollzog sich der aktuelle Anstieg der Buchkredite an private Haushalte auch über die Konsumentenkredite, die sich anders als in den drei Quartalen zuvor wieder leicht positiv entwickelten. Neben der guten Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation wurde die insgesamt hohe Nachfrage der privaten Haushalte nach Bankkrediten im dritten Quartal durch die weiterhin ausgesprochen günstigen Finanzierungsbedingungen gefördert. So lag laut der MFI-Zinsstatistik der Zinssatz für langfristige Wohnungsbaukredite zum Ende des dritten Quartals bei 1,3 % und damit nur leicht über dem historischen Tiefstand von 1,1 % von Ende Dezember 2020.

Weiterhin hohe Nachfrage der privaten Haushalte nach Wohnungsbaukrediten

Hinweise auf weitere Einflussfaktoren liefern die aktuellen Ergebnisse des BLS: Als wesentliche Gründe für den Nachfrageanstieg im Bereich der Baufinanzierung nannten die Banken neben dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau das gestiegene Verbrauchervertrauen, die als gut eingeschätzten Aussichten für den Wohnungsmarkt sowie die erwartete Preisentwicklung. Bei den Konsumentenkrediten führten die Banken des Weiteren die gestiegene Anschaffungsneigung für langlebige Konsumgüter als erklärenden Faktor für den Nachfrageanstieg an.

Nachfragegestützt wirken unter anderem das gestiegene Verbrauchervertrauen und die guten Aussichten

Die Kreditrichtlinien im Bereich der privaten Baufinanzierung wurden im dritten Quartal per saldo geringfügig verschärft. Nach einer Lockerung im Vorquartal setzte sich damit die Phase der Verschärfungen der Vergabemaßstäbe seit Auftreten der Corona-Pandemie in Deutschland im ersten Quartal 2020 fort. Ursächlich für die Verschärfung war zum einen ein nach Einschätz-

Richtlinien für Wohnungsbaukredite geringfügig verschärft, bedingt durch erhöhtes Kreditrisiko sowie geringere Risikotoleranz

zung der Banken erhöhtes Kreditrisiko. Zum anderen zeigten die Banken eine geringere Risikotoleranz. Die Ablehnungsquote stieg leicht gegenüber dem Vorquartal an. Nach den Anstiegen insbesondere im zweiten, dritten und vierten Quartal 2020 dürfte sie sich derzeit auf einem erhöhten Niveau bewegen.

Kreditbedingungen bonitätsunabhängig verschärft

Auch die Kreditbedingungen wurden per saldo verschärft. Nach einer Unterbrechung im Vorquartal setzte sich damit die seit Frühjahr 2019 anhaltende Verschärfung fort. Die Verschärfung schlug sich ausschließlich in einer bonitätsunabhängigen Ausweitung der Margen nieder, die die Banken mit einer entspannteren Wettbewerbssituation sowie bilanziellen Restriktionen begründeten.

Die Richtlinien für Konsumenten- und sonstige Kredite an private Haushalte wurden von den interviewten Banken im dritten Quartal 2021 dagegen marginal gelockert.

Hohe Kreditnachfrage der nichtfinanziellen Unternehmen ...

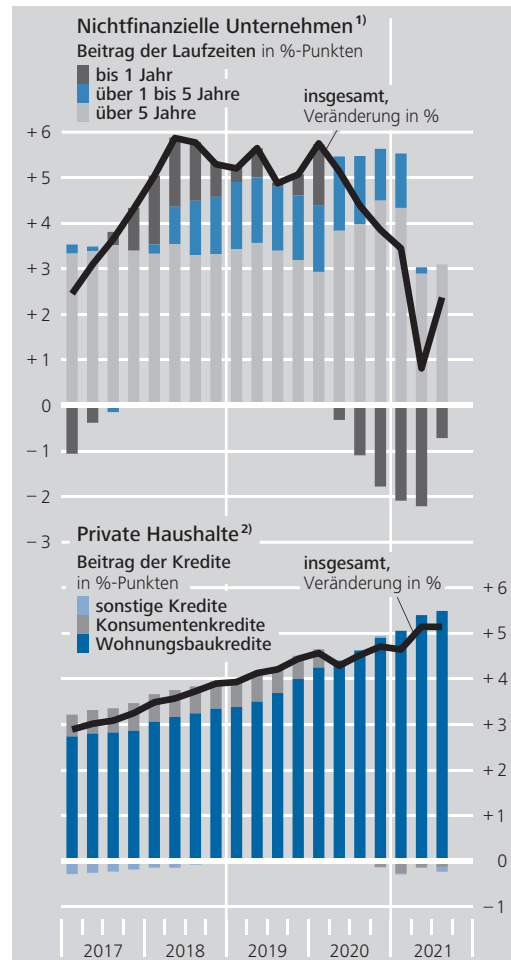
Neben der Kreditvergabe an private Haushalte wurde das Kreditgeschäft der Banken auch von den Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen getragen, die im Vergleich zum insgesamt schwachen ersten Halbjahr kräftig zulegten. Bestimmend hierfür war die weitere Erholung der wirtschaftlichen Aktivität im Sommer 2021, die mit einem höheren Finanzierungsbedarf insbesondere der binnenwirtschaftlich orientierten Sektoren – unter anderem der Bau- und Immobilienbranche – einherging.

... über alle Laufzeiten und durch unterschiedliche Nachfragemotive getrieben

Die aktuelle Ausweitung betraf alle Laufzeiten. Besonders deutlich legten aber die langfristigen Ausleihungen zu. Als wesentliche Gründe für den Nachfrageanstieg führten die im BLS befragten Banken neben den Umfinanzierungen, Umschuldungen und Neuverhandlungen auch die Finanzierung von Anlageinvestitionen an. Diese erfolgt in der Regel über langfristig laufende Ausleihungen. Weitere nachfragesteigernde Effekte gingen laut BLS vom Mittelbedarf für Lagerhaltung und Betriebsmittel aus, den die nichtfinanziellen Unternehmen gewöhnlich über kurzfristig laufende Buchkredite

Buchkredite¹⁾ deutscher Banken an den inländischen nichtfinanziellen Privatsektor

Veränderung gegenüber Vorjahr, Quartalsendstände, saisonbereinigt



* Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **1** Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften. **2** Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
 Deutsche Bundesbank

finanzieren. Nachfragesteigernd wirkte zudem weiterhin das niedrige allgemeine Zinsniveau. So zahlten laut MFI-Zinsstatistik inländische Unternehmen Ende September im langfristigen Laufzeitbereich Zinsen in Höhe von 1,5 % für kleinvolumige beziehungsweise 1,1 % für großvolumige Kredite, während die Zinsen für kurzfristige Ausleihungen zuletzt bei 1,8 % beziehungsweise 1,3 % lagen (siehe Schaubild auf S. 40). Für sich genommen nachfragedämpfend wirkten dagegen gemäß BLS die Innenfinanzierungsspielräume der Unternehmen.

Gleichzeitig deuten die jüngsten Ergebnisse des BLS darauf hin, dass die Banken ihre Angebots-

Bankkonditionen in Deutschland

Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften



Kredite an private Haushalte¹⁾



1 Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. **2** Neugeschäft. Gemäß harmonisierter MFI-Zinsstatistik. **3** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditrichtlinien: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **4** Erwartungen für das 4. Vj. 2021.

Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft nur geringfügig verschärft

politik im Firmenkundengeschäft nur geringfügig verschärft haben. Die Kreditbedingungen in ihrer Gesamtheit wurden im dritten Quartal nicht angepasst. Die Banken weiteten lediglich die Margen für risikoreichere Ausleihungen geringfügig aus und begründeten dies mit einer entspannteren Wettbewerbssituation.

Refinanzierungsumfeld deutscher Banken etwas verbessert, ...

Im Rahmen der in der Oktober-Umfrage gestellten zusätzlichen Fragen berichteten die deutschen Banken von einer im Vergleich zum Vorquartal etwas verbesserten Refinanzierungssituation.

... wozu auch Ankaufprogramme des Eurosystems beitragen

Die Ankaufprogramme des Eurosystems (APP, PEPP) trugen laut Angaben der befragten Banken in den letzten sechs Monaten zu einer Verbesserung der Liquiditätsposition der Geschäftsbanken und ihrer Finanzierungsbedingungen am Markt bei. Sie wirkten aber weiterhin über das Zinsergebnis negativ auf die Ertragslage der Banken. Zum Kreditwachstum trugen die Ankaufprogramme in den letzten sechs Monaten nicht bei.

Der negative Zinssatz der Einlagefazilität bewirkte laut BLS-Angaben einen Rückgang der

Kredit- und Einlagenzinsen und einen Anstieg der Gebühren für Einlagen. Insgesamt schmälerte er erneut das Zinsergebnis der Banken. Dieser negative Ertragseffekt wurde durch das zweistufige System der Verzinsung der Überschussliquidität jedoch abgeschwächt.

Zweistufiges System der Überschussliquidität schwächt Beeinträchtigung der Ertragslage ab

Am GLRGIII im Juni und September 2021 nahmen zwölf Banken beziehungsweise acht Banken aus der deutschen Stichprobe teil, vorwiegend wegen der attraktiven Ausgestaltung. Die Banken gaben an, die aufgenommenen Mittel in erster Linie für die Kreditvergabe und die Substitution fälliger Schuldtitel und Interbankkredite verwendet zu haben. Auch an zukünftigen Geschäften würden die befragten Banken vor allem wegen der attraktiven Ausgestaltung der GLRGIII teilnehmen, sofern sie noch nicht ihr jeweiliges Kreditlimit erreicht hätten. Die GLRGIII hatten lockernde Auswirkungen auf die Kreditvergabepolitik der Banken und trugen zu einer Steigerung der Kreditvergabe insbesondere an Unternehmen bei.

Verwendung der GLRGIII-Mittel unter anderem zur Kreditvergabe

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021a), Geldpolitik und Bankgeschäft, Monatsbericht, Mai 2021, S. 26–40.

Deutsche Bundesbank (2021b), Geldpolitik und Bankgeschäft, Monatsbericht, August 2021, S. 30–47.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

Finanzmärkte unter dem Einfluss hoher Inflation und erwarteter geldpolitischer Reaktion

Die internationalen Finanzmärkte standen im bisherigen Verlauf der zweiten Jahreshälfte 2021 unter dem Eindruck überraschend hoher Inflationsraten und steigender Inflationserwartungen. Die Marktteilnehmer korrigierten vor allem für die kommenden zwei Jahre ihre Inflationserwartungen sukzessive nach oben. So lagen die marktbasiernten erwarteten durchschnittlichen Jahresinflationsraten für das Jahr 2022 in vielen Währungsräumen zuletzt sehr deutlich über 2 %, im Euroraum bei 3 %. Die steigenden Inflationserwartungen schlugen sich auch in der Einschätzung nieder, dass die Notenbanken möglicherweise schneller geldpolitisch reagieren würden, als diese bislang verlautbart hatten. Vor diesem Hintergrund stiegen bis Ende Oktober weltweit die nominalen Zinsen, vor allem im kurzen Laufzeitbereich. Der Beschluss der Federal Reserve (Fed), die Netto-Anleihekäufe stufenweise zu reduzieren, war weitgehend erwartet worden. Zuletzt traten die großen Notenbanken aber den Erwartungen einer rascheren geldpolitischen Straffung kommunikativ entgegen. Dies trug dazu bei, dass die Renditen vielerorts über das gesamte Laufzeitspektrum wieder fielen. Im Ergebnis stiegen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen in den USA und im Vereinigten Königreich verglichen mit Ende Juni merklich an, während sie im Euroraum nahezu unverändert blieben. Die Renditen von Anleihen europäischer Unternehmen der Ratingklasse BBB zogen im Ergebnis leicht an. Insgesamt sind die Finanzierungsbedingungen am europäischen Anleihemarkt damit aber weiterhin sehr günstig. Die Aktienmärkte verbuchten weltweit Kurssteigerungen. Kursstützend wirkten dabei eine gute Berichtssaison und höhere Gewinnerwartungen der Unternehmen. Sorgen über den weiteren Verlauf der Pandemie traten bei den Marktteilnehmern zunächst etwas in den Hintergrund, nahmen zuletzt aber wieder zu. Die geschilderten Erwartungen über die Inflationsentwicklung und die zukünftige

Geldpolitik in den einzelnen Währungsräumen prägten auch das Geschehen an den Devisenmärkten. Im Ergebnis wertete der US-Dollar auf breiter Basis auf, wohingegen der Euro in effektiver Rechnung an Wert verlor.

■ Wechselkurse

Der Euro gab gegenüber dem US-Dollar seit Beginn des dritten Quartals 2021 per saldo nach. Die Abwärtsbewegung setzte bereits Anfang August ein. Sie wurde ausgelöst durch die Veröffentlichung überraschend hoher Preissteigerungsraten in den USA sowie besser als erwartet ausgefallener Zahlen zum US-Arbeitsmarkt, dessen Erholung die amerikanische Notenbank als Voraussetzung für eine geldpolitische Straffung genannt hatte. In der zweiten Augusthälfte kam es allerdings vorübergehend zu einem Stimmungsumschwung zugunsten des Euro, als die Veröffentlichung des Protokolls der Juli-Sitzung des Offenmarktausschusses der Fed verdeutlichte, dass sich die Mitglieder über den geldpolitischen Kurs uneinig waren. Auch die viel beachtete Rede des Vorsitzenden Powell in Jackson Hole gab dem Euro Auftrieb, da er Zinssteigerungserwartungen explizit dämpfte. Demgegenüber fiel die am Monatsende veröffentlichte jährliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise im Euroraum mit 3 % deutlich höher als erwartet aus. Dadurch bildeten sich am Markt Erwartungen, dass der EZB-Rat in absehbarer Zeit eine Drosselung seines Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme, PEPP) diskutieren könnte und sich die Unterschiede in der geldpolitischen Ausrichtung des Eurosystems und der amerikanischen Notenbank zurückbilden würden. Dies stützte den Euro gegenüber dem US-Dollar zusätzlich.

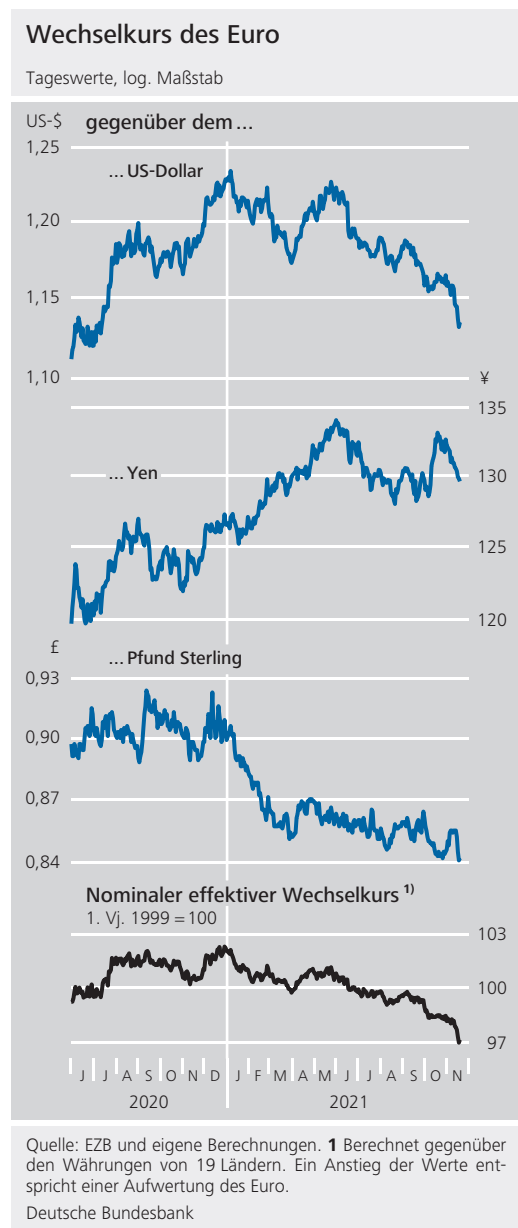
Euro per saldo mit Kursverlusten gegenüber US-Dollar

In der Folgezeit wurde der Euro jedoch durch eine Reihe schlechter als erwartet ausgefallener Konjunkturdaten für den Euroraum erneut ge-

schwächt. Mitte September verunsicherte zudem die Warnung vor Zahlungsausfällen des chinesischen Immobilienkonzerns Evergrande kurzzeitig die Finanzmärkte. Infolge der dadurch ausgelösten Dispositionen Sicherer suchender Investoren wertete der US-Dollar gegenüber dem Euro und einer Vielzahl anderer Währungen auf. Zur Stärke des US-Dollar gegenüber dem Euro trug auch der Offenmarktausschuss der Fed bei. So signalisierte er nach der September-Sitzung, dass eine Verringerung der Anleihekäufe vor dem Hintergrund der zuletzt hohen Preissteigerungsraten und der Erholung des Arbeitsmarktes schon bald gerechtfertigt sein könnte. Daneben ging aus den Prognosen der Ausschussmitglieder hervor, dass die Leitzinsen schon früher erhöht werden könnten, als zuvor gedacht. Als weiterer Belastungsfaktor für den Euro kam hinzu, dass in diesem geldpolitischen Umfeld die Renditen amerikanischer Staatsanleihen spürbar stiegen und sich der Renditeabstand zum Euroraum ausweitete. Nach Bekanntgabe einer überraschend hohen Verbraucherpreisinflation in den USA verlor der Euro gegenüber dem US-Dollar im November erneut spürbar an Wert und fiel auf den tiefsten Stand seit Juli 2020. Bei Abschluss dieses Berichts notierte er mit 1,13 US-\$ 4,5 % schwächer als Anfang Juli 2021.

Euro auch gegenüber Pfund Sterling schwächer, ...

Seit Beginn des dritten Quartals wertete der Euro gegenüber dem Pfund Sterling per saldo ab. Dabei verzeichnete die britische Währung Ende September zunächst einen merklichen Kursverlust, der auf den durch die Friktionen in den Lieferketten kurzfristig ausgelösten Benzinmangel an den britischen Tankstellen und auf die damit einhergehenden Konjunktursorgen zurückzuführen war. Diese traten aber ab Anfang Oktober nach der Veröffentlichung überraschend guter Konjunkturzahlen in den Hintergrund. Damit festigten sich Erwartungen einer baldigen geldpolitischen Straffung im Vereinigten Königreich, wodurch das Pfund Sterling Rückenwind erhielt. Im November trat zwar durch die für die Märkte überraschende Entscheidung der Bank von England, ihren Leitzins nun doch auf dem Rekordtief zu belassen, vorü-



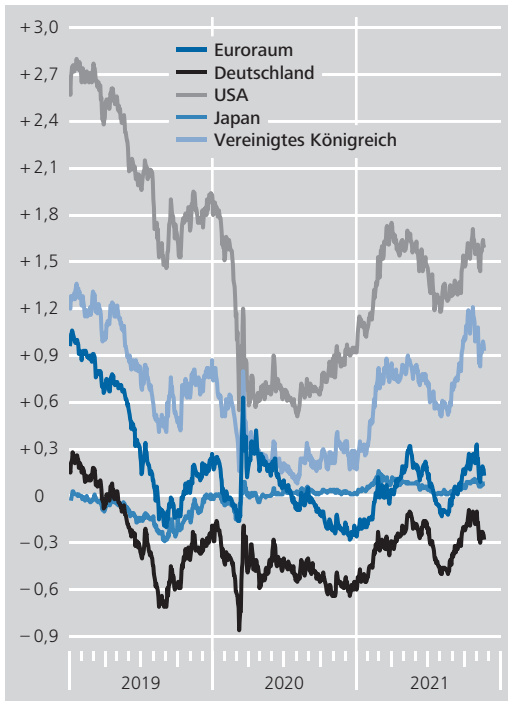
bergehend eine Gegenbewegung ein. Am Ende der Berichtsperiode notierte der Euro dennoch bei 0,84 Pfund und lag damit 1,9 % unter seinem Wert von Ende Juni.

Der Euro bewegte sich seit Beginn des dritten Quartals gegenüber dem Yen nach anfänglichen Kursverlusten lange ohne klar erkennbare Richtung. In der ersten Oktoberhälfte gewann er dann aber spürbar an Wert. Dies war darauf zurückzuführen, dass die japanische Notenbank angesichts weiterhin niedriger Preissteigerungsraten Markterwartungen zufolge noch mehrere Jahre an ihrem lockeren geldpolitischen Kurs festhalten werde. Einsetzende Diskussionen um

... ebenso wie gegenüber Yen

Anleiherenditen*) des Euroraums und ausgewählter Länder

% p. a., Tageswerte



Quelle: Bloomberg. * Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren.
 Deutsche Bundesbank

wertete der Euro gegenüber den Währungen einiger mittel- und osteuropäischer Staaten wie dem Złoty und dem Forint auf, die durch verhältnismäßig hohe Inflationsraten sowie steigende Corona-Infektionszahlen belastet wurden.

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

Rentenmarkt

Die nominalen Renditen von Staatsanleihen in den großen Währungsräumen entwickelten sich im Berichtszeitraum im Ergebnis uneinheitlich. Die Komponenten des Nominalzinses verschoben sich dabei zum Teil deutlich. Analytisch kann die nominale Rendite aufgespalten werden in die Komponenten Realzins, Inflationserwartung, reale Terminprämie und Inflationsrisikoprämie. Im Berichtszeitraum stiegen weltweit die marktbasierenden Inflationserwartungen und die Inflationsrisikoprämien. Die Realzinsen hingegen sanken in die Nähe historischer Tiefstände.

Renditen zehnjähriger Staatsanleihen uneinheitlich

In den USA stiegen die Renditen zehnjähriger US-Treasuries im Ergebnis auf 1,6 % (+ 12 Basispunkte). Die oben angesprochenen Verschiebungen zwischen den Bestandteilen der zehnjährigen US-Rendite zeigten sich hier sehr deutlich. So stiegen im Berichtszeitraum die Erwartungen über die durchschnittliche Inflation in den nächsten zehn Jahren auf Basis von Inflationsswaps (+ 44 Basispunkte) und – etwas weniger stark – auf Basis von Umfragen, die von Consensus Economics ermittelt werden. Die Inflationsrisikoprämie, die überschlüssig als Differenz zwischen marktbasierenden und umfragebasierten Erwartungen berechnet wird, erhöhte sich damit ebenfalls. Die reale Rendite zehnjähriger inflationsindexierter Anleihen fiel dagegen im Berichtszeitraum in die Nähe historischer Tiefstände und lag zuletzt bei – 1,1 %. In dem sinkenden zehnjährigen Realzins spiegelte sich möglicherweise auch eine zuletzt wieder höhere Unsicherheit darüber wider, wie

Reale Renditen zehnjähriger US-Staatsanleihen gefallen

den Beginn eines Ausstiegs aus der geldpolitischen Unterstützung im Euroraum stärkten hingegen den Euro. Zuletzt notierte dieser aber wieder schwächer bei 130 Yen. Seit Anfang Juli 2021 hat er damit 1,4 % an Wert verloren.

Euro in effektiver Rechnung mit Wertverlusten

Im Ergebnis wertete der Euro im gewogenen Durchschnitt gegenüber den Währungen 19 wichtiger Handelspartner ab (– 2,6 %). Dazu hat neben den erwähnten Kursverlusten insbesondere eine merkliche Abwertung gegenüber dem Renminbi beigetragen. Auch gegenüber dem Schweizer Franken gab der Euro deutlich nach. Die Schweizer Währung, die oft als vergleichsweise sicher empfunden wird, profitierte dabei von einer erhöhten Nachfrage angesichts der im September zeitweise gestiegenen Unsicherheit auf den globalen Finanzmärkten. Daneben verzeichnete der Euro auch merkliche Verluste gegenüber der norwegischen Krone und dem kanadischen Dollar, die als Währungen von Öl-exportländern durch den Anstieg der Ölpreise auf breiter Basis gestützt wurden. Dagegen

sich die Pandemie im Winterhalbjahr ökonomisch auswirken könnte. Zudem fiel das Anfang November verabschiedete Fiskalpaket und damit die erwartete Schuldenaufnahme in den USA geringer aus, als zunächst angekündigt, was für sich genommen ebenfalls die Realrendite senkte und gegenläufige Bewegungen im ersten Quartal dieses Jahres kompensierte (zu dem Fiskalpaket siehe die Erläuterungen auf S. 18 f.).¹⁾

Termininflationen in den USA gestiegen

Die aus US-Inflationsswaps hergeleitete Termininflationen für einen Zeitraum von fünf Jahren, der in fünf Jahren beginnt, notierte gegenüber Ende Juni ebenfalls höher und stand zuletzt bei 2,6 %. Ende Oktober hatte sie sogar bei 2,7 % gelegen. Ein Grund für den jüngsten Rückgang der Termininflationen könnte sein, dass auf der Sitzung des Offenmarktausschusses der Fed Anfang November beschlossen wurde, die Netto-Anleihekäufe ab Mitte November stufenweise zu reduzieren („Tapering“). Dieser Straffungsschritt war von Marktteilnehmern vor dem Hintergrund der aktuellen Inflationenentwicklung mit Blick auf die Sitzung überwiegend erwartet und zunehmend eingepreist worden.

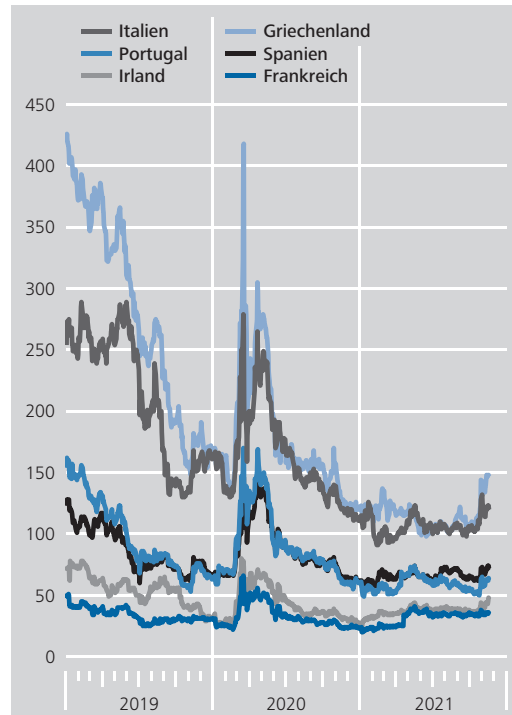
Rendite zehnjähriger Bundesanleihen gesunken

Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen sank seit Ende Juni – unter kräftigen Schwankungen – um 7 Basispunkte auf – 0,3 %. Der Rückgang lässt sich vor allem auf niedrigere reale Terminprämien zurückführen, worin sich möglicherweise Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf widerspiegelte. Neben den anhaltenden Lieferengpässen von Vorprodukten, die schon seit einiger Zeit die Produktion in der Industrie belasten (siehe hierzu S. 52 ff.), wuchsen auch in Deutschland zuletzt wieder die Sorgen über die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie. Die Inflationsrisikoprämie stieg hingegen über die letzten Monate deutlich an, im zehnjährigen Laufzeitbereich legte sie seit Ende Juni um rund 25 Basispunkte zu. Die impliziten risikoneutralen Erwartungen für die kurzfristigen Zinsen stiegen unter Schwankun-

¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021).

Renditeaufschlag zehnjähriger Staatsanleihen zu Bundesanleihen

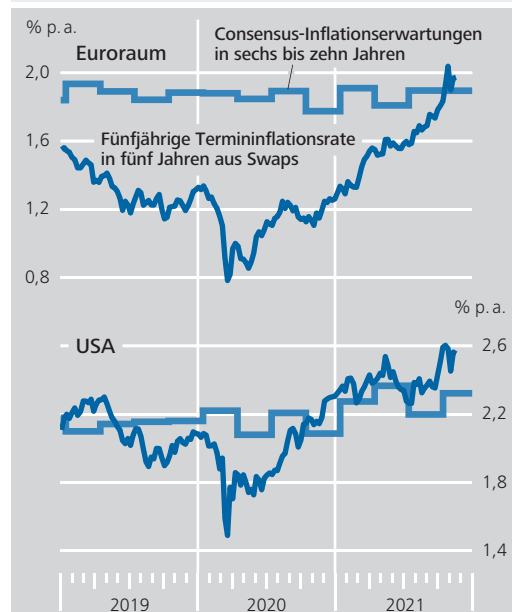
Basispunkte, Tageswerte



Quelle: Bloomberg und eigene Berechnungen. Deutsche Bundesbank

Termininflationen^{*)} und -erwartungen im Euroraum und in den USA

Wochendurchschnitte

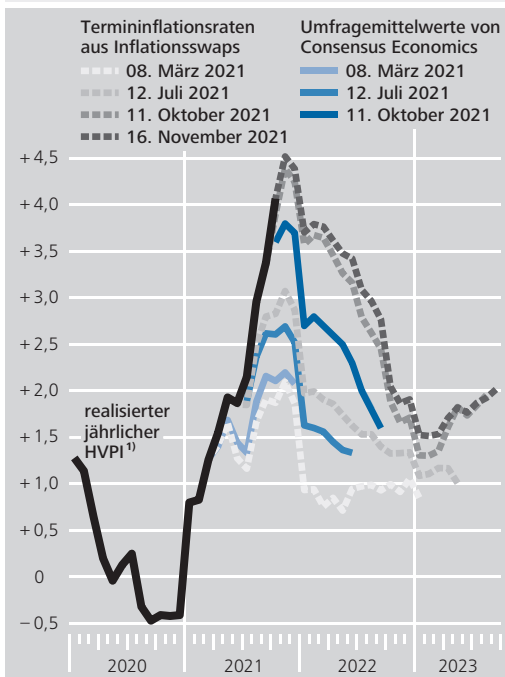


Quellen: Bloomberg, Thomson Reuters, Consensus Economics und eigene Berechnungen. * Abgeleitet aus dem festen Zahlungsstrom von Inflationsswaps, der gegen die jährlichen realisierten Inflationsraten (HVPI ohne Tabakwaren für den Euroraum sowie CPI Urban Consumers für die USA) der nächsten fünf bzw. zehn Jahre getauscht wird.

Deutsche Bundesbank

Kurzfristige HVPI-Pfade für den Euroraum

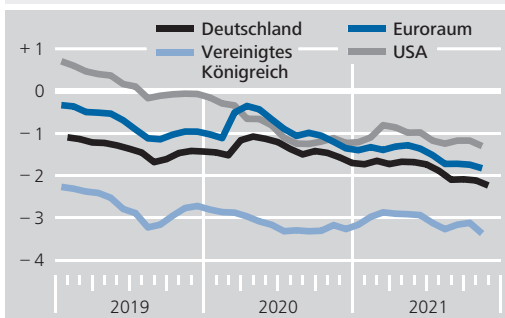
in %



Quellen: Fenics Market Data, Consensus Economics, Eurostat und eigene Berechnungen. ¹ Ohne Tabak. Veränderung gegenüber Vorjahr.
 Deutsche Bundesbank

Zehnjährige Realzinsen in verschiedenen Währungsräumen¹⁾

in % p. a., monatlich



Quelle: Bloomberg und eigene Berechnungen. * Realzinsen auf Basis von zehnjährigen Nominalzinsen minus laufzeitgleichen Inflationserwartungen auf Basis von Inflationsswaps. Für Deutschland werden die Inflationsswaps des Euroraums verwendet.
 Deutsche Bundesbank

gen im Ergebnis trotz der höheren Inflationserwartungen und Inflationsrisikoprämien nur leicht.

Besonders deutlich stiegen im Euroraum die Inflationserwartungen und die Inflationsrisikoprämie auf kürzere Horizonte. Die Marktteilnehmer

revidierten ihre diesbezüglichen Einschätzungen im Berichtszeitraum mehrfach nach oben. Die aus Inflationsswaps abgeleitete erwartete durchschnittliche Inflationsrate im Euroraum für das Jahr 2022 stieg auf 3,0 %, nachdem sie Ende Juni noch bei 1,6 % und Ende März dieses Jahres bei 1,0 % gelegen hatte. Auch die Inflationserwartungen auf Basis der Umfragen von Consensus Economics wurden mehrfach nach oben korrigiert. Bemerkenswert war dabei, dass die Markterwartungen für die Inflationsentwicklung bis Ende 2022 weiter oberhalb der Umfrageerwartungen lagen.

Auch bei längerfristigen Horizonten stiegen die marktbasierenden Inflationserwartungen und die Inflationsrisikoprämie. Die aus Inflationsswaps hergeleiteten in fünf Jahren beginnenden Termininflationssraten für fünf Jahre stiegen im Euroraum seit Ende Juni deutlich um 36 Basispunkte auf 2,0 %. Ende Oktober lag dieser Wert kurzzeitig über der 2 %-Marke und damit auf dem höchsten Wert seit 2014. Die von Consensus Economics aus Umfragen ermittelten Inflationserwartungen für den Euroraum in sechs bis zehn Jahren blieben im Oktober nahezu unverändert zur vorherigen Umfrage im Juli. Die Inflationsrisikoprämie war damit erstmals seit langer Zeit in diesem langfristigen Laufzeitbereich wieder positiv.

Offenbar messen die Marktteilnehmer den Aufwärtsrisiken bei der Inflation vor allem im kurzen Laufzeitbereich zurzeit eine höhere Bedeutung bei als den Abwärtsrisiken. Dahinter steht die Sorge der Marktteilnehmer, dass sich die Inflation als weniger transitorisch erweisen könnte, als zurzeit vermutet wird.

Die mit dem Bruttoinlandsprodukt gewichtete Rendite im Euroraum (ohne Deutschland) blieb im Ergebnis nahezu unverändert (+1 Basispunkt auf -0,3 %). Ein stärkerer Renditeanstieg angesichts der wahrgenommenen Inflationsrisiken wurde wie bei Bundesanleihen von niedrigeren realen Terminprämien teilweise kompensiert. Der Renditeunterschied zu zehnjährigen Bundesanleihen stieg damit um 8 Basispunkte auf

Marktteilnehmer revidierten die für das Jahr 2022 erwartete durchschnittliche Inflationsrate im Euroraum nach oben

Termininflationssraten im Euroraum gestiegen

Marktteilnehmer sehen Aufwärtsrisiken bei der Inflation

Renditedifferenzen im Euroraum leicht ausgeweitet

0,6%. Etwas stärker erhöhten sich die Renditeaufschläge für italienische (+ 17 Basispunkte) und vor allem griechische (+ 43 Basispunkte) Staatsanleihen. Ein Grund für die Spread-Ausweitungen könnte sein, dass die Marktteilnehmer im Nachgang zu der geldpolitischen Sitzung des EZB-Rats im Oktober ihre Erwartungen hinsichtlich des Volumens der Nettoankäufe von Wertpapieren im Rahmen des PEPP nach unten korrigierten. Bei geringeren erwarteten Ankaufvolumen durch das Eurosystem reagierten Renditen von Staatsanleihen von Ländern mit hohen öffentlichen Verschuldungsquoten vermutlich wieder stärker auf Fundamentalfaktoren. Unter dem Einfluss des PEPP zeigte sich, dass Neuigkeiten nur sehr abgeschwächt auf die Renditen durchwirkten. Indikatoren des Marktstresses, zu denen auch Liquiditätsindikatoren gehören, wiesen dabei seit Ende Juni durchgängig auf eine entspannte Marktlage für Staatsanleihen des Euroraums hin.

Die Renditen europäischer Unternehmensanleihen entwickelten sich weitgehend im Gleichlauf zu den Renditen europäischer Staatsanleihen. Sowohl Anleihen von Finanzunternehmen der Ratingklasse BBB mit einer Restlaufzeit zwischen sieben und zehn Jahren als auch entsprechende Unternehmensanleihen des realwirtschaftlichen Sektors rentierten bei Berichtsschluss leicht höher im Vergleich zu Ende Juni (1,2% bzw. 0,8%). Da die Renditen laufzeitgleicher Bundeswertpapiere im Ergebnis sanken, weiteten sich die Renditeaufschläge aus, und zwar um 16 Basispunkte für finanzielle Unternehmen und 13 Basispunkte für nichtfinanzielle Unternehmen. Im Einklang mit den etwas gestiegenen Risikoaufschlägen erhöhten sich auch die Kreditausfallprämien für europäische Unternehmen seit Ende Juni leicht (zehnjährige iTraxx 125: + 2 Basispunkte). Die Finanzierungsbedingungen europäischer Unternehmen am Anleihemarkt blieben damit aber weiterhin sehr günstig.

Renditen von Unternehmensanleihen im Verbund mit Staatsanleihen

Renditen in Japan unverändert

In Japan rentierten zehnjährige Staatsanleihen zuletzt mit 0,1% und damit nahezu unverändert im Vergleich zur Jahresmitte. Die Renditen bewegten sich weiterhin innerhalb des Bandes, in dem die Bank von Japan nach Einschätzung der Marktteilnehmer die Zinsen halten möchte.

Das Bruttoemissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt lag im dritten Quartal 2021 mit 442½ Mrd € etwas über dem Wert des zweiten Vierteljahres (435½ Mrd €). Nach Abzug der Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten war der Nettoabsatz mit 55 Mrd € weiterhin relativ hoch. Zudem brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 8 Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 62½ Mrd €.

Anhaltend hoher Nettoabsatz am Rentenmarkt

Renditen im Vereinigten Königreich gestiegen

Im Vereinigten Königreich stieg die Rendite zehnjähriger Gilts im Ergebnis kräftig an, und zwar um 21 Basispunkte auf 0,9%. Ausschlaggebend hierfür war, dass die marktbasierenden Inflationserwartungen und die Inflationsrisikoprämie im Vereinigten Königreich noch deutlicher anzogen als in den USA und im Euroraum. Die Erwartungen über die durchschnittliche Inflation in den nächsten zehn Jahren auf Basis von Inflationsswaps stiegen um mehr als 100 Basispunkte. Die Bank von England verzichtete in ihrer jüngsten geldpolitischen Sitzung gleichwohl darauf, den geldpolitischen Zinssatz zu erhöhen. Im Vorfeld hatten Marktteilnehmer einen solchen Zinsschritt eingepreist. Auch das Tempo ihrer Anleihekäufe behielt die Bank unverändert bei. Unmittelbar nach der Entscheidung fielen die Nominalzinsen daher deutlich.

Die öffentliche Hand emittierte im Berichtsquartal eigene Schuldverschreibungen für netto 31½ Mrd €. Der Bund begab vor allem Bundesanleihen mit Laufzeiten von 30 Jahren (17 Mrd €), sowie fünfjährige Obligationen (11½ Mrd €) und siebenjährige Anleihen (10½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen zehnjähriger Bundesanleihen (16 Mrd €) gegenüber. Die Länder und Gemeinden begaben Schuldverschreibungen für netto 3½ Mrd €.

Hohe Nettoemissionen der öffentlichen Hand

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2020		2021	
	3. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	3. Vj.
Schuldverschreibungen				
Inländer	60,8	90,1	73,8	
Kreditinstitute	- 21,5	- 20,4	- 4,5	
darunter:				
ausländische				
Schuldverschreibungen	- 18,9	- 5,8	- 1,5	
Deutsche Bundesbank	65,8	72,2	60,1	
Übrige Sektoren	16,4	38,3	18,2	
darunter:				
inländische				
Schuldverschreibungen	- 0,4	8,4	6,6	
Ausländer	135,0	- 6,1	- 11,1	
Aktien				
Inländer	45,9	34,8	30,9	
Kreditinstitute	1,9	1,5	3,5	
darunter:				
inländische Aktien	0,2	1,5	0,7	
Nichtbanken	44,0	33,3	27,4	
darunter:				
inländische Aktien	25,3	6,4	9,1	
Ausländer	- 16,0	- 0,6	0,4	
Investmentzertifikate				
Anlage in Spezialfonds	18,9	21,4	14,9	
Anlage in Publikumsfonds	4,9	9,9	10,2	
darunter:				
Aktienfonds	3,4	4,3	2,4	

Deutsche Bundesbank

Kapitalmarktverschuldung der Unternehmen gestiegen

Inländische Unternehmen erhöhten im dritten Quartal ihre Kapitalmarktverschuldung um per saldo 13 Mrd € und damit in gleicher Größenordnung wie bereits im Vorquartal. Das Gros der Emissionen ist hierbei auf nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zurückzuführen (10½ Mrd €).

Nettoemissionen der Kreditinstitute

Die inländischen Kreditinstitute begaben im Berichtsquartal eigene Anleihen für netto 10 Mrd €. Dabei wurden im Ergebnis vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute emittiert (14½ Mrd €). Dem stand ein Rückgang bei Sonstigen Bankschuldverschreibungen und Öffentlichen Pfandbriefen von netto 5½ Mrd € beziehungsweise 1½ Mrd € gegenüber.

Erwerb von Schuldverschreibungen

Als Erwerber am heimischen Anleihemarkt trat im dritten Quartal 2021 vorrangig die Bundesbank in Erscheinung. Sie erwarb – vor allem im Rahmen der Ankaufprogramme des Eurosystems – Rentenwerte für netto 60 Mrd €. Inlän-

dische Nichtbanken erweiterten ihre Rentenportfolios um per saldo 18 Mrd €, dabei standen ausländische Werte im Vordergrund des Interesses (11½ Mrd €). Hingegen veräußerten ausländische Investoren und heimische Kreditinstitute Rentenwerte für netto 11 Mrd € beziehungsweise 4½ Mrd €.

Aktienmarkt

Die internationalen Aktienmärkte zeigten sich von der Inflationsentwicklung und der Debatte um eine geldpolitische Straffung vergleichsweise unbeeindruckt. Im Ergebnis schlossen sie mit einem zum Teil deutlichen Plus. Kurstreiber an den Märkten waren eine positiv verlaufende Berichtssaison der Unternehmen beiderseits des Atlantiks und die von Analysten nach oben revidierten Erwartungen über zukünftige Gewinne. In den gestiegenen Gewinnerwartungen spiegelt sich möglicherweise neben einem generellen Konjunkturoptimismus auch die Einschätzung, dass gewinnwirksame Preiserhöhungen gegenwärtig am Markt durchgesetzt werden können.

Aktienmärkte trotz Inflationsentwicklung mit Kursgewinnen

Belastende Faktoren schlugen nur temporär auf die Kurse durch. So führte die angespannte finanzielle Lage des chinesischen Immobilienkonzerns Evergrande nur zu kurzlebigen Abschlügen. Finanzielle systemische Ansteckungseffekte, die zeitweilig von Marktteilnehmern befürchtet worden waren, waren im Berichtszeitraum nicht zu beobachten. Gleiches gilt für eine möglicherweise erhöhte Unsicherheit darüber, wie einschneidend sich eine vierte Welle der Corona-Pandemie, wie sie sich zurzeit abzeichnet, ökonomisch auswirken wird. Im Ergebnis legten europäische Aktien, gemessen am Euro Stoxx, um 7,6 % zu, während deutsche Aktien, gemessen am CDAX, um 3,8 % stiegen. Der US-amerikanische Index S&P500 gewann 9,5 % an Wert und erreichte im Berichtszeitraum – wie auch andere Indizes – neue historische Hochstände. Britische und japanische Aktien verbuchten ebenfalls ein Plus, und zwar von 3,4 % beziehungsweise 2,8 %. Bankaktien

Belastende Faktoren schlugen nur temporär auf die Kurse durch

verzeichneten im Berichtszeitraum ebenfalls deutliche Gewinne. Die Kurse US-amerikanischer Banken legten um 8,1% zu, europäischen Banken gewannen 9,4% an Wert, und britische Banken schlossen den Berichtszeitraum mit einem Plus von 6,8% ab.

*Aktienmarkt-
 volatilität kaum
 verändert*

Die Kursunsicherheit am Aktienmarkt – gemessen an den aus Optionen berechneten impliziten Volatilitäten von Aktienindizes – lag im Berichtszeitraum relativ stabil auf niedrigem Niveau. Nur die Sorgen der Anleger vor Ansteckungseffekten des finanziell angeschlagenen chinesischen Immobilienkonzerns Evergrande ließen die Kursunsicherheit in der zweiten Septemberhälfte vorübergehend ansteigen. Zuletzt lag die Aktienmarktunsicherheit sowohl für US-amerikanische als auch europäische Aktien unter ihren jeweiligen fünfjährigen Durchschnittsniveaus.

*Bewertungs-
 niveau etwas
 gesunken*

Verschiedene Kennzahlen legen nahe, dass die Bewertung europäischer Aktien im Vergleich zu Ende Juni günstiger geworden ist. So stieg die Gewinnrendite des Euro Stoxx auf der Grundlage der über die nächsten zwölf Monate prognostizierten Gewinne (das inverse Kurs-Gewinn-Verhältnis) im Berichtszeitraum an. Auch die Aktienrisikoprämie, die Anleger dafür kompensiert, dass sie risikobehaftete Aktien anstelle von sicheren Bundeswertpapieren halten, erhöhte sich gemäß einem Dividendenbarwertmodell leicht. Die impliziten Eigenkapitalkosten, also die Summe aus Aktienrisikoprämie und sicherem Zins, stiegen im Berichtszeitraum ebenfalls an. Im historischen Vergleich blieb das Bewertungsniveau europäischer Aktien daher deutlich unterhalb des langjährigen Mittels. Anders sah die Entwicklung in den USA aus. Beim US-amerikanischen S&P 500 verharrten die erwartete Gewinnrendite, die impliziten Eigenkapitalkosten und die Aktienrisikoprämie ungefähr auf dem Niveau von Ende Juni. Damit blieb das Bewertungsniveau US-amerikanischer Aktien im Berichtszeitraum per saldo nahezu unverändert.

Aktienmarkt

Anfang 2019 = 100, log. Maßstab, Tageswerte



Quelle: Thomson Reuters und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Am heimischen Aktienmarkt emittierten inländische Unternehmen im dritten Quartal 2021 neue Aktien für per saldo 10 Mrd €, nach 7 Mrd € im Vierteljahr davor. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg im gleichen Zeitraum um 21 Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere im Ergebnis nahezu ausschließlich von heimischen Nichtbanken (27 1/2 Mrd €), zu denen auch Investmentfonds rechnen. Inländische Kreditinstitute erwarben Dividendenpapiere für netto 3 1/2 Mrd €. Ausländische Investoren vergrößerten ihre hiesigen Aktienbestände per saldo um 1/2 Mrd €.²⁾

*Mittelaufnahme
 am Aktienmarkt
 und Aktien-
 erwerb*

Investmentfonds

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtszeitraum einen Mittelzufluss in Höhe von 25 Mrd €, nach 31 1/2 Mrd € im zweiten Quartal. Die neuen Mittel kamen überwie-

*Absatz und
 Erwerb von
 Investment-
 zertifikaten*

² Zu den Direktinvestitionen siehe S. 50 f.

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2020 ^{a)}	2021	
	3. Vj.	2. Vj.	3. Vj. ^{b)}
I. Leistungsbilanz	+ 62,4	+ 56,4	+ 52,8
1. Warenhandel	+ 56,0	+ 45,5	+ 45,7
2. Dienstleistungen	- 5,4	+ 4,9	- 8,7
3. Primäreinkommen	+ 22,1	+ 14,6	+ 29,0
4. Sekundäreinkommen	- 10,4	- 8,6	- 13,2
II. Vermögensänderungsbilanz	- 1,2	- 1,9	+ 1,9
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 68,3	+ 67,8	- 0,5
1. Direktinvestition	- 11,4	+ 3,7	+ 21,4
Inländische Anlagen			
im Ausland	+ 15,1	+ 17,3	+ 36,6
Ausländische Anlagen			
im Inland	+ 26,5	+ 13,6	+ 15,2
2. Wertpapieranlagen	- 89,4	+ 69,5	+ 61,2
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 44,7	+ 59,2	+ 49,4
Aktien ¹⁾	+ 18,8	+ 10,1	+ 19,4
Investmentfondsanteile ²⁾	+ 27,4	+ 24,8	+ 22,1
darunter:			
Geldmarktfondsanteile	+ 12,0	- 1,3	- 2,3
kurzfristige Schuldverschreibungen ³⁾	- 0,9	- 5,8	+ 5,4
langfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	- 0,6	+ 30,1	+ 2,4
darunter:			
denominiert in Euro ⁵⁾	- 18,4	+ 19,5	- 3,1
Ausländische Anlagen in Wertpapieren inländischer Emittenten	+ 134,1	- 10,3	- 11,8
Aktien ¹⁾	- 0,6	- 5,2	+ 0,4
Investmentfondsanteile	- 0,4	+ 1,0	- 1,1
kurzfristige Schuldverschreibungen ³⁾	+ 49,0	+ 0,2	+ 8,3
langfristige Schuldverschreibungen ⁴⁾	+ 86,0	- 6,3	- 19,4
darunter: öffentliche Emittenten ⁶⁾	+ 17,7	- 12,1	- 28,6
3. Finanzderivate ⁷⁾	+ 25,2	+ 13,5	- 11,4
4. Übriger Kapitalverkehr ⁸⁾	+ 145,2	- 18,8	- 102,9
Monetäre			
Finanzinstitute ⁹⁾	- 13,8	- 11,2	- 30,6
Unternehmen und Privatpersonen ¹⁰⁾	+ 59,6	+ 2,8	- 11,8
Staat	+ 11,9	- 4,4	- 0,6
Bundesbank	+ 87,4	- 6,1	- 60,0
5. Währungsreserven	- 1,3	+ 0,1	+ 31,2
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen ¹¹⁾	+ 7,1	+ 13,3	- 55,2

¹ Einschl. Genussscheine. ² Einschl. reinvestierter Erträge. ³ Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit von unter einem Jahr. ⁴ Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. ⁵ Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen. ⁶ Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. ⁷ Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. ⁸ Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. ⁹ Ohne Bundesbank. ¹⁰ Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck. ¹¹ Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

gend den Spezialfonds zugute (15 Mrd €), welche institutionellen Investoren vorbehalten sind. Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds neue Anteile unterbringen (9½ Mrd €), in geringerem Umfang aber auch Offene Immobilienfonds (5½ Mrd €), Rentenfonds (4 Mrd €) und Aktienfonds (2½ Mrd €). Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften akquirierten im dritten Quartal 2021 im Ergebnis neue Mittel für 22 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 46 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Inländische Kreditinstitute vergrößerten ihre Fondsportfolios um netto 2½ Mrd €, während gebietsfremde Investoren ihr Fondsengagement in Deutschland um 1 Mrd € reduzierten.

■ Direktinvestitionen

Die Transaktionen im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr führten im dritten Quartal 2021 zu Netto-Kapitalexporten von 61 Mrd €.³⁾ Auch bei den Direktinvestitionen ergaben sich im Ergebnis Mittelabflüsse (21½ Mrd €).

Netto-Kapitalexporte bei den Direktinvestitionen

Unternehmen mit Sitz in Deutschland weiteten in den Monaten Juli bis September ihre Direktinvestitionen im Ausland um 36½ Mrd € aus (Vorquartal: 17½ Mrd €). Inländische Unternehmen stockten vor allem ihr Beteiligungskapital an ausländischen Töchtern auf (25½ Mrd €) – rund die Hälfte davon in Form reinvestierter Gewinne. Darüber hinaus stellten sie verbundenen Konzerneinheiten 11 Mrd € an zusätzlichen Krediten zur Verfügung. Im dritten Quartal flossen deutsche Direktinvestitionsmittel in bedeutendem Umfang in die Niederlande (8½ Mrd €),

Kapitalexporte bei deutschen Direktinvestitionen im Ausland

³ Außerhalb des Wertpapierverkehrs schlug sich im dritten Quartal die Zuteilung neuer Sonderziehungsrechte in der deutschen Zahlungsbilanz nieder. Die deutschen Währungsreserven stiegen allein durch diese Maßnahme um 31 Mrd €. In gleicher Höhe stieg allerdings auch der entsprechende Ausgleichsposten in der Bilanz der Bundesbank, der dort als Verbindlichkeit gegenüber dem Internationalen Währungsfonds verbucht ist. Vgl. auch die nebenstehende Tabelle.

nach Schweden (7 Mrd €) und in die USA (5½ Mrd €).

*Kapitalzuflüsse
über ausländische Direktinvestitionen in
Deutschland*

In umgekehrter Richtung erhöhten ausländische Unternehmen den Bestand ihrer Direktinvestitionen in Deutschland um 15 Mrd €, nach 13½ Mrd € im zweiten Quartal. Konzerninterne Kre-

dite machten gut zwei Drittel dieser zusätzlichen Direktinvestitionsmittel aus. Ein weiteres Drittel (4½ Mrd €) entfiel auf Beteiligungskapital. Besonders hohe Zuflüsse an Direktinvestitionsmitteln waren im dritten Quartal aus den Niederlanden (12 Mrd €) und dem Vereinigten Königreich (3½ Mrd €) zu verzeichnen.

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021), Finanzmärkte, Monatsbericht, Mai 2021, S. 41–52.

Konjunktur in Deutschland

Gesamtwirtschaftliche Lage

Deutsche Wirtschaftsleistung im Sommer 2021 kräftig gestiegen

Die Wirtschaftsaktivität in Deutschland erholte sich im Sommer 2021 weiter kräftig. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt¹⁾ um 1,8 %. Seinen Vorkrisenstand vom vierten Quartal 2019 unterschritt es noch um 1,1 %. Die Erholung wurde von einem starken Zuwachs im Dienstleistungssektor getragen. Hier gab es durch die Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen in einigen Bereichen kräftige Aufholeffekte, die allerdings schon im Verlauf der Sommermonate deutlich nachließen. Dagegen ging die Produktion in der Industrie weiter zurück. Ausschlaggebend hierfür war, dass sich die Knappheiten bei Vorprodukten und Rohstoffen in den Sommermonaten noch verschärften.²⁾ Besonders stark betraf dies er-

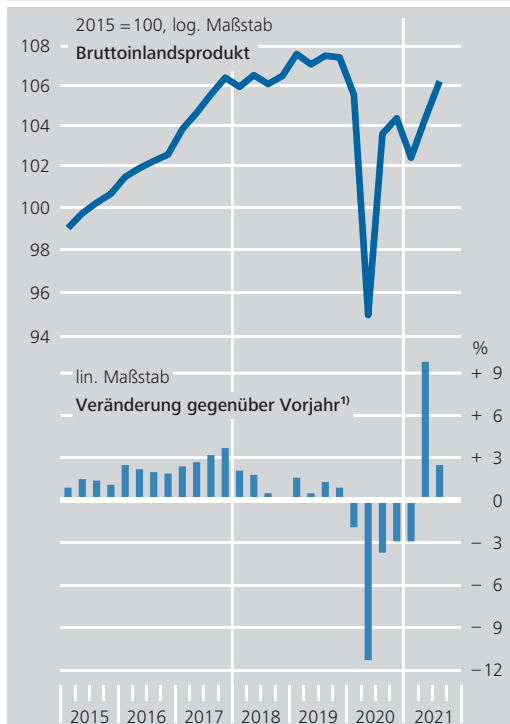
neut die Automobilbranche. Auch die Baubranche litt unter Materialknappheiten. Außerdem nahm die Behinderung der Produktion durch fehlende Arbeitskräfte hier besonders stark zu. Insgesamt kam die Wirtschaft zwar mit sehr viel Schwung aus dem zweiten Vierteljahr, legte dann aber im Verlauf des Sommerquartals wohl nicht mehr zu.³⁾ Auch im laufenden Quartal wird die gesamtwirtschaftliche Leistung möglicherweise lediglich auf der Stelle treten. Der Dienstleistungssektor dürfte sich deutlich langsamer erholen als im Durchschnitt des Vorquartals. In der Industrie werden Lieferengpässe bei Vorprodukten die Produktion voraussichtlich weiter belasten.

Auf der Nachfrageseite war, wie schon im Vorquartal, der private Konsum der wichtigste Wachstumstreiber für die Erholung im Sommer. Hier machten sich vor allem starke Aufholeffekte bemerkbar, die mit der Lockerung eines Großteils der Eindämmungsmaßnahmen einhergingen. Die Investitionen und die Ausfuhren wurden dagegen von den Lieferproblemen in der Industrie stark beeinträchtigt. Die gewerblichen Investitionen in neue Ausrüstungen und Anlagen dürften daher deutlich gesunken sein. Die Warenausfuhren gingen – trotz einer weiterhin hohen Auslandsnachfrage – erheblich zurück. Die Dienstleistungsexporte dürften dagegen stark gestiegen sein. Diese machen jedoch nur einen vergleichsweise geringen Anteil an den gesamten deutschen Ausfuhren aus.

Privater Konsum wichtigster Wachstumstreiber

Gesamtwirtschaftliche Produktion

preis-, saison- und kalenderbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Preis- und kalenderbereinigt. Deutsche Bundesbank

Die Warenausfuhren gingen im dritten Quartal 2021 preisbereinigt gegenüber dem Vorquartal deutlich zurück. Hierzu dürften vor allem die

Warenausfuhren und ...

¹ Die Saisonbereinigung umfasst im Folgenden auch die Ausschaltung von Kalendereinflüssen, sofern sie nachweisbar und quantifizierbar sind.
² Vgl.: ifo Institut (2021a).
³ Dies legen eigene Schätzungen eines monatlichen BIP-Pfades nahe. Danach stieg das geschätzte reale BIP im Mai und Juni kräftig gegenüber dem Vormonat, legte aber in den Monaten Juli, August und September nicht mehr zu. Für eine Beschreibung der verwendeten Methode vgl.: Deutsche Bundesbank (2021a).

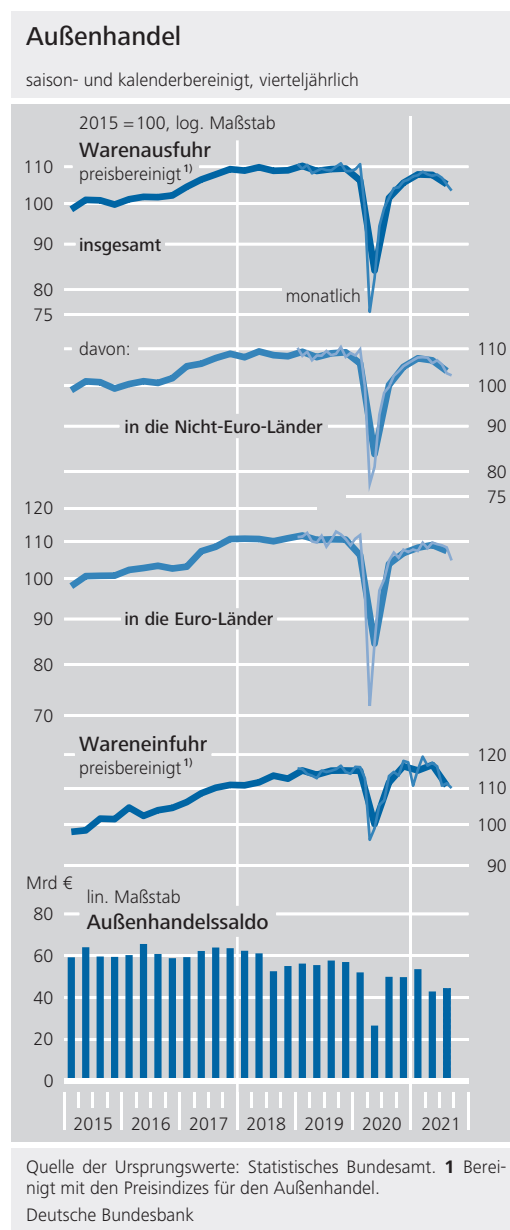
Lieferprobleme in der Industrie beigetragen haben. Nach Regionen aufgliedert sanken die Ausfuhren in die Euro-Länder spürbar und in die Drittstaaten außerhalb des Euroraums deutlich. Besonders kräftig verringerten sich die wertmäßigen Ausfuhren nach China, in die neuen Industrieländer Asiens und in die OPEC-Länder. Dagegen erhöhten sich die wertmäßigen Exporte in die USA und in das Vereinigte Königreich. Nach Gütergruppen aufgeschlüsselt gingen den bis August verfügbaren preisbereinigten Angaben zufolge die Ausfuhren von Investitionsgütern stark zurück. Dazu trugen vor allem die Ausfuhren von Kfz bei, deren Herstellung besonders stark unter Lieferproblemen bei Vorprodukten leidet. Die Exporte von Konsumgütern gingen nur etwas zurück, wobei die Ausfuhren von pharmazeutischen Erzeugnissen weiter kräftig zulegten. Die Ausfuhren von Vorleistungsgütern sanken ebenfalls.

... wohl auch gewerbliche Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen wegen Lieferengpässen deutlich verringert

Die gewerblichen Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen dürften im Sommerquartal 2021 deutlich gesunken sein. Dies signalisieren nicht nur die wertmäßigen Importe von Investitionsgütern, die im Durchschnitt von Juli und August gegenüber dem Frühjahrsquartal merklich zurückgingen. Vielmehr sanken auch die im Inland erzielten Umsätze der Hersteller von Investitionsgütern im Sommerquartal kräftig. Der Automobilsektor verzeichnete hierbei die größten Einbußen. Damit in Einklang steht, dass die gewerblichen Zulassungen von Pkw und die Zulassungen von Nutzkraftwagen stark zurückgingen. Die Umsätze der Maschinenbauer nahmen ebenfalls spürbar und die der Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen etwas ab. Der sonstige Fahrzeugbau steigerte seine Inlandsumsätze dagegen kräftig. Insgesamt dürften auch die gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen stark durch die Lieferengpässe bei Vorprodukten beeinträchtigt gewesen sein.

Bauinvestitionen voraussichtlich spürbar gesunken

Die Bauinvestitionen sind im dritten Quartal 2021 voraussichtlich spürbar gesunken. Die bis August vorliegenden nominalen Umsätze im Bauhauptgewerbe gingen trotz erheblicher



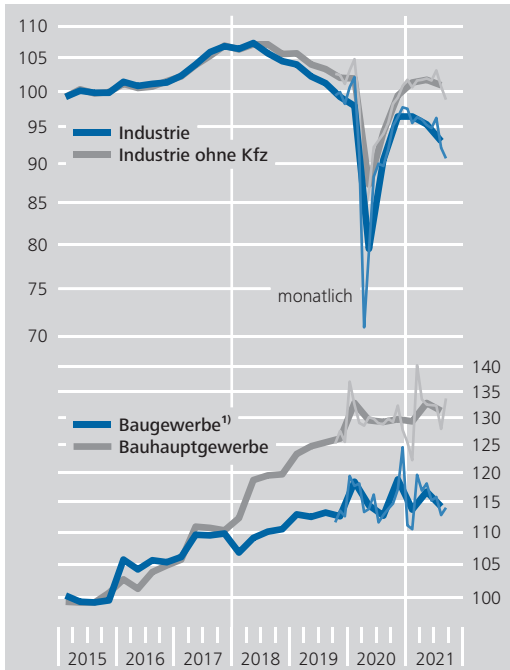
Preissteigerungen gegenüber dem Vorquartal geringfügig zurück. Dabei verringerten sich die Umsätze im gewerblichen Bau merklich. Die Umsätze im privaten Wohnungsbau stiegen zwar deutlich. Preisbereinigt könnten die privaten Wohnungsbauinvestitionen jedoch ebenfalls gesunken sein.

Der private Verbrauch dürfte im Sommer 2021 kräftig zugelegt haben. Vor allem die Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen, die länger wirkten als im Frühjahr, waren dafür ausschlaggebend. Insbesondere im Gastgewerbe erhöhten sich daher die Umsätze äußerst stark. Auch der Kfz-Handel dürfte den privaten Konsum ge-

Privater Verbrauch legte stark zu

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe. Deutsche Bundesbank

stützt haben. Die Kfz-Neuzulassungen privater Halter übertrafen gemäß den Angaben des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) das allerdings sehr niedrige Niveau des zweiten Quartals deutlich. Die Umsätze im stationären Einzelhandel mit Textilien, Bekleidung und Schuhen sowie mit Informations- und Kommunikationstechniken nahmen ebenfalls kräftig zu. Dagegen gingen die Umsätze im Internet- und Versandhandel, der zuvor von den Eindämmungsmaßnahmen profitiert hatte, stark zurück. Ihr Vorkrisenniveau überschritten sie jedoch weiterhin erheblich. Auch die Umsätze im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren gingen deutlich zurück. Insgesamt blieben die Umsätze im Einzelhandel daher nahezu unverändert.

Wareneinfuhren stark zurückgegangen

Die deutschen Wareneinfuhren gingen im dritten Quartal 2021 in realer Rechnung stark zurück. Auch hier dürften die Lieferengpässe eine Rolle gespielt haben. Insbesondere die Importe aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums

sanken kräftig, aber auch aus den Euro-Ländern wurden erheblich weniger Waren eingeführt als im Vorquartal. Nach Gütergruppen aufgeschlüsselt gingen den bis August verfügbaren preisbereinigten Angaben zufolge die Importe von Vorleistungsgütern stark zurück. Die Einfuhren von Konsumgütern verringerten sich ebenfalls kräftig. Dabei gaben die Einfuhren von pharmazeutischen Erzeugnissen – wohl im Zusammenhang mit weniger Corona-Impfungen und -Tests – beträchtlich nach. Im Vorquartal hatten sie noch massiv zugelegt. Die Einfuhren von Investitionsgütern sanken stark, wozu insbesondere ein erheblicher Rückgang der Einfuhren von Kfz beitrug.

■ Sektorale Tendenzen

Die Industrieproduktion setzte ihre Abwärtsbewegung im Sommer fort. Im Vergleich zum Vorquartal verringerte sie sich saisonbereinigt trotz einer hohen Nachfrage nach Industrieerzeugnissen merklich (– 2 ½ %). Wie im Frühjahr dürfte der Rückgang hauptsächlich auf nochmals verschärfte Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten zurückgehen. Besonders betroffen ist hiervon die Automobilindustrie, deren Produktion erneut ganz erheblich sank (– 13 ¾ %).⁴⁾ Die Fertigung von Investitionsgütern verringerte sich daher stark. Auch die Herstellung von Vorleistungsgütern ging beträchtlich zurück. Die Produktion von Konsumgütern wurde dagegen kräftig gesteigert. Der Rückstand der Industrieproduktion zum Vorkrisenniveau vom vierten Quartal 2019 weitete sich auf 6 ¼ % aus.

Industrieproduktion aufgrund von Lieferengpässen rückläufig

Der Nutzungsgrad der Sachanlagen im Verarbeitenden Gewerbe verringerte sich laut ifo Institut zwischen den Erhebungen im Juli und Oktober deutlich. Dies steht mit dem Rückgang der Industrieproduktion im Einklang. Seinen

Auslastung der industriellen Kapazitäten gesunken

⁴ Laut ifo Institut berichteten im September 97 % der Unternehmen in der Automobilindustrie von Knappheiten bei Vorprodukten. Vgl.: ifo Institut (2021a).

langjährigen Durchschnitt übertraf er aber weiterhin spürbar.

*Bauproduktion
merklich
gesunken*

Die Produktion im Baugewerbe ging im Sommer 2021 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt merklich zurück (– 2%). Hierzu trug insbesondere ein starker Rückgang im Ausbaugewerbe bei. Die Produktion im Bauhauptgewerbe sank hingegen nur etwas, wobei der Rückgang im Hochbau und im Tiefbau ähnlich stark war. Im Vorquartal war die Bauproduktion deutlich gestiegen, nachdem mehrere dämpfende Sonderfaktoren entfallen waren. Ähnlich wie in der Industrie dürften vor allem angebotsseitige Beschränkungen die Bauproduktion im Sommer gedrückt haben. Laut Umfragen des ifo Instituts lag der Anteil der Unternehmen im Bauhauptgewerbe, deren Tätigkeit durch Materialengpässe behindert wurde, im Durchschnitt der Sommermonate merklich über dem bereits hohen Stand des Frühjahres. Zudem nahm der Arbeitskräftemangel erheblich zu. Die Geräteauslastung blieb im langjährigen Vergleich aber weiterhin hoch.

*Dienstleistungs-
sektor wohl
kräftig
gewachsen*

Der Dienstleistungssektor dürfte seine Wirtschaftsleistung im dritten Quartal 2021 kräftig gesteigert haben. Die Bereiche, die zuvor stark von den Eindämmungsmaßnahmen betroffen gewesen waren, legten äußerst kräftig zu. Hier schlug sich nieder, dass sich die Lockerungen der Schutzmaßnahmen länger entfalten konnten als im Vorquartal. So steigerte das Gastgewerbe seine preisbereinigten Umsätze saisonbereinigt beträchtlich. Auch die Geschäftstätigkeit der sonstigen Dienstleistungen dürfte stark gestiegen sein. Darauf deutet die laut ifo Institut im Sommerquartal kräftig verbesserte Geschäftslage in diesem Sektor hin. Die realen Umsätze im Einzelhandel blieben im Sommerquartal dagegen insgesamt nahezu stabil. Sie hatten bereits im Vorquartal erheblich über dem Vorkrisenniveau gelegen. Zudem häuften sich zuletzt auch im Einzelhandel (inklusive Kfz-Handel) Klagen über Lieferprobleme.⁵⁾ Die Kfz-Händler meldeten im Juli und August einen kräftigen Umsatzrückgang gegenüber dem Vorquartal. Gemäß den Angaben des VDA verrin-

gerten sich die Pkw-Neuzulassungen im Vergleich zum Frühjahrsquartal ebenfalls deutlich. Dies lag an einem starken Rückgang der gewerblichen Zulassungen. Die Umsätze im Großhandel sanken im Durchschnitt der Monate Juli und August – bis dahin sind statistische Angaben verfügbar – etwas.

■ Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt erholte sich in den Monaten Juni und Juli sehr kräftig. Vor allem infolge der hartnäckigen Lieferschwierigkeiten in der Industrie und des nachlassenden Schubs von Lockerungen pandemiebedingter Einschränkungen im Dienstleistungsbereich ließ der Schwung im Laufe des Sommerquartals allerdings nach. Das Beschäftigungsniveau erhöhte sich gleichwohl im Vorquartalsvergleich ganz erheblich, die Arbeitslosigkeit sank substantiell, und der Einsatz der Kurzarbeit konnte massiv heruntergefahren werden. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt in den nächsten Monaten weiter in diesem Ausmaß verbessert.

*Arbeitsmarkt im
Sommer erheb-
lich erholt,
zuletzt ließ
Schwung jedoch
nach*

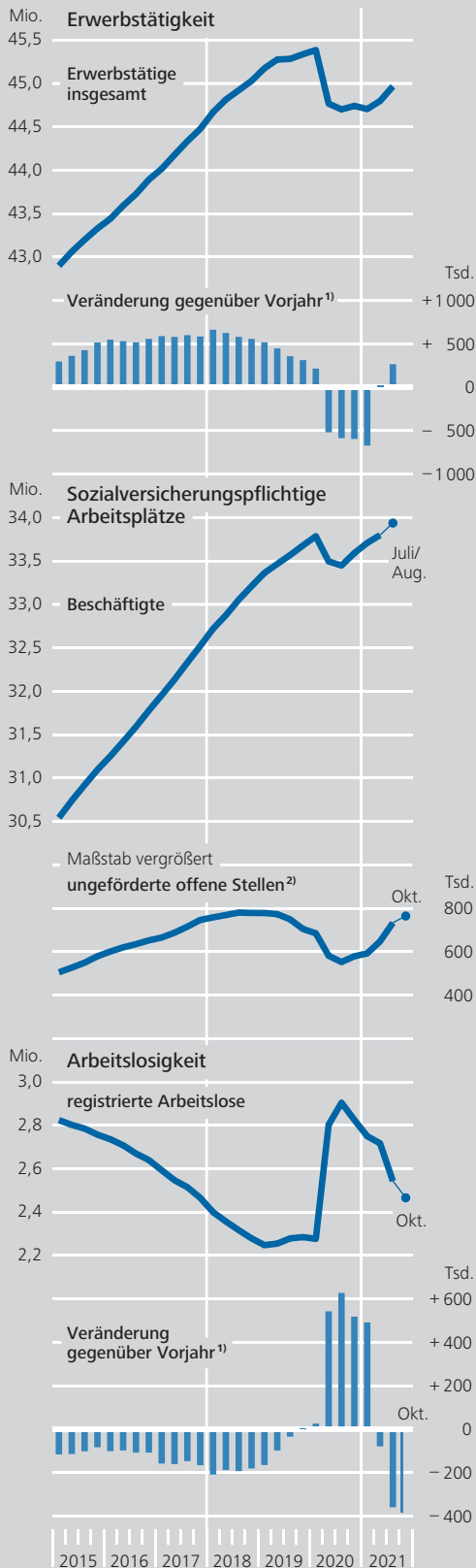
Die Beschäftigung übertraf im Durchschnitt der Sommermonate ihren Stand aus dem Frühjahr deutlich. Vor allem infolge der Rücknahme von Einschränkungen für kontaktintensive Dienstleistungen stieg die Erwerbstätigkeit im Juni und Juli sehr kräftig. Schon im August und September nahm sie aber wieder deutlich moderater zu. Im Durchschnitt des dritten Vierteljahres 2021 lag die Gesamtbeschäftigung knapp 170 000 Personen über dem Stand des Vorquartals, was einem Zuwachs von 0,4% entspricht. Gleichwohl ist damit bis zum Sommer erst etwa die Hälfte der in der Coronakrise verlorengegangenen Arbeitsplätze wieder besetzt worden. Deutlich günstiger fällt die Bilanz für die sozialversicherungspflichtigen Stellen aus. Sie gingen nicht nur in der Krise vergleichsweise wenig zurück, weil sie erheblich durch den Ein-

*Erwerbstätigkeit
insgesamt deut-
lich gestiegen,
jedoch noch
nicht vollständig
erholt*

⁵⁾ Laut ifo Institut betraf dies im September 74% der Unternehmen. Vgl.: ifo Institut (2021b).

Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen.

Deutsche Bundesbank

satz von Kurzarbeit gestützt wurden. Sondern in der aktuellen Erholung werden auch vor allem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse besetzt. Daher übersteigt ihre Zahl im Durchschnitt der Monate Juli und August – weitere Daten liegen noch nicht vor – den Vorkrisenstand bereits um etwa $\frac{3}{4}$ %. Dies ist bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Jobs nicht der Fall. Zwar wuchs deren Zahl um 1,7 % gegenüber dem Vorquartal (vor allem im Gastgewerbe und Handel). Doch war im Verlauf der Pandemie zuvor jede zehnte Stelle abgebaut worden. Die ausschließlich geringfügig Beschäftigten wiesen, ebenso wie die Selbständigen, bereits vor der Krise einen negativen Trend auf. Daher ist in beiden Beschäftigungsformen nicht mit einer vollständigen Rückkehr zum vormaligen Niveau zu rechnen. Bei den Selbständigen setzte sich der Rückgang zudem, wenn auch verlangsamt, bis zuletzt fort.

Der Anteil sozialversicherungspflichtiger Stellen an allen Arbeitsplätzen wuchs somit auch während der Pandemie. Die Entwicklung über die Wirtschaftsbereiche vermittelt einen Eindruck vom Strukturwandel in dieser Zeit. Relativ am stärksten wuchs die Stellenzahl seit dem vierten Quartal 2019 mit je $5\frac{1}{2}$ % im IT-Sektor sowie in der Öffentlichen Verwaltung. Weitere Bereiche öffentlicher Daseinsfürsorge wie das Gesundheits- und Sozialwesen sowie Bildung und Erziehung weisen inzwischen rund 4 % mehr sozialversicherungspflichtige Stellen auf. Ebenfalls weit überdurchschnittlich wuchsen das von der Pandemie wenig beeinträchtigte Baugewerbe (+ $3\frac{1}{4}$ %) sowie der jüngst stärker nachgefragte Logistikbereich (+ $2\frac{1}{4}$ %). Trotz der aktuellen Erholung entfiel im Gastgewerbe seit Pandemiebeginn mehr als jede zehnte Stelle. Im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie sonstige persönliche Dienstleistungen gab es etwas weniger Stellen (– $1\frac{1}{2}$ %). Mit einem Rückgang von 3 % weist das Verarbeitende Gewerbe aufgrund seiner Bedeutung den größten absoluten Arbeitsplatzabbau während der vergangenen anderthalb Jahre auf. Hier erholte sich die Beschäftigung bisher kaum, was sicherlich auch

Deutliche sektorale Verschiebungen spiegeln Strukturwandel während der Pandemie wider

auf die aktuellen Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten zurückgeht.

*Kurzarbeit
massiv zurück-
geführt*

Die durchschnittliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer nahm im Sommer erheblich zu, da die konjunkturelle Kurzarbeit massiv zurückgeführt werden konnte. Infolgedessen erhöhte sich auch das Arbeitsvolumen im Sommer saisonbereinigt stark. Die Zahl der Kurzarbeiter ging bis August – bis zu diesem Monat liegen derzeit Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit vor – auf 760 000 zurück. Dies entspricht einem Rückgang von mehr als zwei Dritteln innerhalb von nur drei Monaten und steht in Zusammenhang mit der weitgehenden Öffnung kontaktintensiver Dienstleistungen. Somit waren im August noch 2,2 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von wirtschaftlich bedingter Kurzarbeit betroffen. Aufgrund der Lieferengpässe reduzierte sich die Kurzarbeit im Verarbeitenden Gewerbe wesentlich weniger als in anderen Bereichen. In der Kfz-Herstellung stieg die Zahl der Kurzarbeiter sogar wieder leicht an.

*Arbeitslosigkeit
kräftig gesunken*

Die registrierte Arbeitslosigkeit verminderte sich im Berichtsquartal kräftig. Saisonbereinigt nahm sie um 173 000 Personen ab, die zugehörige Quote reduzierte sich um 0,4 Prozentpunkte. Im Oktober sank die Arbeitslosigkeit weiter auf nunmehr 2,47 Millionen Personen oder 5,4%. Damit hat sich ein großer Teil der während der Krise entstandenen Arbeitslosigkeit wieder zurückgebildet. Die Quote liegt nur noch 0,4 Prozentpunkte über dem Stand von Anfang 2020. Die Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem erreichte bereits wieder den Stand vor Ausbruch der Pandemie. Das höhere Niveau der Arbeitslosigkeit im Grundsicherungssystem ist zum Teil durch den noch relativ geringen Umfang aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen erklärbar. Deren Teilnehmer werden nicht als arbeitslos gezählt. Dennoch besteht für einen Teil der in der Krise Entlassenen die Gefahr, dass sich ihre Arbeitslosigkeit verfestigt.

Die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen ist anhaltend hoch. Sowohl das ifo Beschäf-

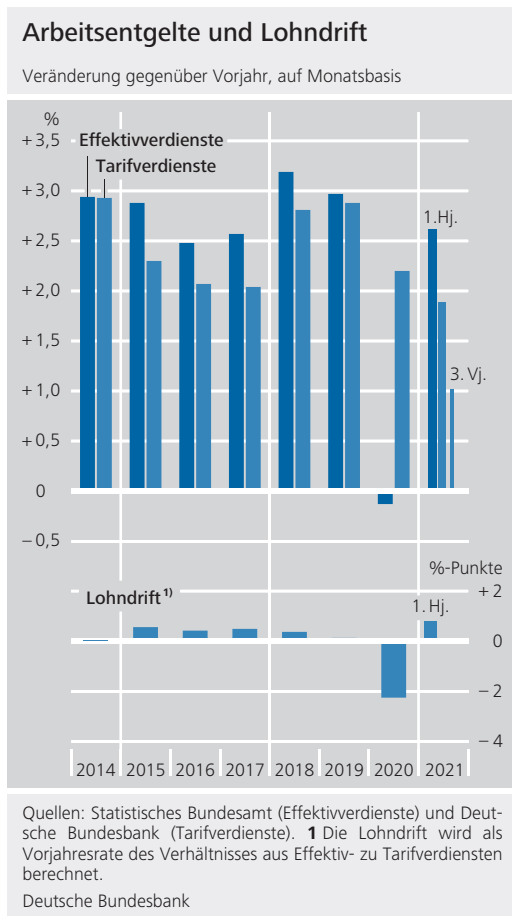
tigungsbarometer, welches die Einstellungspläne der gewerblichen Wirtschaft für die nächsten drei Monate abbildet, als auch das IAB-Barometer Beschäftigung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hielten weitgehend das im Frühjahr erreichte optimistische Niveau. Zugleich ist der Beschäftigungsaufbau zuletzt ins Stocken geraten. Auf der einen Seite berichtet ein schnell wachsender Anteil der Unternehmen von einem zunehmenden Arbeitskräftemangel. Ein Grund dafür dürfte sein, dass durch den in der Krise beschleunigten Strukturwandel nicht immer die Arbeitskräfte mit den passenden Qualifikationen zur Verfügung stehen. Auf der anderen Seite gibt es Unternehmen, die bei prinzipiell guter Auftragslage aufgrund der Lieferschwierigkeiten von Vorprodukten mit Neueinstellungen zögern oder sogar erneut Kurzarbeit einführen. So verharren die Anmeldungen zur Kurzarbeit auf einem leicht erhöhten Niveau. Der Rückgang der Kurzarbeit dürfte sich nicht in dem Maße wie in den letzten Monaten fortsetzen. Außerdem ist der Frühindikator der Arbeitslosigkeit des IAB zuletzt stark gesunken und befindet sich nur noch leicht im positiven Bereich. Die Arbeitslosigkeit dürfte daher in den nächsten Monaten nur noch wenig sinken.

*Frühindikatoren
mit gebremster
Zuversicht*

■ Löhne und Preise

Die Tarifverdienste stiegen im Sommer nur gering. Unter Berücksichtigung der Nebenvereinbarungen erhöhten sie sich um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr, nach 2,3 % zuvor. Ein maßgeblicher Grund für den gedämpften Anstieg war, dass das Festgeld in der Metall- und Elektroindustrie von rund 400 € in diesem Jahr im Oktober statt wie im Vorjahr im Juli ausbezahlt wurde. Durch diesen Basiseffekt wurde die Vorjahresrate im dritten Quartal gedrückt. Zudem gab es mehrere Nullmonate in Branchen wie der Stahl- sowie der Metall- und Elektroindustrie. Die weniger schwankungsanfälligen Grundvergütungen wurden im Sommer um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr angehoben, nach 1,5 % im Frühjahr. Die Effektivverdienste dürften im

*Tarifverdienste
legten im Som-
mer nur gering
zu, Effektiv-
verdienste
weiter mit spür-
barem Anstieg*



dritten Quartal merklich stärker gestiegen sein als die Tarifverdienste. Hauptgrund dafür ist die gesunkene Kurzarbeit. Die betroffenen Arbeitnehmer weiteten ihre Arbeitszeiten wieder aus und erzielten so deutliche Zuwächse gegenüber dem durch Kurzarbeit gedrückten Verdienstniveau im Vorjahr.

Jüngst etwas höhere Tarifabschlüsse

Die Erholung der deutschen Wirtschaft spiegelte sich im Sommer in höheren Neuabschlüssen als im Vorjahr wider. Hinzu kamen Einflüsse von den höheren Inflationsraten und Impulse der wieder anziehenden Arbeitsmarktanspannung. In den meisten neuen Entgelt-Tarifverträgen stehen am Beginn mehrere Nullmonate, denen dann in zwei oder drei Stufen dauerhafte Lohnanhebungen folgen. Die Verträge weisen mit 24 oder mehr Monaten wieder ähnlich lange Laufzeiten aus wie vor Pandemiebeginn. In manchen Branchen einigten sich die Tarifparteien zudem auf hohe Corona-Sonderzahlungen als finanzielle Anerkennung für den außergewöhnlichen Einsatz der Beschäftigten wäh-

rend der Coronavirus-Krise. Im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel beträgt das auf eine fiktive Laufzeit von zwölf Monaten umgerechnete Lohnplus 2,2 %. Im Bauhauptgewerbe vereinbarten die Arbeitgeber und Gewerkschaften im Westen ein Lohnplus auf Zwölfmonatsbasis von 3,4 %. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen deuten auch für demnächst zu erneuernde Tarifverträge auf stärkere Lohnsteigerungen hin.

Der allgemeine gesetzliche Mindestlohn beträgt seit dem 1. Juli 2021 9,60 € je Stunde und wird am 1. Januar 2022 auf 9,82 € und ab 1. Juli 2022 auf 10,45 € je Stunde erhöht. In den laufenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung wird erwogen, den Mindestlohn gegen Ende des Jahres 2022 auf 12 € anzuheben. Eine solche politische Vorgabe droht, die unabhängige Mindestlohnkommission zu entwerten. Die geplante deutliche Mindestlohnanhebung würde spürbar in die unteren Entgeltbereiche eingreifen und hätte nicht zu vernachlässigende Ausstrahlungseffekte auf die darüber liegenden Lohngruppen. Auch hierdurch dürfte sich der Lohndruck künftig verstärken. Die negativen Beschäftigungswirkungen waren zwar bei der Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 gering. Sie beschränkten sich im Wesentlichen auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die teilweise in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt wurden. Das Potenzial zur Neusortierung nach Beschäftigungsformen dürfte nunmehr jedoch geringer sein. Damit könnten verstärkt auch sozialversicherungspflichtige Stellen negativ betroffen sein. Allerdings ist der derzeit geplante Eingriff in das Lohngefüge vom Ausmaß her geringer als im Jahr 2015. Zudem könnten Arbeitsangebotsknappheiten in den unteren Lohnbereichen eine größere Rolle spielen als damals und zur Stabilisierung der Beschäftigung beitragen. Eine genauere Abschätzung der Beschäftigungswirkungen der anvisierten Anhebung wird dadurch erschwert, dass sich die Zusammensetzung der Beschäftigung aufgrund der Pandemie teilweise geändert haben könnte.

Politische Vorgabe eines Mindestlohns von 12 € je Stunde bedenklich

Hierzu liegen bislang aber noch zu wenig strukturelle Daten vor.

Verbraucherpreise im Sommer weiter außerordentlich kräftig gestiegen

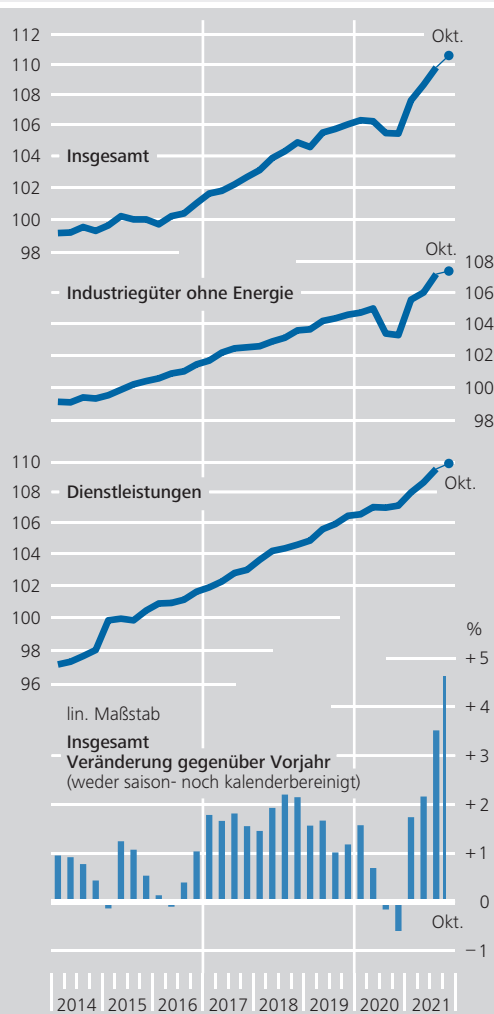
Im Sommer 2021 stiegen die Verbraucherpreise außerordentlich kräftig. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) legte in saisonbereinigter Betrachtung um 1,1% zu und damit noch etwas stärker als im Quartal zuvor. Vor allem Industriegüter ohne Energie verteuerten sich merklich kräftiger vor dem Hintergrund des verschärften Materialmangels und weiter steigender Frachtkosten. Auch auf den vorgelagerten Stufen der Preisbildung nahm die Verteuerung dieser Produkte noch einmal zu. Die Preise für Dienstleistungen wurden ebenfalls noch etwas stärker angehoben als im Frühjahr. Dabei spielten unter anderem kräftige Tarifanpassungen für Mietwagen eine Rolle. Aber auch bei den in der ersten Jahreshälfte von zeitweisen Geschäftsschließungen betroffenen Dienstleistungen, wie der Gastronomie, kam es weiterhin zu spürbaren Preisaufschlägen. Energie verteuerte sich auf der Verbraucherstufe in ähnlich starkem Ausmaß wie im Vorquartal, da sich der Anstieg der Rohölnotierungen aus dem Frühjahr, in Euro gerechnet, relativ unverändert fortsetzte. Der Höhenflug der Marktnotierungen für Erdgas dürfte dagegen wohl größtenteils erst zu Beginn des neuen Jahres an die Verbraucher weitergereicht werden. Bei Nahrungsmitteln schwächte sich der Preisauftrieb dagegen ab, was auch an den Preisen für Obst und Gemüse lag, die üblicherweise stark schwanken.

Inflationsrate auch ohne Sondereffekte auf hohem Stand

In der Vorjahresbetrachtung weiteten sich die Zuwachsraten kräftig aus. Insgesamt stiegen die Verbraucherpreise im Sommerquartal um 3,5%, nach 2,2%, und ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet um 2,1%, nach 1,3%. Dabei wirkten zwei gegenläufige Sondereffekte auf die Inflationsrate. Einerseits dürfte sie durch die in der zweiten Jahreshälfte 2020 vorübergehend abgesenkten Mehrwertsteuersätze um 1¼ Prozentpunkte erhöht worden sein. Denn dadurch war das Preisniveau damals gedämpft worden.⁶⁾ Andererseits schlug das übliche saisonale Hoch der Preise für Pauschalreisen im

Verbraucherpreise^{*)}

2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



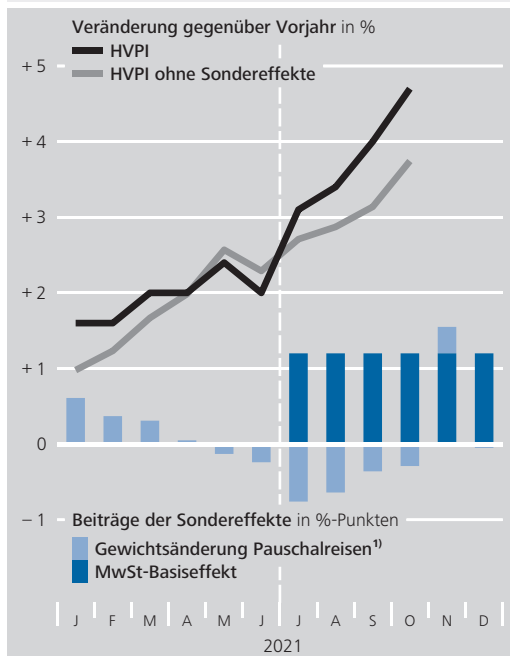
Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. *) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.
 Deutsche Bundesbank

Sommer – vor allem im Juli und August – deutlich weniger zu Buche als im Jahr zuvor, weil das Gewicht der Pauschalreisen im HVPI gesunken ist.⁷⁾ Das reduzierte die Teuerungsrate um gut ½ Prozentpunkt. Selbst ohne diese Sondereffekte dürfte die Gesamtrate im dritten Quartal nahezu 3% und die Rate ohne Energie und Nahrungsmittel rund 2% betragen haben. Die aktuell kräftigeren Preisanstiege sind vor allem den Engpässen bei Vorprodukten und Rohstoffen

⁶⁾ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020).

⁷⁾ Das Gewicht richtet sich nach dem Anteil an den Konsumausgaben im Vorjahr. Aufgrund der Reisebeschränkungen war das Gewicht von Pauschalreisen 2020 erheblich niedriger als im Vorjahr. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b).

Einfluss ausgewählter Sondereffekte auf die Inflationsrate



Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen.
 1) Veränderter Beitrag des HVPI-Teilindex Pauschalreisen aufgrund der Änderung des Gewichts dieser Teilkomponente im Jahr 2021 gegenüber 2020.
 Deutsche Bundesbank

(einschl. Energie) sowie den höheren Frachtkosten geschuldet. Aber auch die zuvor von vorübergehenden Schließungen betroffenen Dienstleistungen wiesen überdurchschnittliche Teuerungsraten auf.

Im Oktober energiegetriebener Preisschub

Im Oktober stiegen die Preise erneut kräftig. In saisonbereinigter Betrachtung legten sie gegenüber dem Vormonat um 0,5 % zu. Energie verteuerte sich vor allem wegen Mineralölzeugnissen erheblich. Darüber hinaus wurden die Gas-tarife auf der Verbraucherstufe moderat angehoben. Bei den Dienstleistungen setzte sich der spürbare Preisauftrieb fort. Industriegüter ohne Energie verteuerten sich insgesamt zwar nur leicht, doch der Preisanstieg bei Gütern ohne Bekleidung blieb weiterhin deutlich. Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich dagegen nicht weiter. Die Vorjahresrate stieg insgesamt von 4,1 % im September auf 4,6 % und die Kernrate von 2,5 % auf 2,8 %. Der erwähnte statistische Sondereffekt durch die Änderung des Pauschalreisengewichts dämpfte die Gesamtrate nur

noch um ¼ Prozentpunkt. Der entgegengerichtete Mehrwertsteuer-Basiseffekt betrug dagegen unverändert + 1¼ Prozentpunkte. Insgesamt war die Inflationsrate durch die beiden Sondereffekte also um 1 Prozentpunkt überzeichnet. Im laufenden Monat könnte die Teuerungsrate sogar knapp 6 % betragen, wovon gut 1½ Prozentpunkte auf die beiden Sondereffekte zurückzuführen wären. Der statistische Sondereffekt wirkt jetzt umgekehrt und erhöht die Teuerungsrate um gut ¼ Prozentpunkt. Er entfällt im Dezember und der Mehrwertsteuer-Basiseffekt im Januar. Dann sollte die Inflationsrate spürbar zurückgehen, obwohl die kräftig gestiegenen Marktnotierungen für Erdgas vermutlich zum Großteil erst nach dem Jahreswechsel an die Verbraucher weitergegeben werden. In den nachfolgenden Monaten dürfte die Inflationsrate aus heutiger Sicht zwar nach und nach weiter abnehmen. Sie könnte aber noch für längere Zeit deutlich über 3 % bleiben. Bei der Kernrate sind Werte beträchtlich über 2 % denkbar.

Auftragslage und Perspektiven

Die wirtschaftliche Erholung wird voraussichtlich zunächst eine Verschnaufpause einlegen. Aus heutiger Sicht könnte das BIP im Herbstquartal 2021 in etwa auf der Stelle treten, nachdem die Wirtschaftsleistung schon im Verlauf des Sommerquartals nicht mehr zugelegt hatte. Der vom Dienstleistungssektor ausgehende Wachstumsschub ist wohl zunächst weitgehend ausgelaufen. Er ging vor allem auf eine gewisse Normalisierung nach den Lockerungen der Corona-Schutzmaßnahmen zurück. Einige Eindämmungsmaßnahmen wurden jedoch bereits wieder verschärft. Die Industrie wird voraussichtlich auch im Herbst das gesamtwirtschaftliche Wachstum dämpfen. Zwar ist die Nachfrage nach industriellen Produkten nach wie vor hoch. Die Lieferprobleme in der Industrie dürften aber weiter belasten. Gemäß einer Umfrage des ifo Instituts rechnen die Unternehmen damit, dass sich die Engpässe bei Vorprodukten und Rohstoffen erst im Verlauf des kommenden

Wirtschaftliche Erholung könnte im Herbst 2021 Verschnaufpause einlegen

Jahres auflösen werden.⁸⁾ Ein positiver Wachstumsimpuls dürfte vom Baugewerbe ausgehen, auch wenn es insbesondere in diesem Bereich zunehmend an Arbeitskräften mangelt. Die Geschäftserwartungen trübten sich mit Ausnahme des Bausektors breitgefächert merklich ein. Im gesamten Winterhalbjahr bestehen Risiken durch ein verstärktes Pandemiegeschehen. Nach derzeitigem Stand dürften die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen aber weniger gravierend ausfallen als in früheren Pandemiewellen. Die außergewöhnlich hohen Auftragsbestände in der Industrie und im Bau sprechen für erhebliche Auf- und Nachholeffekte, sobald die Lieferengpässe spürbar nachlassen.

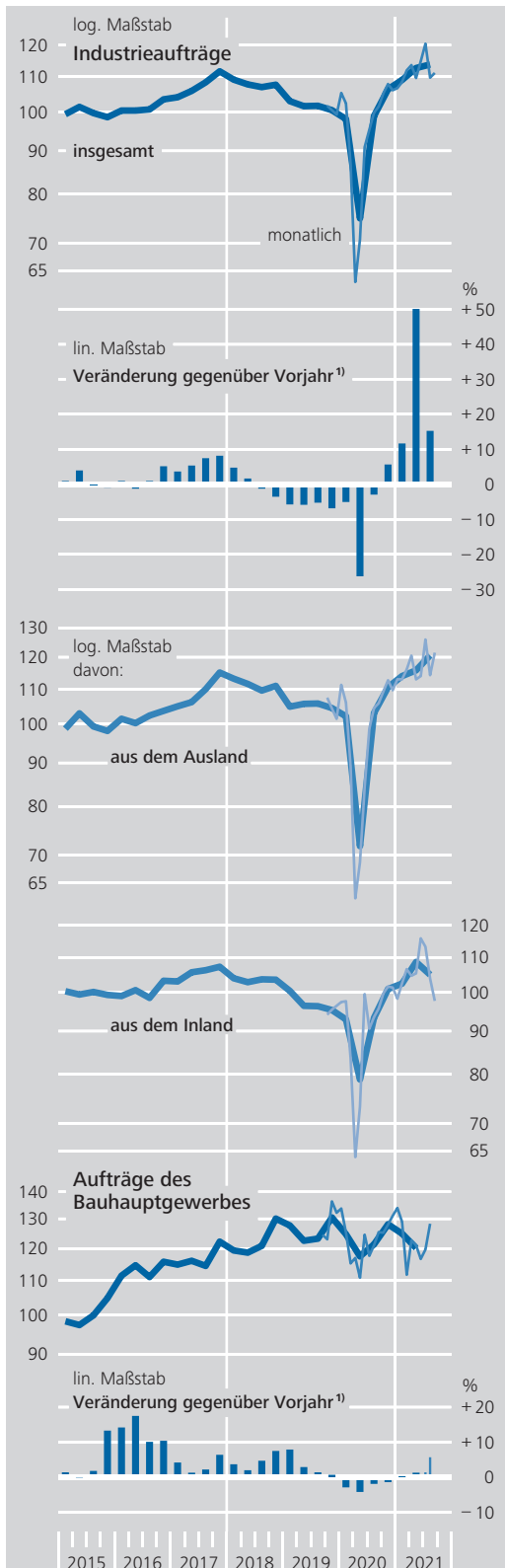
Stimmung der Unternehmen leidet unter Materialengpässen

Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft trübte sich zuletzt weiter ein. Der ifo Geschäftsklimaindex ging im Oktober das vierte Mal in Folge zurück, wozu insbesondere schlechtere Geschäftserwartungen beitrugen. Vor allem die angebotsseitigen Engpässe dürften die Stimmung getrübt haben. Im Verarbeitenden Gewerbe ließen die Lieferengpässe bei Vorprodukten im Oktober nur leicht gegenüber dem im Vormonat erreichten historischen Höchststand nach. Neben den Geschäftserwartungen verschlechterte sich im Verarbeitenden Gewerbe auch die Geschäftslage. Zudem verringerten sich die kurzfristigen Exporterwartungen und die Produktionspläne erheblich. Auch im Einzelhandel nahmen die Lieferprobleme nur etwas ab.⁹⁾ Im Handel insgesamt verschlechterten sich sowohl die Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen deutlich. Im Bauhauptgewerbe sind Materialknappheiten zwar ebenfalls ein Problem. Der Anteil der betroffenen Unternehmen ging aber seit dem Höchststand im Juni stetig zurück. Hier dürfte vor allem der stark gestiegene Arbeitskräftemangel belastend wirken. Dennoch verbesserte sich die Geschäftslage im Bauhauptgewerbe weiter, und die Unternehmen blickten weniger pessimistisch in die Zukunft. In den von Lieferengpässen weniger stark betroffenen Dienstleistungssektoren

⁸ Vgl.: ifo Institut (2021c).
⁹ Vgl.: ifo Institut (2021d).

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2015 = 100, saison- und kalenderbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

ren (ohne Handel) hielt sich die Beurteilung der Geschäftslage etwa auf einem gegenüber der ersten Jahreshälfte erheblich erhöhten Niveau. Die Aussichten trübten sich allerdings zuletzt ein. Gemäß der jüngsten Herbstumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) sehen die Unternehmen insbesondere den Fachkräftemangel sowie die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise als Geschäftsrisiko für die kommenden Monate.¹⁰⁾

Industrieller Auftragseingang nur aufgrund von Großaufträgen leicht gestiegen

Der Auftragseingang der Industrie erhöhte sich im Sommer 2021 nur leicht gegenüber dem Vorquartal. Ohne die üblicherweise unregelmäßig eingehenden Großaufträge ging er sogar kräftig zurück. Nach Regionen aufgegliedert sank die Nachfrage im Inland und im Euroraum deutlich. Der Orderzufluss aus den Drittstaaten außerhalb des Euroraums stieg beträchtlich, ging jedoch ohne Großaufträge ebenfalls stark zurück. Nach Sektoren aufgeschlüsselt erhöhte sich die Nachfrage nach Investitionsgütern kräftig. Hierzu trugen insbesondere der sonstige Fahrzeugbau und der Maschinenbau bei. Bei den Herstellern von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen gingen dagegen erheblich weniger Bestellungen ein. Besonders stark ging der Auftragseingang im Automobilsektor zurück. Die Nachfrage nach Konsumgütern gab geringfügig nach. Die Bestellungen von pharmazeutischen Erzeugnissen, zu denen auch Impfstoffe zählen, stiegen allerdings stark. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern gingen die Auftragseingänge deutlich zurück.

Hoher Auftragsbestand spricht für kräftige Auf- und Nachholeffekte bei Industrieproduktion, sobald sich Lieferengpässe auflösen

Insgesamt ist die Nachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen weiter hoch. Die Auftrags-eingänge lagen um gut 13% über ihrem Vorkrisenniveau. Dagegen fiel die Industrieproduktion zuletzt noch weiter hinter ihr Niveau vom vierten Vierteljahr 2019 zurück. Viele Aufträge konnten aufgrund der angebotsseitigen Engpässe nicht abgearbeitet werden. Dies schlägt sich in einem sehr hohen Auftragsbestand nieder. Die vom Statistischen Bundesamt erhobene Auftragsreichweite lag zuletzt um mehr als ein-einhalb Monate höher als vor Ausbruch der

Pandemie. Auch die Beurteilung des Auftragsbestandes im Verarbeitenden Gewerbe blieb laut ifo Institut nur wenig hinter dem im Sommer erreichten höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung zurück. Dies spricht für kräftige Auf- und Nachholeffekte bei der Industrieproduktion, sobald sich die Engpässe auflösen.

Das Baugewerbe dürfte sein Produktionsniveau in den Herbstmonaten nur wenig ausweiten. Zwar nahm der Auftragseingang im Juli und August – bis dahin liegen Angaben vor – gegenüber dem Sommerquartal stark zu. Zudem stieg die Reichweite der Auftragsbestände laut Umfrage des ifo Instituts im Oktober von hohem Niveau aus weiter. Aber Materialknappheiten und ein Mangel an Arbeitskräften dürften einer kräftigen Expansion der Bauproduktion entgegenstehen. Gemäß Umfragen des ifo Instituts ging zwar die Materialknappheit im Bauhauptgewerbe zuletzt zurück. Sie war jedoch im langfristigen Vergleich weiter hoch. Der Anteil der Unternehmen, die einen Mangel an Arbeitskräften meldeten, stieg kräftig an.

Auftragslage und Auslastung im Bau weiter gut

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften im Herbstquartal wohl nur noch wenig zulegen. Der für November prognostizierte Konsumklimaindex der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) lag zwar merklich über dem Niveau vom Sommer, da die Anschaffungsneigung sich spürbar erhöhte. Allerdings werden wohl mehrere Faktoren den Zuwachs beim privaten Konsum deutlich verlangsamen. So ist das Potenzial für weitere Aufholeffekte beim Konsum von Dienstleistungen erheblich geringer als im Sommer. Das verstärkte Infektionsgeschehen dürfte zudem über verschärfte Eindämmungsmaßnahmen beziehungsweise über freiwillige Verhaltensanpassungen den privaten Konsum dämpfen. Auch die hohe Inflationsrate und die Lieferprobleme stellen Belastungsfaktoren dar. Letztere dürften ein Grund dafür sein, dass die Pkw-Neuzulassungen privater Halter im Oktober merklich zurückgingen.

Privater Verbrauch dürfte im Herbst nur noch wenig ansteigen

¹⁰ Vgl.: DIHK (2021).

■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021a), Schätzung des monatlichen realen Bruttoinlandsprodukts für Deutschland und Anwendung in der kurzfristigen Konjunkturprognose, Monatsbericht, August 2021, S. 68 f.

Deutsche Bundesbank (2021b), Coronabedingte Sondereffekte beim HVPI im Jahr 2021, Monatsbericht, Februar 2021, S. 64–67.

Deutsche Bundesbank (2020), Wirkung der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung auf die Verbraucherpreise, Monatsbericht, November 2020, S. 57–59.

DIHK (2021), DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2021, abrufbar unter: <https://www.dihk.de/de/themen-und-positionen/wirtschaftspolitik/konjunktur-und-wachstum/die-konjunktur-im-herbst-2021>.

Ifo Institut (2021a), Materialmangel der Industrie verschärft sich erneut, Pressemitteilung vom 29. September 2021, <https://www.ifo.de/node/65373>.

Ifo Institut (2021b), Einzelhandel klagt über Lieferprobleme, Pressemitteilung vom 12. Oktober 2021, <https://www.ifo.de/node/65598>.

Ifo Institut (2021c), Etwas weniger Materialmangel in der Industrie, Pressemitteilung vom 3. November 2021, <https://www.ifo.de/node/65972>.

Ifo Institut (2021d), Einzelhandel erwartet Lieferprobleme bis in den Sommer 2022, Pressemitteilung vom 9. November 2021, <https://www.ifo.de/node/66093>.

Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

Staatsfinanzen 2021 weiter durch Coronakrise geprägt

Die Staatsfinanzen sind 2021 weiter durch die Coronakrise geprägt. Die Budgetlasten aus der ungünstigen Konjunkturlage und den Corona-Maßnahmen ließen im Jahresverlauf zwar bereits deutlich nach. Bezogen auf das Gesamtjahr sind sie aber weiter erheblich. Insgesamt ist deshalb nochmals ein hohes Defizit zu erwarten. Es könnte eine ähnliche Größenordnung wie im Vorjahr erreichen (4,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)). Die Schuldenquote dürfte noch etwas steigen (2020: 68,7 %).

2022 Entspannung durch Konjunkturerholung und auslaufende Corona-Maßnahmen

Im kommenden Jahr dürfte das Defizit stark sinken. Denn die erwartete Wirtschaftserholung entlastet automatisch auch die staatlichen Haushalte. Nicht zuletzt liegen gemäß jüngster Steuerschätzung die Steuereinnahmen sogar höher als vor der Krise prognostiziert, wenn um zwischenzeitliche Steuersenkungen bereinigt wird (vgl. S. 67 f.). Zudem laufen die haushaltsbelastenden Corona-Maßnahmen nach derzeitigem Rechtsstand nach und nach aus. Ohne neue Maßnahmen der kommenden Bundesregierung zu betrachten, könnte die Defizitquote Richtung 1 % fallen. Die Konsolidierungsaufgabe nach der Krise wäre damit begrenzt.

Kurslockerung vor allem durch vergleichsweise hohes Ausgabenwachstum

Nachdem in den Jahren vor der Coronakrise strukturelle¹⁾ Überschüsse verzeichnet wurden, ist für das nächste Jahr ein moderates strukturelles Defizit zu erwarten. Darin zeigt sich, dass der grundlegende fiskalische Kurs gelockert wurde. Vor allem wuchsen verschiedene Ausgaben strukturell dynamisch – insbesondere Ausgaben für Soziales, aber beispielsweise auch für Bildung, Infrastruktur und Klimapolitik. Letzteren stehen dabei teils Einnahmen aus CO₂-Zertifikaten gegenüber. Die strukturelle Ausgabenquote ohne Zinsausgaben bewegt sich im Bereich historischer Höchststände.²⁾

Die Perspektiven für die Staatsfinanzen hängen nicht zuletzt von der Finanzpolitik der neuen

Bundesregierung ab (vgl. mit Blick auf die Bundesfinanzen S. 70). Die bisherige Regierung plante, die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse 2022 weiter zu nutzen. Die Generalausnahme des Stabilitäts- und Wachstumspakts gilt ebenfalls weiter. Es spricht aber einiges dafür, dass 2022 kein Krisenjahr mehr ist. Insoweit dürfte nur noch vergleichsweise begrenzter Bedarf für coronabezogene Staatsausgaben bestehen. Zudem wird allgemein eine konjunkturelle Normallage erwartet – auch gemäß jüngster Regierungsschätzung. Die Steuereinnahmen übertreffen wie erwähnt um Steuerrechtsänderungen bereinigt die Vorkrisenerwartungen. Insgesamt ist der Rückgriff auf die Ausnahmeklausel daher aus heutiger Sicht nicht naheliegend. Nicht krisenbedingte Haushaltsbelastungen über Schulden auf Basis der Ausnahmeklausel zu finanzieren, ließe sich jedenfalls schwerlich rechtfertigen.

Finanzierungsdruck entwickelt sich bei der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. Denn die Ausgaben wachsen in der Tendenz schneller als die Einnahmenbasis. 2022 leistet der Bund noch Sonderzuschüsse von 14 Mrd € an die Krankenkassen, und die Sozialversicherungen können noch auf Rücklagen zurückgreifen. Um dem Finanzierungsdruck grundlegend zu begegnen, sind langsamere Ausgabenzuwächse, steigende Beitragssätze und/oder fortgesetzt höhere Zuschüsse des Bundes erforderlich. Bisher zeichnet sich nicht ab, dass eine

Rückgriff auf die Ausnahmeklausel 2022 nicht naheliegend

Handlungsbedarf bei Sozialversicherungen

^{*)} Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Schuldenquote. Danach wird detaillierter über die Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik) berichtet. Für die Gemeinden sowie die gesetzliche Kranken- und soziale Pflegeversicherung liegen noch keine Ergebnisse zum Berichtsquartal vor. Sie werden in Kurzberichten folgender Monatsberichte kommentiert.

¹⁾ Strukturell bedeutet hier: ohne Konjunktur- und spezielle temporäre Effekte. Die temporären Effekte resultieren aktuell v. a. aus befristeten Corona-Maßnahmen.

²⁾ Vgl. auch: Deutsche Bundesbank (2021a), S. 74. Die Erwartungen für 2021 sind qualitativ unverändert. Die Staatsfinanzen entwickeln sich nach aktueller Einschätzung aber günstiger (v. a. wachsen die Steuereinnahmen stärker; zudem könnte der Ausgabenzuwachs etwas schwächer sein).

neue Regierung plant, an den Ausgaben anzusetzen. Für zusätzliche Zuschüsse bestehen im Bundeshaushalt ohne budgetentlastende Maßnahmen an anderer Stelle wohl keine Spielräume. Insofern wäre mit deutlich steigenden Beitragssätzen zu rechnen.

Reformdiskussion zu europäischen Fiskalregeln

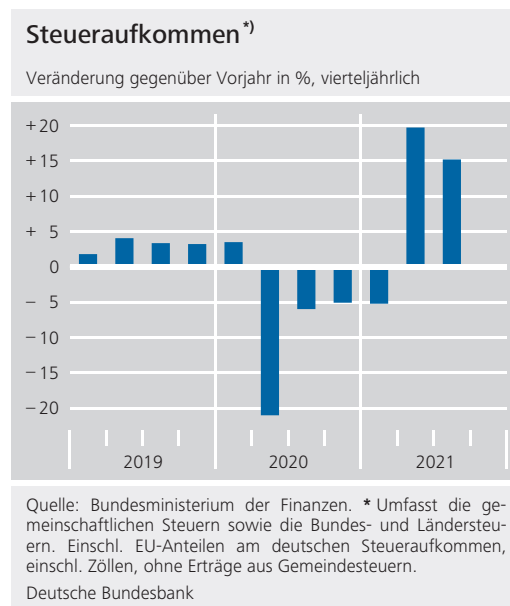
Bund und Länder unterliegen der Schuldenbremse (vgl. dazu auch S. 70 f. und S. 73). Zudem sind sie gemeinsam dafür verantwortlich, die europäischen Fiskalregeln einzuhalten. Reformen der EU-Regeln werden derzeit diskutiert, und die Meinungen liegen dabei weit auseinander: Das Spektrum reicht von strikteren Vorgaben bis hin zu Vorschlägen, auf quantitative Vorgaben ganz zu verzichten. Es wäre allerdings bedenklich, wenn die Bindungswirkung der europäischen Regeln noch weiter verloren ginge. Neben den Fiskalregeln setzte der Maastricht-Vertrag auch auf die disziplinierende Wirkung von Marktreaktionen. Risikoaufschläge an den Kapitalmärkten bei eigenverantwortlicher, nationaler Finanzierung sollten Anreize für solide Staatsfinanzen setzen. Beide Säulen sind aber geschwächt. Um die Wirksamkeit der Regeln zu stärken, sollten diese reformiert werden. Die Regeln sollten dann mit quantitativen und bindenden Obergrenzen den Rahmen für die nationale Finanzpolitik abstecken. Die Regeleinhaltung müsste nachvollziehbar überprüft werden, und im Ergebnis sollten damit insbesondere sehr hohe Schuldenquoten verlässlich und spürbar sinken (vgl. ausführlicher S. 76 ff.).

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Steuereinnahmen stiegen im dritten Quartal stark: Wirtschaftserholung und entfallene Stützungsmaßnahmen

Die Steuereinnahmen³⁾ stiegen im dritten Quartal 2021 weiter stark (+15% im Vorjahresvergleich, siehe oben stehendes Schaubild und Tabelle auf S. 66). Dies reflektiert vor allem die Wirtschaftserholung: So stiegen bei der Körperschaft- und veranlagten Einkommensteuer die gewichtigen Vorauszahlungen für das laufende Jahr kräftig. Unternehmen ließen zudem weni-



ger Steuerzahlungen stunden. Die Einnahmen aus diesen Steuern überstiegen damit das Niveau vor der Pandemie (drittes Quartal 2019) bereits deutlich. Die Lohnsteuer profitierte im dritten Quartal 2021 von der Erholung des Arbeitsmarktes – nicht zuletzt ging die Kurzarbeit spürbar zurück.⁴⁾ Vor allem entfielen aber auch Belastungen aus dem im Jahr 2020 gezahlten Kinderbonus (rund 3½ Mrd €, wurde wie das Kindergeld vom Aufkommen abgezogen). Demgegenüber standen allerdings Mindereinnahmen von insgesamt 4 Mrd € aus verschiedenen Rechtsänderungen zum Jahresbeginn 2021. So wurden Freibeträge und Tarifverlauf der Einkommensteuer angepasst, der Solidaritätszuschlag teilweise abgeschafft und das Kindergeld erhöht.⁵⁾ Die Umsatzsteuer stieg deutlich. Dies lag zum Teil an einem Basiseffekt: So entfiel nunmehr die temporäre Satzsenkung aus dem zweiten Halbjahr 2020 – was Mehreinnahmen von rund 3 Mrd € bewirkt haben dürfte. Die Mindereinnahmen im Vorjahresquartal betrafen dabei im Wesentlichen nur den September. Weil die Umsatzsteuer zumeist zwei Monate nach den Umsätzen abgeführt wird,

³ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die Erträge aus den Gemeindesteuern. Diese sind für das Berichtsquartal noch nicht bekannt.
⁴ Durch Kurzarbeit fallen die Löhne niedriger aus, und das Kurzarbeitergeld selbst ist nicht besteuert.
⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021b), S. 65 f.

Steueraufkommen

Steuerart	1. bis 3. Vierteljahr				Schätzung für 2021 ¹⁾	3. Vierteljahr			
	2020		2021			2020		2021	
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	in %
Steuereinnahmen insgesamt ²⁾	496,0	541,0	+ 45,0	+ 9,1	+ 9,1	168,3	193,9	+ 25,6	+ 15,2
darunter:									
Lohnsteuer ³⁾	151,6	155,5	+ 3,9	+ 2,6	+ 4,1	47,5	53,9	+ 6,4	+ 13,5
Gewinnabhängige Steuern	80,1	106,0	+ 25,9	+ 32,4	+ 27,0	26,3	36,8	+ 10,5	+ 39,8
davon:									
Veranlagte Einkommensteuer ⁴⁾	42,8	50,1	+ 7,3	+ 17,1	+ 17,5	13,5	18,0	+ 4,5	+ 33,2
Körperschaftsteuer ⁵⁾	16,3	28,9	+ 12,7	+ 77,9	+ 60,3	5,4	9,9	+ 4,4	+ 82,1
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	15,9	19,5	+ 3,6	+ 22,8	+ 11,4	5,9	6,8	+ 0,8	+ 14,2
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	5,1	7,5	+ 2,3	+ 45,6	+ 40,5	1,5	2,2	+ 0,7	+ 48,0
Steuern vom Umsatz ⁶⁾	164,1	182,0	+ 17,8	+ 10,9	+ 12,3	59,8	69,5	+ 9,7	+ 16,2
Übrige verbrauchsabhängige Steuern ⁷⁾	62,7	62,8	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	22,4	21,9	- 0,4	- 2,0

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Arbeitskreis Steuerschätzungen und eigene Berechnungen. 1 Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2021. 2 Umfasst die gemeinschaftlichen Steuern sowie die Bundes- und Ländersteuern. Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschl. Zöllen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. 3 Kindergeld und Altersvorsorgezulage vom Aufkommen abgesetzt. 4 Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. 5 Forschungszulage vom Aufkommen abgesetzt. 6 Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer. 7 Energiesteuer, Tabaksteuer, Versicherungssteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Stromsteuer, Alkoholsteuer, Luftverkehrssteuer, Kaffeesteuer, Schaumweinsteuer, Zwischenerzeugnissteuer, Alkopopsteuer sowie Rennwett- und Lotteriesteuer, Biersteuer, Feuerschutzsteuer.

Deutsche Bundesbank

waren der Juli wohl noch nicht und der August nur wenig betroffen. Stützend wirkte dabei, dass Zahlungen der Einfuhrumsatzsteuer aus dem zweiten Quartal zeitverzögert verbucht wurden.

Gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung steigen die Steuereinnahmen des Gesamtstaats im laufenden Jahr um 10 % gegenüber dem Vorjahr (siehe auch Tabelle auf S. 67). Damit würden sie das Niveau des Vorkrisenjahres 2019 bereits wieder leicht übersteigen, trotz umfangreicher Steuersenkungen. Der starke Anstieg hat vor allem zwei Gründe: Erstens, die nominalen gesamtwirtschaftlichen Steuerbezugsgrößen wachsen dynamisch. Dies bringt entsprechende Mehreinnahmen, unter anderem über die Steuerprogression. Zweitens, der Zuwachs der Gewinnsteuern geht noch darüber hinaus. Diese Erwartung basiert auf den hohen diesbezüglichen Einnahmen, die bis einschließlich Oktober 2021 bereits zugeflossen sind. Der Anstieg der Steuereinnahmen insgesamt wird da-

bei durch steuerliche Maßnahmen gedämpft. Zu Ausfällen führen in erster Linie die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags sowie Anpassungen des Einkommensteuertarifs. Auch können Abschreibungen beschleunigt vorgenommen werden, was die Einnahmen bei den Gewinnsteuern senkt. Steuerliche Maßnahmen führen bei der Umsatzsteuer zu (weitestgehend temporären) Mindereinnahmen auf dem hohen Vorjahresniveau. Stark einnahmenerhöhend wirkt hingegen, dass gestundete Steuerzahlungen aus dem Vorjahr nun größtenteils nachgeholt werden. Dies wiegt aber die vorgenannten einnahmensenkenden Effekte nicht auf.

Für 2022 wird erwartet, dass die Einnahmen um 4½ % steigen. Die gesamtwirtschaftlichen Bezugsgrößen wachsen sogar noch etwas schneller, und die Steuerprogression stützt etwas stärker als 2021. Gemäß der Prognose wachsen die Gewinnsteuern (vor Abzug der Ausfälle durch Rechtsänderungen) ausgehend von ihrem hohen Niveau 2021 aber weniger stark als die

Deutlicher Zuwachs im nächsten Jahr

Steuereinnahmen wachsen im Gesamtjahr 2021 stark und überschreiten Niveau von vor der Coronakrise

Ergebnisse der offiziellen Steuerschätzung und gesamtwirtschaftliche Projektionen der Bundesregierung

Position	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Steuereinnahmen ¹⁾						
in Mrd €	812,0	848,9	882,1	919,0	953,8	987,5
in % des BIP	22,8	22,4	22,6	22,9	23,2	23,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,8	4,5	3,9	4,2	3,8	3,5
Schätzrevision in Mrd € gegenüber Mai 2021	38,5	36,8	33,8	33,6	36,3	.
gegenüber November 2019	-33,2	-26,2	-22,7	-15,9	.	.
bereinigt um Rechtsänderungen ²⁾	8,8	15,4	17,1	18,0	.	.
Wachstum des realen BIP in %						
Herbstprojektion Oktober 2021	2,6	4,1	1,6	0,8	0,8	0,8
Frühjahrsprojektion April 2021	3,5	3,6	1,1	1,1	1,1	.
Wachstum des nominalen BIP in %						
Herbstprojektion Oktober 2021	5,6	6,4	3,3	2,6	2,6	2,6
Frühjahrsprojektion April 2021	5,3	5,2	2,6	2,6	2,6	.

Quellen: Arbeitskreis Steuerschätzungen und Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. 1 Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, einschl. Zöllen, einschl. der Erträge aus Gemeindesteuern. 2 Zwischenzeitliche Rechtsänderungen gemäß Ausweis des Arbeitskreises Steuerschätzungen: Anlage 2 zur Pressemitteilung der Schätzergebnisse Mai 2020, September 2020, November 2020, Mai 2021 und November 2021.

Deutsche Bundesbank

gesamtwirtschaftlichen Gewinne. Auch gehen mit der Erholung bei der Beschäftigung wieder höhere Arbeitnehmererstattungen einher. Diese werden vom Aufkommen der Einkommensteuer abgezogen und dämpfen damit die Entwicklung.

Zusätzlich bremsen 2022 steuerliche Maßnahmen den Aufkommensanstieg bei den Gewinnsteuern und der Lohnsteuer. Zu nennen sind hier insbesondere die oben genannten Abschreibungsbeschleunigungen sowie der weitere Anpassungsschritt beim Einkommensteuertarif. Zudem entfallen im Vorjahresvergleich die Nachzahlungen aus gestundeten Steuern. Deutliche Mehreinnahmen schlagen dagegen an einigen anderen Stellen zu Buche: So laufen bei der Umsatzsteuer die Stützungsmaßnahmen nun weitestgehend aus, Tabaksteuersätze werden angehoben sowie neuere Rauchprodukte erstmals besteuert. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sind vorübergehend ausgesetzte Zinszahlungen an den Fiskus nun zudem teilweise nachzuholen.⁶⁾

In den Folgejahren bis 2025 steigen die Einnahmen um durchschnittlich 4%. Die Steuerschätzung basiert auf geltendem Recht, und Rechtsänderungen spielen per saldo keine große Rolle. Daher ergibt sich die Prognose recht unmittelbar aus den Annahmen zur gesamtwirtschaft-

lichen Entwicklung und der Steuerprogression. Tatsächlich dürften aber auch nach 2022 die Einkommensteuerfreibeträge anzuheben sein. Risiken bestehen zudem beim Solidaritätszuschlag, dessen Verfassungskonformität aus verschiedenen Gründen angezweifelt wird. Darüber hinaus sind noch Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gegen eine absehbare Doppelbesteuerung von künftigen Renten umzusetzen.

Im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung ergeben sich 2021 Mehreinnahmen in Höhe von 38½ Mrd € (1% des BIP). Entscheidend ist, dass die Kassenergebnisse bis Oktober 2021 stark positiv überraschten – vor allem bei den gewinnabhängigen Steuern. Aber auch das Aufkommen aus der Lohnsteuer stieg bisher stärker als mit der Mai-Steuerschätzung angelegt. Zudem sind die gesamtwirtschaftlichen Annahmen günstiger. Für die Steuerschätzung ist nämlich die nominale Entwicklung entscheidend. Auch für das nächste Jahr werden hohe Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Schätzung erwartet. Dies liegt hauptsächlich an einer deutlich günstigeren gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Starke Aufwärtskorrekturen für alle Schätzjahre

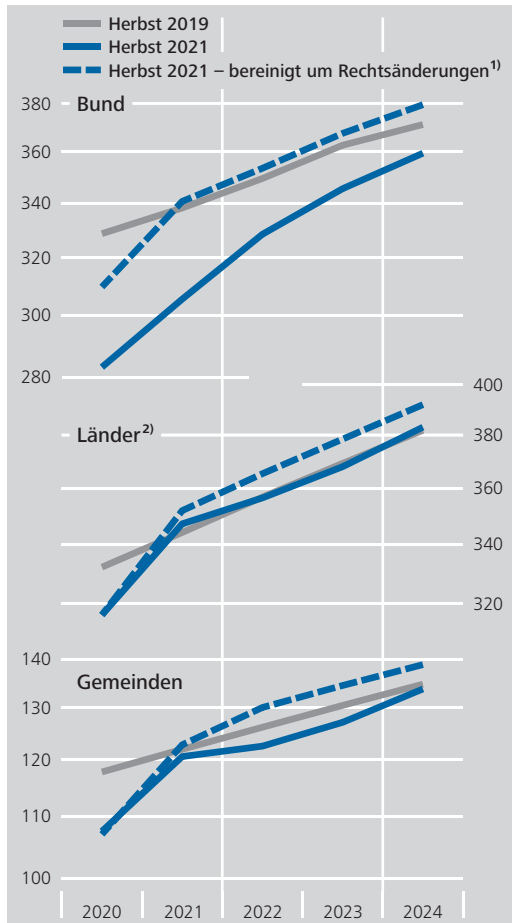
⁶ Mit Beschlüssen des Bundesfinanzhofs bestanden seit 2018 Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Zinssätze bei Nachzahlungen und Erstattungen. Die Finanzverwaltung setzte daher die Vollziehung auf Antrag aus. Mit Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Zinssatz von 6% p. a. für Zeiträume bis 2018 anwendbar. Daher werden für 2022 nun Nachzahlungen für Vorjahre erwartet.

Steuerliche Maßnahmen belasten per saldo

Wirtschaftswachstum und Steuerprogression bringen deutliche Zuwächse auch in der mittleren Frist

Offizielle Steuerschätzungen: aktuell und vor der Coronakrise

Mrd €, log. Maßstab



Quelle: Arbeitskreis Steuerschätzungen. ¹ Bereinigung um zwischenzeitliche Steuerrechtsänderungen gemäß Anlage 2 zur Pressemitteilung der Schätzergebnisse Mai 2020, September 2020, November 2020, Mai 2021 und November 2021. ² Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten; nach Finanzausgleich und Ergänzungszuweisungen.
 Deutsche Bundesbank

riger aus. Die Abwärtsrevision beträgt für 2021 noch 33 Mrd € (1 % des BIP). Danach sinken die jährlichen Mindereinnahmen auf 26 Mrd € (2022) bis 16 Mrd € (2024). Die Mindereinnahmen liegen aber ausschließlich an umfangreichen Ausfällen durch zwischenzeitliche Rechtsänderungen. 2022 schlagen durch die Rechtsänderungen allein Mindereinnahmen von 42 Mrd € zu Buche: Darum bereinigt hätten die Steuereinnahmen um 15 Mrd € über dem Stand gelegen, der vor der Coronakrise erwartet wurde.

Steuersenkungen drücken Einnahmen im Vergleich zu den Perspektiven vor Corona – grundlegende Tendenz aber sogar günstiger

Dabei unterscheiden sich die Entwicklungen für die einzelnen staatlichen Ebenen (vgl. nebenstehendes Schaubild): Die Länder erreichen mit der aktuellen Steuerschätzung bereits im laufenden Jahr wieder den im Herbst 2019 erwarteten Einnahmenpfad. Ohne zwischenzeitliche Rechtsänderungen läge ihr Einnahmenpfad bereits spürbar über dem Vor-Corona-Pfad. Der Bund liegt dagegen noch erheblich unter dem vor Corona geschätzten Einnahmenpfad. Ohne Rechtsänderungen wäre auch beim Bund die Entwicklung günstiger als vor der Krise erwartet: Hier führen die Steuerentlastungen aber zu höheren Mindereinnahmen. So schlägt sich zum Beispiel die Teilabschaffung des Solidaritätszuschlags nieder. Zudem tritt der Bund Steuereinnahmen an die Länder ab.

Länder ab 2021 wieder auf zuvor erwartetem Pfad – Mindereinnahmen beim Bund

Überdies wird die positive Kassenüberraschung teilweise in die Folgejahre übertragen. Gestützt wird der Zuwachs durch das Urteil zu den Zinsen (nur 2022) sowie die Tabaksteuererhöhung (auch mittelfristig). Die Ansätze der Folgejahre hebt der Arbeitskreis in einer ähnlichen Größenordnung und im Wesentlichen aus den gleichen Gründen an.

Die Steuerentwicklung wird nunmehr so günstig eingeschätzt, dass der um zwischenzeitliche Rechtsänderungen bereinigte Pfad sogar über den Erwartungen vor der Krise liegt. Gegenüber der letzten Prognose vor der Coronakrise (Herbst 2019) fallen die Einnahmen zwar nied-

Bundeshaushalt

Im dritten Quartal verbuchte der Bundeshaushalt erneut ein hohes Defizit. Mit 35 Mrd € übertraf es den Vorjahreswert sogar noch um 13 Mrd €. Die Einnahmen wuchsen kräftig um 12 % (+ 10 Mrd €). Dabei stieg das Steueraufkommen um 15 % (+ 11 Mrd €), obwohl die Abführungen daraus an den EU-Haushalt um 3 Mrd € höher lagen. Die Ausgaben wuchsen insgesamt noch weitaus stärker (+ 22 % oder 23 Mrd €). Entscheidend war, dass der Bund den neuen Fluthilfefonds mit 16 Mrd € vorfinanzierte. Außerdem lagen die Transfers an Unternehmen um 9 ½ Mrd € über ihren Vorjahreswerten, getrieben von Überbrückungshil-

Im dritten Quartal deutlich gestiegenes Defizit trotz kräftig sprudelnder Steuern: vorfinanzierte Fluthilfe und Corona-Hilfen

fen bei coronabedingten Umsatzausfällen. Gegenüber dem Vorquartal sanken letztere aber bereits um 4 Mrd € auf 8 Mrd €. Die Zinsausgaben gingen gegenüber dem Vorjahreswert deutlich um knapp 1½ Mrd € zurück. Ausschlaggebend waren höhere Agien bei Bundeswertpapieren. Unter dem Strich zahlte der Bund im Berichtsquartal keine Zinsen, sondern erhielt Einnahmen von knapp 4½ Mrd €.⁷⁾

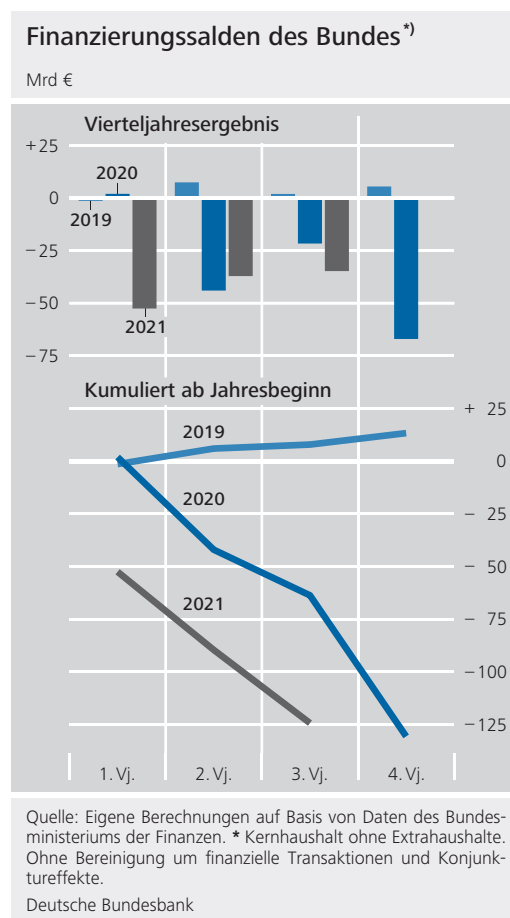
Im Gesamtjahr Defizit erheblich niedriger als geplant

Nach drei Quartalen beläuft sich das Defizit im Bundeshaushalt auf 124 Mrd €. Im Vorjahr wurde im vierten Quartal noch ein sehr hohes Defizit verzeichnet. Es schlugen umfangreiche Lasten aus der Vorfinanzierung des Energie- und Klimafonds, Gemeindehilfen, der Umsatzsteuersenkung und Hilfen für die Bundesagentur für Arbeit (BA) zu Buche. In diesem Jahr sind für das Schlussquartal bislang erheblich geringere Sonderlasten absehbar. Alles in allem könnte das Defizit im Gesamtjahr deutlich näher am Vorjahresergebnis von 131 Mrd € liegen als am Haushaltsansatz (240 Mrd €).

Künftige Tilgungsbelastung ebenfalls weit geringer als geplant

Obwohl die Planungen deutlich unterschritten werden, wird die strukturelle Nettokreditaufnahme erheblich über der regulären Grenze der Schuldenbremse liegen. Deshalb sind künftig entsprechende Tilgungen zu veranschlagen. Geplant waren jeweils 13 Mrd € für die Jahre 2026 bis 2042. Wegen der günstigeren Haushaltsentwicklung werden die Beträge nun aber deutlich niedriger liegen. Dabei ist zu beachten:

- Erstens wird die strukturelle Nettokreditaufnahme im Kernhaushalt deutlich unter dem Planwert liegen. Zwar fließt darin die außerplanmäßige Zuführung von 16 Mrd € an den neuen Fluthilfefonds ein. Zudem dürften zum Ausgleich des Defizits der BA zusätzliche Mittel von mehr als 10 Mrd € erforderlich sein. Auch wird wohl eine geringere Konjunkturlast abgezogen.⁸⁾ Die sehr umfangreichen entlastenden Faktoren beim Haushaltsvollzug überwiegen diese drei belastenden Faktoren aber ganz erheblich.



- Zweitens dürfte der Finanzierungssaldo des neuen Fluthilfefonds in die Schuldenbremse einbezogen werden (dies ist bei neuen Sondervermögen ohne eigenständige Kreditermächtigung üblich).⁹⁾ Dort fällt im laufenden Jahr ein hoher Überschuss an, weil die aus dem Kernhaushalt zufließenden Mittel zum größten Teil erst später abfließen dürften. Belastend für die Schuldenbremse wirkt also letztlich nicht die Nettokreditaufnahme beim Bund, mit der die Zuführung an den

⁷⁾ Das Agio wird – bei der kassenmäßigen Verbuchung im Haushalt – nicht über die Laufzeit der betreffenden Papiere verteilt, was verschiedene Nachteile hat. Insbesondere sind die Zinsausgaben dadurch sehr schwankungsanfällig. Vgl. zu einem Vorschlag für eine periodengerechte Erfassung, der die Schwankungsanfälligkeit beseitigt: Deutsche Bundesbank (2021c).

⁸⁾ Gemäß der Herbstprojektion bleibt der Zuwachs des realen BIP zwar deutlich unter dem Ansatz im Nachtragshaushalt. Der höhere Preisauftrieb lässt das hier maßgebliche nominale BIP aber deutlich stärker steigen als damals erwartet. Mit diesen Annahmen sinkt die Konjunkturlast gegenüber dem veranschlagten Wert um 9 Mrd €. Die strukturelle Nettokreditaufnahme fällt entsprechend höher aus.
⁹⁾ Vgl.: Bundesministerium der Finanzen (2021), S. 25.

Fonds finanziert wurde. Angerechnet werden die Abflüsse von Hilfen aus dem Fonds, die sich über mehrere Jahre verteilen.

- Drittens ist beim Energie- und Klimafonds ein deutlich geringeres Defizit zu erwarten als die im Haushalt des Bundes eingeplanten 14 Mrd €. Auch hier ist der Finanzierungssaldo des Fonds in die Schuldenbremse einbezogen. Der Fonds dürfte zum einen günstiger abschließen, weil die Einnahmen höher liegen als veranschlagt. So sind die Preise der europäischen Emissionszertifikate unerwartet stark gestiegen. Zum anderen sind nach drei Quartalen die Ausgabenansätze von 26 Mrd € erst gut zur Hälfte ausgeschöpft. Der Planansatz für das Gesamtjahr dürfte mithin (wie im Vorjahr) deutlich unterschritten werden.

Schuldenerlass für die BA aus ökonomischer Sicht als Transfer auf die Schuldenbremse anzurechnen

Noch unklar scheint, ob die angesprochene Nettokreditaufnahme zum Ausgleich des Defizits der BA überhaupt auf die Tilgungspflicht angerechnet wird. Bislang werden die Zahlungen als Darlehen und damit als finanzielle Transaktion außerhalb der Schuldenbremse gebucht. Das Haushaltsgesetz sieht vor, die Darlehen in einen Zuschuss umzuwandeln, soweit die Rücklagen der BA nicht ausreichen, den Fehlbetrag zu decken. Eine weitere Bedingung ist, dass der verbleibende Fehlbetrag rechnerisch auf Kurzarbeit zurückzuführen ist. Im Falle eines solchen Schuldenerlasses wäre es dann allerdings naheliegend, die Darlehen nicht mehr als finanzielle Transaktion zu erfassen, sondern in den Zuschusstitel umzubuchen. Der Schuldenerlass würde dann wie bei den europäischen Haushaltsregeln als ergebniswirksame Ausgabe erfasst. Dies ist auch ökonomisch besser nachvollziehbar und im Sinne der Schuldenbremse. Eine andere Vorgehensweise wird offenbar bei der Darlehensforderung des Jahres 2020 gewählt. Hier soll der Darlehenserlass nach Schließen der Bücher erfolgen und damit offenbar keine Tilgungspflicht im Rahmen der Schuldenbremse entstehen.

Die bisherigen Planungen für 2022 und die mittlere Frist wird die kommende Regierung

aufgreifen, aber gemäß ihren Zielsetzungen überarbeiten. Insbesondere wird es darum gehen, neue Vorhaben zu finanzieren. Nach dem Sondierungspapier sind nicht zuletzt sehr umfangreiche zusätzliche Investitionen etwa für den Klimaschutz vorgesehen. Zudem bekräftigt das Papier das derzeit garantierte Versorgungsniveau der gesetzlichen Rente und schließt offenbar Leistungskürzungen ebenso aus wie eine Anhebung des Rentenalters. Angekündigt wurde auch ein Bundeszuschuss, der eine teilweise Kapitaldeckung der gesetzlichen Rentenversicherung einleiten soll. Mit einer solchen Rentenpolitik wären über 2022 hinaus erhebliche Herausforderungen für den Bundeshaushalt verbunden.¹⁰ Dies würde noch verschärft, wenn der Bund sich – wie zuletzt breit gefordert – künftig stärker an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung beteiligte. Erhöhungen der gemeinschaftlichen Steuern, um Zusatzlasten zu finanzieren, soll es offenbar nicht geben. Deutliche Mehreinnahmen sind aber nach der jüngsten Steuerschätzung zu erwarten (jeweils etwa + 13 Mrd € in den Jahren 2022 bis 2025). Zudem wurde angekündigt, klimaschädliche Subventionen zu kürzen. Dabei blieb unklar, in welchem zeitlichen Rahmen und in welchem Umfang Kürzungen realisiert werden sollen. Alles in allem erleichtert die Steuerentwicklung die Haushaltsplanungen merklich. Angesichts der umfangreichen Vorhaben steht die kommende Regierung aber weiterhin vor beträchtlichen finanzpolitischen Herausforderungen.

Die bisherige Regierung hatte für 2022 geplant, ein weiteres Mal auf die Ausnahmeklausel der Schuldenbremse zurückzugreifen. Die dabei getroffenen Annahmen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ließen aber kaum noch Belastungen durch die Coronavirus-Pandemie erkennen. In ihrer Herbstprojektion geht die amtierende Bundesregierung von einer konjunkturellen Normallage aus. Die Steuereinnah-

Sondierungspapier mit neuen Belastungen für Bundeshaushalt

Rückgriff auf die Ausnahmeklausel 2022 scheint fragwürdig, Vorratsfinanzierungen wären besonders kritisch

¹⁰ Vgl. zu Herausforderungen für die gesetzliche Rentenversicherung: Deutsche Bundesbank (2019a).

men des Bundes sollen 2022 nunmehr beinahe so hoch ausfallen wie vor der Krise erwartet (Steuerschätzung vom Herbst 2019, bereinigt um die Vorsorge des Bundes für geplante Rechtsänderungen). Ein Rückgriff auf die Ausnahmeklausel erscheint in diesem Szenario kaum noch zu begründen, zumal sehr umfangreiche Rücklagen vorhanden sind. Letztlich basiert die Ausnahmeregel auf einer Notsituation, die sich der staatlichen Kontrolle entzieht. Es wäre auch nicht mit der Zielsetzung der Schuldenbremse zu vereinbaren, wenn auf Basis der Ausnahmeklausel Kredite genutzt würden, um künftige Ausgaben vorzufinanzieren. Dies gilt insbesondere für nicht krisenbezogene Maßnahmen.¹¹⁾

Bundesgesteuerte Nebenhaushalte wären auf die Schuldenbremse anzurechnen

Es wäre auch fragwürdig, Ausgaben außerhalb der Schuldenbremse zu finanzieren, wenn sie nur formal aus dem Bundeshaushalt ausgegliedert sind. Dies wäre der Fall, wenn der Bund sie weiterhin maßgeblich bestimmen und daraus letztlich finanziell belastet würde. Dann würden die zu finanzierenden Maßnahmen auch unter die europäischen Fiskalregeln fallen. Denn in den für die europäische Haushaltsüberwachung relevanten VGR zählen die betreffenden Einheiten als Extrahaushalte zum Staatssektor (und dementsprechend werden auch neu geschaffene Sondervermögen bislang bei der Schuldenbremse einbezogen). Öffentliche Unternehmen werden nur dann dem Unternehmenssektor zugerechnet, wenn sie als eigenständig handelnde Einheit gelten können. Dafür müssen sie insbesondere über Entscheidungsautonomie in ihrer Hauptfunktion verfügen.¹²⁾ Außerdem müssen sie ihr Angebot zu wirtschaftlich signifikanten Preisen erbringen, das heißt, der Preis sollte Einfluss auf ihr Angebot haben. Konkret müssen sie zumindest die Hälfte ihrer Produktions- und Nettozinskosten durch Verkaufserlöse am Markt abdecken. Ebenso sollten die Verkäufe nicht im Wesentlichen nur an den Staat erfolgen (es sei denn, die Aufträge wurden vorher ausgeschrieben).¹³⁾ Erfüllen öffentliche Unternehmen die Kriterien nicht, werden sie in den VGR dem Staatssektor zugerechnet.¹⁴⁾ Ebenso werden Zuweisungsgeschäfte wie etwa

Corona-Hilfskredite der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in den Staatssektor umgesetzt – auch wenn das öffentliche Unternehmen zum Privatsektor gehört.

Die Schuldenbremse begrenzt neue Vorhaben ohne Gegenfinanzierung. Dies macht es nötig, Prioritäten zu setzen und die Öffentlichkeit von diesen zu überzeugen. Wird die Schuldenbremse hingegen umgangen, um der Gegenfinanzierung auszuweichen, droht sie eine wesentliche Funktion zu verlieren: das Vertrauen in die Staatsfinanzen abzusichern. Dieses Vertrauen ermöglicht unter anderem die Finanzierung von Staatskrediten ohne größere Risikoaufschläge. Die Schuldenbremse ist auch über Deutschland hinaus bedeutsam: Sie soll die EU-Fiskalregeln verankern. Diese wurden insbesondere vereinbart, um eine stabilitätsorientierte Geldpolitik zu erleichtern. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die bislang hohe Bindungswirkung der Schuldenbremse sorgsam zu wahren. Dies schließt eine Reform nicht aus. Um die Regel nicht zu beschädigen, sollten etwaige Änderungen aber transparent erfolgen und überzeugend begründet werden. Dabei gälte es, weiterhin solide Staatsfinanzen sicherzustellen, die europäischen Vorgaben zu wahren und neue nationale Grenzen klar zu ziehen.

Bindungswirkung der Schuldenbremse erhalten

Die Extrahaushalte des Bundes¹⁵⁾ meldeten im dritten Quartal einen hohen Überschuss von 15 Mrd €, nach einem hohen Defizit von 29 Mrd € vor Jahresfrist. Damals hatte der Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) sehr umfangreich Corona-Hilfskredite der KfW finanziert. In diesem Sommer überwogen die Rückflüsse leicht, und der WSF verzeichnete einen kleinen Überschuss. Durch die umfangreiche Vorfinanzie-

Extrahaushalte des Bundes im dritten Quartal mit hohem Überschuss durch Vorfinanzierung des neuen Fluthilfefonds ...

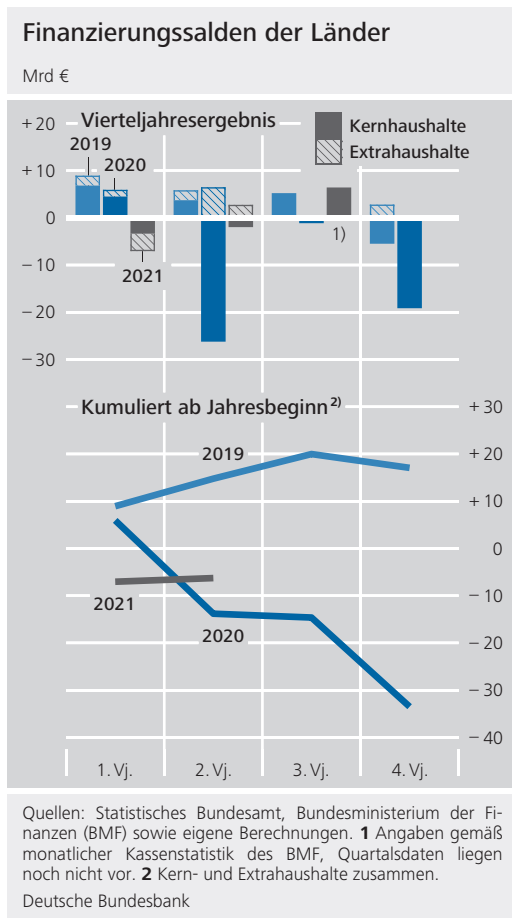
¹¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021d).

¹² Vgl.: Eurostat (2014), Ziffer 2.12.

¹³ Vgl.: Eurostat (2014), Ziffern 20.19 ff.

¹⁴ So wird derzeit etwa geprüft, ob die Netzsparte der Deutschen Bahn die Kriterien für ein öffentliches Unternehmen noch erfüllt.

¹⁵ Gemäß Angaben des Bundesministeriums der Finanzen, also ohne Bad Banks und sonstige Einheiten mit kaufmännischem Rechnungswesen. Das Defizit des SoFFin ist ebenfalls ausgeblendet. Es gründet auf weitergeleiteten Mitteln zur Refinanzierung der Bad Bank FMSW.



... und auch im Gesamtjahr 2021 hoher Überschuss absehbar

Der Fluthilfefonds wird auch im Gesamtjahr einen hohen Überschuss verzeichnen. Bis zum Jahresende sind nämlich nur begrenzte Abrufe zu erwarten. Zudem könnte der WSF im Gesamtjahr einen Überschuss erzielen, weil weitere Corona-Darlehen und -Kapitalhilfen zurückgezahlt werden. Beim EKF ist bislang ein Defizit von 8 Mrd € aufgelaufen. Im Schlussquartal sollte dieses zumindest nicht mehr spürbar steigen. So sind gegenüber den Vorquartalen höhere Einnahmen aus Emissionszertifikaten absehbar. Bei den anderen einbezogenen Einheiten könnten sich Einnahmen und Ausgaben zusammen in etwa ausgleichen. Alles in allem ist damit zu erwarten, dass die Extrahaushalte des Bundes das laufende Jahr mit einem hohen

Überschuss abschließen. Im nächsten Jahr sind zwar Defizite beim neuen Fluthilfefonds und beim EKF geplant. Jedoch könnten Rückflüsse von Corona-Hilfen an den WSF sie deutlich überwiegen. Ob insgesamt erneut ein Überschuss anfallen wird, hängt auch davon ab, wie die kommende Regierung Extrahaushalte für ihre Vorhaben einsetzt.

Überschuss abschließen. Im nächsten Jahr sind zwar Defizite beim neuen Fluthilfefonds und beim EKF geplant. Jedoch könnten Rückflüsse von Corona-Hilfen an den WSF sie deutlich überwiegen. Ob insgesamt erneut ein Überschuss anfallen wird, hängt auch davon ab, wie die kommende Regierung Extrahaushalte für ihre Vorhaben einsetzt.

Länderhaushalte¹⁶⁾

Die Kernhaushalte der Länder schlossen das dritte Quartal mit einem Überschuss von 6 Mrd € ab. Im Vorjahresquartal war noch ein kleines Defizit von ½ Mrd € angefallen. Die Einnahmen wuchsen kräftig um 8 % (+ 9 Mrd €) dank stark gestiegener Steuereinnahmen (+ 13 %). Hingegen sanken die Einnahmen von öffentlichen Verwaltungen (- 6 %) wegen geringerer Zahlungen des Bundes. Die Ausgaben nahmen mit 2 % (+ 2 Mrd €) weniger stark zu. Ein knappes Viertel des Anstiegs ging dabei auf die Soforthilfeszahlungen für Hochwasserschäden zurück. Um die Gesamtlage einordnen zu können, sind zusätzlich die Ergebnisse der Extrahaushalte erforderlich. Denn viele Länder gründeten Extrahaushalte, in denen sie pandemiebezogene Einnahmen und Ausgaben bündeln.¹⁷⁾ Die Finanzbeziehungen zu den jeweiligen Kernhaushalten sind in der monatlichen Kassenstatistik nicht zu identifizieren.

Überschuss im dritten Quartal aus starkem Steuerplus

Nach drei Quartalen weisen die Länder in ihren Kernhaushalten einen Überschuss von 2 Mrd € aus. Alles in allem deutet sich an, dass die Coronakrise die Länder im laufenden Jahr deutlich schwächer belastet als im Vorjahr. So sollen etwa die Steuereinnahmen nach der jüngsten Schätzung kräftig um 10 % zunehmen. Die Steuereinnahmen übersteigen damit sogar bereits leicht das Niveau, das vor der Krise für

Defizit im Gesamtjahr deutlich unter Vorjahreswert

¹⁶ Die Angaben zu den Ländern im Berichtsquartal basieren auf der monatlichen Kassenstatistik zu den Kernhaushalten. Ergebnisse zu den Extrahaushalten liegen noch nicht vor.

¹⁷ Vgl. zur Rolle der Extrahaushalte ausführlich: Deutsche Bundesbank (2021a), S. 80.

2021 erwartet worden war (Steuerschätzung vom Herbst 2019). Ohne zwischenzeitliche Steuersenkungen hätte sich sogar noch ein etwas höherer Wert ergeben. Im letzten Jahr betrug das Defizit der Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte 34 Mrd €. ¹⁸⁾ Im laufenden Jahr könnte das Defizit auf einen einstelligen Milliardenbetrag fallen.

Pandemiebedingte Belastung der Länder dürfte 2022 weitgehend auslaufen

Für das nächste Jahr ist zu erwarten, dass sich die Länderfinanzen weiter bessern. So sollen die Steuereinnahmen von einer erholten Basis aus um 2 ½ % steigen und etwa auf dem vor der Krise geschätzten Niveau liegen. Ausgabenseitige Corona-Maßnahmen dürften ebenfalls weitgehend auslaufen, wenn die Pandemie wie in den meisten Prognosen unterstellt ausklingt. Noch zu tragende coronabezogene Belastungen sollten sich dann meist aus Reserven finanzieren lassen. ¹⁹⁾ Die Bundesregierung erwartet in ihrer Herbstprojektion, dass die Wirtschaft wieder annähernd normal ausgelastet ist. Insgesamt wäre es daher wie beim Bund naheliegend, wenn auch die Länder die Ausnahmeklauseln ihrer Schuldenbremsen nicht weiter nutzen würden, insbesondere wenn die Lasten überschaubar bleiben und Reserven vorhanden sind. ²⁰⁾

Strukturelle Lage der Ländergesamtheit nicht ungünstig

Im Aggregat scheint die strukturelle Lage der Länderfinanzen nach der Coronakrise nicht ungünstig. Den einzelnen Ländern stellen sich nach der Krise aber unterschiedliche fiskalische Herausforderungen. Nicht nur die jeweiligen strukturellen Haushaltslagen spielen eine Rolle. Ebenso relevant sind das Ausmaß von Reserven aus der Zeit vor der Krise und die Ausgestaltung der landesspezifischen Schuldenbremsen. ²¹⁾

Gerichtsurteil zu hessischem Corona-Sondervermögen zeigt Grenzen für Ausnahmeklauseln auf

Der hessische Staatsgerichtshof urteilte im Oktober über wichtige Teile der Haushaltspolitik des Landes Hessen in der Coronakrise. ²²⁾ Diese war demnach in entscheidenden Punkten nicht mit der Landesverfassung und der darin verankerten Schuldenbremse vereinbar. Kritik fand insbesondere das neu gegründete und mit einer umfangreichen mehrjährigen Kreditermächtigung ausgestattete Sondervermögen. So verstößt das Sondervermögen gegen die

Grundsätze der Einheit und Vollständigkeit des Haushalts und gegen das Budgetrecht des Landtags. Das Urteil bezieht sich zwar auf hessenspezifische Verfassungsregeln. Einige wichtige Eckpunkte könnten aber auch für den Bund und andere Länder von Bedeutung sein. ²³⁾ So urteilte der Staatsgerichtshof:

- Eine mehrjährige Kreditermächtigung „auf Vorrat“ entspricht nicht der Zielsetzung des Konzeptes der Schuldenbremse.
- Soll von dem Neuverschuldungsverbot abgewichen werden, müssen die Kreditermächtigung und die kreditfinanzierten Maßnahmen zur Krisenbewältigung geeignet und erforderlich sein und in einem angemessenen Verhältnis zum Ausmaß der Krise stehen. Dies hat der Gesetzgeber nicht dargelegt. Er hat überdies nicht dargelegt, dass ein Veranlassungszusammenhang zwischen dem Neuverschuldungsbedarf und der Notsituation besteht.
- Schließlich hat der Gesetzgeber nicht begründet, weshalb er zur Überwindung der Corona-Pandemie nicht zunächst weitere Mittel aus der Allgemeinen Rücklage des Landeshaushalts eingesetzt hat.

■ Sozialversicherungen

Rentenversicherung

Die gesetzliche Rentenversicherung verbuchte im dritten Quartal ein Defizit von 1 ½ Mrd €. Verglichen mit dem Vorjahr fiel das Ergebnis gut 2 Mrd € günstiger aus. Die Gesamteinnahmen legten um 3 ½ % und damit etwas stärker als die Beitragseinnahmen (+ 3 %) zu. Die Bundes-

Defizit im dritten Quartal deutlich geringer als im Vorjahr wegen gebremster Ausgabendynamik

¹⁸ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021d), S. 16–19.

¹⁹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021d), S. 33–35.

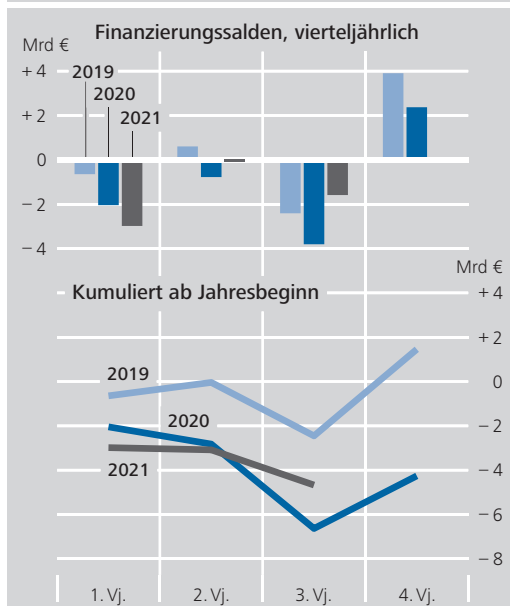
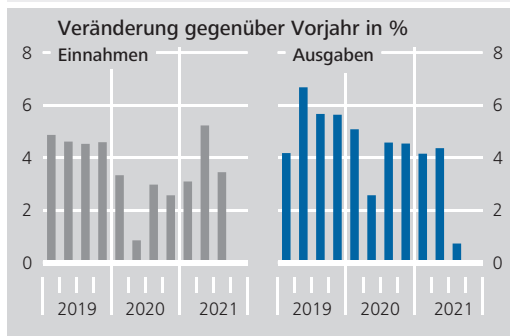
²⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2021d), S. 37–38.

²¹ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020a).

²² Vgl.: Staatsgerichtshof des Landes Hessen (2021).

²³ In Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz sind bereits weitere Gerichtsverfahren anhängig.

Finanzen der Deutschen Rentenversicherung*)



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund. * Vorläufige Vierteljahresergebnisse. Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden.

Deutsche Bundesbank

mittel stiegen um gut 4½ %, wobei 1½ Prozentpunkte auf Mittel für die Grundrente zurückgingen. Ausgabenseitig machten sich die neuen Rentenzuschläge aber noch nicht bemerkbar.²⁴ Die Ausgaben wuchsen nur schwach um gut ½ %. Ursächlich ist die sehr geringe Rentenanpassung. Diese lag bundesdurchschnittlich bei 0,2 % (Westdeutschland: 0,0 %; Ostdeutschland: 0,7 %). Auch die Zahl der Renten erhöhte sich nur moderat um ½ %.

Kumuliert über die ersten drei Quartale verzeichnete die Rentenversicherung ein Defizit von 4½ Mrd €. Im Schlussquartal ist bei den Einnahmen saisonüblich mit höheren Beitrags-

Im Gesamtjahr weitgehend ausgeglichenes Ergebnis möglich

eingängen zu rechnen. Ausgabenseitig bremst die geringe Rentenanpassung die Zuwächse deutlich. Im Gesamtjahr könnte sich damit ein weitgehend ausgeglichener Saldo ergeben (nach einem Defizit von 4 Mrd € im Vorjahr). Die freie Rücklage (Nachhaltigkeitsrücklage) läge dann noch um 32 Mrd € über dem Mindestwert von 0,2 Monatsausgaben.

Im kommenden Jahr dürfte aber wieder ein spürbares Defizit anfallen. Ausgabenseitig belasten höhere Rentenzahlungen: Zur Jahresmitte 2022 könnte die Rentenanpassung recht hoch ausfallen.²⁵ Hinzu kommen neben den laufenden umfangreiche für 2021 nachzuzahlende Grundrentenzuschläge. Auf der Einnahmenseite wachsen die Bundesmittel nur verhalten. Ursächlich ist vor allem die für die Fortschreibung maßgebliche schwache Entgeltentwicklung im Jahr 2020.

2022 wieder Defizit zu erwarten

In den kommenden Jahren erreichen zunehmend die geburtenstarken Jahrgänge ihr Rentenalter. Dann verschärft sich sukzessive der Finanzdruck für die Rentenversicherung, und die Defizite werden steigen. Um zu verhindern, dass die Rücklage dann ihr gesetzliches Minimum unterschreitet, wird der Beitragssatz sukzessive stark anzuheben sein. Laut Pressebericht-

Demografie verschärft Finanzdruck

24 Die Grundrente wurde zu Jahresbeginn 2021 neu eingeführt. Ansprüche (geschätzte Größenordnung: gut 100 Mio € monatlich) erwachsen ab Januar. Aber erst seit Juli erhalten die ersten Berechtigten die neuen Zuschläge (einschl. nachgezahlter Beträge). Es ist zu erwarten, dass die letzten Grundrenten des Jahres 2021 erst Ende des nächsten Jahres ausgezahlt werden. Der Bund geht insofern gegenüber der Rentenversicherung in Vorlage: Er zahlt die gesamten geschätzten Rentenaufschläge bereits im laufenden Jahr.

25 In die Anpassung zur Jahresmitte 2022 geht das Lohnwachstum des Jahres 2021 ein, das vom Rückgang der Kurzarbeit gestärkt wird. Hinzu dürfte eine recht starke positive nachträgliche Korrektur für Entwicklungen im Jahr 2020 kommen: Die relevanten beitragspflichtigen Entgelte sollten 2020 deutlich stärker gewachsen sein als die Löhne, an denen sich die Rentenanpassung 2021 zunächst orientierte. Dies wird nachgeholt. Die schwache Lohnentwicklung aus 2020 verursacht über den Nachhaltigkeitsfaktor auch in den Jahren 2023 und 2024 stark schwankende Rentenanpassungen. Nach derzeitigem Stand ist für Mitte 2023 erneut eine sehr hohe Anpassung angelegt (Größenordnung 5%). Im Jahr 2024 könnte dann wieder die Schutzklausel greifen, die eine negative Rentenanpassung verhindert. Die Renten dürften dann allenfalls nur wenig steigen. Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank (2020b), S. 73.

ten erwartet die noch amtierende Bundesregierung, dass der Beitragssatz im Jahr 2024 erstmals seit 2007 wieder erhöht werden wird.

Bundesagentur für Arbeit

Stark gesunkenes Quartalsdefizit

Die BA schloss das dritte Quartal mit einem deutlichen Defizit von gut 3 Mrd € im operativen Bereich ab.²⁶⁾ Im Vorjahr hatte das Defizit mit 10 Mrd € allerdings noch sehr viel höher gelegen.

Kräftiges Einnahmenplus und erheblich geringere Ausgaben vor allem wegen stark rückläufiger Kurzarbeit

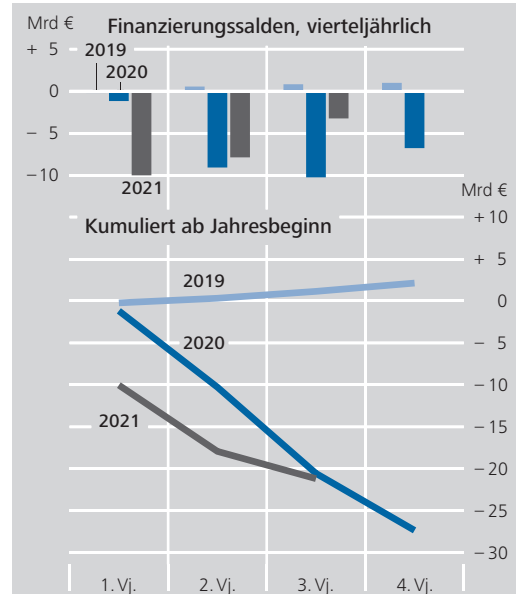
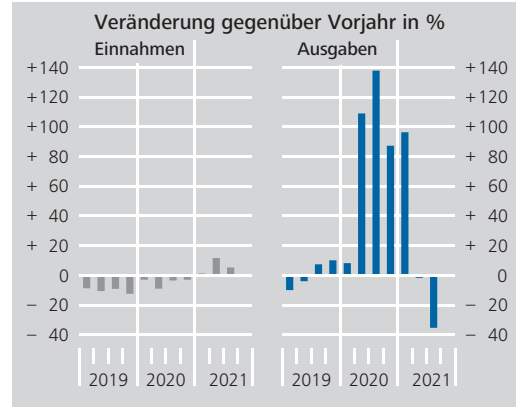
Die Einnahmen legten kräftig um fast 5 ½ % zu. Zudem sanken die Ausgaben im Vorjahresvergleich erheblich (– 35 % bzw. – 6 ½ Mrd €). Sie liegen aber immer noch etwa 50 % höher als im dritten Quartal des Vorkrisenjahres 2019. Stark gesunken sind vor allem die Zahlungen für Kurzarbeit (– 60 %): Im dritten Quartal wurden 3 ½ Mrd € ausgezahlt, nach 8 ½ Mrd € vor Jahresfrist. Im Berichtsquartal entfielen davon 1 ½ Mrd € auf Sozialbeiträge, von denen die BA die Unternehmen in der Pandemie entlastet. Mit der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt sanken auch die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld um fast 1 ½ Mrd €. Das Insolvenzgeld ging nach einer außergewöhnlichen Spitze im Vorjahresquartal ebenfalls sehr stark zurück: Obwohl Ausnahmen bezüglich der Insolvenz-Antragspflicht Ende April ausgelaufen waren, erreichte es den niedrigsten Quartalswert seit mehr als 20 Jahren.

Nochmals hohes Defizit im Gesamtjahr

Nach den ersten drei Quartalen verbucht die BA ein Defizit von 21 Mrd €. Bis zum Jahresende dürfte sich das Defizit kaum noch ändern. Zur Finanzierung sind dann Rücklagen von 6 Mrd € und ein Bundeszuschuss von 3 ½ Mrd € vorgesehen. Unterjährig deckt der Bund den verbleibenden Finanzbedarf mit einem Darlehen. Dieses dürfte zum Jahresende bei einer Größenordnung von 13 Mrd € liegen. Die Bundesdarlehen für 2020 (7 Mrd €) und 2021 sollen dann allerdings erlassen werden.

Im kommenden Jahr dürften sich die Finanzen der BA weiter kräftig erholen. Auf Basis der ge-

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit^{*)}



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. *) Bundesagentur für Arbeit im operativen Bereich einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds.
 Deutsche Bundesbank

samtwirtschaftlichen Projektion der amtierenden Bundesregierung und ohne deutlich höhere Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik ergäbe sich ein Überschuss im Haushalt der BA. Auch bei der Insolvenzgeldumlage ergäbe sich beim aktuellen Umlagesatz (0,12 %) wieder ein hoher Überschuss. Es wäre daher naheliegend, den Umlagesatz wieder auf das Vorkrisenniveau (0,06 %) zu reduzieren.

Im kommenden Jahr stark verbesserte Finanzlage

²⁶ Ohne Versorgungsfonds. Zuführungen an den Fonds stellen Ausgaben dar, die den operativen Finanzierungssaldo belasten. Bis Ende 2021 sind wegen der Coronakrise die Zuführungen ausgesetzt.

EU-Fiskalregeln: zur aktuellen Reformdiskussion

Die Europäische Kommission hatte im Februar 2020 einen Konsultationsprozess zur Reform der Fiskalregeln gestartet. Nachdem dieser wegen der Coronakrise ruhte, nahm sie ihn im Oktober 2021 wieder auf.

Derzeitige grundlegende quantitative Vorgaben gut geeignet

Eine Reform der europäischen Haushaltsregeln sollte deren wichtigstes Ziel unverändert lassen: solide Staatsfinanzen absichern. Hierzu zählt insbesondere, darauf hinzuwirken, dass hohe Schuldenquoten sinken. Die grundlegenden quantitativen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts sind dafür gut geeignet.

Für den Abbau hoher Schuldenquoten ist in den derzeitigen Regeln faktisch das mittelfristige Haushaltsziel (medium term objective, MTO) ausschlaggebend. Das MTO ist definiert als strukturell nahezu ausgeglichener Finanzierungssaldo. Konkret ist vorgegeben, dass das strukturelle Defizit bei einer Schuldenquote von mehr als 60 % nicht größer sein soll als 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und bei einer Schuldenquote unter 60 % nicht größer als 1 % des BIP. Für den Anpassungspfad zum MTO ist eine strukturelle Konsolidierung von 0,5 % des BIP pro Jahr als Richtwert vorgesehen. Dies ist keine übermäßig hohe Konsolidierung.

Erreicht ein Land das MTO oder nähert sich diesem genügend an, gilt auch seit einiger Zeit das Schuldenkriterium als erfüllt.¹⁾ Für diesen Fall ist zu erwarten, dass hohe Schuldenquoten im Zeitablauf unter den Referenzwert von 60 % sinken. Die Anpassungsphasen können dabei durchaus sehr lang sein. So würden beispielsweise fast 40 Jahre benötigt, um bei einer anfänglichen Schul-

denquote von 150 %, einem strukturellen Defizit von 0,5 % des BIP und einem nominalen BIP-Wachstum von 3 % den Referenzwert von 60 % zu erreichen.

In der Vergangenheit wurden die quantitativen Vorgaben zum strukturellen Saldo häufig verfehlt. So näherten sich vor der Coronakrise auch viele Länder mit hohen Schuldenquoten nicht ihrem MTO an, sondern entfernten sich davon. Eine zentrale Rolle spielte dabei, wie die Europäische Kommission mit Zustimmung des Rates die Regeln auslegte. Ausnahmen und Ermessensspielräume gestatteten, dass Länder ungeahndet deutlich von den grundlegenden quantitativen Vorgaben abwichen. Die Regelumsetzung war dabei kompliziert, kaum noch nachvollziehbar und nicht vorhersehbar.

Künftig sollten Regeln konkrete quantitative Ziele vorgeben, und es sollte an diesen gemessen werden, ob ein Land die Regeln einhält. Kritisch ist dagegen, wenn Fiskalgrenzen flexibel und unverbindlich sind. Der fiskalische Kurs und die Bewertung der Regeleinhaltung sollten nicht politisch ausgehandelt werden. Denn damit sehen weder die Regierungen noch die Öffentlichkeit die Regeln als einen bindenden fiskalischen Maßstab an.

¹ Insofern ist die umstrittene sog. $\frac{1}{20}$ -Regel für die Schuldenquote bisher in der praktischen Umsetzung nicht relevant. Es wäre letztlich nur dann ein „Verfahren bei einem übermäßigem Defizit“ auf Basis des Schuldenkriteriums zu starten, wenn ein Land eine Schuldenquote über 60 % aufweist und sowohl die $\frac{1}{20}$ -Regel als auch das MTO und den Anpassungspfad dahin verfehlt und Europäische Kommission und Rat keine anderen exkulperierenden Faktoren heranziehen. In diesem Verfahren sind dem Land dann Korrekturen zu empfehlen. Dazu ist als Richtwert vorgegeben, dass das strukturelle Defizit um 0,5 % des BIP pro Jahr verringert werden soll.

Ansatzpunkte für Reformen mit moderaten Eingriffen

Die Regeln könnten mit vergleichsweise moderaten Eingriffen verbessert werden. In ihren Monatsberichten vom April 2019 und Dezember 2020 hat die Bundesbank entsprechende Reformmöglichkeiten ausführlicher diskutiert.²⁾ Dabei sollen das MTO und sein Anpassungspfad sowie die Korrekturen bei übermäßigen Defiziten als zentrale Anker beibehalten werden. Deren grundlegende quantitative Vorgaben sollten hingegen künftig verbindlicher werden. Zugleich ließen sich aber innerhalb der Regeln Spielräume für eine fiskalische Stabilisierungspolitik schaffen. Auch wäre es möglich, staatliche Investitionen zu schützen. Wichtig wäre, Schulden und Defizite auf der EU-Ebene in den Regeln zu berücksichtigen. Die wesentlichen Bausteine werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt.

MTO-orientierte Ausgabenregel, um Haushaltssteuerung zu vereinfachen

In der aktuellen Reformdiskussion werden vielfach Ausgabenregeln vorgeschlagen. Deren Tauglichkeit hängt vom dahinterliegenden fiskalischen Ziel ab, das über Ausgabenobergrenzen technisch umgesetzt werden soll. Ungeeignet sind Ausgabenregeln, die auf zu wenig ambitionierten oder unkonkreten Zielen basieren. Bedenklich wäre zudem, Ausgabenobergrenzen für mehrere Jahre festzulegen. Denn Prognosen sind für ferne Jahre besonders unsicher und könnten regelmäßig zu optimistisch ausfallen. Wird aber etwa die Grunddynamik der Einnahmen überschätzt, drohen zu hohe Defizite. Und wenn Ausgabenobergrenzen im Durchschnitt mehrerer Jahre gelten, droht eine eventuell notwendige Konsolidierung auf die lange Bank geschoben zu werden.

Eher geeignet ist eine am MTO orientierte Ausgabenregel, die eine jährliche quantitative Vorgabe für den strukturellen Saldo in eine praktikablere Obergrenze für das Ausgabenwachstum umrechnet.³⁾ Haushaltspläne, aber auch deren Umsetzung wären dann an dieser ex ante festgelegten Ausgabenwachstumsrate zu messen. Ausnahmen davon sollten nur in Krisen gemacht und keine Ad-hoc-Entscheidungsspielräume zugelassen werden. Die Regeln wären einfacher, wenn nur noch an diesem einen Indikator bemessen wird, ob sie eingehalten wurden.

Kontrollkonto, um etwaige systematische Verfehlungen zu verhindern

Sinnvoll wäre, eine Ausgabenregel (oder auch anders gestaltete Regeln) mit einem Kontrollkonto zu verbinden. Auf diesem wäre positiv wie negativ zu erfassen, inwieweit trotz eines plangerechten Vollzugs die gewünschte strukturelle Position verfehlt wird (Prognosefehler) und inwieweit die Ausgabenobergrenze verfehlt wurde. Darauf müsste ein Land nicht umgehend reagieren. Positive und negative Abweichungen können sich im Zeitverlauf auch ausgleichen. Wird aber ein negativer Schwellenwert unterschritten, sollte korrigiert werden.⁴⁾

² Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019b, 2020c).

³ Für die Kalkulation des korrespondierenden maximalen Ausgabenwachstums kann nicht auf die Prognose des Produktionspotenzials verzichtet werden (alternativ könnte mit einer Filtertechnik der Trend und das Trendwachstum ermittelt werden). Einnahmenseitige Maßnahmen (wie etwa Steuersenkungen oder Steuererhöhungen) sind jeweils gegenzurechnen: Z. B. müssten also Steuersenkungen durch einen entsprechend ambitionierten Ausgabenkurs kompensiert werden.

⁴ Auch könnte auf dem Kontrollkonto erfasst und ggf. korrigiert werden, wenn sich die mit dem Konjunkturbereinigungsverfahren ermittelten Konjunkturkomponenten über den Konjunkturzyklus nicht ausgleichen. Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019b), S. 83 f.

Nationale „Rainy-Day-Funds“, um stärkere Stabilisierung zu ermöglichen

Die quantitativen Vorgaben europäischer Fiskalregeln werden mitunter als zu eng kritisiert. Oftmals werden größere Spielräume etwa für eine aktive Stabilisierungspolitik gefordert. Um auch bei stringenten Grenzen Puffer zu gewährleisten, könnten nationale „Rainy-Day-Funds“ geschaffen und nutzbar gemacht werden.⁵⁾

Die Grundidee eines solchen Fonds ist, Mittel in guten Zeiten anzusparen, um für künftige Bedarfe vorzusorgen. Die europäischen Fiskalregeln könnten in diesem Sinne erweitert werden, ohne dabei zusätzliche Verschuldung gegenüber dem Zielpfad zuzulassen. Die Regeln müssten dafür ermöglichen, Fondsguthaben anzusammeln, wenn das MTO übertroffen wird. Die so aufgebaute Reserve würde dann Spielräume eröffnen: Ein Land könnte in dem Maße sein MTO verfehlen, wie es auf Guthaben zurückgreift.

Gekappte Goldene Regel, wenn Investitionen besonders geschützt werden sollen

Es wird häufig bemängelt, dass Länder Investitionsausgaben vernachlässigten, um Defizitgrenzen einzuhalten. Dies konterkariere andere politische Ziele und stehe auch der langfristigen Tragfähigkeit entgegen. Sogenannte Goldene Regeln räumen Investitionen eine Sonderstellung ein. Sie haben Vor- und Nachteile.⁶⁾ Die Nachteile zeigten sich exemplarisch im Bundeshaushalt, als vor der heute geltenden Schuldenbremse eine Goldene Regel galt.⁷⁾

Um die mit den Nachteilen verbundenen Risiken zu begrenzen, wäre es wichtig, an den Nettoinvestitionen anzuknüpfen. Das heißt, Abschreibungen wären abzusetzen, sodass ausschließlich Nettoinvestitionen zu-

sätzliche Verschuldungsmöglichkeiten eröffnen. Ein akzeptabler pragmatischer Ansatz wäre, hierfür die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) abgebildeten staatlichen Nettoinvestitionen zu verwenden. Diese sind auch EU-weit vergleichbar.

Zudem wäre es sinnvoll, eine Obergrenze festzulegen, bis zu der Nettoinvestitionen berücksichtigt werden (gekappte Goldene Regel). Damit würden weiterhin Defizite und Schuldenquoten begrenzt und die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen abgesichert. Probleme, die mit der Definition und Messung von Nettoinvestitionen zusammenhängen, werden mit einer solchen Kappung entschärft.

Eine gekappte Goldene Regel könnte in die aktuellen MTO integriert werden. So könnte von einem Land mit einer Schuldenquote von über 60 % als Basis ein mindestens ausgeglichener struktureller Saldo verlangt werden. Nur bei entsprechend hohen Nettoinvestitionen wäre ein strukturelles Defizit von bis zu 0,5 % des BIP möglich. Dies entspräche dann dem aktuellen MTO, in dem aber ein besserer Schutz von Nettoinvestitionen integriert wäre. Auch das MTO geringer verschuldeter Länder (Schuldenquote unter 60 %) wäre so abzustufen: Deren aktuellem MTO entspräche, wenn ausgehend von einer Defizitquote von 0,5 % bei entsprechend hohen Nettoinvestitionen zusätzlich ein Defizit von 0,5 % des BIP zulässig wäre. Zudem könnten beim Anpassungspfad zum MTO sowie bei Korrekturen übermäßiger Defizite Nettoinvestitionen entsprechend berücksichtigt werden. Damit wirkte der Schutz auch im Konsolidierungsprozess.⁸⁾

5 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019b), S. 84 f.

6 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019b), S. 85 f.

7 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2005).

8 Vgl.: Deutsche Bundesbank (2019b), S. 87 ff.

Für Schuldenquoten unter dem Referenzwert von 60 % könnte erwogen werden, das MTO zu lockern. So könnte der Umfang der gekappten Nettoinvestitionen zusätzlich zur bestehenden 1%-Grenze berücksichtigt werden. Die strukturelle Defizitobergrenze insgesamt läge dann bei 1,5 % des BIP anstelle 1 % des BIP.

Europäische Defizite und Schulden in den Fiskalregeln berücksichtigen

In der Coronakrise wurden neue gemeinschaftliche Hilfen aufgesetzt. So vergibt die europäische Ebene bis 2026 über Schulden finanzierte Mittel an Mitgliedstaaten (zusätzlich zum regulären, beitragsfinanzierten EU-Haushalt). Damit wachsen auf der europäischen Ebene erhebliche Schuldenstände auf. Diese Schulden finanzieren nicht mehr nur Hilfskredite, sondern auch umfangreiche Transfers an Mitgliedstaaten. Dadurch weist die europäische Ebene erstmals nennenswerte Defizite auf.

Durch solche EU-Schulden und -Defizite fallen die nationalen Defizite und Schulden zunächst niedriger aus. Denn Ausgaben eines Mitgliedstaates werden anstatt über nationale Schulden über schuldenfinanzierte EU-Transfers finanziert. Aber trotz günstigerer nationaler Kennzahlen ist die Finanzlage der Staaten in der Summe nicht besser. Denn die europäischen Schulden sind – zusätzlich zu den nationalen Schulden – später von den Steuerzahlenden in den Mitgliedstaaten zu bedienen. Anstelle von Zins- und Tilgungszahlungen für nationale Schulden fallen höhere Beiträge oder Steuerzahlungen an den EU-Haushalt an.⁹⁾

Die bestehenden Fiskalregeln, die auf die offiziellen nationalen Haushaltskennzahlen bezogen sind, drohen dadurch ausgehöhlt zu werden. Die quantitativen Vorgaben liefern ins Leere, wenn Defizite und Schulden in

größeren Umfang schlicht auf die europäische Ebene verlagert würden. Um die Wirkung der quantitativen Grenzen zu erhalten, wäre erstens wichtig, dass die Europäische Kommission die staatlichen Defizite und Schulden der europäischen Ebene statistisch ermittelt und transparent ausweist. Zweitens sollten diese Informationen in die Fiskalregeln einfließen. Dazu wären die europäischen Schulden und Defizite den Mitgliedstaaten zuzuordnen (nicht in den offiziellen VGR, aber separat, um die ergänzten nationalen Kennzahlen bei Analysen und Fiskalregeln zu verwenden). Dafür ist ein Aufteilungsschlüssel festzulegen. Geeignet erscheint der Anteil eines Landes am EU-Bruttonationaleinkommen. Denn auch künftig dürfte sich der Finanzierungsanteil eines Landes am EU-Haushalt weitgehend hier nach bemessen.¹⁰⁾

⁹ Mit dem Gesetz zum Eigenmittelbeschluss verpflichtet sich Deutschland zu Finanzierungsbeiträgen für den Schuldendienst. Um die Kredite für Transfers zu bedienen (Zinsen und Tilgungen), wird der Bundeshaushalt planmäßig entsprechend dem deutschen Anteil am EU-Haushalt herangezogen. Dieser Anteil entspricht weitestgehend der relativen Wirtschaftsleistung. Auch wenn Schulden aus neuen EU-Steuern getilgt würden, würden letztlich die Steuerpflichtigen in den Mitgliedstaaten belastet – oder Steuerquellen der Mitgliedstaaten an die EU abgetreten. Damit würde der Finanzierungsspielraum für die nationalen Haushalte verengt.

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank (2020c), S. 44.

■ Literaturverzeichnis

Bundesministerium der Finanzen (2021), Kompendium zur Schuldenregel des Bundes (Schuldenbremse), 31. März 2021 (bundesfinanzministerium.de).

Deutsche Bundesbank (2021a), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, August 2021, S. 73–84.

Deutsche Bundesbank (2021b), Öffentliche Finanzen, Monatsbericht, Mai 2021, S. 63–81.

Deutsche Bundesbank (2021c), Bundesschulden: Bei Zinsausgaben Agien periodengerecht verbuchen, Monatsbericht, Juni 2021, S. 49–53

Deutsche Bundesbank (2021d), Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieinflüsse, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt, Monatsbericht, Oktober 2021, S. 15–42.

Deutsche Bundesbank (2020a), Zu den künftigen Anforderungen der landesspezifischen Schuldenbremsen an die Länderhaushalte, Monatsbericht, Oktober 2020, S. 104–108.

Deutsche Bundesbank (2020b), Rentenanpassungsformel reformbedürftig, Monatsbericht, November 2020, S. 73–74.

Deutsche Bundesbank (2020c), Zur Aussagekraft nationaler Fiskalkennzahlen bei Verschuldung auf der europäischen Ebene, Monatsbericht, Dezember 2020, S. 39–49.

Deutsche Bundesbank (2019a), Langfristige Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung, Monatsbericht, Oktober 2019, S. 55–82.

Deutsche Bundesbank (2019b), Europäischer Stabilitäts- und Wachstumspakt: zu einzelnen Reformoptionen, Monatsbericht, April 2019, S. 79–93.

Deutsche Bundesbank (2005), Defizitbegrenzende Haushaltsregeln und nationaler Stabilitätspakt in Deutschland, Monatsbericht, April 2005, S. 23–38.

Eurostat (2014), Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG 2010.

Staatsgerichtshof des Landes Hessen (2021), Leitsätze zum Urteil des Staatsgerichtshofes vom 27. Oktober 2021 – P.St. 2783, P.St. 2827.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze/Basiszinssätze.....	43•
2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
3. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	51•
3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten.....	60•

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	63*
13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern	63*
14. Maastricht-Verschuldung nach Arten	64*
15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten	65*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	66*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	67*
3. Auftragseingang in der Industrie	68*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	69*
5. Umsätze des Einzelhandels	69*
6. Arbeitsmarkt	70*
7. Preise	71*
8. Einkommen der privaten Haushalte	72*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	72*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	73*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen	74*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum	75*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	76*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	77*
4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland	78*
5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	78*
6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland	79*
7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank	80*
8. Auslandspositionen der Unternehmen	81*
9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	82*
10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion	82*
11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	83*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
			M3 3)	gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	% p. a. im Monatsdurchschnitt									
2020 Febr.	8,1	5,6	5,5	6,1	1,9	3,2	0,9	-0,45	-0,41	-0,0
März	10,4	7,4	7,5	7,1	3,6	4,2	0,3	-0,45	-0,42	0,1
April	11,8	8,3	8,2	8,2	4,8	4,3	0,0	-0,45	-0,25	0,3
Mai	12,5	9,1	9,0	8,8	6,1	4,9	0,2	-0,46	-0,27	0,2
Juni	12,7	9,3	9,3	9,4	6,9	4,6	-0,4	-0,46	-0,38	0,1
Juli	13,5	10,0	10,1	9,6	7,4	4,7	-0,5	-0,46	-0,44	0,0
Aug.	13,3	9,6	9,5	10,0	7,7	4,7	-0,0	-0,47	-0,48	-0,0
Sept.	13,8	10,3	10,4	10,1	8,1	4,5	-0,4	-0,47	-0,49	-0,1
Okt.	13,8	10,3	10,5	10,6	8,3	4,2	-0,5	-0,47	-0,51	-0,2
Nov.	14,5	10,8	11,0	11,3	8,6	4,4	-0,7	-0,47	-0,52	-0,2
Dez.	15,6	11,7	12,3	11,9	9,3	4,9	-0,4	-0,47	-0,54	-0,2
2021 Jan.	16,5	12,2	12,5	12,4	9,4	4,8	-0,9	-0,48	-0,55	-0,2
Febr.	16,4	12,2	12,2	11,6	9,6	4,6	-0,9	-0,48	-0,54	-0,1
März	13,7	10,2	10,0	10,5	8,6	4,0	-0,3	-0,48	-0,54	0,0
April	12,4	9,1	9,2	9,2	7,3	3,4	-0,3	-0,48	-0,54	0,1
Mai	11,6	8,3	8,5	8,6	6,3	2,9	-1,0	-0,48	-0,54	0,2
Juni	11,8	8,3	8,3	8,1	6,0	3,2	-0,6	-0,48	-0,54	0,2
Juli	11,0	7,6	7,6	7,9	5,8	3,1	-0,5	-0,48	-0,54	0,0
Aug.	11,0	7,8	7,9	7,6	5,5	2,8	-0,8	-0,48	-0,55	-0,1
Sept.	11,0	7,5	7,4	...	5,6	3,4	-0,8	-0,49	-0,55	0,1
Okt.	-0,49	-0,55	0,2

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFIs.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43*. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, SK, CY, SI (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz des Euroraums								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz		Kapitalbilanz						Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999 = 100		
2020 Febr.	+ 4 665	+ 29 696	- 8 449	+ 1 684	- 35 701	+ 9 644	+ 16 408	- 484	1,0905	96,2	90,5
März	+ 16 276	+ 38 420	+ 19 887	+ 9 187	- 117 711	- 1 522	+ 126 354	+ 3 578	1,1063	98,8	92,9
April	+ 11 381	+ 11 716	- 18 917	- 31 372	+ 152 422	+ 12 905	- 154 567	+ 1 694	1,0862	98,1	92,5
Mai	- 1 392	+ 16 602	- 11 139	- 49 799	+ 33 541	+ 8 840	- 5 383	+ 1 662	1,0902	98,3	92,5
Juni	+ 16 942	+ 27 772	+ 30 291	- 40 288	- 41 664	+ 20 438	+ 91 974	- 170	1,1255	99,7	93,8
Juli	+ 27 921	+ 35 193	+ 16 478	+ 49 125	- 29 375	- 5 833	+ 3 118	- 558	1,1463	100,4	94,4
Aug.	+ 24 890	+ 24 332	+ 53 783	+ 14 351	+ 35 481	- 15 708	+ 18 355	+ 1 304	1,1828	101,5	94,9
Sept.	+ 37 771	+ 35 078	+ 50 114	- 22 555	+ 3 082	- 9 747	+ 76 745	+ 2 589	1,1792	101,5	94,8
Okt.	+ 30 981	+ 38 953	+ 46 608	+ 41 905	+ 101 009	+ 4 317	- 103 536	+ 2 914	1,1775	101,3	94,7
Nov.	+ 27 465	+ 34 873	+ 49 261	- 37 813	+ 185 183	+ 11 041	- 106 540	- 2 610	1,1838	100,6	94,2
Dez.	+ 42 649	+ 39 010	+ 32 892	- 108 628	+ 287 644	- 29 887	- 117 987	+ 1 749	1,2170	101,8	95,1
2021 Jan.	+ 15 805	+ 21 529	+ 45 324	+ 49 270	+ 9 859	+ 12 530	- 25 402	- 934	1,2171	101,3	95,3
Febr.	+ 21 859	+ 33 450	+ 48 622	+ 39 341	+ 84 598	- 816	- 72 877	- 1 623	1,2098	100,6	94,6
März	+ 37 794	+ 37 081	+ 3 994	+ 19 226	- 6 881	- 5 306	- 2 507	- 538	1,1899	100,3	94,1
April	+ 27 084	+ 25 982	+ 6 654	+ 24 646	+ 16 629	+ 4 459	- 39 807	+ 727	1,1979	100,6	94,2
Mai	+ 10 022	+ 25 680	+ 40 307	+ 13 760	+ 70 470	- 2 108	- 43 250	+ 1 435	1,2146	100,8	94,2
Juni	+ 32 444	+ 33 438	+ 53 711	- 37 543	+ 53 472	+ 6 170	+ 26 294	+ 5 318	1,2047	100,2	93,7
Juli	+ 31 188	+ 30 982	+ 40 846	+ 33 761	- 18 302	+ 8 903	+ 16 825	- 342	1,1822	99,7	p) 93,5
Aug.	+ 17 636	+ 12 881	+ 2 183	+ 12 802	+ 25 558	- 5 902	- 152 357	+ 122 082	1,1772	99,3	p) 93,2
Sept.	1,1770	99,4	p) 93,2
Okt.	1,1601	98,4	p) 92,2

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Monatsdurchschnitte, siehe auch Tab. XII.10 und 12, S. 82* / 83*. 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Berechnung

der Bundesbank. Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	Euroraum	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	1,8	1,8	1,1	4,1	1,1	1,9	1,7	9,0	0,9	4,0
2019	1,6	2,1	1,1	4,1	1,3	1,8	1,8	4,9	0,4	2,5
2020	- 6,4	- 5,7	- 4,6	- 3,0	- 2,9	- 7,9	- 9,0	5,9	- 8,9	- 3,6
2020 2.Vj.	- 14,5	- 13,2	- 11,3	- 7,3	- 7,3	- 18,7	- 15,6	1,4	- 18,3	- 8,9
3.Vj.	- 4,0	- 3,6	- 3,6	- 2,8	- 2,9	- 3,8	- 9,4	10,8	- 5,4	- 2,4
4.Vj.	- 4,4	- 4,3	- 1,9	- 1,5	- 1,0	- 3,7	- 5,9	4,5	- 6,2	- 1,2
2021 1.Vj.	- 1,2	0,0	- 3,2	4,1	- 2,0	1,6	- 1,4	11,2	0,1	- 0,7
2.Vj.	14,2	15,1	10,3	12,9	8,2	19,2	16,4	21,6	18,0	10,8
3.Vj.	3,7	...	2,5	3,4
Industrieproduktion ²⁾										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	0,8	1,2	1,0	4,8	3,4	0,6	1,8	- 5,0	0,9	2,0
2019	- 1,3	4,8	- 4,3	6,9	1,6	0,5	- 0,7	2,8	- 1,1	0,8
2020	- 8,6	- 3,8	- 10,2	- 6,0	- 3,1	- 11,0	- 2,1	4,3	- 11,4	- 1,8
2020 2.Vj.	- 20,1	- 11,7	- 21,6	- 13,3	- 5,4	- 23,7	- 8,2	- 1,6	- 25,6	- 5,1
3.Vj.	- 6,8	- 3,5	- 10,0	- 2,2	- 4,8	- 7,9	- 2,0	- 2,2	- 5,2	- 1,8
4.Vj.	- 1,6	0,6	- 2,9	- 0,1	- 1,9	- 4,4	3,1	12,9	- 2,5	2,3
2021 1.Vj.	3,6	8,4	- 1,2	- 0,4	0,2	2,5	4,7	21,5	9,9	3,6
2.Vj.	22,4	29,8	19,2	14,4	4,6	22,3	15,6	22,5	32,0	12,6
3.Vj.	s) 6,0	21,4	p) 2,7	7,5	4,9	3,2	9,5	p) 29,6	4,4	6,3
Kapazitätsauslastung in der Industrie ³⁾										
in % der Vollausslastung										
2019	82,3	81,2	84,5	72,8	81,1	84,5	71,5	77,3	77,4	76,3
2020	74,4	75,5	77,0	67,4	76,8	73,5	70,8	68,5	53,1	71,8
2021	81,3	79,9	84,8	77,9	81,2	80,8	75,6	78,0	76,2	75,0
2020 3.Vj.	72,1	73,4	74,4	66,0	76,0	72,9	70,3	69,6	64,5	70,8
4.Vj.	76,3	75,9	79,1	69,6	75,4	76,0	73,2	72,0	71,4	72,7
2021 1.Vj.	77,5	77,4	80,4	71,6	78,1	77,1	72,5	74,5	72,8	73,1
2.Vj.	82,5	80,2	86,7	76,5	81,0	82,8	74,7	77,2	75,7	75,0
3.Vj.	83,0	81,3	87,0	78,8	82,5	82,0	77,8	79,7	78,8	75,4
4.Vj.	82,1	80,7	85,1	84,6	83,0	81,2	77,3	80,4	77,3	76,6
Standardisierte Erwerbslosenquote ⁴⁾										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
2018	8,2	6,0	3,4	5,4	7,4	8,7	19,3	5,8	10,6	7,5
2019	7,5	5,4	3,2	4,5	6,7	8,2	17,3	5,0	10,0	6,3
2020	7,8	5,6	3,8	6,8	7,8	7,8	16,3	5,6	9,2	8,1
2021 Mai	8,0	6,3	p) 3,6	6,6	8,2	8,3	15,8	6,9	p) 9,9	7,8
Juni	7,8	6,2	p) 3,5	6,5	7,7	8,0	14,8	6,3	p) 9,3	7,8
Juli	7,6	6,2	p) 3,5	6,4	7,8	8,0	14,1	5,7	p) 9,2	7,5
Aug.	7,5	6,4	p) 3,4	6,0	7,2	8,0	13,8	5,4	p) 9,3	7,1
Sept.	7,4	6,3	p) 3,4	5,9	7,7	7,7	13,3	5,2	p) 9,2	6,8
Okt.	5,2
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2018	1,8	2,3	1,9	3,4	1,2	2,1	0,8	0,7	1,2	2,6
2019	1,2	1,2	1,4	2,3	1,1	1,3	0,5	0,9	0,6	2,7
2020	0,3	0,4	s) 0,4	- 0,6	0,4	0,5	- 1,3	- 0,5	- 0,1	0,1
2021 Mai	2,0	2,5	2,4	3,2	2,3	1,8	- 1,2	1,9	1,2	2,6
Juni	1,9	2,6	2,1	3,7	1,9	1,9	0,6	1,6	1,3	2,7
Juli	2,2	1,4	s) 3,1	4,9	1,8	1,5	0,7	2,2	1,0	2,8
Aug.	3,0	4,7	s) 3,4	5,0	1,8	2,4	1,2	3,0	2,5	3,6
Sept.	3,4	3,8	s) 4,1	6,4	2,1	2,7	1,9	3,8	2,9	4,7
Okt.	4,1	5,4	s) 4,6	6,8	2,8	3,2	2,8	5,1	3,2	6,0
Staatlicher Finanzierungssaldo ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2018	- 0,4	- 0,8	1,9	- 0,6	- 0,9	- 2,3	0,9	0,1	- 2,2	- 0,8
2019	- 0,6	- 1,9	1,5	0,1	- 0,9	- 3,1	1,1	0,5	- 1,5	- 0,6
2020	- 7,2	- 9,1	- 4,3	- 5,6	- 5,5	- 9,1	- 10,1	- 4,9	- 9,6	- 4,5
Staatliche Verschuldung ⁶⁾										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
2018	85,5	99,9	61,3	8,2	59,8	97,8	186,4	63,1	134,4	37,1
2019	83,6	97,7	58,9	8,6	59,5	97,5	180,7	57,2	134,3	36,7
2020	97,3	112,8	68,7	19,0	69,5	115,0	206,3	58,4	155,6	43,2

Quellen: Eurostat, Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Presse-

meldungen und sind vorläufig. 1 Euroraum: Quartalsangaben saison- und kalenderbereinigt. 2 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie: arbeitstäglich bereinigt.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für den Euroraum

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakei	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt 1)										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
4,0	2,0	6,1	2,4	2,5	2,9	3,8	4,4	2,3	5,7	2018
4,6	3,3	5,7	2,0	1,5	2,7	2,6	3,3	2,1	5,3	2019
- 0,1	- 1,8	- 8,3	- 3,8	- 6,7	- 8,4	- 4,4	- 4,2	- 10,8	- 5,2	2020
- 4,5	- 7,7	- 15,0	- 9,2	- 13,5	- 18,1	- 10,6	- 11,0	- 21,5	- 12,3	2020 2.Vj.
0,9	- 0,2	- 11,0	- 2,6	- 4,4	- 6,6	- 2,0	- 1,4	- 8,6	- 4,8	3.Vj.
0,3	0,8	- 8,0	- 2,9	- 5,7	- 6,4	- 1,8	- 3,1	- 8,8	- 4,0	4.Vj.
1,6	5,2	- 1,3	- 2,4	- 5,1	- 5,7	0,2	1,7	- 4,6	- 2,3	2021 1.Vj.
8,3	11,8	13,4	10,4	12,8	16,5	9,6	16,3	17,6	13,1	2.Vj.
4,8	5,0	1,3	...	2,6	...	3.Vj.
Industrieproduktion 2)										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
5,2	- 1,1	1,5	0,6	4,9	0,1	4,4	5,4	0,4	6,9	2018
3,4	- 3,1	1,1	- 0,9	0,0	- 2,2	0,5	2,8	0,5	4,0	2019
- 2,4	- 10,7	- 0,2	- 3,9	- 6,3	- 7,3	- 9,1	- 6,3	- 9,8	- 7,2	2020
- 7,5	- 22,3	- 7,3	- 8,2	- 16,8	- 24,5	- 28,1	- 17,4	- 24,6	- 19,9	2020 2.Vj.
- 0,3	- 7,8	- 2,9	- 4,7	- 3,3	- 1,4	- 1,5	- 3,6	- 5,2	- 4,8	3.Vj.
0,6	- 2,0	- 0,9	- 1,9	0,6	- 2,0	1,8	- 1,0	- 2,0	- 1,7	4.Vj.
12,4	4,6	- 8,4	- 0,6	4,2	- 0,6	6,6	3,9	2,7	1,0	2021 1.Vj.
23,7	23,0	14,2	10,1	24,7	24,3	35,9	25,4	27,2	21,0	2.Vj.
16,6	p)	2,8	p)	7,2	p)	9,2	- 3,9	0,8	p)	3.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie 3)										
in % der Vollausslastung										
77,3	79,8	77,3	84,2	86,6	78,7	87,7	84,4	80,3	63,8	2019
72,9	72,2	70,4	78,2	79,2	75,5	79,3	78,2	74,3	51,7	2020
76,5	81,9	76,8	82,1	86,9	79,8	82,1	84,5	77,6	50,6	2021
71,9	76,3	68,0	76,3	77,2	71,9	78,3	76,1	71,5	49,2	2020 3.Vj.
73,4	75,3	73,5	78,0	80,8	77,8	79,7	81,6	74,8	46,7	4.Vj.
72,4	75,6	73,7	79,2	82,2	78,4	81,4	80,9	75,7	48,6	2021 1.Vj.
77,0	88,2	81,1	82,2	87,1	80,7	83,2	85,8	78,1	49,5	2.Vj.
78,0	82,1	78,3	83,6	89,7	79,1	82,7	86,6	77,6	49,4	3.Vj.
78,4	81,8	74,1	83,3	88,5	81,0	80,9	84,6	78,9	54,9	4.Vj.
Standardisierte Erwerbslosenquote 4)										
in % der zivilen Erwerbspersonen										
6,2	5,6	3,7	3,9	4,9	7,1	6,6	5,1	15,3	8,4	2018
6,3	5,6	3,6	3,4	4,5	6,5	5,8	4,5	14,1	7,1	2019
8,6	6,8	4,4	3,9	5,4	6,9	6,7	5,0	15,5	7,6	2020
7,7	6,0	3,4	3,3	p)	6,7	7,0	4,5	15,4	10,4	2021 Mai
7,8	5,8	3,4	3,2	p)	6,2	6,8	4,2	15,3	8,1	Juni
7,5	5,6	3,3	3,1	p)	6,1	6,6	4,0	15,0	5,1	Juli
7,2	5,5	3,3	3,2	p)	5,9	6,3	3,9	14,8	4,4	Aug.
6,7	5,4	3,2	3,1	p)	5,2	6,4	3,9	14,6	3,6	Sept.
...	Okt.
Harmonisierter Verbraucherpreisindex										
Veränderung gegenüber Vorjahr in %										
2,5	2,0	1,7	1,6	2,1	1,2	2,5	1,9	1,7	0,8	2018
2,2	1,6	1,5	2,7	1,5	0,3	2,8	1,7	0,8	0,5	2019
1,1	0,0	0,8	1,1	1,4	- 0,1	2,0	- 0,3	- 0,3	- 1,1	2020
3,5	4,0	0,2	2,0	3,0	0,5	2,0	2,2	2,4	1,5	2021 Mai
3,5	3,4	0,2	1,7	2,8	- 0,6	2,5	1,7	2,5	2,2	Juni
4,3	3,3	0,3	1,4	2,8	1,1	2,9	2,0	2,9	2,7	Juli
5,0	3,5	0,4	2,7	3,2	1,3	3,3	2,1	3,3	3,3	Aug.
6,4	4,0	0,7	3,0	3,3	1,3	4,0	2,7	4,0	3,6	Sept.
8,2	5,3	1,4	3,7	3,7	1,8	4,4	3,5	5,4	4,4	Okt.
Staatlicher Finanzierungssaldo 6)										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
0,5	3,0	1,9	1,4	0,2	- 0,3	- 1,0	0,7	- 2,5	- 3,5	2018
0,5	2,3	0,5	1,7	0,6	0,1	- 1,3	0,4	- 2,9	1,3	2019
- 7,2	- 3,5	- 9,7	- 4,2	- 8,3	- 5,8	- 5,5	- 7,7	- 11,0	- 5,7	2020
Staatliche Verschuldung 6)										
in % des Bruttoinlandsprodukts										
33,7	20,8	43,6	52,4	74,0	121,5	49,6	70,3	97,5	98,4	2018
35,9	22,3	40,7	48,5	70,6	116,6	48,1	65,6	95,5	91,1	2019
46,6	24,8	53,4	54,3	83,2	135,2	59,7	79,8	120,0	115,3	2020

3 Verarbeitendes Gewerbe: Quartalsangaben saisonbereinigt. Datenerhebung zu Beginn des Quartals. 4 Monatsangaben saisonbereinigt. 5 Beeinflusst durch eine

befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 6 Abgrenzung gemäß Maastricht-Vertrag.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang ¹⁾ a) Euroraum ¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibun-gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück-lagen ³⁾
		zusammen	darunter Wert-papiere	zusammen	darunter Wert-papiere								
2020 Febr.	60,7	50,0	20,1	10,7	22,1	42,1	93,3	51,2	- 2,6	- 3,0	- 0,7	- 3,3	4,4
März	322,7	180,6	- 21,1	142,1	127,8	- 4,9	101,6	106,5	- 32,2	1,3	- 1,0	- 42,9	10,5
April	293,3	101,3	54,4	192,0	180,9	- 100,0	14,6	114,6	- 34,2	- 9,4	- 1,1	- 4,1	- 19,7
Mai	293,8	121,4	32,2	172,4	177,1	8,8	- 42,3	- 51,2	21,3	5,5	- 0,8	- 0,8	17,4
Juni	137,5	- 14,7	16,3	152,2	160,5	68,1	- 146,0	- 214,1	- 0,7	- 6,2	- 1,2	- 8,4	15,1
Juli	155,6	72,5	25,4	83,1	82,5	- 35,2	89,5	124,7	0,3	1,5	- 0,1	- 7,1	6,1
Aug.	84,4	25,7	17,3	58,7	66,7	1,4	- 18,2	- 19,6	13,2	9,6	- 0,4	- 11,5	15,5
Sept.	83,8	- 3,1	- 3,2	86,9	86,1	47,0	- 25,7	- 72,6	10,6	- 11,0	- 0,2	19,4	2,5
Okt.	69,7	30,4	- 5,3	39,3	33,3	- 22,8	91,2	114,1	- 17,0	- 4,3	- 0,4	- 29,4	17,2
Nov.	117,6	73,0	29,3	44,6	45,3	- 31,6	90,9	122,5	4,7	13,2	- 0,5	- 10,7	2,7
Dez.	- 3,7	- 1,2	29,9	- 2,6	6,2	- 47,8	- 195,1	- 147,3	10,3	- 5,5	- 0,5	- 13,1	29,5
2021 Jan.	133,9	30,8	4,9	103,2	94,1	20,9	159,5	138,7	- 37,5	- 9,2	0,1	- 17,3	- 11,1
Febr.	99,9	33,9	9,1	66,0	72,7	- 14,6	28,8	43,3	- 1,4	- 5,7	- 0,5	- 2,5	7,3
März	175,9	100,6	8,5	75,3	74,0	- 6,5	- 7,0	- 0,5	12,0	- 9,0	- 0,3	1,1	20,3
April	55,9	13,3	8,6	42,6	29,0	- 10,9	104,9	115,8	- 36,6	- 23,9	- 0,1	- 7,2	- 5,4
Mai	124,8	48,3	15,2	76,5	77,4	3,7	25,2	21,5	- 23,4	- 1,2	- 0,2	- 15,0	- 6,9
Juni	94,4	37,4	0,9	57,1	58,0	8,6	- 75,2	- 83,8	26,6	- 6,1	- 0,4	- 4,4	37,6
Juli	114,0	56,6	8,2	57,4	51,3	- 7,5	75,7	83,1	3,6	- 4,9	- 0,6	9,1	- 0,1
Aug.	34,3	- 17,4	- 7,8	51,7	60,9	- 4,6	140,5	145,1	- 7,5	- 7,5	- 0,4	- 7,1	7,5
Sept.	106,6	73,4	4,9	33,2	42,0	- 50,8	- 56,4	- 5,6	13,5	- 4,6	- 0,4	8,2	10,4

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forde-rungen an das Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Verbind-lichkeiten gegen-über dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	insgesamt	Einlagen mit verein-barer Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit verein-barer Kündi-gungsfrist von mehr als 3 Mo-naten	Schuldver-schreibun-gen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rück-lagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wert-papiere	zusammen	darunter: Wert-papiere								
2020 Febr.	24,5	25,4	4,3	0,9	1,2	- 4,3	14,1	18,4	- 4,6	- 1,2	- 0,6	4,8	- 7,6
März	47,3	31,4	- 6,1	15,9	14,3	- 34,3	18,5	52,8	- 8,3	- 3,7	- 0,7	- 8,2	4,3
April	33,0	16,0	1,3	16,9	14,8	- 28,8	8,9	37,6	- 23,8	- 5,1	- 0,8	- 2,1	- 15,8
Mai	58,3	27,1	10,0	31,2	32,7	11,7	- 22,1	- 33,8	2,3	- 1,5	- 0,4	- 1,2	5,4
Juni	26,4	2,6	3,5	23,7	25,9	- 45,6	- 20,9	24,7	- 7,9	- 7,1	- 1,0	- 7,9	8,1
Juli	25,9	13,8	0,3	12,2	10,3	9,4	- 9,7	- 19,1	- 3,0	- 6,9	- 0,6	1,2	3,3
Aug.	9,3	7,5	1,9	1,8	7,9	5,6	- 8,1	- 13,7	- 5,2	- 2,2	- 0,4	- 4,4	1,8
Sept.	22,6	4,6	1,3	18,1	15,8	- 34,8	22,9	57,8	10,4	- 3,4	- 0,4	5,1	9,1
Okt.	48,7	22,1	6,6	26,7	23,9	30,1	- 16,6	- 46,8	- 2,0	- 0,5	- 0,4	- 4,5	3,4
Nov.	44,0	19,6	4,5	24,5	26,0	- 15,1	7,4	22,5	0,6	- 1,5	- 0,4	0,2	2,3
Dez.	- 0,9	7,5	3,6	- 8,4	- 4,6	- 107,2	- 35,1	72,1	- 7,5	- 1,3	- 0,3	- 7,1	1,2
2021 Jan.	30,1	12,1	3,1	18,1	18,1	41,7	79,7	38,0	- 11,4	- 2,9	- 0,6	- 1,6	- 6,4
Febr.	29,8	18,8	4,6	11,1	13,4	26,3	7,0	- 19,3	0,8	- 1,8	- 0,3	4,3	- 1,4
März	54,1	35,8	1,8	18,3	19,5	- 61,9	1,9	63,9	3,5	- 3,5	- 0,3	7,1	0,2
April	11,4	0,5	2,4	10,8	7,0	67,3	25,3	- 42,0	9,3	- 2,4	- 0,3	6,4	5,6
Mai	33,4	16,8	3,2	16,6	18,9	- 35,0	- 10,9	24,1	- 10,3	- 2,8	- 0,1	- 7,3	0,0
Juni	30,0	8,7	2,4	21,4	22,3	- 36,1	- 5,3	30,8	3,2	- 3,4	- 0,2	- 7,3	14,1
Juli	42,9	22,4	2,2	20,4	18,4	42,8	- 14,6	- 57,4	5,1	- 1,8	- 0,3	4,3	2,8
Aug.	28,5	16,6	1,6	11,9	15,7	- 18,0	18,2	36,2	2,0	- 0,5	- 0,2	0,9	1,9
Sept.	33,1	16,7	5,4	16,4	16,4	- 94,8	- 2,1	92,7	4,5	- 2,5	- 0,2	2,4	4,8

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die "Hinweise zu den Zahlenwerten" in den methodischen Erläuterungen zur Statistischen Fachreihe Bankenstatistik. 1 Quelle: EZB. 2 Abzüglich Bestand der MFIs. 3 Nach Abzug der Inter-MFI-Beteiligungen. 4 Einschl.

Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. 5 Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). 6 In Deutschland nur Spareinlagen. 7 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. 8 Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere. 9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

a) Euroraum

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit	
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)		Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)
				Geldmenge M1			Bargeldumlauf	täglich fällige Einlagen 5)	zusammen						
				zusammen	zusammen	zusammen									
43,7	- 34,1	0,0	95,8	82,6	84,1	5,2	79,0	- 1,2	- 0,3	19,7	- 4,7	4,9	2020 Febr.		
4,7	- 4,6	0,0	349,7	321,2	300,5	23,8	276,8	16,2	4,5	30,0	- 18,4	22,8	März		
72,1	- 17,1	0,0	172,5	174,9	175,2	20,4	154,8	- 15,0	14,7	- 4,6	23,1	- 16,9	April		
100,9	- 37,1	0,0	217,5	226,3	189,5	20,1	169,5	16,8	19,9	9,6	- 0,4	- 9,1	Mai		
123,4	1,0	0,0	81,9	79,0	88,5	13,1	75,4	- 20,5	10,9	- 42,7	14,4	- 6,1	Juni		
- 4,8	- 59,3	0,0	184,1	149,5	123,6	14,3	109,3	20,1	5,8	18,1	29,9	- 10,2	Juli		
40,7	13,9	0,0	18,1	35,3	44,8	5,9	38,9	- 18,6	9,1	- 4,8	- 0,1	- 4,3	Aug.		
20,2	11,5	0,0	88,5	82,3	63,7	3,5	60,1	16,7	1,9	- 29,5	8,2	- 3,0	Sept.		
- 17,2	- 31,2	0,0	112,1	85,9	101,4	7,8	93,7	- 17,9	2,5	5,3	14,3	15,5	Okt.		
- 98,4	51,3	0,0	128,4	125,2	151,7	11,8	139,9	- 34,5	8,1	- 0,7	0,7	2,5	Nov.		
- 128,4	- 69,8	0,0	136,4	128,3	117,1	20,8	96,2	10,6	0,6	- 24,7	20,1	- 5,4	Dez.		
78,3	60,8	0,0	53,2	32,3	44,5	2,6	41,9	- 30,6	18,4	30,0	3,5	4,7	2021 Jan.		
30,4	3,3	0,0	53,0	65,4	71,8	7,3	64,5	- 18,0	11,6	2,8	- 30,4	13,2	Febr.		
19,6	55,0	0,0	82,8	101,6	82,6	10,5	72,2	7,3	11,7	- 18,6	- 4,8	- 13,6	März		
- 32,3	19,3	0,0	94,5	68,9	88,7	8,5	80,2	- 27,9	8,1	15,3	9,1	6,8	April		
- 8,5	49,3	0,0	111,0	115,8	116,9	13,2	103,7	- 11,7	10,7	- 4,1	- 8,9	8,8	Mai		
16,8	- 13,9	0,0	73,5	88,1	119,7	10,5	109,2	- 33,9	2,3	- 10,8	- 9,1	- 4,4	Juni		
0,4	- 45,9	0,0	148,5	113,5	103,1	14,6	88,4	10,7	- 0,3	17,4	21,9	5,4	Juli		
26,6	- 18,0	0,0	28,6	33,3	32,1	1,7	30,4	- 2,4	3,6	- 12,4	5,6	- 6,0	Aug.		
6,2	6,8	0,0	29,3	53,0	67,7	5,4	62,4	- 15,1	0,4	12,6	- 25,9	3,2	Sept.		

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse			VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Bargeldumlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	zusammen	zusammen					
													zusammen	
24,4	- 14,0	4,9	0,1	14,5	17,7	- 1,2	- 1,7	- 0,6	0,1	- 2,2	2020 Febr.			
7,5	- 71,9	12,2	0,9	85,7	93,3	0,4	3,4	0,3	0,4	3,8	März			
17,9	8,6	3,2	4,3	1,5	9,9	- 8,1	0,1	1,7	- 0,1	1,9	April			
28,6	- 9,3	0,3	5,3	48,4	43,4	6,2	0,3	- 1,0	- 0,1	0,4	Mai			
57,8	- 69,3	- 0,4	4,7	0,1	9,9	- 7,7	- 0,1	- 1,6	- 0,2	0,3	Juni			
14,2	- 11,1	2,4	3,9	35,2	27,4	8,6	- 1,1	1,3	- 0,2	0,8	Juli			
21,0	- 14,2	3,8	0,9	13,3	18,6	- 4,9	0,2	- 0,4	0,3	0,3	Aug.			
15,3	- 58,3	2,7	0,6	20,4	26,2	- 5,2	- 0,1	0,4	0,2	0,2	Sept.			
- 20,0	70,5	2,4	1,7	30,3	30,6	- 0,1	- 0,0	0,2	0,6	1,0	Okt.			
- 12,7	3,6	1,3	3,0	37,4	49,3	- 14,3	0,3	3,3	- 0,3	0,9	Nov.			
- 22,9	- 73,4	2,4	5,6	- 4,3	- 5,8	- 1,7	1,3	3,1	0,1	1,3	Dez.			
- 40,3	95,7	1,1	0,9	27,8	45,9	- 14,8	1,6	- 3,8	- 0,0	1,1	2021 Jan.			
15,4	29,1	2,3	1,5	10,8	20,3	- 8,5	1,2	- 2,4	- 0,0	0,3	Febr.			
- 2,3	- 38,0	2,5	2,7	29,1	24,3	- 0,6	0,1	5,0	0,5	0,1	März			
- 7,4	71,2	0,7	2,6	5,5	13,9	- 5,2	0,7	- 3,4	- 0,1	0,4	April			
18,8	- 44,9	3,0	2,9	34,8	27,8	2,8	0,6	1,7	- 0,1	2,0	Mai			
6,0	- 14,0	3,1	2,3	- 1,2	7,1	- 8,0	- 0,4	- 0,2	0,1	0,3	Juni			
- 12,0	75,2	4,2	3,7	17,4	21,2	- 4,1	- 0,3	0,6	- 0,1	0,1	Juli			
0,7	- 13,2	2,9	0,2	21,0	20,4	- 1,6	- 0,3	0,1	0,0	2,3	Aug.			
7,1	- 79,2	4,6	0,8	5,9	7,1	- 1,9	- 0,6	1,5	- 0,0	0,1	Sept.			

DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Euro-systems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten

Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Monatsende	Aktiva											
	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	sonstige Aktivpositionen
	Aktiva / Passiva insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen					öffentliche Haushalte					
insgesamt		zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 2)	Aktien und sonstige Dividendenwerte	zusammen	Buchkredite	Schuldverschreibungen 3)				
Euroraum (Mrd €) 1)												
2019 Aug.	29 374,0	18 658,9	13 961,4	11 612,7	1 549,4	799,3	4 697,5	1 003,1	3 694,4	6 311,5	4 403,6	
Sept.	29 193,7	18 651,6	13 971,2	11 595,9	1 566,6	808,7	4 680,4	996,7	3 683,7	6 300,3	4 241,8	
Okt.	28 965,9	18 689,2	14 042,6	11 660,4	1 550,6	831,6	4 646,7	1 002,4	3 644,3	6 259,5	4 017,2	
Nov.	29 017,5	18 729,4	14 099,5	11 684,5	1 569,3	845,7	4 629,9	998,5	3 631,4	6 270,8	4 017,3	
Dez.	28 326,0	18 591,5	14 008,6	11 617,0	1 543,9	847,8	4 582,9	981,0	3 601,9	5 930,7	3 803,7	
2020 Jan.	29 019,0	18 722,5	14 062,6	11 668,8	1 542,8	851,0	4 659,9	1 003,4	3 656,5	6 302,2	3 994,3	
Febr.	29 486,8	18 766,9	14 101,4	11 697,3	1 562,7	841,4	4 665,5	992,3	3 673,3	6 414,9	4 305,1	
März	30 021,0	19 013,2	14 239,0	11 884,9	1 556,9	797,2	4 774,1	1 006,7	3 767,4	6 486,8	4 521,1	
April	30 449,7	19 308,0	14 348,5	11 933,4	1 612,6	802,5	4 959,5	1 018,1	3 941,4	6 585,0	4 556,7	
Mai	30 500,6	19 609,7	14 468,3	12 020,6	1 644,9	802,8	5 141,4	1 013,8	4 127,7	6 465,5	4 425,4	
Juni	30 406,6	19 761,1	14 451,1	11 982,0	1 653,0	816,1	5 310,0	1 005,3	4 304,7	6 298,0	4 347,5	
Juli	30 599,0	19 912,0	14 334,0	12 013,7	1 505,9	814,4	5 578,0	1 006,0	4 572,1	6 291,5	4 395,5	
Aug.	30 435,3	19 984,9	14 355,0	12 019,1	1 524,9	811,0	5 629,9	997,8	4 632,1	6 242,1	4 208,3	
Sept.	30 523,7	20 084,3	14 349,1	12 019,2	1 520,0	809,9	5 735,2	998,7	4 736,5	6 239,3	4 200,1	
Okt.	30 691,3	20 161,6	14 375,7	12 054,8	1 519,6	801,3	5 785,9	1 004,2	4 781,7	6 342,4	4 187,3	
Nov.	30 752,9	20 291,3	14 456,9	12 090,4	1 541,5	825,0	5 834,4	1 003,4	4 831,0	6 334,9	4 126,7	
Dez.	30 441,6	20 265,3	14 437,5	12 042,9	1 531,4	863,2	5 827,8	990,2	4 837,6	6 112,1	4 064,1	
2021 Jan.	30 644,4	20 387,7	14 466,0	12 067,8	1 535,6	862,6	5 921,6	999,4	4 922,2	6 300,2	3 956,5	
Febr.	30 546,9	20 463,5	14 500,4	12 090,1	1 541,1	869,2	5 963,1	992,4	4 970,7	6 301,0	3 782,4	
März	30 827,3	20 653,5	14 576,6	12 185,2	1 512,4	879,0	6 076,9	993,3	5 083,6	6 360,7	3 813,1	
April	30 753,7	20 667,0	14 566,4	12 169,2	1 509,5	887,7	6 100,6	1 007,2	5 093,4	6 396,7	3 690,0	
Mai	30 891,8	20 787,9	14 612,5	12 198,6	1 521,4	892,6	6 175,4	1 006,2	5 169,2	6 435,2	3 668,6	
Juni	30 991,6	20 890,3	14 652,8	12 234,6	1 529,9	888,2	6 237,6	1 005,2	5 232,4	6 400,4	3 700,8	
Juli	31 310,5	21 028,6	14 707,9	12 277,6	1 543,5	886,8	6 320,7	1 011,3	5 309,4	6 502,2	3 779,8	
Aug.	31 430,9	21 047,1	14 683,7	12 260,1	1 533,4	890,3	6 363,4	1 002,3	5 361,1	6 651,1	3 732,7	
Sept.	31 465,8	21 133,9	14 756,8	12 329,4	1 536,1	891,2	6 377,2	993,6	5 383,6	6 619,0	3 712,8	
Deutscher Beitrag (Mrd €)												
2019 Aug.	6 973,5	4 478,6	3 501,8	3 044,3	196,5	261,0	976,8	293,5	683,3	1 330,9	1 163,9	
Sept.	6 872,6	4 462,9	3 497,0	3 040,4	196,0	260,5	965,9	288,3	677,6	1 311,9	1 097,8	
Okt.	6 769,9	4 466,0	3 506,4	3 049,0	195,9	261,4	959,5	291,6	667,9	1 303,7	1 000,3	
Nov.	6 785,4	4 490,1	3 527,4	3 064,8	199,7	262,9	962,6	292,6	670,0	1 289,6	1 005,8	
Dez.	6 716,1	4 480,4	3 527,3	3 064,0	197,9	265,4	953,1	288,5	664,6	1 236,4	999,3	
2020 Jan.	6 847,7	4 503,3	3 537,5	3 071,5	198,2	267,8	965,8	292,8	673,0	1 290,1	1 054,4	
Febr.	7 028,5	4 531,0	3 562,2	3 092,6	203,2	266,4	968,8	290,8	678,0	1 306,1	1 191,4	
März	7 148,1	4 567,1	3 589,0	3 128,9	202,1	258,0	978,1	292,4	685,7	1 321,3	1 259,6	
April	7 258,0	4 605,2	3 606,5	3 143,8	206,5	256,1	998,7	294,8	703,9	1 346,6	1 306,2	
Mai	7 230,4	4 666,4	3 640,1	3 167,2	215,9	257,1	1 026,2	293,8	732,5	1 326,0	1 238,1	
Juni	7 225,3	4 692,6	3 641,6	3 164,7	220,4	256,6	1 051,0	291,5	759,6	1 304,2	1 228,5	
Juli	7 267,6	4 718,8	3 634,9	3 175,5	202,7	256,7	1 083,9	293,4	790,5	1 282,9	1 265,8	
Aug.	7 167,3	4 723,0	3 642,2	3 180,7	202,9	258,6	1 080,8	287,4	793,3	1 268,8	1 175,5	
Sept.	7 236,4	4 749,2	3 647,1	3 184,0	204,9	258,1	1 102,1	289,7	812,4	1 293,8	1 193,4	
Okt.	7 257,1	4 801,4	3 670,3	3 200,4	210,7	259,3	1 131,1	292,0	839,1	1 278,8	1 176,8	
Nov.	7 240,5	4 841,7	3 688,6	3 213,7	214,3	260,6	1 153,1	290,2	862,9	1 261,9	1 136,9	
Dez.	7 172,5	4 839,4	3 695,5	3 216,4	214,7	264,5	1 143,9	286,4	857,4	1 224,1	1 109,1	
2021 Jan.	7 220,7	4 865,5	3 705,9	3 224,4	216,4	265,1	1 159,6	286,5	873,1	1 307,6	1 047,6	
Febr.	7 182,0	4 885,0	3 724,3	3 238,8	217,4	268,1	1 160,7	283,8	877,0	1 305,0	991,9	
März	7 233,5	4 939,8	3 761,1	3 273,4	217,3	270,4	1 178,7	282,6	896,1	1 315,4	978,3	
April	7 228,4	4 946,1	3 760,5	3 270,3	217,6	272,6	1 185,6	285,7	899,9	1 333,6	948,6	
Mai	7 228,0	4 977,5	3 777,2	3 283,3	219,5	274,4	1 200,3	283,4	916,9	1 329,8	920,7	
Juni	7 277,1	5 009,8	3 786,4	3 290,4	220,8	275,2	1 223,4	282,3	941,1	1 325,1	942,1	
Juli	7 362,7	5 062,4	3 808,5	3 310,2	221,9	276,4	1 253,9	284,4	969,5	1 317,4	982,9	
Aug.	7 395,2	5 087,3	3 824,6	3 325,1	221,4	278,1	1 262,8	280,8	982,0	1 336,0	971,9	
Sept.	7 402,4	5 111,3	3 841,2	3 336,9	224,7	279,7	1 270,1	280,7	989,4	1 336,7	954,3	

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosystem).
 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unternehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel

und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der Bundesbank entsprechend dem vom

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Passiva											Stand am Monatsende
Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
Bargeld- umlauf 4)	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen								
			zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)			
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Euroraum (Mrd €) 1)											
1 202,0	13 283,3	12 388,8	12 438,4	7 226,4	782,5	201,0	1 860,5	2 314,5	53,4	2019 Aug.	
1 205,4	13 298,4	12 383,2	12 446,2	7 221,7	769,3	200,8	1 886,9	2 314,4	53,0	Sept.	
1 208,2	13 292,6	12 422,6	12 487,1	7 283,5	758,7	201,3	1 883,2	2 311,1	49,4	Okt.	
1 215,1	13 389,0	12 520,8	12 572,5	7 386,6	740,9	200,6	1 885,5	2 310,4	48,6	Nov.	
1 231,5	13 311,4	12 508,3	12 583,4	7 391,7	738,4	200,1	1 892,8	2 314,1	46,2	Dez.	
1 224,1	13 359,6	12 460,6	12 555,5	7 362,8	734,5	200,1	1 891,0	2 322,3	44,7	2020 Jan.	
1 229,3	13 477,0	12 528,5	12 615,6	7 430,6	731,6	198,6	1 888,7	2 322,0	44,1	Febr.	
1 253,1	13 775,3	12 782,4	12 903,7	7 698,1	759,4	192,1	1 883,4	2 327,6	43,1	März	
1 273,5	13 996,0	12 953,0	13 065,1	7 852,4	762,3	188,2	1 876,7	2 343,4	42,1	April	
1 293,5	14 302,8	13 164,0	13 264,9	8 009,7	779,7	188,4	1 881,9	2 363,7	41,4	Mai	
1 306,6	14 478,4	13 208,9	13 310,8	8 066,5	763,6	186,8	1 877,8	2 375,5	40,6	Juni	
1 320,9	14 593,1	13 276,6	13 363,7	8 090,1	783,2	186,3	1 882,5	2 381,1	40,4	Juli	
1 326,8	14 668,3	13 304,3	13 391,2	8 117,1	767,8	184,4	1 892,0	2 390,0	40,0	Aug.	
1 330,3	14 758,7	13 361,0	13 467,6	8 175,8	781,0	195,4	1 883,6	2 392,0	39,8	Sept.	
1 338,1	14 815,0	13 431,7	13 545,6	8 266,7	782,6	181,9	1 880,4	2 394,6	39,4	Okt.	
1 349,9	14 813,3	13 527,2	13 621,6	8 358,3	756,5	179,6	1 885,7	2 402,5	39,0	Nov.	
1 370,7	14 772,9	13 620,6	13 728,8	8 459,6	772,0	176,9	1 877,6	2 404,2	38,5	Dez.	
1 373,3	14 873,9	13 631,3	13 752,9	8 505,4	743,9	173,8	1 870,6	2 421,0	38,1	2021 Jan.	
1 380,6	14 957,9	13 678,6	13 807,9	8 569,5	733,7	169,3	1 865,1	2 432,5	37,7	Febr.	
1 391,1	15 076,4	13 757,0	13 913,8	8 654,9	753,5	164,3	1 858,8	2 444,8	37,4	März	
1 399,6	15 060,8	13 775,2	13 935,9	8 726,8	731,8	159,5	1 827,5	2 453,0	37,3	April	
1 412,8	15 147,4	13 870,8	14 018,1	8 811,1	724,4	155,6	1 826,2	2 463,6	37,1	Mai	
1 423,2	15 241,8	13 943,4	14 091,4	8 917,7	698,2	150,5	1 822,0	2 466,2	36,8	Juni	
1 437,6	15 335,3	14 017,2	14 185,6	9 006,6	706,0	153,7	1 816,9	2 466,2	36,3	Juli	
1 439,2	15 386,1	14 039,0	14 196,5	9 029,7	707,5	151,4	1 809,7	2 462,4	35,9	Aug.	
1 444,6	15 441,7	14 075,0	14 238,0	9 089,9	702,7	140,6	1 806,4	2 462,9	35,6	Sept.	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
276,6	3 849,7	3 730,3	3 550,9	2 213,2	149,7	31,7	576,9	541,5	37,8	2019 Aug.	
277,4	3 853,5	3 722,1	3 546,0	2 213,9	146,4	31,5	576,1	540,8	37,2	Sept.	
277,6	3 848,5	3 734,8	3 571,5	2 240,3	148,6	31,2	575,2	539,9	36,4	Okt.	
278,4	3 874,7	3 753,7	3 580,0	2 257,7	143,0	30,8	573,7	539,2	35,6	Nov.	
281,8	3 863,9	3 744,4	3 574,3	2 250,5	144,8	31,0	573,5	540,0	34,5	Dez.	
281,2	3 850,4	3 733,8	3 572,3	2 255,2	145,3	31,0	570,6	537,2	33,0	2020 Jan.	
281,3	3 890,4	3 750,4	3 576,3	2 265,3	142,0	31,3	569,8	535,4	32,5	Febr.	
282,2	3 982,8	3 830,4	3 655,2	2 346,4	147,3	30,5	567,2	532,0	31,8	März	
286,5	3 997,3	3 828,9	3 665,7	2 359,6	149,2	30,0	563,6	532,2	31,1	April	
291,8	4 080,7	3 885,8	3 710,9	2 396,9	158,3	29,0	563,6	532,5	30,7	Mai	
296,5	4 132,2	3 873,6	3 711,6	2 408,7	152,1	29,6	559,0	532,6	29,7	Juni	
300,4	4 170,7	3 880,3	3 716,8	2 409,9	163,5	30,0	552,8	531,5	29,2	Juli	
301,3	4 202,4	3 889,9	3 720,2	2 419,2	159,3	30,1	551,3	531,6	28,8	Aug.	
301,9	4 235,6	3 905,7	3 745,0	2 445,3	160,3	30,3	549,2	531,5	28,4	Sept.	
303,6	4 245,3	3 935,3	3 781,4	2 476,4	165,4	30,5	549,7	531,5	28,0	Okt.	
306,6	4 260,2	3 961,8	3 804,4	2 507,7	157,7	30,6	549,0	531,8	27,6	Nov.	
312,2	4 228,5	3 954,1	3 801,5	2 500,9	160,3	31,0	548,8	533,1	27,3	Dez.	
313,1	4 218,7	3 980,7	3 829,7	2 541,7	147,0	31,0	548,5	534,8	26,8	2021 Jan.	
314,6	4 245,1	3 990,0	3 837,4	2 555,8	141,0	31,1	547,0	536,0	26,4	Febr.	
317,3	4 264,3	4 011,8	3 863,4	2 579,8	145,1	31,7	544,6	536,1	26,1	März	
319,9	4 262,2	4 013,0	3 874,5	2 594,4	143,0	31,9	542,5	536,8	25,8	April	
322,8	4 308,8	4 040,3	3 895,1	2 613,5	146,0	32,2	540,4	537,4	25,7	Mai	
325,1	4 311,0	4 035,3	3 890,5	2 619,4	139,3	31,9	537,5	537,0	25,5	Juni	
328,8	4 313,9	4 047,3	3 911,3	2 645,8	136,0	31,4	536,0	536,7	25,2	Juli	
329,0	4 333,1	4 065,2	3 923,1	2 659,1	135,6	31,3	535,7	536,4	25,0	Aug.	
329,8	4 343,7	4 067,1	3 921,6	2 664,0	131,9	31,3	533,8	535,8	24,8	Sept.	

Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit der Position "Intra-Eurosystem-Verbind-

lichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten" ermitteln (siehe "sonstige Passivpositionen"). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

noch: Passiva													
noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet													
öffentliche Haushalte													
Stand am Monatsende	sonstige öffentliche Haushalte								Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-		
	Zentralstaaten	zusammen	täglich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unternehmen und Privatpersonen	Geldmarkt-fonds-anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro
				bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten					
Euroraum (Mrd €) 1)													
2019 Aug.	397,4	447,4	228,3	97,2	34,1	58,3	25,3	4,3	289,0	288,5	550,9	2 173,6	1 484,1
Sept.	402,9	449,3	231,4	98,0	31,7	58,9	25,0	4,2	257,0	256,5	537,1	2 181,1	1 484,7
Okt.	365,0	440,5	224,5	95,5	32,3	59,1	25,2	3,9	298,8	298,3	538,6	2 174,6	1 488,4
Nov.	363,9	452,6	235,7	95,5	33,8	59,1	24,8	3,8	284,3	283,7	541,6	2 187,8	1 493,0
Dez.	297,5	430,4	224,7	85,9	33,7	59,1	23,6	3,6	250,3	249,8	520,3	2 153,8	1 486,7
2020 Jan.	381,8	422,3	209,6	92,7	33,2	59,5	23,2	4,1	243,4	242,9	555,1	2 187,7	1 500,2
Febr.	425,5	436,0	219,8	96,8	32,8	59,2	23,3	4,0	263,2	262,7	550,5	2 191,4	1 497,8
März	430,2	441,4	232,8	93,3	31,0	58,2	22,3	3,9	293,2	292,6	529,8	2 175,2	1 484,3
April	502,3	428,6	233,9	84,0	29,4	56,4	21,1	3,8	289,0	288,6	552,9	2 159,1	1 472,6
Mai	603,1	434,8	245,9	81,7	28,4	54,7	20,3	3,8	297,8	297,5	552,4	2 134,1	1 470,7
Juni	726,5	441,1	259,5	82,4	24,6	51,8	19,3	3,4	254,8	254,6	566,9	2 105,1	1 453,7
Juli	787,8	441,5	264,3	80,1	23,2	51,0	19,4	3,5	271,8	271,6	596,8	2 055,4	1 434,5
Aug.	828,6	448,5	273,6	79,5	22,1	50,3	19,6	3,5	266,9	266,7	597,4	2 036,8	1 425,3
Sept.	849,0	442,1	274,8	74,4	20,8	49,1	19,5	3,4	237,7	237,5	605,6	2 060,3	1 431,0
Okt.	831,8	437,6	277,4	69,5	20,8	47,0	19,5	3,4	243,1	242,9	619,8	2 047,2	1 418,6
Nov.	733,3	458,4	307,1	64,6	17,8	46,1	19,4	3,3	246,4	246,4	620,5	2 028,4	1 406,4
Dez.	604,8	439,3	294,7	60,3	17,2	44,8	19,0	3,3	221,4	221,3	636,2	1 998,0	1 386,3
2021 Jan.	683,2	437,8	294,4	58,9	17,4	44,1	19,2	3,8	251,7	251,6	639,7	1 991,2	1 369,7
Febr.	713,6	436,4	296,4	54,3	19,0	43,9	19,2	3,7	254,6	254,5	609,2	2 004,6	1 369,6
März	733,1	429,6	295,4	52,1	16,4	43,2	18,9	3,7	236,5	236,5	604,4	2 005,4	1 357,3
April	700,9	424,0	293,9	48,5	16,2	42,9	18,9	3,6	251,1	251,0	613,4	1 991,8	1 350,5
Mai	692,4	436,9	308,3	47,7	15,9	42,4	19,1	3,5	246,7	246,7	604,0	1 981,7	1 339,4
Juni	709,3	441,2	314,0	46,6	16,3	42,0	18,8	3,5	236,5	236,5	594,9	1 985,1	1 332,4
Juli	709,6	440,1	313,9	45,6	16,6	42,0	18,6	3,5	253,9	253,8	616,9	1 998,2	1 333,6
Aug.	736,1	453,4	329,1	43,9	17,0	42,0	18,0	3,4	241,6	241,5	622,5	1 987,5	1 333,8
Sept.	742,5	461,2	335,8	46,2	16,5	41,3	18,1	3,3	257,1	257,1	596,7	2 009,6	1 342,2
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
2019 Aug.	47,6	251,2	84,7	83,8	28,1	50,9	3,2	0,5	16,9	16,7	2,0	557,3	295,0
Sept.	57,3	250,3	84,6	85,0	25,8	51,1	3,1	0,5	1,5	1,3	2,2	563,5	297,7
Okt.	37,4	239,6	76,3	82,4	26,1	51,3	3,1	0,5	1,2	1,0	2,1	555,2	299,2
Nov.	45,4	249,3	83,4	83,9	27,4	51,1	3,1	0,5	1,7	1,5	1,9	560,4	302,2
Dez.	43,4	246,2	89,5	75,4	27,0	51,0	2,9	0,4	3,5	3,4	1,8	551,4	301,6
2020 Jan.	37,8	240,2	77,8	81,4	26,6	51,3	2,7	0,4	2,5	2,4	1,8	560,9	306,5
Febr.	62,2	251,9	85,5	86,0	26,3	50,9	2,8	0,4	2,0	1,8	1,8	563,9	310,3
März	69,7	257,9	97,6	82,5	24,7	49,8	2,8	0,4	1,7	1,6	2,2	553,0	310,7
April	87,5	244,0	94,7	74,4	23,7	48,3	2,7	0,4	3,4	3,3	2,1	550,6	306,2
Mai	116,2	253,6	108,0	72,9	22,9	46,7	2,8	0,3	2,4	2,3	1,9	543,1	305,4
Juni	174,0	246,5	106,1	74,1	19,5	44,0	2,5	0,3	0,9	0,7	1,8	532,8	297,2
Juli	208,5	245,3	109,6	71,4	18,3	43,2	2,5	0,3	2,1	2,0	1,6	523,3	293,3
Aug.	229,5	252,8	118,7	71,3	17,4	42,4	2,6	0,3	1,7	1,5	1,9	517,9	291,1
Sept.	244,7	245,8	119,4	66,0	16,5	41,1	2,5	0,3	1,3	1,1	2,0	525,3	296,1
Okt.	224,8	239,1	119,1	61,7	16,6	39,0	2,5	0,3	1,4	1,3	2,7	519,9	296,2
Nov.	212,1	243,7	131,6	57,3	14,0	38,0	2,5	0,2	9,1	9,1	2,4	515,5	296,1
Dez.	189,2	237,8	131,9	52,8	13,5	36,8	2,5	0,2	12,2	12,2	2,5	503,3	290,1
2021 Jan.	148,9	240,1	136,5	51,6	13,5	35,8	2,4	0,2	8,4	8,4	2,4	503,3	284,6
Febr.	164,3	243,4	142,8	47,3	15,2	35,5	2,5	0,2	6,0	6,0	2,4	510,0	288,4
März	161,9	239,0	144,4	44,9	12,7	34,4	2,4	0,2	11,0	11,0	2,9	523,3	289,8
April	154,6	233,1	142,4	41,5	12,5	34,1	2,4	0,2	7,6	7,6	2,8	524,3	296,2
Mai	173,3	240,3	150,8	41,0	12,5	33,4	2,4	0,2	9,2	9,2	2,2	518,0	293,2
Juni	179,3	241,2	152,9	39,9	13,0	32,8	2,4	0,2	9,0	9,0	2,3	515,5	294,6
Juli	167,3	235,3	148,0	38,9	13,3	32,5	2,4	0,2	9,6	9,6	2,2	518,3	295,1
Aug.	168,1	241,8	155,7	37,3	13,9	32,4	2,4	0,2	9,7	9,7	2,2	522,4	303,1
Sept.	175,3	246,8	159,5	39,8	13,3	31,7	2,3	0,2	11,2	11,2	2,2	529,7	305,5

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosystem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindest- reserve- Erfüllungs- periode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kredit- institute auf Giro- konten (einschl. Mindest- reserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlage- fazilität	Sonstige liquiditäts- ab- schöpfende Geschäfte 4)	Bank- noten- umlauf 5)	Einlagen von Zentral- regierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
		Haupt- refinan- zierungs- geschäfte	Länger- fristige Refinan- zierungs- geschäfte	Spitzen- refinan- zierungs- fazilität	Sonstige liquiditäts- zuführende Geschäfte 3)							
Eurosystem 2)												
2019 Okt.	758,5	2,0	668,5	0,0	2 608,7	456,6	0,0	1 252,7	298,6	641,3	1 388,5	3 097,8
Nov.												
Dez.	773,3	1,8	663,7	0,0	2 618,8	257,9	0,0	1 262,9	226,6	648,1	1 662,1	3 182,9
2020 Jan.	768,6	2,9	616,1	0,0	2 639,1	254,6	0,0	1 282,2	211,8	654,3	1 623,7	3 160,6
Febr.												
März	767,1	1,4	615,9	0,0	2 666,7	244,6	0,0	1 277,1	268,6	618,4	1 642,3	3 164,1
April												
Mai	926,3	0,6	865,7	0,0	2 784,2	271,8	0,0	1 321,9	374,4	788,6	1 820,2	3 413,8
Juni	950,4	0,3	984,2	0,0	2 986,9	299,9	0,0	1 347,9	477,1	830,5	1 966,5	3 614,4
Juli	871,3	0,8	1 401,5	0,0	3 168,2	356,0	0,0	1 365,7	671,2	703,1	2 345,9	4 067,5
Aug.												
Sept.	865,9	1,3	1 593,2	0,0	3 323,6	413,2	0,0	1 381,2	712,9	651,0	2 625,7	4 420,1
Okt.												
Nov.	864,4	1,3	1 707,8	0,0	3 475,8	460,7	0,0	1 389,1	749,0	653,5	2 797,0	4 646,8
Dez.	865,1	0,5	1 754,4	0,0	3 614,7	535,4	0,0	1 403,9	647,0	687,7	2 960,7	4 900,0
2021 Jan.	848,6	0,3	1 792,6	0,0	3 712,9	586,9	0,0	1 429,4	530,3	778,4	3 029,4	5 045,7
Febr.												
März	834,9	0,4	1 792,4	0,0	3 825,1	598,0	0,0	1 433,4	595,8	667,9	3 157,7	5 189,1
April	816,7	0,3	2 054,6	0,0	3 951,4	676,4	0,0	1 447,7	644,5	633,4	3 421,1	5 545,2
Mai												
Juni	809,8	0,2	2 107,0	0,0	4 092,7	706,5	0,0	1 465,8	586,7	659,1	3 591,7	5 763,9
Juli	821,7	0,1	2 196,0	0,0	4 244,5	736,6	0,0	1 485,8	652,3	734,5	3 653,1	5 875,5
Aug.												
Sept.	826,7	0,2	2 213,2	0,0	4 378,9	766,6	0,0	1 499,9	635,7	790,4	3 726,2	5 992,8
Okt.												
Deutsche Bundesbank												
2019 Okt.	182,8	0,4	82,8	0,0	560,0	151,5	0,0	306,5	70,8	- 159,4	456,6	914,7
Nov.												
Dez.	186,9	0,4	82,4	0,0	566,1	82,2	0,0	307,6	55,9	- 135,3	525,4	915,3
2020 Jan.	186,0	0,9	74,0	0,0	567,9	73,6	0,0	311,7	52,7	- 95,7	486,5	871,8
Febr.												
März	185,0	0,4	74,0	0,0	573,7	65,4	0,0	311,2	64,4	- 125,0	517,1	893,7
April												
Mai	238,0	0,2	106,8	0,0	585,3	76,3	0,0	324,1	102,0	- 174,5	602,8	1 003,2
Juni	248,7	0,1	122,5	0,0	623,1	85,0	0,0	326,4	137,6	- 172,6	618,1	1 029,5
Juli	222,1	0,5	235,2	0,0	655,9	108,2	0,0	331,5	205,0	- 238,1	707,1	1 146,8
Aug.												
Sept.	212,1	0,8	284,0	0,0	692,0	136,0	0,0	336,4	239,6	- 298,0	774,8	1 247,3
Okt.												
Nov.	212,1	0,7	319,5	0,0	729,0	145,5	0,0	338,1	254,7	- 302,9	826,0	1 309,6
Dez.	213,0	0,3	333,9	0,0	768,7	166,6	0,0	341,2	217,9	- 294,5	884,7	1 392,5
2021 Jan.	208,3	0,1	341,1	0,0	791,3	178,9	0,0	347,3	189,4	- 252,8	878,0	1 404,2
Febr.												
März	205,3	0,1	341,0	0,0	816,9	177,5	0,0	348,3	172,7	- 298,0	962,8	1 488,6
April	198,0	0,0	407,3	0,0	845,8	203,0	0,0	351,7	187,4	- 300,4	1 008,9	1 563,5
Mai												
Juni	194,3	0,0	420,5	0,0	884,3	208,5	0,0	356,8	187,3	- 301,9	1 046,7	1 612,0
Juli	197,4	0,0	434,3	0,0	918,5	204,2	0,0	362,0	206,8	- 270,8	1 046,2	1 612,4
Aug.												
Sept.	199,0	0,1	436,7	0,0	950,8	210,7	0,0	365,0	204,3	- 240,8	1 045,3	1 621,0
Okt.												

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode.

In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der geldpolitischen Wertpapierankaufprogramme des Eurosystems. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisen-
 swapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten
 sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems
 ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungs-
 legungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher
 Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumschlages zugeteilt.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen im Euroraum

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknotenumlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 38,3	- 1,0	- 24,0	± 0,0	- 3,7	- 99,1	± 0,0	+ 1,6	+ 30,1	+ 20,1	+ 57,0	- 40,5	2019 Okt.
+ 14,8	- 0,2	- 4,8	± 0,0	+ 10,1	- 198,7	± 0,0	+ 10,2	- 72,0	+ 6,8	+ 273,6	+ 85,1	Nov.
- 4,7	+ 1,1	- 47,6	± 0,0	+ 20,3	- 3,3	± 0,0	+ 19,3	- 14,8	+ 6,2	- 38,4	- 22,3	2020 Jan.
- 1,5	- 1,5	- 0,2	± 0,0	+ 27,6	- 10,0	± 0,0	- 5,1	+ 56,8	- 35,9	+ 18,6	+ 3,5	Febr.
+ 159,2	- 0,8	+ 249,8	± 0,0	+ 117,5	+ 27,2	± 0,0	+ 44,8	+105,8	+ 170,2	+ 177,9	+ 249,7	April
+ 24,1	- 0,3	+ 118,5	± 0,0	+ 202,7	+ 28,1	± 0,0	+ 26,0	+102,7	+ 41,9	+ 146,3	+ 200,6	Mai
- 79,1	+ 0,5	+ 417,3	± 0,0	+ 181,3	+ 56,1	± 0,0	+ 17,8	+194,1	- 127,4	+ 379,4	+ 453,1	Juni
- 5,4	+ 0,5	+ 191,7	± 0,0	+ 155,4	+ 57,2	± 0,0	+ 15,5	+ 41,7	- 52,1	+ 279,8	+ 352,6	Juli
- 1,5	± 0,0	+ 114,6	± 0,0	+ 152,2	+ 47,5	± 0,0	+ 7,9	+ 36,1	+ 2,5	+ 171,3	+ 226,7	Aug.
+ 0,7	- 0,8	+ 46,6	± 0,0	+ 138,9	+ 74,7	± 0,0	+ 14,8	-102,0	+ 34,2	+ 163,7	+ 253,2	Sept.
- 16,5	- 0,2	+ 38,2	± 0,0	+ 98,2	+ 51,5	± 0,0	+ 25,5	-116,7	+ 90,7	+ 68,7	+ 145,7	2021 Jan.
- 13,7	+ 0,1	- 0,2	± 0,0	+ 112,2	+ 11,1	± 0,0	+ 4,0	+ 65,5	- 110,5	+ 128,3	+ 143,4	Febr.
- 18,2	- 0,1	+ 262,2	± 0,0	+ 126,3	+ 78,4	± 0,0	+ 14,3	+ 48,7	- 34,5	+ 263,4	+ 356,1	März
- 6,9	- 0,1	+ 52,4	± 0,0	+ 141,3	+ 30,1	± 0,0	+ 18,1	- 57,8	+ 25,7	+ 170,6	+ 218,7	April
+ 11,9	- 0,1	+ 89,0	± 0,0	+ 151,8	+ 30,1	± 0,0	+ 20,0	+ 65,6	+ 75,4	+ 61,4	+ 111,6	Mai
+ 5,0	+ 0,1	+ 17,2	± 0,0	+ 134,4	+ 30,0	± 0,0	+ 14,1	- 16,6	+ 55,9	+ 73,1	+ 117,3	Juni
												Juli
												Aug.
												Sept.
												Okt.
Deutsche Bundesbank												
+ 10,3	- 0,1	- 2,1	+ 0,0	- 2,7	+ 1,4	± 0,0	+ 1,0	+ 13,2	- 1,8	- 8,3	- 5,9	2019 Okt.
+ 4,1	+ 0,0	- 0,4	+ 0,0	+ 6,1	- 69,3	± 0,0	+ 1,1	- 14,9	+ 24,1	+ 68,8	+ 0,6	Nov.
- 0,9	+ 0,4	- 8,5	+ 0,0	+ 1,8	- 8,6	± 0,0	+ 4,1	- 3,2	+ 39,6	- 38,9	- 43,5	2020 Jan.
- 1,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,0	+ 5,8	- 8,2	± 0,0	- 0,5	+ 11,7	- 29,3	+ 30,7	+ 21,9	Febr.
+ 53,0	- 0,2	+ 32,9	- 0,0	+ 11,6	+ 10,9	± 0,0	+ 12,9	+ 37,6	- 49,6	+ 85,6	+ 109,5	März
+ 10,7	- 0,1	+ 15,7	+ 0,0	+ 37,8	+ 8,7	± 0,0	+ 2,3	+ 35,6	+ 2,0	+ 15,3	+ 26,3	April
- 26,6	+ 0,4	+ 112,6	- 0,0	+ 32,8	+ 23,2	± 0,0	+ 5,1	+ 67,5	- 65,5	+ 89,0	+ 117,3	Mai
- 10,0	+ 0,3	+ 48,9	+ 0,0	+ 36,1	+ 27,9	± 0,0	+ 5,0	+ 34,6	- 59,9	+ 67,6	+ 100,5	Juni
+ 0,0	- 0,1	+ 35,5	- 0,0	+ 37,0	+ 9,5	± 0,0	+ 1,7	+ 15,0	- 5,0	+ 51,2	+ 62,3	Juli
+ 0,9	- 0,4	+ 14,4	+ 0,0	+ 39,8	+ 21,1	± 0,0	+ 3,1	- 36,8	+ 8,4	+ 58,7	+ 82,9	Aug.
- 4,7	- 0,2	+ 7,1	+ 0,0	+ 22,6	+ 12,3	± 0,0	+ 6,1	- 28,5	+ 41,7	- 6,7	+ 11,7	2021 Jan.
- 3,0	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 25,6	- 1,4	± 0,0	+ 1,0	- 16,7	- 45,2	+ 84,8	+ 84,4	Febr.
- 7,3	- 0,1	+ 66,3	+ 0,0	+ 28,8	+ 25,5	± 0,0	+ 3,4	+ 14,7	- 2,4	+ 46,0	+ 74,9	März
- 3,7	+ 0,0	+ 13,2	+ 0,0	+ 38,6	+ 5,5	± 0,0	+ 5,1	- 0,1	- 1,5	+ 37,9	+ 48,5	April
+ 3,1	- 0,0	+ 13,8	- 0,0	+ 34,2	- 4,3	± 0,0	+ 5,2	+ 19,4	+ 31,1	- 0,5	+ 0,4	Mai
+ 1,6	+ 0,1	+ 2,4	+ 0,0	+ 32,3	+ 6,5	± 0,0	+ 3,0	- 2,5	+ 29,9	- 0,9	+ 8,6	Juni
												Juli
												Aug.
												Sept.
												Okt.

Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten.

6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
Eurosystem ¹⁾										
2021 April 16.	7 522,2	499,3	350,7	86,5	264,1	26,8	11,1	11,1	–	–
23.	7 558,3	499,3	351,2	86,5	264,7	27,1	10,9	10,9	–	–
30.	7 567,9	499,3	352,0	86,5	265,4	26,5	10,6	10,6	–	–
Mai 7.	7 588,8	499,3	352,6	86,5	266,0	25,7	10,8	10,8	–	–
14.	7 615,7	499,3	352,1	86,5	265,5	27,0	11,4	11,4	–	–
21.	7 643,2	499,3	353,9	86,5	267,4	25,6	11,1	11,1	–	–
28.	7 657,6	499,2	353,9	86,5	267,4	25,8	11,2	11,2	–	–
Juni 4.	7 680,1	499,2	354,2	86,5	267,7	26,7	10,3	10,3	–	–
11.	7 700,9	499,2	354,7	87,1	267,6	27,6	10,7	10,7	–	–
18.	7 736,5	499,2	358,8	87,1	271,8	24,7	10,6	10,6	–	–
25.	7 877,1	499,2	359,9	87,0	272,9	23,8	13,5	13,5	–	–
Juli 2.	7 907,8	514,7	354,5	87,1	267,5	25,6	13,1	13,1	–	–
9.	7 926,6	514,7	355,1	87,1	268,0	24,8	10,7	10,7	–	–
16.	7 950,7	514,7	354,9	87,1	267,9	25,4	10,3	10,3	–	–
23.	7 988,0	514,7	354,0	87,2	266,7	26,6	10,9	10,9	–	–
30.	7 987,4	514,7	354,8	87,2	267,5	25,3	10,3	10,3	–	–
Aug. 6.	8 009,7	514,7	354,8	87,3	267,4	25,4	10,5	10,5	–	–
13.	8 036,0	514,7	355,5	87,3	268,2	24,5	10,6	10,6	–	–
20.	8 052,8	514,7	355,7	87,3	268,4	24,2	10,6	10,6	–	–
27.	8 191,3	514,7	477,1	209,7	267,4	25,0	10,8	10,8	–	–
Sept. 3.	8 207,5	514,7	477,3	209,7	267,6	24,8	11,1	11,1	–	–
10.	8 222,7	514,7	477,6	210,1	267,5	24,9	10,6	10,6	–	–
17.	8 244,6	514,7	475,3	210,9	264,4	27,6	11,8	11,8	–	–
24.	8 273,2	514,7	475,6	211,2	264,4	27,6	13,7	13,7	–	–
Okt. 1.	8 289,1	517,8	487,7	213,4	274,3	24,9	10,7	10,7	–	–
8.	8 314,3	517,8	488,0	213,6	274,4	24,9	10,7	10,7	–	–
15.	8 336,7	517,8	488,7	213,6	275,1	24,3	10,7	10,7	–	–
22.	8 368,3	517,8	489,7	214,0	275,6	24,3	10,9	10,9	–	–
29.	8 366,1	517,9	489,0	214,9	274,1	24,5	10,8	10,8	–	–
Nov. 5.	8 382,7	517,9	489,9	215,1	274,8	24,1	10,5	10,5	–	–
Deutsche Bundesbank										
2021 April 16.	2 548,1	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
23.	2 554,0	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
30.	2 562,0	155,3	53,8	22,3	31,5	0,1	–	–	–	–
Mai 7.	2 568,4	155,3	53,6	22,3	31,4	0,1	–	–	–	–
14.	2 592,5	155,3	54,0	22,3	31,7	0,1	–	–	–	–
21.	2 617,3	155,3	54,0	22,3	31,7	0,1	–	–	–	–
28.	2 639,3	155,2	54,0	22,3	31,8	0,1	–	–	–	–
Juni 4.	2 634,5	155,2	54,0	22,3	31,8	0,0	–	–	–	–
11.	2 605,1	155,2	54,0	22,4	31,6	0,0	–	–	–	–
18.	2 608,1	155,2	54,0	22,4	31,6	0,0	–	–	–	–
25.	2 648,6	155,2	54,0	22,3	31,7	0,0	–	–	–	–
Juli 2.	2 679,7	160,0	53,8	22,4	31,4	0,0	–	–	–	–
9.	2 640,1	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	–	–	–	–
16.	2 668,1	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	–	–	–	–
23.	2 665,0	160,0	53,8	22,4	31,3	0,0	0,3	0,3	–	–
30.	2 659,0	160,0	53,7	22,4	31,3	0,0	0,1	0,1	–	–
Aug. 6.	2 687,1	160,0	53,7	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
13.	2 696,2	160,0	53,6	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
20.	2 694,4	160,0	53,7	22,5	31,2	0,0	–	–	–	–
27.	2 724,3	160,0	84,7	53,4	31,3	0,0	0,0	0,0	–	–
Sept. 3.	2 749,6	160,0	85,0	53,4	31,6	0,0	0,6	0,6	–	–
10.	2 747,9	160,0	84,7	53,4	31,3	0,0	–	–	–	–
17.	2 749,3	160,0	84,6	53,4	31,2	0,0	0,4	0,4	–	–
24.	2 782,2	160,0	84,6	53,4	31,2	0,0	0,3	0,3	–	–
Okt. 1.	2 794,1	160,9	86,0	53,9	32,1	0,0	–	–	–	–
8.	2 793,0	160,9	86,2	53,9	32,3	0,0	–	–	–	–
15.	2 797,4	160,9	86,5	53,9	32,6	0,0	0,3	0,3	–	–
22.	2 780,9	160,9	86,7	54,1	32,6	0,0	0,1	0,1	–	–
29.	2 788,5	160,9	86,2	54,3	32,0	0,0	–	–	–	–
Nov. 5.	2 812,8	160,9	86,7	54,3	32,4	0,0	0,3	0,3	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag
insgesamt	Hauptfinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerooperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenfinanzierungsfazität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere			
Eurosystem 1)													
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	31,9	4 167,9	3 973,1	194,8	22,6	304,8	2021 April 16.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	34,3	4 199,5	4 005,1	194,4	22,6	306,2	23.
2 107,2	0,3	2 107,0	-	-	-	-	37,5	4 208,0	4 019,9	188,1	22,6	304,2	30.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	0,0	-	35,7	4 230,0	4 044,1	186,0	22,6	305,0	Mai 7.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	29,1	4 258,5	4 072,7	185,8	22,6	308,7	14.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	28,2	4 287,4	4 101,2	186,3	22,6	307,9	21.
2 107,4	0,4	2 107,0	-	-	-	-	29,4	4 302,9	4 116,5	186,4	22,6	305,3	28.
2 107,2	0,2	2 107,0	-	-	0,0	-	28,4	4 327,0	4 140,5	186,6	22,6	304,5	Juni 4.
2 107,2	0,2	2 107,0	-	-	-	-	33,9	4 339,8	4 154,0	185,8	22,6	305,1	11.
2 107,1	0,1	2 107,0	-	-	-	-	35,4	4 368,4	4 182,6	185,8	22,6	309,7	18.
2 217,3	0,1	2 217,2	-	-	0,0	-	33,7	4 400,5	4 214,5	186,0	22,6	306,6	25.
2 217,3	0,1	2 217,2	-	-	0,0	-	35,1	4 414,5	4 228,2	186,2	22,1	311,0	Juli 2.
2 216,8	0,1	2 216,7	-	-	-	-	32,9	4 438,5	4 252,3	186,2	22,1	310,9	9.
2 216,8	0,0	2 216,7	-	-	-	-	31,7	4 466,7	4 280,2	186,6	22,1	308,1	16.
2 216,8	0,1	2 216,7	-	-	-	-	31,2	4 499,4	4 313,0	186,4	22,1	312,3	23.
2 214,3	0,1	2 214,1	-	-	0,1	-	34,2	4 509,0	4 322,0	187,1	22,1	302,6	30.
2 214,2	0,1	2 214,1	-	-	-	-	32,3	4 526,9	4 341,1	185,8	22,1	308,8	Aug. 6.
2 214,2	0,2	2 214,1	-	-	-	-	33,2	4 549,7	4 363,9	185,8	22,1	311,3	13.
2 214,3	0,2	2 214,1	-	-	-	-	32,1	4 571,2	4 384,6	186,6	22,1	307,8	20.
2 212,4	0,1	2 212,3	-	-	-	-	34,6	4 584,6	4 398,5	186,1	22,1	310,0	27.
2 211,5	0,0	2 211,4	-	-	-	-	35,4	4 596,1	4 412,8	183,2	22,1	314,6	Sept. 3.
2 211,8	0,3	2 211,4	-	-	0,0	-	32,9	4 613,1	4 430,7	182,4	22,1	315,1	10.
2 211,8	0,3	2 211,4	-	-	-	-	35,0	4 633,9	4 452,2	181,6	22,1	312,4	17.
2 211,3	0,0	2 211,3	-	-	0,0	-	35,4	4 660,9	4 478,7	182,3	22,1	311,8	24.
2 208,8	0,1	2 208,7	-	-	-	-	33,1	4 666,5	4 484,2	182,3	22,2	317,5	Okt. 1.
2 208,9	0,2	2 208,6	-	-	-	-	29,8	4 689,7	4 507,6	182,1	22,2	322,4	8.
2 208,8	0,2	2 208,6	-	-	0,0	-	31,0	4 714,4	4 532,6	181,8	22,2	318,9	15.
2 208,7	0,1	2 208,6	-	-	-	-	30,2	4 743,0	4 560,7	182,3	22,2	321,4	22.
2 208,8	0,1	2 208,7	-	-	0,0	-	26,5	4 745,7	4 568,3	177,4	22,2	320,8	29.
2 208,7	0,1	2 208,7	-	-	-	-	26,1	4 764,8	4 586,6	178,2	22,2	318,5	Nov. 5.
Deutsche Bundesbank													
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,0	848,5	848,5	-	4,4	1 060,5	2021 April 16.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,5	858,4	858,4	-	4,4	1 055,0	23.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,0	866,6	866,6	-	4,4	1 056,2	30.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	7,6	870,9	870,9	-	4,4	1 055,9	Mai 7.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,7	879,5	879,5	-	4,4	1 073,0	14.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,7	886,6	886,6	-	4,4	1 089,7	21.
420,6	0,1	420,5	-	-	0,0	-	6,0	891,4	891,4	-	4,4	1 107,6	28.
420,6	0,1	420,5	-	-	0,0	-	7,1	899,3	899,3	-	4,4	1 093,9	Juni 4.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	5,9	895,5	895,5	-	4,4	1 069,5	11.
420,5	0,0	420,5	-	-	0,0	-	6,9	903,4	903,4	-	4,4	1 063,7	18.
437,6	0,0	437,6	-	-	0,0	-	5,1	912,4	912,4	-	4,4	1 079,9	25.
437,5	-	437,5	-	-	0,0	-	5,8	917,1	917,1	-	4,4	1 101,0	Juli 2.
437,5	0,0	437,5	-	-	0,0	-	4,6	917,1	917,1	-	4,4	1 062,6	9.
437,5	0,0	437,5	-	-	-	-	6,3	927,1	927,1	-	4,4	1 078,9	16.
437,6	0,0	437,5	-	-	0,0	-	7,1	935,9	935,9	-	4,4	1 065,9	23.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,1	-	8,3	938,4	938,4	-	4,4	1 056,9	30.
437,1	0,0	437,1	-	-	0,0	-	8,7	943,1	943,1	-	4,4	1 080,0	Aug. 6.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,0	-	7,9	948,9	948,9	-	4,4	1 084,1	13.
437,2	0,1	437,1	-	-	0,0	-	7,6	954,9	954,9	-	4,4	1 076,5	20.
436,3	0,0	436,3	-	-	0,0	-	8,2	954,6	954,6	-	4,4	1 075,9	27.
436,2	-	436,2	-	-	0,0	-	10,8	960,0	960,0	-	4,4	1 092,6	Sept. 3.
436,5	0,3	436,2	-	-	0,0	-	8,6	957,0	957,0	-	4,4	1 096,6	10.
436,5	0,3	436,2	-	-	0,0	-	8,3	963,9	963,9	-	4,4	1 091,2	17.
436,2	0,0	436,2	-	-	0,0	-	7,6	972,9	972,9	-	4,4	1 116,2	24.
440,4	0,1	440,3	-	-	0,0	-	5,8	973,0	973,0	-	4,4	1 123,5	Okt. 1.
440,4	0,2	440,3	-	-	0,0	-	7,1	973,7	973,7	-	4,4	1 120,2	8.
440,4	0,2	440,3	-	-	0,0	-	6,2	981,9	981,9	-	4,4	1 116,7	15.
440,3	0,1	440,3	-	-	0,0	-	7,8	989,5	989,5	-	4,4	1 091,1	22.
440,3	0,1	440,3	-	-	0,0	-	6,4	992,1	992,1	-	4,4	1 097,9	29.
440,3	0,0	440,3	-	-	0,0	-	5,6	1 000,2	1 000,2	-	4,4	1 114,4	Nov. 5.

-preisen bewertet. 1 Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichs-posten für zugeteilte Sonder-ziehungsrechte	Sonstige Passiva ²⁾	Intra-Euro-system-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ¹⁾	Neubewer-tungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Aus-weisstichtag
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbind-lichkeiten	Verbind-lichkeiten aus der Kredit-fazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ³⁾										
202,3	9,8	3,2	3,2	–	56,2	289,9	–	485,4	110,1	2021 April 16.
199,8	9,8	3,2	3,2	–	56,2	292,7	–	485,4	110,1	23.
208,0	10,0	3,0	3,0	–	56,2	298,4	–	485,4	110,0	30.
206,6	10,0	2,8	2,8	–	56,2	299,1	–	485,4	110,2	Mai 7.
210,5	10,3	2,7	2,7	–	56,2	300,3	–	485,4	110,2	14.
211,4	10,7	2,4	2,4	–	56,2	300,2	–	485,4	110,2	21.
219,4	10,6	2,1	2,1	–	56,2	302,4	–	485,4	110,2	28.
211,5	11,0	2,1	2,1	–	56,2	298,7	–	485,4	109,5	Juni 4.
220,2	11,3	2,1	2,1	–	56,2	304,6	–	485,4	109,5	11.
218,2	11,4	2,5	2,5	–	56,2	309,9	–	485,4	109,5	18.
242,2	11,1	2,9	2,9	–	56,2	310,2	–	485,4	109,5	25.
264,5	10,4	2,7	2,7	–	55,8	306,1	–	497,6	109,5	Juli 2.
278,5	10,3	2,7	2,7	–	55,8	306,9	–	497,6	109,5	9.
277,6	10,3	2,5	2,5	–	55,8	302,1	–	497,6	109,5	16.
292,9	10,2	2,4	2,4	–	55,8	303,4	–	497,6	109,5	23.
312,3	9,9	2,7	2,7	–	55,8	303,1	–	497,6	109,4	30.
312,4	9,9	2,7	2,7	–	55,8	307,3	–	497,6	109,4	Aug. 6.
286,1	9,8	2,6	2,6	–	55,8	310,6	–	497,6	109,4	13.
270,4	9,4	2,8	2,8	–	55,8	307,7	–	497,6	109,4	20.
279,4	12,4	3,0	3,0	–	174,7	309,0	–	497,6	109,4	27.
286,0	12,3	2,9	2,9	–	174,7	313,9	–	497,6	109,4	Sept. 3.
286,7	12,4	2,8	2,8	–	174,7	314,3	–	497,6	109,4	10.
288,1	12,3	2,4	2,4	–	174,7	317,6	–	497,6	109,4	17.
306,2	12,2	2,5	2,5	–	174,7	318,9	–	497,6	109,4	24.
323,5	12,6	4,1	4,1	–	176,1	314,9	–	506,0	109,4	Okt. 1.
319,5	12,5	4,3	4,3	–	176,1	315,4	–	506,0	109,4	8.
318,7	12,3	4,5	4,5	–	176,1	316,2	–	506,0	109,4	15.
331,7	12,4	4,9	4,9	–	176,1	316,7	–	506,0	109,4	22.
344,3	13,1	3,5	3,5	–	176,1	317,3	–	506,0	109,4	29.
353,6	13,0	3,2	3,2	–	176,1	322,9	–	506,0	109,3	Nov. 5.
Deutsche Bundesbank										
82,2	0,0	0,2	0,2	–	14,6	32,9	479,0	151,2	5,7	2021 April 16.
80,1	0,0	0,2	0,2	–	14,6	33,0	479,0	151,2	5,7	23.
83,4	0,0	0,2	0,2	–	14,6	33,4	479,7	151,2	5,7	30.
84,5	0,0	0,0	0,0	–	14,6	33,5	479,7	151,2	5,7	Mai 7.
88,5	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,6	479,7	151,2	5,7	14.
87,8	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,7	479,7	151,2	5,7	21.
93,9	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,8	479,7	151,2	5,7	28.
90,6	0,4	0,0	0,0	–	14,6	33,9	482,8	151,2	5,7	Juni 4.
96,2	0,3	0,0	0,0	–	14,6	33,9	482,8	151,2	5,7	11.
96,2	0,3	0,0	0,0	–	14,6	34,5	482,8	151,2	5,7	18.
97,5	0,2	0,2	0,2	–	14,6	34,8	482,8	151,2	5,7	25.
112,0	0,4	–	–	–	14,5	33,9	485,9	155,5	5,7	Juli 2.
113,8	0,4	–	–	–	14,5	35,6	485,9	155,5	5,7	9.
116,6	0,4	–	–	–	14,5	35,6	485,9	155,5	5,7	16.
117,1	0,4	–	–	–	14,5	35,7	485,9	155,5	5,7	23.
124,6	0,4	–	–	–	14,5	36,2	490,0	155,5	5,7	30.
127,1	0,3	–	–	–	14,5	36,1	490,0	155,5	5,7	Aug. 6.
128,9	0,3	–	–	–	14,5	36,1	490,0	155,5	5,7	13.
128,0	0,3	–	–	–	14,5	36,3	490,0	155,5	5,7	20.
134,4	0,3	–	–	–	45,4	36,4	490,0	155,5	5,7	27.
136,6	0,3	0,2	0,2	–	45,4	36,2	492,9	155,5	5,7	Sept. 3.
142,0	0,2	0,0	0,0	–	45,4	37,2	492,9	155,5	5,7	10.
137,4	0,1	0,0	0,0	–	45,4	37,7	492,9	155,5	5,7	17.
143,5	0,1	0,0	0,0	–	45,4	37,7	492,9	155,5	5,7	24.
155,1	0,3	–	–	–	45,8	35,4	497,5	157,2	5,7	Okt. 1.
151,9	0,3	0,2	0,2	–	45,8	35,6	497,5	157,2	5,7	8.
155,4	0,3	0,5	0,5	–	45,8	35,6	497,5	157,2	5,7	15.
152,7	0,3	0,5	0,5	–	45,8	35,7	497,5	157,2	5,7	22.
157,9	0,3	0,3	0,3	–	45,8	36,1	500,8	157,2	5,7	29.
162,7	0,3	0,4	0,4	–	45,8	36,2	500,8	157,2	5,7	Nov. 5.

NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf

gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als "Intra-Eurosystem-Forderungen/Verbindlichkeiten aus der Begebung von Euro-Banknoten" ausgewiesen. ² Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ³ Quelle: EZB.

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2021 April	1 494	9 329,3	1 107,6	2 534,6	2 048,7	482,7	4 549,4	395,3	3 447,6	0,3	687,5	95,1	1 042,7
Mai	1 492	9 338,4	1 090,9	2 580,8	2 095,4	482,1	4 555,7	391,2	3 459,0	0,2	688,8	95,3	1 015,6
Juni	1 487	9 355,0	1 089,8	2 569,0	2 084,1	481,5	4 564,4	391,3	3 465,9	0,3	690,6	95,4	1 036,5
Juli	1 484	9 383,6	1 106,7	2 511,3	2 028,4	480,2	4 592,5	400,2	3 487,5	0,3	685,3	94,3	1 078,9
Aug.	1 483	9 380,8	1 062,6	2 551,1	2 072,1	476,5	4 603,9	397,8	3 501,6	0,2	683,3	94,6	1 068,6
Sept.	1 470	9 391,2	1 103,1	2 513,6	2 034,0	477,8	4 627,9	401,4	3 511,8	0,3	694,9	95,5	1 051,2
Kreditbanken 6)													
2021 Aug.	257	3 918,9	577,6	1 074,1	991,1	82,0	1 431,0	255,3	954,4	0,2	205,7	32,6	803,6
Sept.	257	3 920,4	599,5	1 055,2	970,5	84,0	1 443,4	258,1	955,5	0,2	215,9	32,5	789,9
Großbanken 7)													
2021 Aug.	3	2 142,2	196,4	524,3	492,1	32,2	678,0	131,5	437,6	0,0	101,2	27,0	716,5
Sept.	3	2 112,0	189,7	515,6	482,9	32,7	679,2	127,5	438,5	0,1	107,0	26,9	700,5
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2021 Aug.	143	1 329,9	252,3	349,8	301,0	48,2	643,1	90,6	447,1	0,1	98,5	4,8	79,8
Sept.	143	1 368,3	277,9	351,8	302,0	49,6	652,0	95,6	446,8	0,1	102,8	4,8	81,7
Zweigstellen ausländischer Banken													
2021 Aug.	111	446,8	129,0	200,1	198,0	1,6	109,8	33,2	69,7	0,0	6,1	0,7	7,2
Sept.	111	440,1	131,9	187,7	185,6	1,7	112,1	35,0	70,2	0,0	6,2	0,7	7,7
Landesbanken													
2021 Aug.	6	850,5	119,7	230,9	182,2	48,5	394,3	36,1	316,1	0,0	40,4	7,8	97,8
Sept.	6	847,1	110,6	233,7	184,9	48,6	396,5	36,2	318,4	0,0	40,1	9,0	97,3
Sparkassen													
2021 Aug.	371	1 530,9	179,9	169,9	52,9	117,0	1 142,7	46,7	919,1	-	176,0	15,0	23,4
Sept.	371	1 531,6	179,8	167,1	50,6	116,3	1 147,0	47,8	922,2	-	176,5	15,1	22,8
Kreditgenossenschaften													
2021 Aug.	803	1 120,1	60,7	199,2	85,7	113,3	815,6	32,4	661,0	0,0	121,9	18,7	25,9
Sept.	790	1 121,1	63,5	193,5	80,3	113,0	819,4	33,1	664,0	0,0	122,1	18,7	26,0
Realkreditinstitute													
2021 Aug.	10	246,1	10,7	19,7	10,7	8,6	207,3	2,7	185,8	-	18,7	0,2	8,2
Sept.	10	246,0	11,3	19,3	10,6	8,4	207,6	2,7	186,1	-	18,8	0,2	7,7
Bausparkassen													
2021 Aug.	18	250,0	2,6	44,1	28,3	15,7	199,5	1,0	172,9	.	25,7	0,3	3,5
Sept.	18	250,1	2,6	43,2	27,5	15,7	200,4	1,0	173,8	.	25,6	0,3	3,6
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben													
2021 Aug.	18	1 464,4	111,4	813,2	721,2	91,3	413,4	23,6	292,2	0,0	95,0	20,1	106,3
Sept.	18	1 474,9	135,9	801,6	709,6	91,7	413,6	22,6	291,9	0,0	95,8	19,8	104,0
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2021 Aug.	144	1 576,9	278,2	565,8	528,8	36,1	569,3	105,1	358,4	0,1	98,3	3,7	159,8
Sept.	144	1 604,9	302,6	555,5	517,3	37,5	579,9	110,1	359,7	0,2	102,8	3,6	163,3
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2021 Aug.	33	1 130,1	149,3	365,8	330,8	34,5	459,4	71,9	288,7	0,1	92,2	3,0	152,6
Sept.	33	1 164,7	170,8	367,7	331,7	35,9	467,8	75,1	289,5	0,1	96,6	2,9	155,6

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr. 1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	Spareinlagen 4)		Sparbriefe					
	Sichteinlagen	Termin-einlagen			bis 1 Jahr einschl. über 1 Jahr 2)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist									
Alle Bankengruppen															
2 351,7	658,3	1 693,4	4 231,4	2 745,3	244,2	645,4	49,7	568,9	542,5	27,6	1 184,0	555,0	1 007,1	2021 April	
2 365,0	653,9	1 711,1	4 260,3	2 768,9	248,3	646,9	50,8	569,4	543,1	26,8	1 176,6	550,7	985,8	Mai	
2 373,2	672,2	1 701,0	4 227,2	2 760,4	232,4	639,4	41,7	568,7	542,7	26,2	1 184,3	560,1	1 010,2	Juni	
2 342,3	661,1	1 681,1	4 256,8	2 797,7	229,1	635,9	49,5	568,1	542,4	26,0	1 179,4	560,4	1 044,8	Juli	
2 334,1	648,3	1 685,8	4 269,4	2 814,9	224,4	636,8	54,7	567,6	542,1	25,8	1 186,0	560,6	1 030,6	Aug.	
2 358,0	657,1	1 700,9	4 269,8	2 815,2	228,6	633,7	50,3	566,7	541,4	25,6	1 204,5	562,5	996,3	Sept.	
Kreditbanken 6)															
1 167,9	465,6	702,3	1 682,7	1 194,7	148,3	227,4	52,9	101,2	97,4	11,1	163,7	185,3	719,3	2021 Aug.	
1 208,1	487,9	720,2	1 671,4	1 186,2	147,6	225,2	48,7	101,3	97,5	11,0	165,5	186,8	688,6	Sept.	
Großbanken 7)															
475,6	185,5	290,1	834,2	588,9	78,9	79,3	43,4	85,9	82,7	1,2	122,7	72,2	637,5	2021 Aug.	
486,7	188,8	297,9	822,8	580,5	76,1	79,1	34,9	86,0	82,8	1,2	124,6	72,3	605,5	Sept.	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
439,2	128,7	310,5	676,0	483,2	43,6	124,4	9,5	14,9	14,2	9,8	40,5	101,5	72,7	2021 Aug.	
471,2	149,5	321,7	679,3	484,0	48,1	122,5	13,8	14,9	14,2	9,8	40,6	102,8	74,4	Sept.	
Zweigstellen ausländischer Banken															
253,1	151,5	101,7	172,6	122,6	25,8	23,7	–	0,4	0,4	0,1	0,4	11,6	9,1	2021 Aug.	
250,1	149,6	100,5	169,3	121,7	23,4	23,6	–	0,4	0,4	0,1	0,3	11,7	8,7	Sept.	
Landesbanken															
300,0	64,2	235,7	240,8	146,3	21,7	66,7	0,6	6,1	6,0	0,0	178,7	43,2	87,9	2021 Aug.	
288,3	55,7	232,6	250,4	153,3	24,7	66,3	0,5	6,0	6,0	0,0	180,1	43,2	85,2	Sept.	
Sparkassen															
193,9	3,3	190,7	1 139,8	828,3	10,2	13,2	–	277,5	260,7	10,6	17,1	131,9	48,1	2021 Aug.	
197,6	4,7	192,9	1 136,8	825,1	10,8	13,2	–	277,2	260,5	10,5	17,1	131,9	48,1	Sept.	
Kreditgenossenschaften															
161,3	1,6	159,7	822,1	594,0	27,8	14,3	–	182,3	177,6	3,8	9,7	93,9	33,1	2021 Aug.	
162,3	1,5	160,8	821,0	593,1	27,8	14,6	–	181,7	177,0	3,9	9,6	94,1	34,1	Sept.	
Realkreditinstitute															
62,0	2,3	59,7	60,2	2,0	3,9	54,3	–	–	–	–	104,2	10,0	9,7	2021 Aug.	
61,4	2,2	59,2	59,5	1,9	4,1	53,4	–	–	–	–	103,2	10,0	11,9	Sept.	
Bausparkassen															
31,8	2,0	29,8	191,8	3,5	1,5	186,4	–	0,5	0,5	0,1	3,3	12,3	10,9	2021 Aug.	
31,5	2,0	29,5	192,0	3,5	1,4	186,5	–	0,5	0,5	0,1	3,3	12,4	11,0	Sept.	
Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben															
417,3	109,4	307,8	132,0	46,2	11,1	74,6	1,2	–	–	–	709,5	84,1	121,6	2021 Aug.	
408,8	103,0	305,8	138,8	52,0	12,2	74,4	1,1	–	–	–	725,6	84,1	117,5	Sept.	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
654,2	290,3	363,8	642,3	486,2	53,5	79,4	9,3	20,0	19,7	3,2	37,4	78,7	164,3	2021 Aug.	
681,1	309,0	372,0	641,3	487,7	51,5	78,9	9,7	20,1	19,8	3,1	38,6	78,9	165,0	Sept.	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
401,0	138,9	262,1	469,7	363,6	27,7	55,7	9,3	19,6	19,3	3,1	37,0	67,1	155,1	2021 Aug.	
431,0	159,5	271,5	472,1	366,0	28,1	55,2	9,7	19,7	19,4	3,0	38,2	67,1	156,3	Sept.	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG), Deutsche Postbank AG (ab Dezember 2004 bis April 2018) und DB Privat- und Firmenkundenbank AG (ab Mai 2018) (siehe Erläuterungen

im Statistischen Beiheft 1, Bankenstatistik, Tabelle I.3, Bankengruppenbezeichnung „Großbanken“). 8 Summe der in anderen Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapiere(n), Wertpapiere(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015	3 233,9	2 764,4	255,5	207,8	207,6	0,2	47,8	47,5	0,2	2 978,3	2 451,4
2016	3 274,3	2 824,2	248,6	205,7	205,4	0,3	42,9	42,8	0,1	3 025,8	2 530,0
2017	3 332,6	2 894,4	241,7	210,9	210,6	0,3	30,7	30,3	0,4	3 090,9	2 640,0
2018	3 394,5	2 990,4	249,5	228,0	227,6	0,4	21,5	21,7	- 0,2	3 145,0	2 732,8
2019	3 521,5	3 119,5	260,4	238,8	238,4	0,4	21,6	18,7	2,9	3 261,1	2 866,9
2020	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2020 April	3 594,3	3 185,5	285,0	255,6	254,9	0,7	29,4	22,9	6,5	3 309,3	2 908,0
Mai	3 620,9	3 204,4	285,3	254,3	253,2	1,1	31,1	22,0	9,1	3 335,6	2 931,7
Juni	3 621,1	3 206,8	278,9	248,5	247,6	0,8	30,4	23,3	7,2	3 342,2	2 939,8
Juli	3 625,7	3 217,4	274,8	243,4	242,6	0,8	31,5	24,2	7,3	3 350,9	2 953,2
Aug.	3 629,7	3 219,7	265,6	237,7	236,9	0,8	28,0	19,4	8,6	3 364,0	2 967,3
Sept.	3 634,2	3 224,6	261,9	232,0	231,3	0,7	29,9	22,3	7,7	3 372,3	2 976,0
Okt.	3 651,1	3 237,8	261,0	229,5	228,7	0,7	31,6	23,3	8,2	3 390,1	2 991,5
Nov.	3 661,1	3 247,6	258,7	229,3	228,7	0,6	29,4	22,4	7,0	3 402,4	3 001,7
Dez.	3 647,0	3 245,3	243,3	221,6	221,2	0,4	21,6	18,0	3,6	3 403,8	3 013,0
2021 Jan.	3 654,0	3 251,0	247,7	221,9	221,3	0,6	25,8	19,7	6,1	3 406,3	3 018,4
Febr.	3 669,3	3 261,9	249,5	224,2	223,6	0,6	25,3	18,5	6,8	3 419,7	3 031,9
März	3 699,1	3 287,7	261,3	236,6	236,0	0,6	24,7	18,6	6,1	3 437,8	3 048,6
April	3 693,9	3 287,7	248,6	223,5	222,8	0,7	25,1	20,2	4,9	3 445,2	3 061,5
Mai	3 709,6	3 300,4	248,7	225,4	224,6	0,8	23,3	19,5	3,8	3 460,9	3 075,1
Juni	3 709,2	3 305,8	250,7	225,8	225,0	0,8	24,9	19,9	5,1	3 458,5	3 082,5
Juli	3 725,3	3 323,0	248,2	221,0	220,2	0,8	27,2	21,9	5,3	3 477,1	3 102,5
Aug.	3 736,4	3 332,9	245,0	221,1	220,4	0,7	23,9	18,9	4,9	3 491,5	3 116,8
Sept.	3 749,9	3 342,2	248,0	224,6	223,9	0,7	23,4	19,6	3,7	3 501,9	3 123,2
Veränderungen *)											
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2015	+ 68,9	+ 54,1	+ 1,6	- 1,3	- 0,9	- 0,4	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 67,2	+ 73,9
2016	+ 43,7	+ 62,7	- 5,2	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 4,9	- 4,8	- 0,2	+ 48,9	+ 79,8
2017	+ 57,0	+ 70,2	- 6,5	+ 5,6	+ 5,6	+ 0,0	- 12,1	- 12,4	+ 0,3	+ 63,5	+ 103,4
2018	+ 71,5	+ 105,3	+ 6,6	+ 15,8	+ 15,7	+ 0,1	- 9,2	- 8,6	- 0,6	+ 65,0	+ 102,0
2019	+ 126,7	+ 129,1	+ 11,7	+ 11,6	+ 11,6	+ 0,0	+ 0,1	- 3,0	+ 3,1	+ 115,0	+ 132,8
2020	+ 123,2	+ 123,6	- 19,6	- 19,8	- 19,8	- 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 0,7	+ 142,8	+ 145,6
2020 April	+ 14,4	+ 11,2	- 3,3	- 6,3	- 6,2	- 0,1	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,3	+ 17,7	+ 15,9
Mai	+ 24,1	+ 16,4	- 2,2	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	+ 1,7	- 0,9	+ 2,5	+ 26,3	+ 23,7
Juni	+ 0,2	+ 2,5	- 6,4	- 5,8	- 5,6	- 0,2	- 0,6	+ 1,3	- 1,9	+ 6,6	+ 7,9
Juli	+ 4,6	+ 10,5	- 5,9	- 6,9	- 6,8	- 0,1	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,1	+ 10,5	+ 15,2
Aug.	+ 4,0	+ 2,4	- 7,5	- 4,1	- 4,1	- 0,0	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	+ 11,5	+ 12,6
Sept.	+ 4,6	+ 4,9	- 3,7	- 5,6	- 5,6	- 0,1	+ 2,0	+ 2,9	- 0,9	+ 8,3	+ 8,6
Okt.	+ 16,5	+ 12,9	- 0,9	- 2,6	- 2,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,1	+ 0,6	+ 17,4	+ 14,6
Nov.	+ 10,6	+ 10,4	- 2,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	- 2,0	- 0,7	- 1,2	+ 12,7	+ 10,6
Dez.	- 14,1	- 2,3	- 15,5	- 7,7	- 7,5	- 0,2	- 7,8	- 4,4	- 3,4	+ 1,4	+ 11,2
2021 Jan.	+ 6,6	+ 5,3	+ 4,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	+ 4,2	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,1	+ 5,2
Febr.	+ 15,3	+ 10,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,3	+ 0,0	- 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 13,5	+ 13,3
März	+ 29,7	+ 25,6	+ 11,2	+ 12,5	+ 12,5	- 0,0	- 1,3	+ 0,0	- 1,4	+ 18,5	+ 16,3
April	- 5,2	- 0,0	- 12,8	- 13,1	- 13,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 1,6	- 1,2	+ 7,5	+ 13,0
Mai	+ 15,6	+ 12,5	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,7	+ 0,1	- 1,8	- 0,6	- 1,2	+ 15,5	+ 13,4
Juni	- 0,4	+ 5,5	+ 2,0	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 1,7	+ 0,4	+ 1,3	- 2,4	+ 7,3
Juli	+ 16,1	+ 17,2	- 2,0	- 4,2	- 4,3	+ 0,0	+ 2,3	+ 2,0	+ 0,3	+ 18,1	+ 19,5
Aug.	+ 10,9	+ 9,7	- 3,2	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 3,3	- 2,9	- 0,4	+ 14,1	+ 14,2
Sept.	+ 13,5	+ 9,3	+ 3,3	+ 3,7	+ 3,8	- 0,0	- 0,5	+ 0,7	- 1,2	+ 10,2	+ 6,2

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrach-

ten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013	
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014	
2 232,4	256,0	1 976,3	219,0	18,3	527,0	277,0	27,9	249,0	250,0	–	2,1	2015	
2 306,5	264,1	2 042,4	223,4	17,3	495,8	269,4	23,9	245,5	226,4	–	1,8	2016	
2 399,5	273,5	2 125,9	240,6	17,4	450,9	254,0	22,5	231,5	196,9	–	1,7	2017	
2 499,4	282,6	2 216,8	233,4	16,5	412,1	241,7	19,7	222,0	170,4	–	1,4	2018	
2 626,4	301,3	2 325,1	240,5	15,7	394,2	235,9	17,2	218,8	158,2	–	1,5	2019	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	2020	
2 671,3	307,2	2 364,1	236,7	15,9	401,3	236,4	17,3	219,1	164,9	–	1,3	2020 April	
2 692,9	310,7	2 382,2	238,9	18,1	403,9	236,3	17,4	218,9	167,6	–	1,3	Mai	
2 701,4	310,8	2 390,6	238,4	19,6	402,4	234,5	17,1	217,4	167,9	–	1,2	Juni	
2 715,7	312,5	2 403,2	237,5	21,0	397,7	234,9	16,7	218,1	162,8	–	1,2	Juli	
2 729,1	313,1	2 416,0	238,2	21,3	396,7	234,4	16,7	217,7	162,3	–	1,2	Aug.	
2 737,4	313,1	2 424,2	238,6	21,5	396,3	233,7	16,2	217,5	162,6	–	1,2	Sept.	
2 751,8	313,2	2 438,6	239,7	21,6	398,6	234,0	15,9	218,1	164,6	–	1,2	Okt.	
2 762,3	311,5	2 450,8	239,4	21,8	400,7	234,2	15,7	218,6	166,4	–	1,2	Nov.	
2 771,8	310,5	2 461,4	241,1	22,4	390,8	234,3	15,7	218,6	156,6	–	1,1	Dez.	
2 776,4	307,8	2 468,6	242,0	22,5	387,9	233,6	15,3	218,3	154,3	–	1,2	2021 Jan.	
2 787,7	309,7	2 478,1	244,2	22,8	387,8	232,0	15,4	216,6	155,8	–	1,1	Febr.	
2 802,4	314,5	2 487,9	246,1	23,1	389,3	230,7	15,2	215,5	158,6	–	1,1	März	
2 813,9	313,6	2 500,3	247,6	23,4	383,7	230,8	15,0	215,8	153,0	–	1,1	April	
2 825,1	311,7	2 513,5	249,9	23,6	385,9	231,1	14,9	216,2	154,8	–	1,1	Mai	
2 831,8	310,0	2 521,8	250,7	23,9	376,0	229,2	14,7	214,5	146,8	–	1,1	Juni	
2 851,4	310,7	2 540,8	251,0	24,0	374,6	229,5	14,9	214,6	145,1	–	1,1	Juli	
2 864,5	311,5	2 553,1	252,2	24,2	374,7	229,1	14,7	214,4	145,6	–	1,1	Aug.	
2 870,0	310,1	2 559,9	253,2	24,2	378,7	228,7	14,3	214,4	150,1	–	1,0	Sept.	
Veränderungen *)													
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012	
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013	
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	+ 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014	
+ 59,0	+ 4,5	+ 54,6	+ 14,8	– 2,1	– 6,6	– 6,9	– 4,8	– 2,0	+ 0,2	–	+ 0,0	2015	
+ 75,1	+ 9,7	+ 65,4	+ 4,7	– 0,9	– 30,9	– 7,3	– 4,0	– 3,3	– 23,6	–	– 0,4	2016	
+ 87,6	+ 9,4	+ 78,2	+ 15,8	+ 0,1	– 39,9	– 10,6	– 1,3	– 9,3	– 29,4	–	– 0,1	2017	
+ 108,7	+ 19,3	+ 89,4	– 6,7	– 0,9	– 37,1	– 10,5	– 2,7	– 7,8	– 26,6	–	– 0,0	2018	
+ 126,0	+ 18,9	+ 107,2	+ 6,8	– 0,8	– 17,8	– 5,5	– 2,6	– 2,9	– 12,3	–	+ 0,1	2019	
+ 145,0	+ 9,4	+ 135,5	+ 0,6	+ 6,1	– 2,8	– 1,1	– 1,5	+ 0,4	– 1,7	–	– 0,4	2020	
+ 16,7	+ 2,7	+ 14,0	– 0,8	+ 0,2	+ 1,8	– 0,0	+ 0,1	– 0,1	+ 1,8	–	+ 0,0	2020 April	
+ 21,5	+ 3,5	+ 18,0	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,6	– 0,0	+ 0,2	– 0,2	+ 2,7	–	+ 0,0	Mai	
+ 8,4	+ 0,0	+ 8,4	– 0,5	+ 1,5	– 1,3	– 1,6	– 0,3	– 1,3	+ 0,3	–	– 0,1	Juni	
+ 16,1	+ 1,6	+ 14,5	– 0,9	+ 0,9	– 4,7	+ 0,3	– 0,4	+ 0,7	– 5,1	–	+ 0,0	Juli	
+ 11,9	+ 0,7	+ 11,2	+ 0,7	+ 0,3	– 1,0	– 0,6	– 0,1	– 0,5	– 0,5	–	– 0,0	Aug.	
+ 8,2	– 0,0	+ 8,2	+ 0,4	+ 0,1	– 0,4	– 0,7	– 0,4	– 0,3	+ 0,3	–	+ 0,0	Sept.	
+ 13,5	+ 0,1	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 2,8	+ 0,9	– 0,4	+ 1,2	+ 1,9	–	+ 0,0	Okt.	
+ 10,9	– 1,2	+ 12,1	– 0,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,2	+ 0,5	+ 1,8	–	– 0,0	Nov.	
+ 9,5	– 1,0	+ 10,5	+ 1,7	+ 0,7	– 9,8	+ 0,0	– 0,0	+ 0,0	– 9,9	–	– 0,1	Dez.	
+ 4,3	– 2,7	+ 7,1	+ 0,9	+ 0,1	– 3,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 2,3	–	+ 0,1	2021 Jan.	
+ 11,1	+ 1,8	+ 9,3	+ 2,1	+ 0,3	+ 0,2	– 1,3	+ 0,1	– 1,4	+ 1,5	–	– 0,0	Febr.	
+ 14,4	+ 4,7	+ 9,7	+ 1,9	+ 0,3	+ 2,1	– 1,4	– 0,2	– 1,2	+ 3,5	–	– 0,0	März	
+ 11,5	– 0,9	+ 12,4	+ 1,5	+ 0,2	– 5,5	+ 0,1	– 0,2	+ 0,3	– 5,6	–	– 0,0	April	
+ 11,0	– 1,9	+ 13,0	+ 2,3	+ 0,2	+ 2,1	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	+ 1,8	–	+ 0,0	Mai	
+ 6,5	– 1,7	+ 8,2	+ 0,8	+ 0,3	– 9,7	– 1,8	– 0,2	– 1,5	– 7,9	–	– 0,0	Juni	
+ 19,2	+ 0,2	+ 19,0	+ 0,3	+ 0,1	– 1,4	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	– 1,7	–	– 0,0	Juli	
+ 13,0	+ 0,8	+ 12,3	+ 1,2	+ 0,2	– 0,1	– 0,6	– 0,1	– 0,4	+ 0,5	–	– 0,0	Aug.	
+ 5,2	– 1,4	+ 6,6	+ 1,0	– 0,0	+ 4,0	– 0,4	– 0,5	+ 0,0	+ 4,4	–	+ 0,0	Sept.	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
 schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen						Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit
darunter:			nachrichtlich:			sonstige Kredite			darunter:			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	
zusammen	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten	zusammen			darunter Kredite für den Wohnungsbau
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)														Kredite insgesamt
803,6	264,5	51,1	193,9	447,5	47,6	1 288,4	1 050,4	238,0	176,5	7,9	15,9	3,9	2019	
833,5	281,7	55,1	201,9	458,9	48,1	1 335,9	1 098,8	237,0	178,3	7,5	16,0	3,9	2020 Sept.	
843,7	286,6	53,8	204,1	464,0	47,9	1 353,4	1 118,3	235,2	177,4	6,7	16,2	4,0	2020 Dez.	
863,3	293,7	59,2	204,3	467,7	48,3	1 364,8	1 132,6	232,2	175,4	6,6	16,4	4,1	2021 März	
872,0	296,9	58,2	208,6	473,6	48,7	1 386,3	1 154,0	232,4	174,8	6,6	16,2	4,1	2021 Juni	
881,7	304,0	57,8	210,5	478,3	48,9	1 410,5	1 176,6	233,9	176,4	7,0	16,3	4,3	2021 Sept.	
Kurzfristige Kredite														
65,0	14,4	9,7	10,2	23,9	4,9	31,6	3,3	28,2	1,3	7,9	0,7	0,0	2019	
63,1	15,6	10,7	10,9	21,7	4,3	29,3	3,5	25,8	1,3	7,5	0,6	0,0	2020 Sept.	
61,9	15,7	9,6	10,5	20,9	3,7	28,6	3,4	25,2	1,3	6,7	0,6	0,0	2020 Dez.	
67,9	16,5	12,3	10,2	20,5	3,9	27,9	3,4	24,6	1,3	6,6	0,7	0,0	2021 März	
67,1	16,0	11,5	10,4	21,0	4,1	28,6	3,4	25,2	1,4	6,6	0,5	0,0	2021 Juni	
63,3	16,9	10,3	9,8	20,5	4,3	29,6	3,4	26,2	1,5	7,0	0,5	0,0	2021 Sept.	
Mittelfristige Kredite														
85,7	18,1	11,0	22,9	31,9	3,5	81,4	19,9	61,4	58,0	-	0,5	0,0	2019	
89,6	20,0	12,6	24,1	31,9	3,6	80,6	20,0	60,6	57,2	-	0,5	0,0	2020 Sept.	
89,6	20,4	11,8	24,5	32,0	3,5	79,6	20,0	59,6	56,1	-	0,5	0,0	2020 Dez.	
94,9	21,9	14,4	25,2	31,5	3,6	77,6	19,8	57,8	54,2	-	0,5	0,0	2021 März	
95,7	22,2	14,4	26,4	31,3	3,4	76,7	19,8	56,9	53,1	-	0,5	0,0	2021 Juni	
97,0	23,2	14,1	27,4	31,1	3,4	76,3	20,0	56,3	52,4	-	0,6	0,1	2021 Sept.	
Langfristige Kredite														
652,9	232,0	30,4	160,9	391,7	39,1	1 175,5	1 027,1	148,3	117,1	-	14,7	3,8	2019	
680,8	246,1	31,8	166,9	405,3	40,1	1 226,0	1 075,4	150,7	119,8	-	15,0	3,9	2020 Sept.	
692,3	250,5	32,4	169,1	411,1	40,7	1 245,3	1 094,9	150,4	120,0	-	15,1	4,0	2020 Dez.	
700,5	255,3	32,5	168,9	415,7	40,8	1 259,3	1 109,5	149,8	119,9	-	15,2	4,1	2021 März	
709,2	258,7	32,3	171,8	421,3	41,1	1 281,1	1 130,8	150,3	120,3	-	15,2	4,1	2021 Juni	
721,3	263,9	33,3	173,3	426,7	41,2	1 304,7	1 153,3	151,4	122,6	-	15,3	4,2	2021 Sept.	
Veränderungen im Vierteljahr *)														Kredite insgesamt
+ 7,0	+ 3,9	- 0,8	+ 3,2	+ 5,4	+ 0,0	+ 21,7	+ 20,0	+ 1,6	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
+ 9,6	+ 5,2	- 1,5	+ 1,8	+ 4,4	+ 0,2	+ 17,6	+ 19,3	- 1,6	- 0,7	- 0,8	+ 0,2	+ 0,1	2020 4.Vj.	
+ 19,6	+ 7,0	+ 5,4	+ 0,3	+ 3,2	+ 0,4	+ 11,6	+ 14,6	- 2,9	- 2,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,7	+ 3,2	- 0,9	+ 4,3	+ 5,8	+ 0,4	+ 21,3	+ 21,1	+ 0,2	- 0,4	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 9,7	+ 6,5	- 0,5	+ 1,7	+ 4,2	+ 0,2	+ 24,3	+ 22,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	2021 3.Vj.	
Kurzfristige Kredite														
- 2,6	+ 0,8	- 1,2	- 0,5	- 0,0	- 0,3	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
- 1,2	+ 0,2	- 1,1	- 0,4	- 0,8	- 0,6	- 0,7	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 0,0	2020 4.Vj.	
+ 6,0	+ 0,7	+ 2,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	- 0,5	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	2021 1.Vj.	
- 0,8	- 0,5	- 0,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
- 2,7	+ 0,9	- 1,2	- 0,6	- 0,5	+ 0,2	+ 1,0	+ 0,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,5	- 0,0	+ 0,0	2021 3.Vj.	
Mittelfristige Kredite														
+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,3	-	- 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
- 0,0	+ 0,4	- 0,9	+ 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,6	+ 0,0	- 0,7	- 0,7	-	+ 0,0	- 0,0	2020 4.Vj.	
+ 5,6	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,9	- 0,5	+ 0,1	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,9	-	+ 0,0	+ 0,0	2021 1.Vj.	
+ 0,8	+ 0,3	- 0,0	+ 1,2	- 0,2	- 0,2	- 0,9	+ 0,1	- 1,0	- 1,1	-	- 0,1	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 1,1	+ 0,8	- 0,3	+ 0,9	- 0,2	- 0,1	- 0,4	+ 0,2	- 0,6	- 0,7	-	+ 0,1	+ 0,0	2021 3.Vj.	
Langfristige Kredite														
+ 8,6	+ 2,8	+ 0,4	+ 3,0	+ 5,4	+ 0,2	+ 21,1	+ 20,0	+ 1,1	+ 1,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2020 3.Vj.	
+ 10,8	+ 4,6	+ 0,4	+ 1,8	+ 4,9	+ 0,5	+ 19,0	+ 19,3	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,2	+ 0,1	2020 4.Vj.	
+ 8,0	+ 4,8	+ 0,1	- 0,2	+ 4,1	+ 0,1	+ 14,3	+ 14,8	- 0,6	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1	2021 1.Vj.	
+ 8,8	+ 3,4	- 0,1	+ 2,9	+ 5,5	+ 0,3	+ 21,6	+ 21,0	+ 0,6	+ 0,6	-	- 0,0	+ 0,0	2021 2.Vj.	
+ 11,3	+ 4,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 4,9	+ 0,1	+ 23,6	+ 22,5	+ 1,2	+ 1,7	-	+ 0,1	+ 0,1	2021 3.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	inländische Privatpersonen			
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2018	2 283,4	1 433,5	1 396,1	248,4	991,3	156,4	37,4	260,4	246,7	21,3	188,6	36,7
2019	2 392,4	1 547,2	1 507,9	266,3	1 081,6	160,1	39,3	261,7	248,3	20,8	190,2	37,3
2020	2 539,5	1 713,8	1 672,7	291,1	1 215,4	166,2	41,1	258,6	245,1	19,3	190,5	35,2
2021 April	2 597,1	1 771,6	1 729,4	299,9	1 261,2	168,3	42,2	256,8	244,0	19,0	190,1	34,9
Mai	2 610,0	1 785,3	1 742,1	300,8	1 272,0	169,2	43,2	255,8	242,8	18,9	189,3	34,7
Juni	2 611,8	1 787,9	1 744,7	298,8	1 277,2	168,7	43,2	255,7	242,3	18,7	189,0	34,5
Juli	2 618,9	1 799,4	1 755,5	306,6	1 280,3	168,5	44,0	251,8	238,7	18,3	186,4	34,0
Aug.	2 614,6	1 796,5	1 751,9	310,0	1 275,1	166,8	44,6	251,1	238,1	17,8	186,5	33,8
Sept.	2 609,0	1 792,0	1 747,4	305,4	1 275,2	166,8	44,6	250,9	238,1	18,1	186,0	34,0
Veränderungen *)												
2019	+ 108,8	+ 113,6	+ 111,8	+ 18,5	+ 88,7	+ 4,6	+ 1,8	+ 1,2	+ 1,7	- 0,6	+ 1,6	+ 0,7
2020	+ 147,5	+ 166,9	+ 165,0	+ 26,0	+ 131,5	+ 7,5	+ 1,8	- 3,1	- 3,2	- 1,5	- 1,6	- 0,2
2021 April	+ 20,6	+ 21,5	+ 22,3	+ 5,8	+ 15,2	+ 1,3	- 0,8	- 1,2	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,2
Mai	+ 12,8	+ 13,6	+ 12,7	+ 1,0	+ 10,7	+ 1,0	+ 1,0	- 1,0	- 1,2	- 0,2	- 0,8	- 0,2
Juni	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	- 2,1	+ 5,2	- 0,5	- 0,0	- 0,1	- 0,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2
Juli	+ 7,1	+ 11,5	+ 10,8	+ 7,8	+ 3,2	- 0,2	+ 0,7	- 3,8	- 3,5	- 0,5	- 2,6	- 0,5
Aug.	- 4,3	- 3,0	- 3,6	+ 3,3	- 5,3	- 1,6	+ 0,7	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1
Sept.	- 5,6	- 4,8	- 4,7	- 4,5	+ 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2018	218,9	10,5	4,7	1,7	4,1	0,1	12,2	39,0	13,4	11,5	13,0	1,2	13,0
2019	237,1	11,2	5,4	1,5	4,2	0,1	11,6	53,8	21,1	17,1	14,5	1,0	13,1
2020	229,5	48,6	4,8	7,2	36,5	0,0	11,3	46,5	21,2	11,4	13,2	0,7	14,1
2021 April	213,7	48,6	6,0	6,6	35,9	0,0	11,5	43,7	20,6	10,6	11,9	0,6	13,9
Mai	218,4	46,6	6,1	5,1	35,3	0,0	11,5	45,3	22,3	10,4	12,0	0,6	13,8
Juni	209,0	45,6	6,3	4,3	35,0	0,0	11,4	43,0	19,8	10,6	12,1	0,6	13,8
Juli	211,8	44,3	6,2	3,0	35,0	0,0	11,3	48,7	24,8	11,2	12,1	0,6	13,9
Aug.	207,9	44,0	6,2	1,8	36,0	0,0	11,4	42,9	18,9	11,4	12,0	0,6	13,9
Sept.	212,1	45,3	6,5	2,7	36,1	0,0	11,4	49,1	24,1	13,0	11,4	0,6	13,8
Veränderungen *)													
2019	+ 17,1	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,0	- 0,6	+ 13,8	+ 7,7	+ 5,2	+ 1,1	- 0,2	+ 0,0
2020	- 6,9	+ 37,3	- 0,6	+ 5,7	+ 32,2	- 0,0	- 0,3	- 7,0	+ 0,2	- 5,7	- 1,3	- 0,2	+ 1,0
2021 April	- 0,7	- 0,4	+ 0,2	- 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	+ 1,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,0
Mai	+ 4,7	- 1,9	+ 0,1	- 1,5	- 0,6	-	+ 0,0	+ 1,6	+ 1,7	- 0,2	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0
Juni	- 9,3	- 1,0	+ 0,1	- 0,8	- 0,3	-	- 0,1	- 2,2	- 2,5	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,0
Juli	+ 2,7	- 1,3	- 0,1	- 1,2	- 0,0	-	- 0,1	+ 5,6	+ 5,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0
Aug.	- 3,9	- 0,2	+ 0,0	- 1,3	+ 1,0	-	+ 0,0	- 5,8	- 5,9	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,0
Sept.	+ 4,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,0	-	- 0,0	+ 6,2	+ 5,3	+ 1,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerb-zweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerb-zweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		zusammen								
		darunter:										
		bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
13,7	49,4	211,0	11,1	199,9	567,9	560,6	7,2	21,7	5,8	2,4	–	2018
13,3	45,6	216,1	11,2	204,9	565,1	558,1	7,0	18,4	5,4	2,4	–	2019
13,5	40,1	218,5	12,0	206,5	552,0	545,7	6,3	15,1	6,7	2,7	–	2020
12,8	37,7	219,1	11,9	207,2	554,3	548,0	6,3	14,4	6,8	2,7	–	2021 April
13,0	36,5	219,3	11,8	207,5	554,8	548,4	6,3	14,1	7,0	2,7	–	Mai
13,4	36,7	218,9	11,7	207,2	554,2	547,9	6,3	14,0	7,0	2,8	–	Juni
13,1	33,1	218,7	11,7	207,0	553,7	547,5	6,2	13,9	7,0	2,8	–	Juli
13,0	32,4	218,7	11,7	207,0	553,2	547,1	6,2	13,8	6,8	2,8	–	Aug.
12,7	32,4	218,5	11,5	207,0	552,4	546,3	6,2	13,7	6,6	2,8	–	Sept.
Veränderungen ^{*)}												
– 0,4	– 3,8	+ 5,1	+ 0,1	+ 5,0	– 2,8	– 2,5	– 0,3	– 3,3	– 0,4	+ 0,0	–	2019
+ 0,2	– 5,5	+ 2,4	+ 0,9	+ 1,6	– 13,0	– 12,3	– 0,7	– 3,3	+ 1,3	+ 0,2	–	2020
– 0,3	– 1,3	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,0	– 0,2	– 0,0	+ 0,0	–	2021 April
+ 0,1	– 1,2	+ 0,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,0	– 0,2	+ 0,2	+ 0,0	–	Mai
+ 0,4	+ 0,2	– 0,3	– 0,1	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	–	Juni
– 0,3	– 3,6	– 0,2	+ 0,0	– 0,3	– 0,5	– 0,4	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,0	–	Juli
– 0,2	– 0,7	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,5	– 0,5	– 0,0	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	–	Aug.
– 0,1	+ 0,0	+ 0,0	– 0,1	+ 0,2	– 0,8	– 0,8	– 0,0	– 0,1	– 0,2	+ 0,0	–	Sept.

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen ³⁾		Spar-einlagen und Spar-briefe ^{2) 4)}	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zu-sammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe ²⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
65,4	35,1	9,8	14,9	5,7	0,0	103,9	9,5	45,0	48,4	1,0	–	2018
65,3	37,4	8,6	14,0	5,4	0,0	106,8	10,8	48,8	46,2	1,1	–	2019
68,5	43,2	8,0	12,4	4,9	0,0	66,0	10,9	32,9	21,4	0,8	–	2020
61,3	37,6	6,5	12,5	4,7	0,0	60,2	16,3	24,1	18,9	0,8	–	2021 April
65,1	41,7	6,5	12,2	4,7	0,0	61,4	18,3	23,8	18,4	0,8	–	Mai
62,5	39,6	6,0	12,2	4,6	0,0	57,9	15,9	22,9	18,3	0,8	–	Juni
62,0	39,3	5,9	12,2	4,6	0,0	56,8	16,2	21,5	18,4	0,8	–	Juli
65,5	43,1	5,6	12,2	4,5	0,0	55,5	15,9	20,0	18,8	0,8	–	Aug.
62,6	40,5	5,6	12,0	4,5	0,0	55,1	15,0	20,9	18,4	0,8	–	Sept.
Veränderungen ^{*)}												
– 0,8	+ 2,1	– 1,4	– 1,2	– 0,3	+ 0,0	+ 2,8	+ 1,3	+ 3,7	– 2,2	+ 0,1	–	2019
+ 3,5	+ 5,9	– 0,6	– 1,3	– 0,5	– 0,0	– 40,8	+ 0,2	– 15,9	–24,8	– 0,3	–	2020
+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	– 0,0	– 0,0	–	– 2,1	+ 1,8	– 3,4	– 0,5	+ 0,0	–	2021 April
+ 3,8	+ 4,1	+ 0,0	– 0,3	– 0,0	–	+ 1,2	+ 2,0	– 0,3	– 0,5	+ 0,0	–	Mai
– 2,6	– 2,1	– 0,5	+ 0,0	– 0,0	–	– 3,5	– 2,4	– 0,9	– 0,1	– 0,0	–	Juni
– 0,4	– 0,2	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	–	– 1,1	+ 0,3	– 1,5	+ 0,0	– 0,0	–	Juli
+ 3,5	+ 3,8	– 0,3	– 0,0	– 0,0	–	– 1,3	– 0,3	– 1,5	+ 0,5	+ 0,0	–	Aug.
– 2,9	– 2,7	– 0,1	– 0,0	– 0,1	–	– 0,3	– 1,0	+ 1,0	– 0,3	– 0,0	–	Sept.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	inländische Nichtbanken			ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren		Nichtbanken insgesamt	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2018	585,6	578,6	541,1	333,4	37,5	27,2	7,0	6,2	2,3	41,2	37,3	27,9	3,9		
2019	581,8	575,2	540,5	313,2	34,7	24,7	6,6	5,9	2,0	35,9	33,2	25,1	2,6		
2020	566,8	560,6	533,3	288,0	27,3	18,0	6,3	5,7	1,8	30,2	28,3	22,1	1,9		
2021 Mai	569,4	563,2	537,5	276,4	25,7	16,5	6,1	5,6	0,1	26,8	26,3	20,8	0,5		
Juni	568,7	562,6	537,1	274,7	25,5	16,3	6,1	5,6	0,1	26,2	26,1	20,6	0,2		
Juli	568,1	562,0	536,8	273,0	25,2	16,1	6,1	5,6	0,1	26,0	25,9	20,4	0,2		
Aug.	567,6	561,5	536,6	273,1	25,0	15,8	6,0	5,5	0,1	25,8	25,6	20,3	0,2		
Sept.	566,7	560,7	536,0	270,2	24,8	15,6	6,0	5,5	0,1	25,6	25,5	20,2	0,2		
Veränderungen *)															
2019	- 3,9	- 3,5	- 0,6	- 21,3	- 2,8	- 2,5	- 0,4	- 0,3	.	- 5,3	- 4,1	- 2,8	- 1,2		
2020	- 14,8	- 14,5	- 7,2	- 24,6	- 7,3	- 6,7	- 0,3	- 0,2	.	- 5,7	- 4,9	- 3,0	- 0,7		
2021 Mai	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,8	- 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,4		
Juni	- 0,6	- 0,6	- 0,4	- 1,7	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,5	- 0,2	- 0,2	- 0,3		
Juli	- 0,6	- 0,6	- 0,3	- 1,7	- 0,3	- 0,3	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0		
Aug.	- 0,5	- 0,5	- 0,3	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,1	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0		
Sept.	- 0,9	- 0,8	- 0,6	- 2,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	.	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,0		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:				mit Laufzeit				über 2 Jahre	insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	bis 1 Jahr einschl.		über 1 Jahr bis 2 Jahre						
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2018	1 099,7	139,4	27,5	355,9	88,3	106,2	3,1	22,0	6,1	971,5	0,6	0,1	30,6	0,4
2019	1 140,7	123,5	28,6	367,7	96,7	117,7	2,6	23,6	4,2	999,4	0,9	0,7	31,5	0,4
2020	1 119,0	117,1	12,7	313,6	89,4	94,3	1,5	23,8	3,1	1 000,9	1,1	0,9	34,8	0,4
2021 Mai	1 143,7	112,1	11,3	317,4	86,6	91,5	2,0	20,9	3,8	1 031,3	1,6	0,9	32,9	0,1
Juni	1 150,2	111,3	11,3	324,1	97,6	102,4	2,0	21,1	3,9	1 026,7	1,8	1,0	34,1	0,1
Juli	1 145,3	111,6	11,5	318,8	89,5	94,3	2,0	21,4	4,1	1 029,5	1,7	1,0	34,1	0,1
Aug.	1 152,1	110,4	11,9	318,6	95,9	101,6	2,1	20,0	4,2	1 030,5	1,5	1,0	33,9	0,1
Sept.	1 169,7	108,6	12,5	331,6	104,4	110,2	2,1	18,9	4,3	1 040,6	1,2	1,0	34,7	0,1
Veränderungen *)														
2019	+ 40,6	- 15,9	+ 1,1	+ 11,8	+ 8,4	+ 11,5	- 0,5	+ 1,6	- 1,9	+ 27,4	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,8	- 0,3
2020	- 20,5	- 5,2	- 0,8	- 54,1	- 22,3	- 22,2	- 1,1	+ 0,2	- 1,1	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,1	- 0,0
2021 Mai	- 6,9	- 2,6	- 0,3	- 6,8	- 1,5	- 1,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,1	- 6,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,5	- 0,1
Juni	+ 6,5	- 0,7	+ 0,0	+ 6,7	+ 11,1	+ 11,0	- 0,0	+ 0,2	+ 0,1	- 4,6	+ 0,2	+ 0,0	+ 1,2	-
Juli	- 4,9	+ 0,3	+ 0,2	- 5,3	- 8,2	- 8,1	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 2,8	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	-
Aug.	+ 6,8	- 1,2	+ 0,5	- 0,2	+ 6,5	+ 7,3	+ 0,0	- 1,4	+ 0,1	+ 0,9	- 0,1	+ 0,0	- 0,2	-
Sept.	+ 17,6	- 1,8	+ 0,5	+ 13,0	+ 8,5	+ 8,6	+ 0,0	- 1,1	+ 0,1	+ 10,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,8	-

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *) Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
Alle Bausparkassen																
2019	19	237,9	34,0	0,0	16,2	11,4	117,6	28,0	25,9	2,9	21,0	179,7	9,8	1,8	12,0	88,7
2020	18	244,9	31,9	0,0	16,1	10,8	125,1	31,7	25,5	2,9	26,7	181,4	8,4	2,8	12,3	76,5
2021 Juli	18	248,9	30,6	0,0	15,7	10,3	128,0	34,8	25,6	2,9	27,8	182,8	8,9	3,3	12,3	6,1
Aug.	18	250,0	30,9	0,0	15,7	10,3	128,3	35,3	25,7	2,9	28,8	182,9	8,9	3,3	12,3	5,4
Sept.	18	250,1	30,2	0,0	15,7	10,3	128,9	35,6	25,6	2,9	28,6	183,1	8,9	3,3	12,4	5,5
Private Bausparkassen																
2021 Juli	10	173,8	15,4	-	6,9	7,6	100,0	29,7	11,4	1,7	25,4	118,7	8,6	3,3	8,4	4,0
Aug.	10	174,9	15,8	-	6,9	7,6	100,2	30,1	11,5	1,7	26,5	118,7	8,6	3,3	8,4	3,4
Sept.	10	174,9	15,2	-	6,9	7,5	100,6	30,4	11,5	1,7	26,2	119,0	8,6	3,3	8,5	3,3
Öffentliche Bausparkassen																
2021 Juli	8	75,1	15,3	0,0	8,9	2,7	28,0	5,1	14,2	1,2	2,4	64,1	0,3	-	3,9	2,1
Aug.	8	75,1	15,1	0,0	8,9	2,7	28,2	5,1	14,2	1,2	2,3	64,2	0,3	-	3,9	2,0
Sept.	8	75,2	15,0	0,0	8,8	2,7	28,3	5,2	14,2	1,2	2,4	64,1	0,3	-	3,9	2,1

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zuteil-lungen 11)	ins-gesamt	Zuteilungen		neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zierungs-krediten	darunter aus Zuteil-lungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal			
							Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)								
Alle Bausparkassen																
2019	27,3	2,1	7,5	49,2	25,8	42,9	16,4	4,2	4,6	3,6	21,9	18,1	6,5	7,2	5,4	0,2
2020	26,6	2,1	8,2	53,8	29,0	48,0	18,8	4,2	4,4	3,5	24,8	18,3	6,3	6,7	5,2	0,2
2021 Juli	2,3	0,0	0,8	4,4	2,5	4,3	1,8	0,4	0,4	0,3	2,1	19,0	6,4	0,5		0,0
Aug.	2,2	0,0	0,7	4,1	2,3	3,8	1,4	0,4	0,4	0,3	2,0	19,0	6,4	0,5		0,0
Sept.	2,3	0,0	0,8	4,0	2,1	3,8	1,3	0,4	0,4	0,3	2,0	18,9	6,4	0,5	...	0,0
Private Bausparkassen																
2021 Juli	1,5	0,0	0,4	3,2	1,8	3,3	1,3	0,3	0,3	0,3	1,7	14,3	3,5	0,4		0,0
Aug.	1,4	0,0	0,4	3,0	1,6	2,9	1,1	0,3	0,3	0,2	1,6	14,1	3,5	0,4		0,0
Sept.	1,5	0,0	0,4	2,9	1,5	2,9	1,0	0,3	0,3	0,2	1,6	14,1	3,4	0,4	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2021 Juli	0,8	0,0	0,4	1,2	0,7	1,0	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	2,9	0,1		0,0
Aug.	0,8	0,0	0,3	1,1	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	3,0	0,1		0,0
Sept.	0,8	0,0	0,4	1,1	0,7	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,8	2,9	0,1	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. **2** Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. **3** Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. **4** Einschl. Ausgleichsforderungen. **5** Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. **6** Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. **7** Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. **8** Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. **9** Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. **10** Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. **11** Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. **12** Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. **13** Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite									Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt			darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands		
	zusammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)		auslän-dische Nicht-banken						
					zusammen	kurzfristig						mittel- und langfristig	
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)									Auslandsfilialen				
897,1	607,2	428,8	178,4	290,0	11,4	9,7	1,8	278,5	91,2	54,0	358,9	302,6	2018
894,1	613,6	453,2	160,4	280,5	12,7	10,1	2,7	267,8	94,6	53,4	410,9	361,1	2019
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020
926,8	625,3	444,3	181,0	301,5	12,3	10,9	1,5	289,1	74,8	50,5	570,4	518,9	2020 Nov.
872,2	588,5	431,8	156,7	283,7	11,7	10,2	1,5	272,0	61,5	49,9	568,6	523,1	2020 Dez.
898,0	596,5	421,1	175,5	301,5	10,4	8,9	1,5	291,1	71,0	50,2	505,3	472,3	2021 Jan.
906,9	600,1	421,4	178,6	306,8	9,9	8,4	1,5	296,9	68,0	50,1	462,1	430,8	2021 Febr.
907,4	606,9	435,0	172,0	300,4	9,5	8,0	1,5	290,9	72,1	50,7	462,7	429,7	2021 März
911,4	612,3	438,3	174,0	299,1	9,0	7,5	1,5	290,1	73,1	50,3	443,4	412,2	2021 April
907,0	604,3	431,2	173,1	302,7	8,6	7,1	1,5	294,0	74,9	50,2	444,0	414,5	2021 Mai
904,8	607,4	438,0	169,4	297,4	8,3	6,8	1,5	289,0	72,1	51,0	447,9	415,9	2021 Juni
930,2	622,8	444,9	177,9	307,3	8,7	7,2	1,5	298,7	74,7	51,2	468,4	435,5	2021 Juli
932,9	624,6	438,7	185,9	308,3	8,5	7,0	1,5	299,8	81,6	51,3	471,3	436,0	2021 Aug.
Veränderungen *)													
- 7,2	+ 2,4	+ 24,4	- 22,0	- 9,6	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,9	- 10,9	+ 3,0	- 0,6	+ 52,0	+ 58,5	2019
- 9,2	- 13,3	- 21,4	+ 8,1	+ 4,1	- 1,0	+ 0,3	- 1,4	+ 5,1	- 28,1	- 3,5	+ 157,6	+ 162,0	2020
- 52,1	- 34,5	- 12,5	- 21,9	- 17,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 17,0	- 12,3	- 0,7	- 1,9	+ 4,1	2020 Dez.
+ 26,1	+ 7,7	- 10,6	+ 18,3	+ 18,4	- 1,3	- 1,3	- 0,0	+ 19,7	+ 9,2	+ 0,3	- 63,3	- 50,8	2021 Jan.
+ 8,9	+ 3,6	+ 0,7	+ 2,9	+ 5,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	+ 5,8	- 3,1	- 0,1	- 43,5	- 41,5	2021 Febr.
- 2,5	+ 4,2	+ 14,4	- 10,2	- 6,7	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 6,3	+ 2,8	+ 0,6	- 0,3	- 1,1	2021 März
+ 6,2	+ 7,3	+ 2,2	+ 5,1	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 0,0	- 0,5	+ 2,3	- 0,4	- 18,1	- 17,5	2021 April
- 3,4	- 7,0	- 7,1	+ 0,1	+ 3,6	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 4,0	+ 2,3	- 0,1	+ 0,5	+ 2,3	2021 Mai
- 5,2	+ 0,3	+ 6,7	- 6,5	- 5,5	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	- 5,2	- 4,1	+ 0,8	+ 3,9	+ 1,4	2021 Juni
+ 25,3	+ 15,3	+ 6,9	+ 8,3	+ 10,0	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 9,7	+ 2,6	+ 0,2	+ 20,5	+ 19,5	2021 Juli
+ 2,3	+ 1,4	- 6,2	+ 7,5	+ 0,9	- 0,2	- 0,2	-	+ 1,1	+ 6,6	+ 0,2	+ 3,0	+ 0,6	2021 Aug.
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)									Auslandstöchter				
171,5	71,6	36,1	35,5	100,0	9,1	6,4	2,7	90,8	14,3	22,4	29,0	0,0	2018
165,7	68,7	36,6	32,1	97,0	6,6	3,9	2,7	90,4	16,0	22,1	31,4	0,0	2019
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020
168,4	62,8	33,8	29,0	105,6	7,2	4,8	2,5	98,3	16,5	20,7	29,2	0,0	2020 Nov.
163,4	59,6	34,1	25,5	103,8	6,7	4,2	2,5	97,1	16,6	20,3	29,2	0,0	2020 Dez.
163,1	58,1	32,7	25,4	105,0	6,7	4,3	2,5	98,3	16,8	20,4	28,6	0,0	2021 Jan.
166,8	60,2	34,8	25,4	106,5	6,4	3,9	2,5	100,1	16,6	20,3	27,9	0,0	2021 Febr.
164,5	59,2	34,3	25,0	105,2	6,4	4,0	2,5	98,8	16,9	20,4	27,0	0,0	2021 März
166,1	59,0	33,4	25,7	107,0	6,4	4,0	2,5	100,6	17,3	20,4	27,0	0,0	2021 April
165,8	57,0	32,1	24,9	108,9	6,5	4,0	2,4	102,4	17,3	20,4	27,3	0,0	2021 Mai
167,8	58,5	32,2	26,3	109,3	6,6	4,2	2,4	102,7	17,6	20,5	29,6	0,0	2021 Juni
169,7	58,6	32,4	26,3	111,1	6,6	4,2	2,4	104,5	17,7	20,5	28,6	0,0	2021 Juli
169,8	58,2	31,1	27,1	111,6	6,6	4,2	2,4	105,0	17,5	20,8	28,6	0,0	2021 Aug.
Veränderungen *)													
- 6,7	- 3,2	+ 0,5	- 3,8	- 3,5	- 2,5	- 2,5	+ 0,0	- 1,0	+ 1,7	- 0,4	- 1,8	± 0,0	2019
+ 1,4	- 7,3	- 2,5	- 4,8	+ 8,7	+ 0,0	+ 0,3	- 0,3	+ 8,7	+ 0,6	- 1,8	- 1,0	± 0,0	2020
- 4,1	- 2,8	+ 0,3	- 3,1	- 1,3	- 0,5	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3	± 0,0	2020 Dez.
- 0,8	- 1,8	- 1,4	- 0,3	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,1	- 0,7	± 0,0	2021 Jan.
+ 3,6	+ 2,1	+ 2,2	- 0,0	+ 1,5	- 0,3	- 0,3	- 0,0	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 0,7	± 0,0	2021 Febr.
- 3,5	- 1,5	- 0,6	- 1,0	- 1,9	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 2,0	+ 0,3	+ 0,0	- 1,4	± 0,0	2021 März
+ 2,6	+ 0,3	- 0,9	+ 1,2	+ 2,3	- 0,0	- 0,0	- 0,0	+ 2,3	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,5	± 0,0	2021 April
+ 0,0	- 1,9	- 1,3	- 0,6	+ 2,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 1,9	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	± 0,0	2021 Mai
+ 1,2	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,9	± 0,0	2021 Juni
+ 1,8	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 1,7	+ 0,1	- 0,1	- 1,1	± 0,0	2021 Juli
- 0,1	- 0,5	- 1,3	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4	- 0,2	+ 0,3	- 0,1	± 0,0	2021 Aug.

besonders angemerkt. **1** Mehrere Filialen in einem Sitzland zählen als eine Filiale. **2** Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. **3** Einschl. eigener Schuldverschreibungen. **4** Ohne nachrangige Verbind-

lichkeiten und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen. **5** Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. **6** Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. **7** Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung im Euroraum

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2014	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015	11 375,0	113,8	113,3	557,1	443,8	0,0
2016	11 918,5	119,2	118,8	919,0	800,3	0,0
2017	12 415,8	124,2	123,8	1 275,2	1 151,4	0,0
2018	12 775,2	127,8	127,4	1 332,1	1 204,8	0,0
2019	13 485,4	134,9	134,5	1 623,7	1 489,3	0,0
2020	14 590,4	145,9	145,5	3 029,4	2 883,9	0,0
2021 Sept.	15 318,5	153,2	152,8	3 806,5	3 652,9	0,0
2021 Okt.
2021 Nov. ⁸⁾	15 459,3	154,6	154,2

2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Reservebasis ²⁾	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages ³⁾	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages ⁴⁾	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten ⁵⁾	Überschussreserven ⁶⁾	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls ⁷⁾
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015	3 137 353	27,6	31 374	31 202	174 361	143 159	0
2016	3 371 095	28,3	33 711	33 546	301 989	268 443	0
2017	3 456 192	27,8	34 562	34 404	424 547	390 143	2
2018	3 563 306	27,9	35 633	35 479	453 686	418 206	1
2019	3 728 027	27,6	37 280	37 131	486 477	449 346	0
2020	4 020 792	27,6	40 208	40 062	878 013	837 951	1
2021 Sept.	4 176 662	27,3	41 767	41 624	1 061 557	1 019 933	0
2021 Okt.
2021 Nov. ⁸⁾	4 230 453	27,4	42 305	42 164

a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonder-, Förder- und sonstigen zentralen Unterstützungsaufgaben
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 375	216	1 312
2015	6 105	5 199	2 012	10 432	5 649	226	1 578
2016	6 384	5 390	2 812	10 905	5 960	236	1 859
2017	6 366	5 678	3 110	11 163	6 256	132	1 699
2018	7 384	4 910	3 094	11 715	6 624	95	1 658
2019	7 684	5 494	2 765	12 273	7 028	109	1 778
2020	8 151	6 371	3 019	12 912	7 547	111	2 028
2021 Sept.	8 667	6 499	3 143	13 468	7 946	107	1 793
2021 Okt.
2021 Nov.

b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat ¹⁾	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs im Euroraum mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb des Euroraums mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015	2 063 317	1 879	375 891	592 110	104 146
2016	2 203 100	1 595	447 524	585 099	133 776
2017	2 338 161	628	415 084	581 416	120 894
2018	2 458 423	1 162	414 463	576 627	112 621
2019	2 627 478	1 272	410 338	577 760	111 183
2020	2 923 462	1 607	436 696	560 770	105 880
2021 Sept.	3 031 068	9 868	473 288	563 495	98 946
2021 Okt.
2021 Nov.

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von

bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze / Basiszinssätze

% p.a.

EZB-Zinssätze						Basiszinssätze							
Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinssatz gemäß BGB 1)
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz					
2005 6. Dez.	1,25	-	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	-	2,00	2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
2006 8. März	1,50	-	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	-	2,25	1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
15. Juni	1,75	-	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	-	2,00	2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
9. Aug.	2,00	-	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	-	1,75	1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
11. Okt.	2,25	-	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	-	1,50	2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	-0,13
13. Dez.	2,50	-	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	-	1,00	1. Juli	1,13	1. Juli	-0,38
2007 14. März	2,75	-	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	-	0,75	2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	-0,63
13. Juni	3,00	-	4,00	5,00	2014 11. Juni	-0,10	0,15	-	0,40	1. Juli	1,17	1. Juli	-0,73
2008 9. Juli	3,25	-	4,25	5,25	10. Sept.	-0,20	0,05	-	0,30	2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	-0,83
8. Okt.	2,75	-	3,75	4,75	2015 9. Dez.	-0,30	0,05	-	0,30	1. Juli	1,95	2016 1. Juli	-0,88
9. Okt.	3,25	3,75	-	4,25	2016 16. März	-0,40	0,00	-	0,25	2007 1. Jan.	2,70		
12. Nov.	2,75	3,25	-	3,75	2019 18. Sept.	-0,50	0,00	-	0,25	1. Juli	3,19		
10. Dez.	2,00	2,50	-	3,00						2008 1. Jan.	3,32		
2009 21. Jan.	1,00	2,00	-	3,00						1. Juli	3,19		
11. März	0,50	1,50	-	2,50									
8. April	0,25	1,25	-	2,25									
13. Mai	0,25	1,00	-	1,75									

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren *)

Gutschriftstag	Gebote Betrag Mio €	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit Tage
			Festsatz	% p.a.	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Hauptrefinanzierungsgeschäfte								
2021 20. Okt.		63	63	0,00	-	-	-	7
27. Okt.		103	103	0,00	-	-	-	7
3. Nov.		68	68	0,00	-	-	-	7
10. Nov.		254	254	0,00	-	-	-	7
17. Nov.		172	172	0,00	-	-	-	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte								
2021 26. Aug.		48	48	2) ...	-	-	-	91
30. Sept.		2	2	2) ...	-	-	-	84
30. Sept.		1339	1339	2) ...	-	-	-	364
28. Okt.		40	40	2) ...	-	-	-	91

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; a) Zuteilung zu dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während

der Laufzeit unter Einbeziehung eines Spreads oder b) Zuteilung zum durchschnittlichen Satz der Einlagefazilität während der Laufzeit.

3. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	€STR 1)	EONIA 1)	EURIBOR 2)				
			Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2021 April	-0,566	-0,48	-0,56	-0,56	-0,54	-0,52	-0,48
Mai	-0,565	-0,48	-0,57	-0,56	-0,54	-0,51	-0,48
Juni	-0,565	-0,48	-0,57	-0,56	-0,54	-0,52	-0,48
Juli	-0,566	-0,48	-0,57	-0,56	-0,55	-0,52	-0,49
Aug.	-0,568	-0,48	-0,57	-0,56	-0,55	-0,53	-0,50
Sept.	-0,570	-0,49	-0,57	-0,56	-0,55	-0,52	-0,49
Okt.	-0,571	-0,49	-0,57	-0,56	-0,55	-0,53	-0,48

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Unstimmigkeiten des EONIA-Satzes und der EURIBOR-Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Vom 4. Januar 1999 bis 30. September 2019 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act 360 berechneter gewichteter

Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft. Seit 1. Oktober 2019 berechnet als Euro Short-Term Rate (€STR) + 8,5 Basispunkte Aufschlag. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act 360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz. Administrator für EONIA und EURIBOR: European Money Markets Institute (EMMI)

VI. Zinssätze

4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFI) *)
 a) Bestände ^{o)}

		Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Sept.		0,26	54 068	1,02	218 212	-0,10	82 957	0,92	23 504
Okt.		0,26	53 982	1,01	218 002	-0,11	84 498	0,89	22 350
Nov.		0,26	52 719	1,00	217 758	-0,11	80 549	0,85	22 254
Dez.		0,25	53 079	1,00	219 376	-0,17	79 340	0,84	22 256
2021 Jan.		0,25	51 896	0,99	220 299	-0,16	74 531	0,85	21 979
Febr.		0,26	51 369	0,98	220 419	-0,16	72 894	0,85	22 242
März		0,25	51 417	0,98	220 406	-0,18	77 326	0,83	21 860
April		0,25	50 078	0,97	220 310	-0,19	74 026	0,84	21 529
Mai		0,24	48 897	0,96	220 455	-0,21	74 080	0,83	21 455
Juni		0,23	48 834	0,95	220 118	-0,23	71 148	0,88	21 464
Juli		0,23	45 300	0,94	219 790	-0,23	69 514	0,82	20 964
Aug.		0,22	44 901	0,93	219 708	-0,26	68 741	0,81	21 058
Sept.		0,23	44 268	0,93	219 590	-0,28	69 255	0,79	21 397

		Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
		mit Ursprungslaufzeit											
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Sept.		1,95	4 705	1,62	26 940	2,03	1 329 087	6,96	46 438	3,39	86 231	3,50	322 100
Okt.		1,92	4 792	1,62	26 962	2,00	1 337 259	6,86	45 325	3,38	85 849	3,48	323 886
Nov.		1,92	4 616	1,60	27 072	1,99	1 345 468	6,83	44 787	3,38	85 328	3,46	324 149
Dez.		1,92	4 557	1,60	27 024	1,97	1 353 793	6,80	45 013	3,37	85 416	3,45	323 181
2021 Jan.		1,90	4 663	1,59	26 903	1,95	1 357 733	6,90	43 164	3,36	84 363	3,42	323 164
Febr.		1,89	4 642	1,57	26 790	1,93	1 363 884	6,76	43 200	3,36	83 522	3,41	323 393
März		1,89	4 545	1,56	26 788	1,91	1 373 003	6,72	44 263	3,34	83 114	3,40	322 618
April		1,86	4 496	1,56	26 870	1,88	1 381 533	6,65	43 462	3,34	82 596	3,38	323 494
Mai		1,94	4 575	1,55	26 759	1,87	1 390 096	6,63	43 692	3,33	82 120	3,36	323 923
Juni		1,91	4 485	1,54	26 949	1,85	1 399 549	6,60	45 343	3,33	81 846	3,35	323 511
Juli		1,92	4 642	1,53	26 996	1,83	1 410 004	6,53	44 338	3,33	81 734	3,34	325 291
Aug.		1,94	4 581	1,52	27 041	1,82	1 418 884	6,60	44 785	3,33	81 447	3,32	325 890
Sept.		1,94	4 521	1,52	27 117	1,80	1 427 269	6,67	45 751	3,32	81 133	3,32	325 267

		Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
Stand am Monatsende		Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Sept.		2,07	160 014	1,68	186 700	1,77	774 045
Okt.		2,04	157 761	1,68	187 240	1,76	779 595
Nov.		2,06	154 555	1,69	187 341	1,75	784 308
Dez.		2,03	150 278	1,71	186 798	1,73	787 188
2021 Jan.		2,06	149 911	1,71	186 599	1,71	790 534
Febr.		2,02	152 425	1,71	189 130	1,70	793 839
März		1,78	163 745	1,67	194 734	1,69	794 245
April		1,96	151 270	1,67	195 027	1,68	798 088
Mai		1,93	153 129	1,65	194 737	1,68	802 212
Juni		2,01	149 474	1,65	193 910	1,67	801 420
Juli		1,94	148 978	1,64	194 327	1,65	808 937
Aug.		1,94	148 766	1,63	196 065	1,64	811 706
Sept.		1,97	150 161	1,64	195 121	1,63	811 203

* Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber im Euroraum gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik \ Geld- und Kapitalmärkte \ Zinssätze und Renditen \ Einlagen- und Kreditzinssätze) entnehmen. ^o Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum

Monatsultimo erhoben. **1** Die Effektivzinssätze werden entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. **2** Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. **3** Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. **4** Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. **5** Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. **6** Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 12 bis 14 S.47*.)

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Sept.	0,00	1 658 764	0,10	3 027	0,51	501	0,61	590	0,10	531 223	0,18	28 417
Okt.	0,00	1 680 565	0,10	3 014	0,44	509	0,60	805	0,10	531 245	0,18	28 001
Nov.	0,00	1 703 473	0,11	2 483	0,49	404	0,61	747	0,10	531 537	0,18	27 578
Dez.	0,00	1 715 292	-0,01	3 214	0,40	394	0,59	794	0,10	532 793	0,18	27 312
2021 Jan.	0,00	1 732 961	0,03	3 036	0,38	357	0,55	734	0,10	534 458	0,17	26 749
Febr.	-0,00	1 754 413	0,07	2 793	0,36	385	0,50	741	0,09	535 684	0,17	26 435
März	-0,00	1 750 971	0,06	3 073	0,32	342	0,41	834	0,09	535 778	0,17	26 115
April	-0,00	1 772 803	0,06	2 465	0,28	379	0,32	591	0,09	536 476	0,17	25 840
Mai	-0,01	1 786 469	0,01	2 399	0,37	307	0,32	529	0,09	537 061	0,16	25 715
Juni	-0,01	1 788 689	-0,04	2 957	0,23	310	0,28	566	0,09	536 727	0,16	25 503
Juli	-0,01	1 800 235	0,02	2 414	0,28	401	0,29	695	0,08	536 463	0,16	25 216
Aug.	-0,01	1 797 331	0,02	2 315	0,25	278	0,34	558	0,08	536 145	0,16	24 993
Sept.	-0,01	1 792 777	-0,01	2 254	0,26	241	0,34	513	0,08	535 555	0,15	24 780

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Sept.	-0,08	532 597	-0,36	37 956	-0,01	112	0,43	275
Okt.	-0,09	548 227	-0,36	38 781	0,10	237	0,33	548
Nov.	-0,09	549 032	-0,37	30 418	0,03	220	0,35	533
Dez.	-0,09	546 575	-0,42	34 321	-0,12	556	0,26	970
2021 Jan.	-0,10	545 028	-0,23	35 220	-0,05	126	0,19	129
Febr.	-0,10	539 935	-0,26	32 726	-0,01	113	0,37	537
März	-0,11	571 025	-0,12	54 987	0,07	363	0,24	919
April	-0,10	559 616	-0,25	52 411	-0,10	113	0,23	87
Mai	-0,11	564 627	-0,34	53 947	-0,04	194	0,37	231
Juni	-0,12	569 903	-0,50	64 520	-0,14	278	0,20	200
Juli	-0,12	581 879	-0,48	57 334	-0,22	322	0,09	168
Aug.	-0,13	589 698	-0,50	47 074	-0,17	174	0,07	699
Sept.	-0,12	591 253	-0,50	48 528	x)	x)	0,11	333

Kredite an private Haushalte											
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt			darunter neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahres- zinssatz 10) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Sept.	5,56	5,52	8 638	6,42	1 726	8,53	417	4,12	3 286	6,19	4 936
Okt.	5,73	5,62	8 265	6,36	1 739	8,39	436	4,32	2 905	6,14	4 924
Nov.	5,71	5,62	7 778	6,24	1 560	8,90	566	4,26	2 797	6,06	4 416
Dez.	5,53	5,48	6 652	6,08	1 193	8,08	551	4,24	2 544	5,97	3 556
2021 Jan.	5,88	5,85	6 836	6,43	1 655	7,99	439	4,45	1 973	6,26	4 423
Febr.	5,65	5,65	7 077	6,34	1 630	7,76	379	4,33	2 194	6,11	4 503
März	5,35	5,27	9 298	6,17	1 786	6,23	384	4,05	3 296	5,92	5 619
April	5,51	5,38	7 926	6,17	1 482	6,76	325	4,25	2 731	5,92	4 871
Mai	5,49	5,37	7 573	6,21	1 400	7,01	301	4,24	2 605	5,90	4 667
Juni	5,52	5,40	8 979	6,25	1 741	7,20	359	4,23	3 090	5,94	5 530
Juli	5,55	5,47	9 279	6,30	1 924	7,15	386	4,26	3 014	5,98	5 880
Aug.	5,54	5,44	8 696	6,29	1 747	7,54	340	4,30	2 828	5,89	5 528
Sept.	5,54	5,46	8 475	6,28	1 669	7,59	323	4,29	2 784	5,94	5 368

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkung x s. S. 47*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolving Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmontats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolving Krediten und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft wird aus Vereinfachungsgründen wie die

Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels eines geeigneten Schätzverfahrens auf die Grundgesamtheit aller MFIs in Deutschland hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *) b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte										
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung ⁵⁾										
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter neu verhandelte Kredite ⁹⁾		variabel oder bis 1 Jahr ⁹⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €
Kredite an private Haushalte										
2020 Sept.	1,83	4 517	1,60	1 170	1,98	1 997	2,37	612	1,51	1 908
Okt.	1,80	4 279	1,60	1 214	1,95	1 832	2,47	578	1,44	1 869
Nov.	1,84	4 026	1,61	930	1,96	1 731	2,44	585	1,51	1 710
Dez.	1,77	5 473	1,56	1 254	1,81	2 404	2,30	772	1,54	2 297
2021 Jan.	1,79	4 530	1,66	1 532	1,93	1 958	2,17	572	1,55	2 000
Febr.	1,71	4 265	1,69	1 000	1,74	1 680	2,08	578	1,58	2 007
März	1,68	5 715	1,59	1 331	1,69	2 358	2,20	691	1,53	2 666
April	1,65	4 662	1,52	1 263	1,58	1 956	2,08	724	1,55	1 982
Mai	1,74	3 877	1,51	909	1,79	1 589	2,32	550	1,51	1 738
Juni	1,63	5 170	1,53	1 119	1,55	2 198	2,26	702	1,51	2 270
Juli	1,68	4 950	1,50	1 428	1,71	1 920	2,09	732	1,52	2 298
Aug.	1,74	4 101	1,60	806	1,88	1 594	2,17	612	1,48	1 895
Sept.	1,65	4 401	1,47	941	1,72	1 950	1,99	626	1,47	1 825
darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen										
2020 Sept.	1,85	3 019	.	.	1,89	1 357	2,53	431	1,55	1 231
Okt.	1,78	2 888	.	.	1,81	1 226	2,50	451	1,47	1 211
Nov.	1,83	2 743	.	.	1,85	1 118	2,53	438	1,55	1 187
Dez.	1,85	3 793	.	.	1,87	1 629	2,47	523	1,63	1 641
2021 Jan.	1,77	3 041	.	.	1,76	1 281	2,34	402	1,62	1 358
Febr.	1,86	2 843	.	.	1,89	1 058	2,40	390	1,70	1 395
März	1,78	3 846	.	.	1,83	1 507	2,26	535	1,60	1 804
April	1,73	3 212	.	.	1,65	1 316	2,17	555	1,62	1 341
Mai	1,85	2 624	.	.	1,93	1 052	2,29	451	1,59	1 121
Juni	1,70	3 581	.	.	1,64	1 516	2,38	508	1,52	1 557
Juli	1,71	3 514	.	.	1,75	1 339	2,10	587	1,53	1 588
Aug.	1,89	2 666	.	.	2,05	1 045	2,35	441	1,57	1 180
Sept.	1,72	2 878	.	.	1,76	1 259	2,21	443	1,49	1 176

noch: Kredite an private Haushalte													
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung ³⁾													
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)		darunter neu verhandelte Kredite ⁹⁾		variabel oder bis 1 Jahr ⁹⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren		
	Effektiv- zinssatz ¹⁰⁾ % p.a.	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektiv- zinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €
Kredite insgesamt													
2020 Sept.	1,26	1,21	21 782	1,35	3 121	1,77	2 213	1,35	1 542	1,07	6 957	1,17	11 070
Okt.	1,24	1,19	23 217	1,24	3 834	1,75	2 362	1,32	1 554	1,03	7 579	1,17	11 722
Nov.	1,22	1,17	23 185	1,28	3 113	1,72	2 372	1,28	1 708	1,03	7 413	1,14	11 692
Dez.	1,21	1,16	22 148	1,29	3 033	1,75	2 195	1,31	1 698	1,02	7 733	1,11	10 522
2021 Jan.	1,23	1,19	21 721	1,32	3 866	1,79	2 124	1,34	1 615	1,03	7 316	1,15	10 666
Febr.	1,22	1,17	22 145	1,30	3 246	1,73	2 098	1,28	1 563	1,04	7 547	1,14	10 938
März	1,22	1,18	28 589	1,26	4 248	1,75	2 684	1,25	1 958	1,02	10 006	1,17	13 941
April	1,27	1,23	24 541	1,30	3 804	1,79	2 343	1,28	1 725	1,06	8 741	1,23	11 732
Mai	1,31	1,27	22 786	1,35	3 379	1,83	2 064	1,30	1 568	1,09	8 416	1,29	10 738
Juni	1,34	1,29	25 161	1,34	3 327	1,74	2 374	1,33	1 775	1,12	9 196	1,33	11 815
Juli	1,36	1,31	25 121	1,36	3 808	1,76	2 686	1,32	1 649	1,14	9 216	1,34	11 570
Aug.	1,31	1,27	22 735	1,32	3 095	1,78	2 324	1,37	1 514	1,10	7 975	1,28	10 922
Sept.	1,31	1,26	22 232	1,33	2 986	1,80	2 204	1,33	1 451	1,09	7 631	1,27	10 946
darunter: besicherte Kredite ¹¹⁾													
2020 Sept.	.	1,14	9 865	.	.	1,75	795	1,14	753	1,00	3 201	1,14	5 116
Okt.	.	1,14	10 142	.	.	1,73	806	1,12	748	1,00	3 239	1,14	5 349
Nov.	.	1,10	10 137	.	.	1,61	819	1,10	823	0,96	3 182	1,11	5 313
Dez.	.	1,08	9 592	.	.	1,63	796	1,12	781	0,95	3 355	1,07	4 660
2021 Jan.	.	1,13	9 731	.	.	1,71	814	1,11	780	0,97	3 226	1,14	4 911
Febr.	.	1,11	9 659	.	.	1,60	752	1,08	773	0,96	3 228	1,14	4 906
März	.	1,11	12 754	.	.	1,69	929	1,08	884	0,95	4 589	1,14	6 352
April	.	1,15	10 483	.	.	1,71	801	1,10	822	1,00	3 834	1,18	5 026
Mai	.	1,19	9 797	.	.	1,74	747	1,09	725	1,01	3 738	1,25	4 587
Juni	.	1,23	10 630	.	.	1,69	836	1,14	793	1,06	4 071	1,29	4 930
Juli	.	1,25	10 467	.	.	1,66	934	1,15	749	1,08	3 966	1,33	4 878
Aug.	.	1,21	9 407	.	.	1,67	821	1,21	665	1,03	3 442	1,25	4 479
Sept.	.	1,20	9 471	.	.	1,67	802	1,13	664	1,03	3 299	1,24	4 706

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*;
Anmerkung 11 s. S. 47*

VI. Zinssätze

noch: 4. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte					Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
Erhebungs- zeitraum	Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite		Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13) Kreditkartenkredite 14)		darunter	
			Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)						Revolvierende Kredite 12) und Überziehungskredite 13)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2020 Sept.	7,51	37 568	7,33	30 004	15,04	4 147	2,84	76 376	2,85	76 092
Okt.	7,42	36 256	7,19	28 750	15,03	4 144	2,75	76 056	2,76	75 773
Nov.	7,41	35 700	7,17	28 273	15,06	4 108	2,74	75 596	2,75	75 326
Dez.	7,32	36 062	7,11	28 411	15,15	4 101	2,70	73 441	2,71	73 178
2021 Jan.	7,51	34 191	7,08	27 635	15,28	4 011	2,77	71 756	2,78	71 526
Febr.	7,40	34 121	7,03	27 298	15,38	3 944	2,76	73 589	2,77	73 354
März	7,41	34 973	7,11	27 993	15,45	3 910	2,77	72 139	2,78	71 866
April	7,37	34 035	7,02	27 152	15,48	3 899	2,84	70 358	2,85	70 106
Mai	7,28	34 454	7,01	27 148	15,51	3 905	2,79	72 023	2,80	71 766
Juni	7,23	35 815	7,05	28 056	15,55	3 938	2,86	72 488	2,87	72 184
Juli	7,11	35 046	6,90	27 102	15,54	3 987	2,75	73 098	2,76	72 788
Aug.	7,12	35 662	6,99	27 343	15,58	4 039	2,79	72 942	2,80	72 622
Sept.	7,19	36 720	7,06	28 404	15,53	4 098	2,79	74 758	2,81	74 397

noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften																
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter				Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)				Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 15)					
			neu verhandelte Kredite 9)		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Sept.	1,37	71 553	1,49	21 841	2,00	10 506	2,42	1 308	1,55	1 544	1,22	45 047	1,42	3 107	1,18	10 041
Okt.	1,37	66 721	1,36	20 690	1,99	10 358	2,38	1 354	1,49	1 555	1,17	42 053	1,73	4 238	1,18	7 163
Nov.	1,39	62 811	1,39	18 016	1,96	9 897	2,25	1 343	1,53	1 647	1,25	37 080	1,47	4 017	1,13	8 827
Dez.	1,33	87 725	1,37	26 272	2,01	9 615	2,31	1 615	1,56	2 110	1,23	56 078	1,36	4 945	1,11	13 362
2021 Jan.	1,36	55 365	1,52	17 883	1,99	8 828	2,30	1 183	1,56	1 552	1,22	35 711	1,45	2 185	1,03	5 906
Febr.	1,37	54 516	1,55	14 708	2,00	8 851	2,23	1 084	1,57	1 533	1,22	32 922	1,37	2 679	1,09	7 447
März	1,09	93 353	1,59	21 948	1,90	10 691	2,16	1 432	1,54	1 842	0,89	62 746	1,17	6 173	1,20	10 469
April	1,52	56 777	1,55	18 920	1,90	9 318	2,23	1 385	1,55	1 553	1,46	35 109	1,43	3 022	1,15	6 390
Mai	1,32	58 626	1,53	16 038	1,89	8 462	2,33	1 179	1,56	1 578	1,20	36 993	1,42	2 491	1,06	7 923
Juni	1,28	83 129	1,29	27 883	1,93	9 481	2,37	1 409	1,54	1 734	1,19	52 578	0,78	6 948	1,28	10 979
Juli	1,35	70 171	1,42	20 858	1,84	9 608	2,26	1 403	1,52	1 753	1,30	41 858	1,29	3 934	1,00	11 615
Aug.	1,33	54 047	1,58	14 739	1,79	7 827	2,31	1 094	1,44	1 308	1,25	33 740	1,14	3 001	1,08	7 077
Sept.	1,35	69 682	1,31	23 726	1,83	9 326	2,39	1 201	1,48	1 245	1,27	45 627	1,44	4 340	1,06	7 943

Kredite insgesamt																
Erhebungs- zeitraum	insgesamt		darunter: besicherte Kredite 11)				von über 1 Jahr bis 5 Jahre				von über 5 Jahren					
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2020 Sept.	1,37	11 059	.	.	1,72	508	2,08	105	1,22	353	1,41	7 417	1,85	535	1,03	2 141
Okt.	1,23	8 346	.	.	1,73	480	1,74	111	1,14	374	1,26	4 696	1,11	672	1,08	2 013
Nov.	1,54	9 630	.	.	1,86	375	1,67	98	1,20	367	1,64	5 414	2,01	807	1,18	2 569
Dez.	1,33	15 369	.	.	1,68	494	1,68	134	1,16	452	1,41	8 979	1,39	1 222	1,11	4 088
2021 Jan.	1,25	7 702	.	.	1,73	430	1,65	99	1,32	374	1,26	4 614	1,69	574	0,88	1 611
Febr.	1,42	6 642	.	.	1,83	339	1,67	89	1,07	331	1,61	3 930	1,31	383	0,96	1 570
März	1,19	13 787	.	.	1,64	481	1,81	106	1,17	399	1,12	8 540	1,33	825	1,23	3 436
April	1,44	7 883	.	.	1,79	377	1,68	117	1,15	359	1,55	4 450	1,51	967	1,07	1 613
Mai	1,46	7 097	.	.	1,76	340	1,73	75	1,21	404	1,68	3 830	1,15	439	1,11	2 009
Juni	1,36	13 761	.	.	1,79	410	1,84	109	1,20	444	1,35	8 365	1,38	1 110	1,35	3 323
Juli	1,41	10 857	.	.	1,68	445	1,57	117	1,24	404	1,56	6 539	1,30	933	1,02	2 419
Aug.	1,45	7 709	.	.	1,81	328	1,76	85	1,18	308	1,55	4 191	1,69	819	1,09	1 978
Sept.	1,35	11 639	.	.	1,71	405	2,14	61	1,17	284	1,35	7 761	1,92	827	1,06	2 301

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*: **11** Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. **12** Revolvierende Kredite besitzen folgende Eigenschaften: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. **13** Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden

Konten definiert. Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. **14** Einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. **15** Die Beitragskategorie bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme. x Weil die Position von den Geschäften von ein oder zwei Banken dominiert wird, können aus Gründen der Vertraulichkeit keine Angaben gemacht werden.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Schuldver- schreibungen	Kredite ²⁾	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Investment- fondsanteile	Finanz- derivate	Technische Rück- stellungen ³⁾	Nicht- finanzielle Aktiva	Sonstige Aktiva
Versicherungsunternehmen ⁴⁾										
2018 4.Vj.	2 213,5	318,3	400,5	330,4	349,7	665,8	2,0	55,4	36,8	54,6
2019 1.Vj.	2 343,3	332,1	431,8	329,8	380,9	708,9	2,6	58,7	37,1	61,4
2.Vj.	2 407,6	336,8	449,0	339,3	387,9	735,8	3,6	57,9	37,1	60,3
3.Vj.	2 492,5	333,0	468,5	357,2	398,2	768,3	4,6	58,8	38,0	66,0
4.Vj.	2 473,9	317,6	448,2	355,5	407,3	778,3	3,6	64,9	39,8	58,8
2020 1.Vj.	2 426,9	318,3	452,1	364,0	383,0	738,4	4,5	68,5	38,6	59,6
2.Vj.	2 517,7	317,1	460,6	371,9	409,2	789,0	4,3	68,5	38,7	58,5
3.Vj.	2 547,5	311,1	472,9	373,9	411,0	809,9	4,4	67,1	39,0	58,1
4.Vj.	2 587,9	301,8	479,0	370,6	425,0	841,7	4,7	68,2	38,2	58,7
2021 1.Vj.	2 574,8	292,8	466,8	361,9	437,0	845,0	3,9	71,9	38,4	57,0
2.Vj.	2 603,8	281,8	479,9	360,9	448,0	864,6	3,5	72,4	38,5	54,1
Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	1 185,3	194,5	200,1	208,4	50,4	484,7	1,0	11,6	20,3	14,3
2019 1.Vj.	1 239,7	202,9	213,7	206,1	52,8	517,7	1,6	10,4	20,3	14,1
2.Vj.	1 291,9	205,8	227,6	214,2	55,4	538,9	2,4	10,0	20,3	17,4
3.Vj.	1 350,1	205,3	242,5	225,2	57,9	563,6	3,1	10,4	20,9	21,0
4.Vj.	1 325,2	194,9	227,6	217,6	61,1	570,4	2,4	13,7	21,1	16,5
2020 1.Vj.	1 295,8	191,5	231,0	220,6	61,9	538,2	2,2	13,9	20,3	16,3
2.Vj.	1 347,1	192,4	234,4	223,6	64,1	577,3	2,8	13,7	20,3	18,5
3.Vj.	1 369,2	188,4	241,6	225,7	65,7	593,0	3,0	13,6	20,6	17,6
4.Vj.	1 395,9	183,6	242,8	229,9	69,7	617,1	3,3	14,3	20,8	14,5
2021 1.Vj.	1 361,7	170,7	231,7	219,7	74,2	614,8	2,1	14,3	21,0	13,1
2.Vj.	1 373,1	165,3	231,7	219,4	77,9	627,7	2,0	14,2	21,2	13,7
Nicht-Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	616,2	113,8	117,4	73,7	73,8	167,4	0,2	33,5	10,8	25,6
2019 1.Vj.	655,2	119,1	127,5	74,4	76,2	177,1	0,3	38,2	11,0	31,4
2.Vj.	665,6	119,8	131,1	76,1	78,2	182,4	0,4	37,7	11,0	29,1
3.Vj.	682,6	116,9	135,3	79,9	80,6	189,4	0,4	38,8	11,3	30,0
4.Vj.	673,5	111,3	130,4	79,6	83,6	193,3	0,4	36,2	12,2	26,7
2020 1.Vj.	669,4	111,1	131,3	79,8	80,0	186,9	0,3	38,7	12,0	29,3
2.Vj.	685,6	111,9	134,4	82,4	81,1	197,1	0,4	39,5	12,1	26,7
3.Vj.	693,3	109,3	137,6	83,3	82,7	203,2	0,4	38,5	12,1	26,3
4.Vj.	703,5	105,9	139,5	84,5	85,2	210,3	0,5	37,6	12,7	27,3
2021 1.Vj.	715,8	108,2	139,3	83,7	88,1	214,8	0,4	39,9	12,8	28,6
2.Vj.	719,5	103,8	141,6	83,2	89,2	221,2	0,4	40,1	12,7	27,2
Rückversicherung ⁵⁾										
2018 4.Vj.	412,0	10,1	82,9	48,2	225,5	13,7	0,7	10,3	5,7	14,8
2019 1.Vj.	448,4	10,1	90,6	49,3	251,9	14,0	0,7	10,2	5,8	15,9
2.Vj.	450,1	11,1	90,4	49,0	254,3	14,4	0,8	10,2	5,8	13,9
3.Vj.	459,9	10,8	90,7	52,1	259,6	15,3	1,0	9,6	5,9	15,0
4.Vj.	475,2	11,5	90,2	58,3	262,6	14,5	0,8	15,1	6,6	15,6
2020 1.Vj.	461,7	15,7	89,8	63,7	241,0	13,3	1,9	15,9	6,3	14,1
2.Vj.	485,0	12,9	91,7	65,9	264,0	14,6	1,1	15,2	6,3	13,3
3.Vj.	485,0	13,5	93,7	64,9	262,6	13,7	1,0	15,0	6,3	14,2
4.Vj.	488,5	12,3	96,7	56,3	270,2	14,3	1,0	16,3	4,7	16,9
2021 1.Vj.	497,3	13,9	95,8	58,5	274,7	15,4	1,4	17,7	4,7	15,3
2.Vj.	511,2	12,8	106,6	58,4	280,9	15,6	1,0	18,1	4,6	13,1
Pensionseinrichtungen ⁶⁾										
2018 4.Vj.	672,2	91,5	67,5	30,7	30,6	378,0	–	8,1	43,8	22,1
2019 1.Vj.	691,3	89,6	72,4	30,5	32,4	390,9	–	8,3	45,2	22,0
2.Vj.	707,9	87,6	76,5	31,0	34,1	402,0	–	8,5	46,0	22,2
3.Vj.	726,5	85,6	80,7	31,0	36,5	415,5	–	8,6	46,7	22,0
4.Vj.	735,8	85,2	79,6	31,1	38,7	421,1	–	8,8	48,9	22,3
2020 1.Vj. ⁷⁾	599,1	92,2	57,0	48,5	9,3	361,3	0,1	10,4	17,5	2,7
2.Vj.	623,3	92,2	58,8	49,1	9,7	382,1	0,1	10,4	18,1	2,8
3.Vj.	635,9	90,8	59,6	50,2	10,1	392,8	0,2	11,6	18,2	2,5
4.Vj.	647,7	85,8	59,7	47,4	10,1	412,2	0,2	11,9	17,3	3,2
2021 1.Vj.	661,5	86,9	59,2	48,6	10,9	423,9	0,2	12,3	17,3	2,3
2.Vj.	680,9	87,1	61,3	49,1	11,5	439,4	0,1	12,5	17,7	2,3

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj. auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj. beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. **1** Buchforderungen an Monetäre Finanzinstitute einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj. Zeitwerte, davor Buchwerte. **2** Einschl. Depotforderungen sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspfandbriefe. Bei Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj. Zeitwerte, davor Buchwerte. **3** Enthält die Rückversicherungsanteile an den Technischen Rückstellungen und die Ansprüche der

Pensionseinrichtungen an die Träger. **4** Bewertung der börsennotierten Wertpapiere zum jeweiligen einheitlichen Preis der Wertpapierstammdatenbank des ESZB. **5** Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. **6** Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. **7** Wechsel in den Datenquellen.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Insgesamt	Schuldver- schreibungen	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte	Technische Rückstellungen			Finanz- derivate	Sonstige Passiva	Reinvermögen 4)
					Insgesamt 2)	Leben / Ansprüche an Pensionsein- richtungen 3)	Nicht-Leben			
Versicherungsunternehmen										
2018 4.Vj.	2 213,5	29,3	64,6	463,1	1 530,3	1 332,4	197,9	1,6	124,6	–
2019 1.Vj.	2 343,3	31,6	68,2	487,9	1 624,8	1 403,6	221,2	1,5	129,2	–
2.Vj.	2 407,6	31,9	69,4	489,7	1 687,4	1 466,0	221,4	1,8	127,5	–
3.Vj.	2 492,5	31,7	69,3	488,5	1 769,4	1 543,0	226,4	2,2	131,5	–
4.Vj.	2 473,9	31,7	75,8	515,3	1 714,9	1 499,6	215,3	1,9	134,3	–
2020 1.Vj.	2 426,9	31,8	82,4	464,3	1 721,9	1 483,2	238,7	2,4	124,1	–
2.Vj.	2 517,7	33,1	82,2	505,4	1 767,7	1 527,7	240,0	1,9	127,4	–
3.Vj.	2 547,5	34,3	80,0	515,9	1 785,7	1 549,2	236,5	1,7	129,9	–
4.Vj.	2 587,9	36,6	79,7	540,5	1 799,2	1 579,3	219,9	1,6	130,3	–
2021 1.Vj.	2 574,8	34,8	81,4	550,5	1 778,0	1 541,0	237,0	2,5	127,7	–
2.Vj.	2 603,8	33,0	81,3	556,5	1 792,9	1 556,3	236,6	2,2	137,7	–
Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	1 185,3	4,1	15,2	122,7	1 000,7	1 000,7	–	0,5	42,2	–
2019 1.Vj.	1 239,7	4,1	14,4	120,9	1 058,9	1 058,9	–	0,4	41,1	–
2.Vj.	1 291,9	4,1	14,5	121,8	1 108,6	1 108,6	–	0,4	42,4	–
3.Vj.	1 350,1	3,7	15,6	116,0	1 171,9	1 171,9	–	0,6	42,4	–
4.Vj.	1 325,2	3,6	19,1	127,6	1 129,6	1 129,6	–	0,5	44,7	–
2020 1.Vj.	1 295,8	3,6	19,3	114,3	1 117,8	1 117,8	–	0,6	40,3	–
2.Vj.	1 347,1	3,8	19,2	129,8	1 150,3	1 150,3	–	0,5	43,4	–
3.Vj.	1 369,2	3,9	19,5	136,8	1 164,8	1 164,8	–	0,5	43,7	–
4.Vj.	1 395,9	3,9	20,7	142,9	1 185,7	1 185,7	–	0,5	42,3	–
2021 1.Vj.	1 361,7	3,3	19,9	143,2	1 154,2	1 154,2	–	1,0	40,1	–
2.Vj.	1 373,1	3,3	20,4	144,3	1 165,1	1 165,1	–	1,0	38,9	–
Nicht-Lebensversicherung										
2018 4.Vj.	616,2	1,0	8,3	140,3	416,6	315,5	101,1	0,0	50,0	–
2019 1.Vj.	655,2	1,1	9,3	144,1	448,5	328,9	119,6	0,0	52,2	–
2.Vj.	665,6	1,1	8,8	147,0	459,4	341,5	117,8	0,1	49,3	–
3.Vj.	682,6	1,2	9,1	149,7	471,9	354,8	117,1	0,1	50,6	–
4.Vj.	673,5	1,2	9,3	153,7	457,2	349,4	107,8	0,1	52,0	–
2020 1.Vj.	669,4	1,3	9,8	142,0	468,2	344,4	123,8	0,1	48,0	–
2.Vj.	685,6	1,3	9,5	149,4	478,2	355,6	122,6	0,1	47,1	–
3.Vj.	693,3	1,2	9,6	152,0	482,3	362,4	119,9	0,1	48,1	–
4.Vj.	703,5	1,3	9,7	158,1	483,1	368,7	114,4	0,0	51,3	–
2021 1.Vj.	715,8	1,2	10,6	161,8	491,4	362,5	128,9	0,1	50,6	–
2.Vj.	719,5	1,2	10,5	164,3	493,1	366,2	126,9	0,1	50,2	–
Rückversicherung 5)										
2018 4.Vj.	412,0	24,1	41,2	200,1	113,0	16,2	96,8	1,1	32,5	–
2019 1.Vj.	448,4	26,5	44,5	222,9	117,4	15,8	101,6	1,1	36,0	–
2.Vj.	450,1	26,6	46,1	220,8	119,4	15,8	103,6	1,3	35,9	–
3.Vj.	459,9	26,8	44,7	222,8	125,6	16,3	109,3	1,5	38,5	–
4.Vj.	475,2	26,9	47,4	234,0	128,0	20,6	107,5	1,3	37,7	–
2020 1.Vj.	461,7	26,9	53,3	208,1	135,9	21,0	114,9	1,7	35,8	–
2.Vj.	485,0	28,1	53,5	226,2	139,1	21,8	117,4	1,3	36,8	–
3.Vj.	485,0	29,2	50,9	227,0	138,7	22,1	116,6	1,0	38,1	–
4.Vj.	488,5	31,4	49,3	239,6	130,4	24,8	105,6	1,0	36,7	–
2021 1.Vj.	497,3	30,2	50,9	245,5	132,4	24,2	108,1	1,4	37,0	–
2.Vj.	511,2	28,5	50,4	247,9	134,7	25,0	109,7	1,1	48,6	–
Pensionseinrichtungen 6)										
2018 4.Vj.	672,2	–	7,9	8,0	605,8	605,8	–	–	2,8	47,6
2019 1.Vj.	691,3	–	8,1	8,1	613,8	613,8	–	–	2,9	58,4
2.Vj.	707,9	–	8,1	8,3	620,3	620,3	–	–	2,8	68,4
3.Vj.	726,5	–	8,2	8,4	628,2	628,2	–	–	2,9	78,9
4.Vj.	735,8	–	8,4	8,6	638,0	638,0	–	–	3,7	77,1
2020 1.Vj. 7)	599,1	–	1,6	19,4	497,3	496,7	–	0,3	8,1	72,4
2.Vj.	623,3	–	1,6	21,6	506,4	505,8	–	0,3	8,3	85,0
3.Vj.	635,9	–	1,6	22,4	510,0	509,3	–	0,3	8,7	92,9
4.Vj.	647,7	–	1,6	21,8	516,3	515,6	–	0,3	8,9	98,8
2021 1.Vj.	661,5	–	1,5	23,6	526,8	526,1	–	0,3	8,6	100,7
2.Vj.	680,9	–	1,6	26,5	532,4	531,7	–	0,4	9,2	110,9

Quellen: Die Werte der Versicherungsunternehmen basieren auf Aufsichtsdaten nach Solvency I und II und die der Pensionseinrichtungen ab 2020 1.Vj auf EbAV-Aufsichtsdaten und direkt erhobenen Daten. Bis 2019 4.Vj beruhen diese auf Solvency I-Aufsichtsdaten, ergänzt um freiwillige Meldungen und eigene Berechnungen. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten sowie Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Namenspandbriefe. 2 Einschl. Rückstellungen der Pensionseinrichtungen ggü. den Trägern und für andere Leistungen. 3 Technische Rückstellungen „Leben“ unter Berücksichtigung von Übergangsmaßnahmen. In der Sparte „Nicht-Lebensversicherung“ sind auch die Krankenversicherungen enthalten. 4 Das

Eigenkapital entspricht der Summe aus „Reinvermögen“ und „Aktien und sonstige Anteilsrechte“. 5 Ohne das von Erstversicherungsunternehmen durchgeführte Rückversicherungsgeschäft, welches unter den jeweiligen Sparten ausgewiesen wird. 6 Bewertung zu Buchwerten. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Altersvorsorgeeinrichtungen“ des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Sie umfassen demnach Einrichtungen der betriebl. Altersvorsorge sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung. 7 Wechsel in den Datenquellen.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von Schuldverschreibungen und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Schuldverschreibungen										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)					Inländer				
		zu- sammen	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand	aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 3)	zu- sammen 4)	Kredit- institute einschließlich Bauspar- kassen 5)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 6)	Aus- länder 7)
2009	70 208	– 538	– 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	– 19 945
2010	146 620	– 1 212	– 7 621	24 044	– 17 635	147 831	92 682	– 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	– 46 796	850	59 521	20 075	– 23 876	– 94 793	36 805	34 112	57 526
2012	51 813	– 21 419	– 98 820	– 8 701	86 103	73 231	– 3 767	– 42 017	– 3 573	41 823	55 580
2013	– 15 971	– 101 616	– 117 187	153	15 415	85 645	16 409	– 25 778	– 12 708	54 895	– 32 380
2014	64 775	– 31 962	– 47 404	– 1 330	16 776	96 737	50 408	– 12 124	– 11 951	74 483	14 366
2015	33 024	– 36 010	– 65 778	26 762	3 006	69 034	116 493	– 66 330	121 164	61 659	– 83 471
2016	71 380	27 429	19 177	18 265	– 10 012	43 951	164 148	– 58 012	187 500	34 660	– 92 769
2017	54 840	11 563	1 096	7 112	3 356	43 277	137 907	– 71 454	161 012	48 349	– 83 067
2018	61 661	16 630	33 251	12 433	– 29 055	45 031	95 902	– 24 417	67 328	52 991	– 34 241
2019	137 356	68 536	29 254	32 505	6 778	68 820	62 915	8 059	2 408	52 448	74 441
2020	438 208	382 059	14 257	89 473	278 328	56 150	278 521	18 955	226 887	32 679	159 688
2020 Nov.	20 565	26 226	– 1 008	184	27 050	– 5 661	26 631	1 513	27 659	– 2 541	– 6 066
2020 Dez.	– 36 340	– 38 083	– 11 407	– 11 953	– 14 723	1 742	15 822	– 25 221	18 290	22 753	– 52 162
2021 Jan.	56 876	27 740	3 995	3 797	19 948	29 136	43 949	8 455	13 518	21 976	12 927
2021 Febr.	42 555	19 574	3 411	– 2 569	18 732	22 980	43 479	– 3 738	20 397	26 821	– 925
2021 März	39 153	39 488	21 772	551	17 165	– 334	24 601	6 152	20 708	– 2 259	14 553
2021 April	17 262	12 392	– 2 704	6 063	9 032	4 870	25 929	– 17 641	24 095	19 475	– 8 668
2021 Mai	37 055	32 136	– 3 450	7 311	28 274	4 919	32 266	– 2 194	25 538	8 922	4 789
2021 Juni	29 666	15 241	1 998	– 288	13 531	14 426	31 901	– 583	22 605	9 879	– 2 235
2021 Juli	13 429	6 113	– 9 235	3 717	11 631	– 7 316	31 061	– 5 500	25 087	11 474	– 17 632
2021 Aug.	25 703	33 565	6 870	1 245	25 449	– 7 862	10 463	– 5 337	17 312	– 1 511	15 239
2021 Sept.	23 582	15 210	12 559	8 212	– 5 561	8 372	32 272	6 387	17 663	8 223	– 8 690

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz			Erwerb			
		inländische Aktien 8)	ausländische Aktien 9)	12 018	Inländer			Ausländer 12)
					zu- sammen 10)	Kredit- institute 5)	übrige Sektoren 11)	
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	–	8 335	38 831	5 485
2010	37 767	20 049	17 718	36 406	–	7 340	29 066	1 360
2011	25 833	21 713	4 120	40 804	670	–	40 134	14 971
2012	15 061	5 120	9 941	14 405	10 259	–	4 146	656
2013	20 187	10 106	10 081	17 336	11 991	–	5 345	2 851
2014	43 501	18 778	24 723	43 950	17 203	–	26 747	449
2015	44 165	7 668	36 497	34 437	–	5 421	39 858	9 728
2016	30 896	4 409	26 487	31 037	–	5 143	36 180	141
2017	51 571	15 570	36 001	49 913	–	7 031	42 882	1 658
2018	55 729	16 188	39 541	83 036	–	11 184	94 220	27 307
2019	47 115	9 076	38 039	33 573	–	1 119	34 692	13 542
2020	84 953	17 771	67 182	116 813	–	27	116 786	31 860
2020 Nov.	9 988	220	9 769	10 221	–	1 919	8 302	233
2020 Dez.	14 530	2 898	11 633	14 692	–	2 970	11 722	161
2021 Jan.	–	7 264	1 441	8 705	–	863	11 296	3 169
2021 Febr.	9 412	2 729	6 683	11 010	–	1 501	9 509	1 598
2021 März	20 639	8 964	11 676	17 986	–	1 285	16 701	2 653
2021 April	17 279	882	16 397	15 913	–	1 816	14 097	1 366
2021 Mai	4 781	1 170	3 612	3 907	–	387	4 294	875
2021 Juni	12 085	5 166	6 919	14 962	–	36	14 926	2 878
2021 Juli	5 793	825	4 968	3 502	–	74	3 576	2 291
2021 Aug.	11 833	4 667	7 166	12 131	–	204	11 927	297
2021 Sept.	13 654	4 660	8 994	15 229	–	3 374	11 855	1 575

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestands veränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 4 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 5 Buchwerte; statistisch bereinigt. 6 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 7 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktionswerte. 8 Ohne Aktien

der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 9 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 10 In- und ausländische Aktien. 11 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 12 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
Brutto-Absatz								
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 653	563 730
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 614	592 375
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 258	574 530
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 892
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321
2015	1 359 422	852 045	35 840	13 376	581 410	221 417	106 675	400 701
2016 3)	1 206 483	717 002	29 059	7 621	511 222	169 103	73 371	416 108
2017 3)	1 047 822	619 199	30 339	8 933	438 463	141 466	66 290	362 332
2018	1 148 091	703 416	38 658	5 673	534 552	124 530	91 179	353 496
2019	1 285 541	783 977	38 984	9 587	607 900	127 504	94 367	407 197
2020 6)	1 739 485	776 970	38 948	17 527	643 340	77 155	184 986	777 529
2021 Jan.	158 237	75 929	3 011	590	67 215	5 113	12 102	70 206
Febr.	129 424	67 263	3 158	504	52 753	10 847	9 658	52 503
März	181 139	105 661	11 531	9 511	75 893	8 725	11 202	64 277
April	145 418	62 631	4 441	1 000	50 889	6 301	11 673	71 113
Mai	138 917	58 587	2 131	250	50 439	5 766	15 601	64 729
Juni	148 673	68 494	1 236	700	57 098	9 460	13 550	66 630
Juli	144 450	62 560	1 211	250	54 160	6 939	8 872	73 018
Aug.	136 725	67 235	1 340	0	59 379	6 516	11 940	57 550
Sept.	154 954	67 871	4 272	1 250	55 355	6 993	20 916	66 168

darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 4)

2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037
2015	414 593	179 150	25 337	9 199	62 237	82 379	68 704	166 742
2016 3)	375 859	173 900	24 741	5 841	78 859	64 460	47 818	154 144
2017 3)	357 506	170 357	22 395	6 447	94 852	46 663	44 891	142 257
2018	375 906	173 995	30 934	4 460	100 539	38 061	69 150	132 760
2019	396 617	174 390	26 832	6 541	96 673	44 346	69 682	152 544
2020 6)	536 359	165 146	28 500	7 427	90 889	38 329	78 356	292 857
2021 Jan.	52 120	21 576	2 250	40	16 265	3 021	6 119	24 425
Febr.	41 268	18 138	2 658	4	7 789	7 686	3 654	19 477
März	59 203	27 756	6 371	3 161	13 666	4 558	5 800	25 647
April	48 999	12 414	3 051	250	7 001	2 111	7 640	28 945
Mai	45 302	11 672	2 131	250	6 132	3 159	6 058	27 572
Juni	47 884	11 296	908	700	5 981	3 707	6 767	29 821
Juli	37 975	8 800	800	250	5 424	2 326	3 202	25 973
Aug.	33 381	10 632	1 340	0	8 165	1 127	3 457	19 292
Sept.	60 953	17 484	3 900	0	10 365	3 218	12 400	31 068

Netto-Absatz 5)

2010	21 566	87 646	3 754	63 368	28 296	48 822	23 748	85 464
2011	22 518	54 582	1 657	44 290	32 904	44 852	3 189	80 289
2012	85 298	100 198	4 177	41 660	3 259	51 099	6 401	21 298
2013	140 017	125 932	17 364	37 778	4 027	66 760	1 394	15 479
2014	34 020	56 899	6 313	23 856	862	25 869	10 497	12 383
2015	65 147	77 273	9 271	9 754	2 758	74 028	25 300	13 174
2016 3)	21 951	10 792	2 176	12 979	16 266	5 327	18 177	7 020
2017 3)	2 669	5 954	6 389	4 697	18 788	14 525	6 828	10 114
2018	2 758	26 648	19 814	6 564	18 850	5 453	9 738	33 630
2019	59 719	28 750	13 098	3 728	26 263	6 885	30 449	519
2020 6)	343 046	26 505	7 861	8 016	22 026	11 399	50 316	266 225
2021 Jan.	25 773	2 547	1 094	922	3 737	1 362	4 667	18 559
Febr.	19 957	3 080	478	190	712	4 460	782	16 094
März	61 040	37 126	10 737	8 754	15 784	1 850	2 689	21 225
April	9 029	2 148	1 114	968	4 362	132	4 506	6 671
Mai	31 324	4 344	1 076	907	3 822	691	7 307	28 362
Juni	16 508	3 561	821	616	588	2 712	1 974	10 973
Juli	6 100	5 782	41	327	5 169	245	2 088	9 795
Aug.	33 226	6 654	1 096	92	7 304	539	1 014	25 557
Sept.	18 708	11 134	1 974	65	11 719	2 625	10 431	2 857

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen in der Fachreihe Emissionsstatistiken, S. 43 ff.
1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 4 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen.

5 Brutto-Absatz minus Tilgung. 6 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf von Schuldverschreibungen inländischer Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen		
2010	3 348 201	1) 1 570 490	147 529	232 954	544 517	1) 645 491	250 774	1) 1 526 937
2011	3 370 721	1) 1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226
2012	3 285 422	1) 1 414 349	145 007	147 070	574 163	548 109	220 456	1 650 617
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520
2015	3 046 162	1 154 173	130 598	75 679	566 811	381 085	257 612	1 634 377
2016 1)	3 068 111	1 164 965	132 775	62 701	633 578	335 910	275 789	1 627 358
2017 1)	3 090 708	1 170 920	141 273	58 004	651 211	320 432	302 543	1 617 244
2018	3 091 303	1 194 160	161 088	51 439	670 062	1) 311 572	1) 2) 313 527	1 583 616
2019	2) 3 149 373	1 222 911	174 188	47 712	696 325	304 686	2) 342 325	1 584 136
2020 4)	2) 3 411 642	2) 1 173 329	183 261	55 192	687 670	2) 247 206	2) 378 864	1 859 449
2021 Jan.	3 438 239	1 179 112	184 416	54 254	694 250	246 193	383 812	1 875 315
Febr.	3 459 727	1 183 313	183 909	54 073	694 692	250 639	384 738	1 891 675
März	3 534 797	1 230 263	194 832	62 865	719 370	253 196	388 060	1 916 474
April	3 533 432	1 219 467	195 766	63 790	707 428	252 482	392 063	1 921 902
Mai	3 562 200	1 212 645	196 850	62 878	701 731	251 186	399 222	1 950 333
Juni	3 587 728	1 222 221	197 721	63 515	706 439	254 546	401 612	1 963 895
Juli	3 586 593	1 216 275	197 729	63 186	700 892	254 468	401 308	1 969 010
Aug.	3 620 354	1 223 751	196 656	63 103	708 770	255 222	402 779	1 993 824
Sept.	3 646 235	1 240 171	198 715	63 175	725 195	253 087	413 618	1 992 446

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: September 2021

bis unter 2	1 179 372	450 193	57 089	25 000	296 220	71 883	71 449	657 730
2 bis unter 4	663 471	293 699	51 118	16 955	175 931	49 695	73 729	296 043
4 bis unter 6	520 229	188 227	38 157	8 528	90 131	51 411	62 534	269 468
6 bis unter 8	383 844	133 708	26 317	6 870	71 884	28 637	45 226	204 909
8 bis unter 10	297 424	81 062	13 968	2 542	44 118	20 434	29 409	186 953
10 bis unter 15	182 720	49 349	8 132	2 300	26 659	12 258	34 739	98 632
15 bis unter 20	116 126	17 083	3 018	815	11 345	1 905	14 098	84 945
20 und darüber	303 050	26 851	915	163	8 907	16 865	82 433	193 766

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 2 Änderung durch Sitzlandwechsel von Emittenten oder Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamtjährigen Schuldverschreibungen, bis zur

mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamtjährigen Schuldverschreibungen. 4 Ab Januar 2020 methodische Änderungen. — Die Ergebnisse für das Jahr 2020 wurden revidiert. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von							Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220	
2011	177 167	- 2 570	6 390	552	462	- 552	- 762	- 3 532	924 214	
2012	178 617	- 1 449	3 046	129	570	- 478	- 594	- 2 411	1 150 188	
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658	
2014	177 097	- 5 356	5 332	1 265	1 714	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063	
2015	177 416	- 319	4 634	397	599	- 1 394	- 1 385	- 2 535	1 614 442	
2016	176 355	- 1 062	3 272	319	337	- 953	- 2 165	- 1 865	1 676 397	
2017	178 828	- 2 471	3 894	776	533	- 457	- 661	- 1 615	1 933 733	
2018	180 187	- 1 357	3 670	716	82	- 1 055	- 1 111	- 946	1 634 155	
2019 3) 4)	183 461	- 1 700	2 411	2 419	542	- 858	- 65	- 2 747	1 950 224	
2020 4)	181 881	- 2 871	1 877	219	178	- 2 051	- 460	- 2 634	1 963 588	
2021 Jan.	181 437	- 445	102	260	4	- 74	- 300	- 437	1 961 051	
Febr.	182 149	- 705	331	-	0	- 9	- 443	- 59	1 994 901	
März	182 362	- 213	411	-	0	- 1	- 34	- 164	2 174 997	
April	182 665	- 106	116	73	1	- 0	- 1	- 84	2 194 286	
Mai	182 152	- 514	205	26	-	- 0	- 92	- 653	2 228 053	
Juni	182 226	- 75	275	73	-	- 87	- 70	- 116	2 262 394	
Juli	181 614	- 65	74	31	2	- 1	- 2	- 169	2 266 494	
Aug.	186 083	- 4 425	4 593	171	11	- 70	- 4	- 416	2 323 588	
Sept.	186 316	- 230	678	6	11	- 14	- 9	- 443	2 238 994	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Alle Börsensegmente. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und

der Deutsche Börse AG. 3 Methodische Veränderungen ab Berichtsmonat Oktober 2019. 4 Änderungen aufgrund statistischer Bereinigungen.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Schuldverschreibungen inländischer Emittenten 1)									Indizes 2) 3)			
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen			Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien		
		zusammen	börsennotierte		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€ -Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)	
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)									mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre
% p.a.	Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000									
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43		
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19		
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35		
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39		
2013	1,3	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16		
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	2,9	139,68	114,37	468,39	9 805,55		
2015	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5	1,2	2,4	139,52	112,42	508,80	10 743,01		
2016	0,1	0,0	0,0	0,1	0,3	1,0	2,1	142,50	112,72	526,55	11 481,06		
2017	0,3	0,2	0,2	0,3	0,4	0,9	1,7	140,53	109,03	595,45	12 917,64		
2018	0,4	0,3	0,3	0,4	0,6	1,0	2,5	141,84	109,71	474,85	10 558,96		
2019	- 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,3	0,1	0,3	2,5	143,72	111,32	575,80	13 249,01		
2020	- 0,2	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,0	0,1	1,7	146,15	113,14	586,72	13 718,78		
2021 Mai	- 0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	0,3	0,9	144,19	108,88	642,41	15 421,13		
Juni	- 0,0	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,0	0,2	1,0	144,74	109,42	648,99	15 531,04		
Juli	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,1	0,1	0,9	146,34	111,03	650,36	15 544,39		
Aug.	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,2	0,0	0,7	145,90	110,25	662,93	15 835,09		
Sept.	- 0,1	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,1	0,2	0,9	144,41	108,60	638,37	15 260,69		
Okt.	0,0	- 0,2	- 0,2	- 0,2	0,1	0,3	1,0	143,52	108,60	653,37	15 688,77		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren. Außer Betracht bleiben strukturierte Produkte, Schuldverschreibungen mit nicht gesamtjähriger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und nicht auf Euro lautende Anleihen. Die Gruppenrenditen für die Wertpapierarten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen

Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. Anpassung des Kreises der einbezogenen Papiere zum 01.05.2020. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Absatz										Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							ausländische Fonds 4)	Inländer				Ausländer 5)	
		zusammen	Publikumsfonds			Spezialfonds	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen	übrige Sektoren 3)							
			zusammen	Geldmarktfonds	Wertpapierfonds			Immobilienfonds		zusammen	darunter ausländische Anteile				
2009	49 929	43 747	10 966	- 5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	- 14 995	- 8 178	53 127	14 361	11 796	
2010	106 190	84 906	13 381	- 148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	- 3 873	6 290	98 718	14 994	3 598	
2011	46 512	45 221	- 1 340	- 379	- 2 037	1 562	46 561	1 290	39 474	- 7 576	- 694	47 050	1 984	7 035	
2012	111 236	89 942	2 084	- 1 036	97	3 450	87 859	21 293	114 676	- 3 062	- 1 562	117 738	22 855	- 3 437	
2013	123 736	91 337	9 184	- 574	5 596	3 376	82 153	32 400	117 028	771	100	116 257	32 300	6 710	
2014	140 233	97 711	3 998	- 473	862	1 000	93 713	42 521	144 075	819	- 1 745	143 256	44 266	- 3 840	
2015	181 889	146 136	30 420	318	22 345	3 636	115 716	35 753	174 018	7 362	494	166 656	35 259	7 871	
2016	156 985	119 369	21 301	- 342	11 131	7 384	98 068	37 615	163 934	2 877	- 3 172	161 057	40 787	- 6 947	
2017	153 756	94 921	29 560	- 235	21 970	4 406	65 361	58 834	156 282	4 938	1 048	151 344	57 786	- 2 526	
2018	132 060	103 694	15 279	377	4 166	6 168	88 415	28 366	138 424	2 979	- 2 306	135 445	30 672	- 6 364	
2019	176 465	122 546	17 032	- 447	5 097	10 580	105 514	53 919	181 388	2 719	- 812	178 669	54 731	- 4 923	
2020	180 462	116 028	19 193	- 42	11 343	8 795	96 835	64 435	179 529	336	- 1 656	179 193	66 091	933	
2021 März	15 995	13 745	4 699	631	3 335	827	9 046	2 250	15 184	552	- 526	14 632	2 776	811	
April	20 214	10 938	3 205	- 55	2 782	383	7 733	9 276	18 680	1 314	468	17 366	8 808	1 534	
Mai	12 788	7 912	3 416	- 19	2 585	679	4 496	4 875	12 496	1 460	5	11 036	4 870	292	
Juni	23 101	12 411	3 231	78	2 252	757	9 181	10 690	23 929	733	446	23 196	10 244	- 827	
Juli	16 945	11 842	4 098	- 82	3 506	503	7 744	5 103	17 731	1 051	- 477	16 680	5 580	- 786	
Aug.	16 774	8 078	3 673	- 6	3 086	445	4 405	8 695	17 239	1 024	- 68	16 215	8 763	- 466	
Sept.	13 494	5 145	2 414	- 52	1 696	673	2 731	8 349	13 365	265	9	13 100	8 340	129	

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	25,63	18,26	100,01	0,73	46,79	45,71	6,78	19,68	- 24,65
Schuldverschreibungen insgesamt	5,24	- 2,18	2,99	0,15	2,47	0,57	- 0,20	- 1,53	1,90
kurzfristige Schuldverschreibungen	1,42	- 1,31	1,27	- 0,32	0,53	1,25	- 0,18	0,12	0,77
langfristige Schuldverschreibungen	3,82	- 0,87	1,72	0,47	1,94	- 0,68	- 0,02	- 1,65	1,13
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	0,65	- 0,47	1,38	- 0,04	1,80	- 0,48	0,10	- 0,64	0,87
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,59	0,51	- 0,17	- 0,02	0,20	0,13	- 0,48	0,10	0,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,40	- 0,56	0,12	- 0,16	0,60	- 0,41	0,09	- 0,55	0,48
Staat	- 1,34	- 0,41	1,44	0,14	1,00	- 0,20	0,49	- 0,20	- 0,24
Schuldverschreibungen des Auslands	4,60	- 1,71	1,61	0,19	0,67	1,05	- 0,31	- 0,88	1,03
Kredite insgesamt	- 0,87	- 2,76	- 19,33	- 8,06	- 3,19	- 7,81	- 0,27	3,96	8,72
kurzfristige Kredite	24,05	12,37	- 8,52	- 9,40	- 2,83	0,49	3,22	- 0,20	11,24
langfristige Kredite	- 24,92	- 15,13	- 10,82	1,33	- 0,35	- 8,30	- 3,50	4,16	- 2,52
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	6,25	- 25,00	0,28	- 7,83	6,99	- 3,13	4,24	- 5,83	0,43
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,52	- 28,14	- 12,27	- 9,25	5,75	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40
Finanzielle Kapitalgesellschaften	1,36	2,90	11,99	1,29	1,11	0,59	9,00	- 4,17	3,84
Staat	0,36	0,24	0,55	0,14	0,14	0,14	0,14	0,00	0,00
Kredite an das Ausland	- 7,12	22,24	- 19,61	- 0,24	- 10,18	- 4,68	- 4,52	9,79	8,28
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	130,42	89,24	73,97	56,50	- 15,87	20,30	13,05	18,35	19,22
Anteilsrechte insgesamt	128,41	80,24	61,20	55,64	- 17,02	15,43	7,14	14,52	12,30
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	18,82	6,18	- 77,97	- 1,51	- 18,72	10,02	- 67,75	12,08	4,92
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	18,27	4,62	- 78,06	- 1,32	- 18,55	10,15	- 68,34	12,08	5,32
finanzielle Kapitalgesellschaften	0,55	1,55	0,09	- 0,19	- 0,18	- 0,14	0,60	0,01	- 0,41
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 4,08	7,26	6,63	0,26	- 1,28	3,56	4,09	0,72	12,10
Übrige Anteilsrechte 1)	113,68	66,80	132,53	56,89	2,98	1,86	70,80	1,72	- 4,72
Anteile an Investmentfonds	2,01	9,00	12,78	0,85	1,15	4,87	5,91	3,83	6,93
Geldmarktfonds	- 0,53	1,78	3,79	- 1,80	0,98	3,27	1,34	- 0,47	- 0,19
Sonstige Investmentfonds	2,54	7,22	8,99	2,65	0,17	1,60	4,57	4,31	7,11
Versicherungstechnische Rückstellungen	0,39	1,68	2,02	0,51	0,50	0,45	0,55	0,43	0,61
Finanzderivate	2,15	0,54	- 25,41	- 0,93	- 10,35	- 3,49	- 10,64	21,57	6,78
Sonstige Forderungen	37,94	- 58,43	48,12	9,63	- 54,64	46,91	46,22	26,00	- 4,60
Insgesamt	200,90	46,34	182,37	58,52	- 34,29	102,65	55,49	88,47	7,97
Außenfinanzierung									
Schuldverschreibungen insgesamt	0,47	20,52	36,63	6,69	23,36	10,58	- 4,01	2,67	8,92
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,38	4,88	- 4,40	2,17	2,76	- 3,91	- 5,42	- 1,19	1,23
langfristige Schuldverschreibungen	- 2,91	15,64	41,02	4,53	20,60	14,49	1,41	3,86	7,69
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	3,48	6,62	18,12	1,54	11,47	5,05	0,06	1,96	3,28
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	0,59	0,51	- 0,17	- 0,02	0,20	0,13	- 0,48	0,10	0,62
Finanzielle Kapitalgesellschaften	2,89	5,31	19,86	2,05	11,20	5,44	1,18	1,98	2,74
Staat	0,01	0,47	- 0,22	- 0,10	- 0,19	0,05	0,01	0,14	0,03
Private Haushalte	- 0,01	0,34	- 1,35	- 0,39	0,26	- 0,57	- 0,65	- 0,26	- 0,12
Schuldverschreibungen des Auslands	- 3,01	13,90	18,51	5,15	11,89	5,53	- 4,06	0,71	5,64
Kredite insgesamt	146,39	71,34	68,31	34,75	30,27	- 0,36	3,66	31,45	8,83
kurzfristige Kredite	72,93	24,16	- 17,34	14,71	- 26,59	- 0,69	- 4,78	34,30	- 2,03
langfristige Kredite	73,45	47,17	85,65	20,03	56,85	0,33	8,44	- 2,85	10,87
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	75,48	27,59	30,34	11,12	25,27	- 4,56	- 1,49	38,39	- 9,65
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,52	- 28,14	- 12,27	- 9,25	5,75	- 3,86	- 4,90	- 1,66	- 3,40
Finanzielle Kapitalgesellschaften	69,55	55,16	6,95	23,85	3,07	- 11,66	- 8,31	37,06	- 11,63
Staat	1,41	0,57	35,66	- 3,47	16,45	10,96	11,72	2,99	5,39
Kredite aus dem Ausland	70,91	43,74	37,97	23,62	5,00	4,20	5,14	- 6,94	18,48
Anteilsrechte insgesamt	16,08	17,96	56,49	6,07	9,74	21,58	19,10	14,52	8,00
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	73,22	- 24,49	- 62,04	7,20	- 13,53	10,80	- 66,51	14,77	8,01
Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	18,27	4,62	- 78,06	- 1,32	- 18,55	10,15	- 68,34	12,08	5,32
Finanzielle Kapitalgesellschaften	46,75	- 33,13	3,68	1,65	1,44	- 1,00	1,59	- 0,49	1,51
Staat	0,53	- 0,01	0,26	0,20	0,09	- 0,01	- 0,01	- 0,07	- 0,07
Private Haushalte	7,67	4,03	12,08	6,66	3,50	1,67	0,25	3,25	1,25
Börsennotierte Aktien des Auslands	- 31,95	- 1,59	12,49	- 5,95	18,40	- 1,32	1,37	- 4,52	- 0,66
Übrige Anteilsrechte 1)	- 25,20	44,04	106,03	4,82	4,87	12,10	84,24	4,27	0,65
Versicherungstechnische Rückstellungen	6,08	7,55	5,84	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46	1,46
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	- 0,49	- 1,38	0,54	1,49	- 2,26	0,06	1,26	- 0,94	6,19
Sonstige Verbindlichkeiten	55,00	7,43	15,62	- 2,30	- 44,73	39,91	22,74	53,92	10,82
Insgesamt	223,51	123,42	183,42	48,15	17,84	73,22	44,21	103,07	44,22

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	582,4	573,7	715,2	595,0	626,2	698,1	715,2	709,2	689,7
Schuldverschreibungen insgesamt	50,8	49,6	51,5	48,2	51,5	51,5	51,5	49,9	51,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	4,9	3,7	4,8	3,4	3,8	5,1	4,8	5,0	5,9
langfristige Schuldverschreibungen	45,9	45,9	46,7	44,9	47,7	46,3	46,7	44,9	46,0
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	21,3	21,1	22,1	20,3	22,3	21,9	22,1	21,4	22,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,5	5,0	4,7	4,7	5,0	5,1	4,7	4,7	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	13,8	13,6	13,4	12,9	13,6	13,2	13,4	12,9	13,4
Staat	3,0	2,6	4,0	2,7	3,7	3,5	4,0	3,8	3,6
Schuldverschreibungen des Auslands	29,5	28,4	29,4	28,0	29,2	29,6	29,4	28,5	29,6
Kredite insgesamt	733,8	733,4	717,0	724,2	728,7	718,5	717,0	722,4	730,8
kurzfristige Kredite	555,6	569,4	565,8	559,1	564,4	563,2	565,8	565,9	577,1
langfristige Kredite	178,2	164,0	151,2	165,1	164,4	155,2	151,2	156,5	153,7
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	440,3	415,3	415,6	407,4	414,4	411,3	415,6	409,7	410,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	368,0	339,9	327,6	330,6	337,2	332,5	327,6	325,9	322,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	65,2	68,1	80,1	69,4	70,5	71,1	80,1	75,9	79,7
Staat	7,1	7,3	7,9	7,5	7,6	7,7	7,9	7,9	7,9
Kredite an das Ausland	293,6	318,1	301,5	316,8	314,3	307,2	301,5	312,7	320,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	2 215,0	2 464,0	2 522,7	2 249,2	2 410,3	2 438,7	2 522,7	2 680,1	2 748,1
Anteilsrechte insgesamt	2 048,6	2 274,0	2 318,0	2 073,4	2 223,7	2 245,3	2 318,0	2 467,7	2 524,0
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	302,6	342,0	307,0	288,4	337,2	352,5	307,0	359,4	383,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	296,0	332,9	298,9	281,4	329,6	346,0	298,9	350,9	375,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	6,6	9,0	8,1	7,0	7,6	6,5	8,1	8,5	8,5
Börsennotierte Aktien des Auslands	39,9	52,2	68,1	46,3	48,5	56,5	68,1	72,5	83,9
Übrige Anteilsrechte 1)	1 706,1	1 879,8	1 942,9	1 738,7	1 838,0	1 836,3	1 942,9	2 035,8	2 056,6
Anteile an Investmentfonds	166,4	190,0	204,7	175,8	186,6	193,5	204,7	212,4	224,1
Geldmarktfonds	1,0	3,2	7,0	1,4	2,4	5,7	7,0	6,5	6,3
Sonstige Investmentfonds	165,4	186,8	197,7	174,4	184,2	187,8	197,7	205,9	217,8
Versicherungstechnische Rückstellungen	56,3	59,2	62,1	59,9	60,6	61,3	62,1	62,8	63,6
Finanzderivate	33,3	31,6	31,1	44,6	34,8	29,7	31,1	31,4	52,7
Sonstige Forderungen	1 171,1	1 246,2	1 227,3	1 212,5	1 125,0	1 185,4	1 227,3	1 335,1	1 326,0
Insgesamt	4 842,8	5 157,5	5 326,9	4 933,6	5 037,2	5 183,1	5 326,9	5 590,9	5 662,7
Verbindlichkeiten									
Schuldverschreibungen insgesamt	181,3	204,7	249,6	202,9	238,6	251,8	249,6	251,1	261,0
kurzfristige Schuldverschreibungen	6,8	11,9	7,1	13,9	16,6	12,6	7,1	5,9	7,2
langfristige Schuldverschreibungen	174,5	192,9	242,5	189,0	222,0	239,2	242,5	245,2	253,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	70,1	77,7	96,0	74,3	88,8	94,9	96,0	95,6	99,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	4,5	5,0	4,7	4,7	5,0	5,1	4,7	4,7	5,3
finanzielle Kapitalgesellschaften	51,5	57,8	78,1	56,4	69,7	76,1	78,1	78,0	81,2
Staat	0,1	0,6	0,4	0,5	0,3	0,4	0,4	0,5	0,5
Private Haushalte	14,0	14,4	12,8	12,8	13,8	13,3	12,8	12,5	12,5
Schuldverschreibungen des Auslands	111,1	127,0	153,6	128,5	149,9	156,9	153,6	155,5	161,4
Kredite insgesamt	2 045,3	2 129,1	2 186,0	2 161,6	2 191,4	2 187,1	2 186,0	2 220,4	2 224,6
kurzfristige Kredite	792,6	819,9	796,7	834,9	806,5	803,3	796,7	833,6	831,0
langfristige Kredite	1 252,8	1 309,2	1 389,3	1 326,6	1 384,9	1 383,9	1 389,3	1 386,8	1 393,6
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 321,1	1 360,2	1 387,2	1 369,2	1 394,9	1 390,5	1 387,2	1 429,4	1 417,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	368,0	339,9	327,6	330,6	336,4	332,5	327,6	325,9	322,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	903,6	970,1	972,3	991,1	994,3	982,6	972,3	1 013,7	999,6
Staat	49,5	50,3	87,3	47,5	64,3	75,4	87,3	88,9	95,2
Kredite aus dem Ausland	724,3	768,9	798,9	792,4	796,5	796,6	798,9	791,0	807,3
Anteilsrechte insgesamt	2 701,1	3 102,2	3 259,8	2 572,7	2 950,1	3 092,2	3 259,8	3 521,3	3 638,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	659,1	733,2	739,2	594,9	710,7	746,7	739,2	847,5	894,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	296,0	332,9	298,9	281,4	329,6	346,0	298,9	350,9	375,0
finanzielle Kapitalgesellschaften	161,7	157,2	171,2	126,0	149,8	155,4	171,2	191,7	201,6
Staat	41,6	51,8	56,3	41,8	50,5	53,3	56,3	67,3	71,8
Private Haushalte	159,8	191,3	212,8	145,7	180,8	192,0	212,8	237,6	246,3
Börsennotierte Aktien des Auslands	765,0	959,4	996,3	689,5	856,5	924,2	996,3	1 082,8	1 127,1
Übrige Anteilsrechte 1)	1 277,0	1 409,6	1 524,3	1 288,3	1 382,9	1 421,3	1 524,3	1 591,1	1 616,3
Versicherungstechnische Rückstellungen	269,8	277,3	283,1	278,8	280,2	281,7	283,1	284,6	286,1
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	65,4	67,0	79,4	85,2	86,0	78,0	79,4	63,8	72,4
Sonstige Verbindlichkeiten	1 189,4	1 298,5	1 277,7	1 255,2	1 221,3	1 267,8	1 277,7	1 371,8	1 354,9
Insgesamt	6 452,2	7 078,8	7 335,7	6 556,4	6 967,7	7 158,6	7 335,7	7 713,0	7 837,1

1 Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

IX. Finanzierungsrechnung

3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögensbildung									
Bargeld und Einlagen	137,95	142,20	210,03	21,00	73,09	41,50	74,44	48,52	52,42
Bargeld	29,92	35,19	61,65	16,40	16,99	11,97	16,29	12,96	17,10
Einlagen insgesamt	108,03	107,01	148,38	4,60	56,10	29,53	58,15	35,57	35,32
Sichteinlagen	109,88	111,01	165,34	18,74	58,64	31,76	56,20	34,10	37,70
Termineinlagen	6,78	1,47	- 1,70	- 3,11	- 0,85	0,41	1,85	- 0,01	- 2,37
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	- 8,63	- 5,47	- 15,26	- 11,04	- 1,70	- 2,63	0,10	1,48	- 0,01
Schuldverschreibungen insgesamt	1,62	- 1,85	- 5,94	- 1,47	0,38	- 1,67	- 3,18	- 2,66	- 1,31
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,13	- 0,53	0,08	- 0,03	0,16	0,10	- 0,16	0,16	0,22
langfristige Schuldverschreibungen	1,74	- 1,33	- 6,02	- 1,44	0,22	- 1,77	- 3,03	- 2,82	- 1,52
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	2,24	- 2,93	- 2,56	- 0,14	0,55	- 1,17	- 1,79	- 1,07	- 1,26
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	- 0,10	0,21	- 1,32	- 0,32	0,19	- 0,56	- 0,62	- 0,28	- 0,13
finanzielle Kapitalgesellschaften	2,81	- 2,22	- 1,26	- 0,35	0,47	- 0,36	- 1,02	- 0,67	- 1,02
Staat	- 0,46	- 0,92	0,02	0,53	- 0,11	- 0,24	- 0,15	- 0,12	- 0,11
Schuldverschreibungen des Auslands	- 0,62	1,08	- 3,38	- 1,32	- 0,17	- 0,50	- 1,39	- 1,59	- 0,05
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	38,42	49,75	90,18	19,39	28,96	20,35	21,48	28,09	31,70
Anteilsrechte insgesamt	18,84	18,90	48,53	13,62	15,57	11,60	7,73	2,60	7,32
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	9,44	6,60	16,05	8,07	6,35	1,98	- 0,35	3,39	2,20
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	6,28	3,52	11,92	6,47	3,41	1,71	0,33	3,12	1,58
finanzielle Kapitalgesellschaften	3,16	3,08	4,14	1,61	2,94	0,27	- 0,68	0,27	0,62
Börsennotierte Aktien des Auslands	4,37	7,45	23,28	3,02	6,40	7,43	6,43	- 1,72	3,57
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	5,03	4,86	9,19	2,53	2,82	2,20	1,64	0,92	1,54
Anteile an Investmentfonds	19,58	30,84	41,65	5,76	13,39	8,75	13,75	25,50	24,38
Geldmarktfonds	- 0,22	- 0,32	0,09	0,38	- 0,10	0,10	- 0,29	0,09	- 0,08
Sonstige Investmentfonds	19,80	31,17	41,56	5,38	13,49	8,65	14,04	25,41	24,45
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	15,80	17,95	18,34	5,51	5,54	5,57	1,73	5,40	5,58
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	28,22	37,85	47,96	16,52	8,83	9,49	13,12	15,86	10,46
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	37,28	37,31	33,75	9,67	7,12	7,18	9,79	6,01	4,34
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen ²⁾	- 12,81	- 10,38	- 7,48	18,85	- 13,31	3,65	- 16,68	21,98	- 1,77
Insgesamt	246,48	272,82	386,84	89,47	110,61	86,07	100,69	123,21	101,42
Außenfinanzierung									
Kredite insgesamt	64,87	82,50	83,95	12,82	18,57	27,42	25,15	16,79	27,55
kurzfristige Kredite	2,45	0,95	- 5,50	- 1,57	- 2,29	- 0,53	- 1,11	0,48	0,79
langfristige Kredite	62,43	81,55	89,45	14,39	20,86	27,94	26,26	16,31	26,76
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	53,88	68,51	85,73	15,38	19,41	25,43	25,51	18,75	26,56
Konsumentenkredite	11,14	14,42	- 4,29	- 2,67	- 2,05	1,08	- 0,66	- 1,14	- 0,09
Gewerbliche Kredite	- 0,14	- 0,43	2,51	0,10	1,21	0,91	0,29	- 0,82	1,08
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	61,72	73,41	83,17	15,52	17,96	27,32	22,37	14,85	27,19
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	3,14	9,06	0,78	- 2,71	0,61	0,10	2,77	1,94	0,36
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	0,80	0,73	0,01	- 0,18	0,25	0,32	- 0,38	0,01	0,01
Insgesamt	65,67	83,23	83,97	12,64	18,82	27,73	24,77	16,80	27,56

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesamelte Überschussanteile bei Versicherungen.

IX. Finanzierungsrechnung

4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2018	2019	2020	2020				2021	
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Geldvermögen									
Bargeld und Einlagen	2 457,4	2 599,6	2 809,3	2 620,6	2 693,7	2 734,9	2 809,3	2 858,0	2 910,4
Bargeld	227,3	262,5	324,2	278,9	295,9	307,9	324,2	337,1	354,2
Einlagen insgesamt	2 230,1	2 337,1	2 485,2	2 341,7	2 397,8	2 427,0	2 485,2	2 520,9	2 556,2
Sichteinlagen	1 398,0	1 509,1	1 674,1	1 527,8	1 586,4	1 617,9	1 674,1	1 708,3	1 746,0
Termineinlagen	252,4	253,9	252,1	250,8	249,9	250,3	252,1	252,2	249,8
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	579,7	574,2	558,9	563,2	561,5	558,8	558,9	560,4	560,4
Schuldverschreibungen insgesamt	117,5	121,4	113,3	108,9	114,5	113,7	113,3	112,8	111,6
kurzfristige Schuldverschreibungen	2,1	1,6	1,6	1,5	1,7	1,8	1,6	1,7	1,9
langfristige Schuldverschreibungen	115,4	119,8	111,7	107,4	112,8	111,9	111,7	111,0	109,6
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	80,2	81,5	76,7	72,3	76,7	76,1	76,7	77,3	76,5
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	12,1	12,4	10,9	11,0	11,8	11,3	10,9	10,5	10,5
finanzielle Kapitalgesellschaften	64,6	66,6	63,3	58,3	62,0	62,1	63,3	64,4	63,7
Staat	3,4	2,5	2,6	3,1	3,0	2,7	2,6	2,4	2,3
Schuldverschreibungen des Auslands	37,4	39,9	36,5	36,6	37,8	37,6	36,5	35,4	35,1
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 164,0	1 388,3	1 541,0	1 222,7	1 376,2	1 425,4	1 541,0	1 659,4	1 746,0
Anteilsrechte insgesamt	590,6	708,0	806,4	620,8	710,3	737,8	806,4	868,6	904,7
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	184,1	223,9	243,3	171,7	209,2	217,3	243,3	271,7	280,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	151,9	182,3	204,0	138,7	172,3	183,6	204,0	228,2	236,9
finanzielle Kapitalgesellschaften	32,2	41,6	39,2	33,0	36,9	33,7	39,2	43,4	43,1
Börsennotierte Aktien des Auslands	100,2	136,3	180,6	116,9	144,7	156,1	180,6	199,5	216,4
Übrige Anteilsrechte ¹⁾	306,3	347,8	382,6	332,2	356,4	364,4	382,6	397,4	408,2
Anteile an Investmentfonds	573,4	680,2	734,6	601,9	665,9	687,7	734,6	790,7	841,4
Geldmarktfonds	2,4	2,3	2,3	2,7	2,7	2,7	2,3	2,4	2,3
Sonstige Investmentfonds	571,1	678,0	732,2	599,2	663,2	684,9	732,2	788,3	839,0
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	375,9	393,8	412,2	399,3	404,9	410,5	412,2	417,6	423,2
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	1 011,1	1 069,1	1 112,1	1 082,8	1 091,6	1 101,2	1 112,1	1 128,0	1 138,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	883,8	924,5	956,8	936,9	945,3	953,2	956,8	962,8	967,2
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen ²⁾	29,6	29,6	27,9	29,0	29,6	30,0	27,9	27,8	28,2
Insgesamt	6 039,4	6 526,4	6 972,6	6 400,2	6 655,8	6 768,9	6 972,6	7 166,4	7 325,3
Verbindlichkeiten									
Kredite insgesamt	1 754,8	1 837,9	1 924,6	1 853,2	1 870,3	1 899,0	1 924,6	1 939,7	1 969,5
kurzfristige Kredite	58,3	59,0	53,2	57,3	55,1	54,3	53,2	53,6	54,4
langfristige Kredite	1 696,5	1 778,9	1 871,3	1 795,9	1 815,3	1 844,7	1 871,3	1 886,1	1 915,1
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 287,0	1 358,7	1 448,2	1 376,6	1 396,2	1 422,6	1 448,2	1 464,9	1 493,9
Konsumentenkredite	218,1	231,4	226,1	228,8	226,0	227,0	226,1	224,6	224,4
Gewerbliche Kredite	249,7	247,7	250,2	247,8	248,1	249,5	250,2	250,2	251,2
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 667,2	1 741,6	1 824,6	1 757,2	1 773,2	1 801,6	1 824,6	1 839,8	1 867,3
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	87,5	96,1	99,8	95,9	97,1	97,3	99,8	99,7	102,1
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	18,3	19,7	19,2	21,2	21,6	21,2	19,2	20,5	19,8
Insgesamt	1 773,1	1 857,6	1 943,8	1 874,4	1 891,9	1 920,2	1 943,8	1 960,2	1 989,3

¹ Einschl. nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. ² Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Finanzierungssaldo und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2015	+ 29,1	+ 17,6	+ 4,6	+ 3,7	+ 3,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1
2016	+ 36,4	+ 13,7	+ 7,7	+ 6,3	+ 8,7	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
2017	+ 43,7	+ 7,9	+ 13,9	+ 10,7	+ 11,1	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
2018 p)	+ 64,4	+ 21,1	+ 11,7	+ 15,6	+ 16,0	+ 1,9	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5
2019 p)	+ 51,1	+ 22,0	+ 13,8	+ 6,1	+ 9,1	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3
2020 p)	- 145,2	- 86,4	- 30,1	+ 6,3	- 35,0	- 4,3	- 2,6	- 0,9	+ 0,2	- 1,0
2019 1.Hj. p)	+ 47,0	+ 18,9	+ 12,8	+ 6,8	+ 8,4	+ 2,8	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5
2.Hj. p)	+ 4,1	+ 3,1	+ 1,0	- 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0
2020 1.Hj. p)	- 47,8	- 26,9	- 9,2	+ 0,8	- 12,5	- 2,9	- 1,6	- 0,6	+ 0,0	- 0,8
2.Hj. p)	- 97,4	- 59,5	- 20,9	+ 5,5	- 22,5	- 5,6	- 3,4	- 1,2	+ 0,3	- 1,3
2021 1.Hj. ts)	- 80,9	- 67,0	- 3,1	- 0,6	- 10,2	- 4,7	- 3,9	- 0,2	- 0,0	- 0,6
Schuldenstand ²⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2015	2 178,1	1 372,2	659,5	164,0	1,5	72,0	45,3	21,8	5,4	0,0
2016	2 162,7	1 365,9	642,3	166,9	1,2	69,0	43,6	20,5	5,3	0,0
2017	2 112,5	1 350,3	614,9	163,5	0,8	64,7	41,3	18,8	5,0	0,0
2018 p)	2 063,5	1 323,1	600,8	155,9	0,7	61,3	39,3	17,8	4,6	0,0
2019 p)	2 046,7	1 299,9	609,8	153,7	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 p)	2 314,3	1 513,2	660,6	154,2	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2019 1.Vj. p)	2 073,7	1 324,5	612,5	154,2	0,7	61,1	39,0	18,0	4,5	0,0
2.Vj. p)	2 064,1	1 320,4	610,7	152,8	0,7	60,5	38,7	17,9	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 081,1	1 328,1	620,7	152,3	0,6	60,4	38,5	18,0	4,4	0,0
4.Vj. p)	2 046,7	1 299,9	609,8	153,7	0,7	58,9	37,4	17,6	4,4	0,0
2020 1.Vj. p)	2 090,4	1 327,7	623,1	153,6	0,8	60,1	38,1	17,9	4,4	0,0
2.Vj. p)	2 259,9	1 473,9	645,1	153,7	1,0	66,4	43,3	19,0	4,5	0,0
3.Vj. p)	2 333,4	1 536,9	655,6	154,8	4,6	69,1	45,5	19,4	4,6	0,1
4.Vj. p)	2 314,3	1 513,2	660,6	154,2	7,4	68,7	44,9	19,6	4,6	0,2
2021 1.Vj. p)	2 345,1	1 538,9	665,6	154,2	16,2	69,9	45,9	19,8	4,6	0,5
2.Vj. p)	2 398,3	1 589,2	668,7	155,5	21,2	69,7	46,2	19,4	4,5	0,6

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Vor- leistungen	Brutto- investi- tionen	Zinsen	sonstige		
Mrd €													
2015	1 364,9	705,1	501,2	158,6	1 335,8	721,9	233,0	153,0	64,5	42,2	121,2	+ 29,1	1 213,3
2016	1 426,7	739,2	524,3	163,3	1 390,4	754,5	240,7	162,5	68,1	37,3	127,2	+ 36,4	1 270,4
2017	1 486,9	773,3	549,5	164,2	1 443,3	784,8	250,6	169,5	71,6	33,8	132,9	+ 43,7	1 329,5
2018 p)	1 557,3	808,2	572,6	176,5	1 492,8	805,6	260,3	176,2	78,4	31,1	141,3	+ 64,4	1 387,8
2019 p)	1 613,8	834,4	598,2	181,2	1 562,7	846,6	272,7	184,2	83,7	27,3	148,3	+ 51,1	1 439,7
2020 p)	1 566,9	782,1	607,9	176,9	1 712,1	905,2	284,1	209,8	90,9	21,0	201,2	- 145,2	1 397,0
in % des BIP													
2015	45,1	23,3	16,6	5,2	44,1	23,9	7,7	5,1	2,1	1,4	4,0	+ 1,0	40,1
2016	45,5	23,6	16,7	5,2	44,4	24,1	7,7	5,2	2,2	1,2	4,1	+ 1,2	40,5
2017	45,5	23,7	16,8	5,0	44,2	24,0	7,7	5,2	2,2	1,0	4,1	+ 1,3	40,7
2018 p)	46,2	24,0	17,0	5,2	44,3	23,9	7,7	5,2	2,3	0,9	4,2	+ 1,9	41,2
2019 p)	46,5	24,0	17,2	5,2	45,0	24,4	7,9	5,3	2,4	0,8	4,3	+ 1,5	41,5
2020 p)	46,5	23,2	18,1	5,3	50,8	26,9	8,4	6,2	2,7	0,6	6,0	- 4,3	41,5
Zuwachsraten in %													
2015	+ 3,9	+ 4,8	+ 3,9	+ 0,0	+ 3,0	+ 4,4	+ 2,4	+ 4,0	+ 6,6	- 10,5	- 1,8	.	+ 4,6
2016	+ 4,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 2,9	+ 4,1	+ 4,5	+ 3,3	+ 6,2	+ 5,6	- 11,7	+ 4,9	.	+ 4,7
2017	+ 4,2	+ 4,6	+ 4,8	+ 0,5	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,1	+ 4,3	+ 5,1	- 9,3	+ 4,5	.	+ 4,7
2018 p)	+ 4,7	+ 4,5	+ 4,2	+ 7,5	+ 3,4	+ 2,7	+ 3,9	+ 3,9	+ 9,5	- 8,0	+ 6,3	.	+ 4,4
2019 p)	+ 3,6	+ 3,2	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,7	+ 5,1	+ 4,8	+ 4,5	+ 6,8	- 12,2	+ 5,0	.	+ 3,7
2020 p)	- 2,9	- 6,3	+ 1,6	- 2,4	+ 9,6	+ 6,9	+ 4,2	+ 13,9	+ 8,7	- 23,4	+ 35,7	.	- 3,0

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Bankenabgaben an den Einheitlichen Abwicklungsfonds.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufen-de Zuschüsse	Zins-ausgaben	Sach-investitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2014 p)	791,8	643,6	11,3	788,9	236,0	295,1	57,1	45,9	17,6	+ 2,9	554,5	551,1	+ 3,5	1 245,2	1 238,8	+ 6,4
2015 p)	829,8	673,3	10,4	804,3	244,1	302,7	49,8	46,4	12,5	+ 25,5	575,0	573,1	+ 1,9	1 301,1	1 273,6	+ 27,4
2016 p)	862,3	705,8	9,0	844,5	251,3	321,6	43,4	49,0	11,8	+ 17,8	601,8	594,8	+ 7,1	1 355,1	1 330,2	+ 24,9
2017 p)	900,3	734,5	7,9	869,4	261,6	327,9	42,0	52,3	13,8	+ 30,8	631,5	622,0	+ 9,5	1 417,5	1 377,2	+ 40,3
2018 p)	951,8	776,3	6,2	905,6	272,5	338,0	39,2	55,8	16,1	+ 46,2	656,2	642,5	+ 13,6	1 490,7	1 430,9	+ 59,8
2019 p)	1 010,3	799,4	11,2	975,5	285,9	349,7	33,6	62,9	16,8	+ 34,8	685,0	676,7	+ 8,3	1 573,8	1 530,8	+ 43,0
2020 p)	947,0	739,9	13,9	1 112,4	299,5	422,8	25,9	69,2	60,1	- 165,5	719,5	747,4	- 27,9	1 518,9	1 712,3	- 193,4
2019 1.Vj. p)	240,9	192,7	2,5	227,7	68,3	88,5	11,5	10,2	3,3	+ 13,2	163,3	166,4	- 3,1	374,3	364,1	+ 10,2
2.Vj. p)	256,3	201,7	2,0	236,1	70,1	87,0	12,2	13,0	2,6	+ 20,1	169,9	168,4	+ 1,5	396,1	374,5	+ 21,6
3.Vj. p)	245,3	194,7	3,4	236,7	70,9	86,2	4,5	16,4	3,1	+ 8,6	168,8	170,3	- 1,5	384,0	376,9	+ 7,1
4.Vj. p)	269,1	210,6	3,2	272,2	76,1	87,5	5,1	22,5	7,7	- 3,1	181,9	172,6	+ 9,3	420,7	414,5	+ 6,2
2020 1.Vj. p)	244,8	197,4	2,5	236,4	72,9	90,5	11,9	12,0	2,6	+ 8,4	168,3	175,7	- 7,4	380,0	379,1	+ 0,9
2.Vj. p)	211,9	158,1	2,7	271,8	72,2	119,1	8,6	15,4	3,4	- 59,8	175,9	187,0	- 11,1	354,5	425,4	- 70,9
3.Vj. p)	227,8	181,4	4,0	282,3	72,4	102,0	1,4	18,3	34,3	- 54,5	181,1	195,0	- 13,9	370,1	438,5	- 68,4
4.Vj. p)	259,3	201,9	4,5	315,4	81,4	109,1	5,9	22,8	19,6	- 56,1	186,0	189,5	- 3,5	408,2	467,9	- 59,6
2021 1.Vj. p)	240,7	185,2	4,3	300,6	75,5	134,4	7,3	11,1	14,6	- 59,9	182,4	196,3	- 13,9	385,2	458,9	- 73,8
2.Vj. p)	267,0	195,8	7,5	297,2	74,8	123,2	10,7	15,2	10,5	- 30,2	185,9	197,0	- 11,1	414,1	455,3	- 41,2

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zahlreiche Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen, aber in den Rechnungsergebnissen bisher nicht enthalten sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzteren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahres-

angaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2014 p)	322,9	323,3	- 0,3	338,3	336,1	+ 2,1	218,7	218,7	- 0,1
2015 p)	338,3	326,5	+ 11,8	355,1	350,6	+ 4,5	232,7	229,1	+ 3,6
2016 p)	344,7	338,4	+ 6,2	381,1	372,4	+ 8,8	248,9	243,1	+ 5,8
2017 p)	357,8	352,8	+ 5,0	397,7	385,8	+ 11,8	260,3	249,1	+ 11,2
2018 p)	374,4	363,5	+ 10,9	420,5	400,1	+ 20,4	271,8	261,5	+ 10,2
2019 p)	382,5	369,2	+ 13,3	437,2	419,6	+ 17,6	284,2	278,1	+ 6,1
2020 p)	341,4	472,1	- 130,7	456,4	489,4	- 33,0	297,0	294,6	+ 2,4
2019 1.Vj. p)	84,7	86,1	- 1,4	105,7	96,7	+ 8,9	58,2	63,2	- 4,9
2.Vj. p)	97,7	90,3	+ 7,4	106,0	100,2	+ 5,8	70,6	65,9	+ 4,7
3.Vj. p)	93,2	91,3	+ 1,9	107,9	102,6	+ 5,2	69,1	69,2	- 0,1
4.Vj. p)	106,9	101,5	+ 5,4	115,5	118,4	- 2,9	84,5	78,4	+ 6,0
2020 1.Vj. p)	92,3	90,4	+ 1,9	105,6	99,7	+ 5,9	57,9	67,7	- 9,8
2.Vj. p)	70,8	114,8	- 44,0	108,2	128,0	- 19,8	69,4	69,4	+ 0,1
3.Vj. p)	83,7	105,4	- 21,7	112,9	113,7	- 0,8	67,5	72,6	- 5,1
4.Vj. p)	94,5	161,5	- 67,0	127,4	146,3	- 18,9	100,3	83,5	+ 16,8
2021 1.Vj. p)	75,0	127,5	- 52,5	113,7	120,7	- 7,1	61,1	69,7	- 8,6
2.Vj. p)	86,4	123,5	- 37,1	122,8	122,0	+ 0,8	74,6	71,7	+ 2,9

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt

wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Quartalsdaten der Kern- und der zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €										
Zeit	Bund, Länder und Europäische Union						Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)	
	Insgesamt	zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)	Gemeinden 3)				
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+	198	27 772	
2015	673 276	580 485	308 849	240 698	30 938	93 003	-	212	27 241	
2016	705 797	606 965	316 854	260 837	29 273	98 648	+	186	27 836	
2017	734 540	629 458	336 730	271 046	21 682	105 158	-	76	27 368	
2018	776 314	665 005	349 134	287 282	28 589	111 308	+	1	26 775	
2019	799 416	684 491	355 050	298 519	30 921	114 902	+	23	25 998	
2020	739 880	632 237	313 381	286 065	32 791	107 916	-	274	30 266	
2019 1.Vj.	193 054	162 696	79 669	71 578	11 450	19 816	+	10 541	6 270	
2.Vj.	202 383	172 563	90 883	75 455	6 224	29 784	+	37	6 179	
3.Vj.	193 918	166 676	86 117	72 677	7 882	27 569	-	327	7 402	
4.Vj.	210 062	182 556	98 381	78 809	5 365	37 733	-	10 227	6 146	
2020 1.Vj.	198 351	168 099	83 086	75 420	9 593	18 875	+	11 377	6 855	
2.Vj.	158 161	135 185	68 653	59 557	6 974	25 107	-	2 131	6 997	
3.Vj.	182 202	156 397	78 502	72 613	5 282	25 234	+	571	9 705	
4.Vj.	201 167	172 557	83 140	78 475	10 942	38 700	-	10 090	6 709	
2021 1.Vj.	189 223	159 178	72 814	73 137	13 227	19 882	+	10 163	6 887	
2.Vj.	191 915	163 158	81 129	74 024	8 005	29 598	-	841	7 438	
3.Vj.	...	180 378	87 603	84 312	8 464	7 823	
2020 Sept.	.	58 657	29 021	27 468	2 167	.	.	.	2 046	
2021 Sept.	.	72 231	34 690	34 158	3 382	.	.	.	2 341	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Regionalisierungsmittel (ÖPNV), Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. 2 Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bundes verbuch-

ten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. 3 Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. 4 Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. 5 Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €															
Zeit	Gemeinschaftliche Steuern											Bundessteuern 9)	Ländersteuern 9)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindefeuersteuern an den gemeinschaftlichen Steuern
	Insgesamt 1)	Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 7)				Gewerbesteuerumlagen 8)				
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer 4)	Körperschaftsteuer 5)	Kapitalertragsteuer 6)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer	Gewerbesteuerumlagen 8)					
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031	
2015	620 287	273 258	178 891	48 580	19 583	26 204	209 921	159 015	50 905	7 407	104 204	20 339	5 159	39 802	
2016	648 309	291 492	184 826	53 833	27 442	25 391	217 090	165 932	51 157	7 831	104 441	22 342	5 113	41 345	
2017	674 598	312 462	195 524	59 428	29 259	28 251	226 355	170 498	55 856	8 580	99 934	22 205	5 063	45 141	
2018	713 576	332 141	208 231	60 415	33 425	30 069	234 800	175 437	59 363	9 078	108 586	23 913	5 057	48 571	
2019	735 869	344 016	219 660	63 711	32 013	28 632	243 256	183 113	60 143	8 114	109 548	25 850	5 085	51 379	
2020	682 345	320 798	209 286	58 982	24 268	28 261	219 484	168 700	50 784	3 954	105 632	27 775	4 703	50 107	
2019 1.Vj.	175 216	82 996	50 923	17 453	9 194	5 426	60 402	46 018	14 384	121	23 968	6 531	1 197	12 519	
2.Vj.	185 333	90 134	54 437	16 069	8 085	11 543	59 101	43 943	15 158	2 113	26 625	6 087	1 273	12 770	
3.Vj.	179 020	81 267	53 668	13 614	7 607	6 379	61 057	45 976	15 081	2 221	26 654	6 485	1 336	12 344	
4.Vj.	196 300	89 619	60 632	16 575	7 128	5 284	62 696	47 175	15 520	3 660	32 301	6 746	1 279	13 745	
2020 1.Vj.	181 350	88 009	53 389	18 711	8 495	7 415	60 060	46 038	14 022	244	24 517	7 406	1 114	13 251	
2.Vj.	146 360	69 928	50 760	10 633	2 348	6 187	44 262	31 625	12 638	1 170	23 525	6 326	1 149	11 175	
3.Vj.	168 308	73 766	47 470	13 492	5 411	7 392	59 819	47 933	11 886	796	25 930	6 784	1 212	11 910	
4.Vj.	186 327	89 094	57 667	16 146	8 014	7 268	55 343	43 105	12 238	1 744	31 660	7 259	1 227	13 770	
2021 1.Vj.	171 881	86 381	50 854	17 826	10 203	7 498	54 795	45 403	9 392	252	21 712	7 757	983	12 703	
2.Vj.	175 242	84 505	50 783	14 347	8 860	10 515	57 634	43 399	14 235	1 215	23 210	7 398	1 281	12 085	
3.Vj.	193 910	90 619	53 857	17 973	9 853	8 936	69 528	49 052	20 476	1 189	23 469	7 813	1 292	13 532	
2020 Sept.	63 521	33 650	12 521	14 001	5 664	1 464	18 229	14 668	3 562	1	8 853	2 388	399	4 864	
2021 Sept.	78 211	44 626	16 727	16 876	8 745	2 279	22 117	16 343	5 774	2	8 477	2 561	429	5 980	

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. 1 Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. 2 Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. 3 Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. 4 Nach Abzug der Arbeitnehmererstattungen und Forschungszulage. 5 Nach Abzug der Forschungszulage. 6 Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. 7 Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2020: 43,0/52,9/4,1. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. 8 Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2020: 39,8/60,2. 9 Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)							Ländersteuern 1)					Gemeindesteuern		
	Energiesteuer	Solidaritätszuschlag	Tabaksteuer	Versicherungssteuer	Kraftfahrzeugsteuer	Stromsteuer	Alkoholsteuer	sonstige	Grundwerbsteuer	Erbsteuer	Rennwett- und Lotteriesteuer	sonstige	insgesamt	darunter:	
														Gewerbesteuer 2)	Grundsteuern
2014	39 758	15 047	14 612	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	9 339	5 452	1 673	1 091	57 728	43 763	12 691
2015	39 594	15 930	14 921	12 419	8 805	6 593	2 070	3 872	11 249	6 290	1 712	1 088	60 396	45 752	13 215
2016	40 091	16 855	14 186	12 763	8 952	6 569	2 070	2 955	12 408	7 006	1 809	1 119	65 319	50 103	13 654
2017	41 022	17 953	14 399	13 269	8 948	6 944	2 094	-4 695	13 139	6 114	1 837	1 115	68 522	52 899	13 966
2018	40 882	18 927	14 339	13 779	9 047	6 858	2 133	2 622	14 083	6 813	1 894	1 122	71 817	55 904	14 203
2019	40 683	19 646	14 257	14 136	9 372	6 689	2 118	2 648	15 789	6 987	1 975	1 099	71 661	55 527	14 439
2020	37 635	18 676	14 651	14 553	9 526	6 561	2 238	1 792	16 055	8 600	2 044	1 076	61 489	45 471	14 676
2019 1.Vj.	4 848	4 679	2 495	6 542	2 594	1 646	579	586	3 976	1 705	499	351	17 959	14 139	3 350
2.Vj.	9 937	5 257	3 588	2 543	2 491	1 659	485	665	3 667	1 660	513	247	19 163	14 869	3 881
3.Vj.	10 519	4 624	3 667	2 770	2 251	1 639	515	668	3 923	1 824	474	264	17 118	12 659	4 019
4.Vj.	15 379	5 086	4 507	2 281	2 035	1 745	538	730	4 223	1 798	488	237	17 422	13 861	3 190
2020 1.Vj.	4 966	4 930	2 413	6 766	2 634	1 708	562	537	4 525	1 981	542	358	17 245	13 391	3 403
2.Vj.	8 117	4 235	3 772	2 606	2 426	1 585	455	328	3 566	2 154	425	181	12 971	8 842	3 895
3.Vj.	9 985	4 365	3 978	2 817	2 366	1 499	506	414	3 730	2 262	509	283	14 690	10 242	4 095
4.Vj.	14 566	5 145	4 487	2 365	2 101	1 768	715	513	4 234	2 203	567	254	16 584	12 997	3 283
2021 1.Vj.	4 126	3 171	2 585	6 776	2 567	1 692	395	400	4 716	2 110	578	353	17 594	13 798	3 503
2.Vj.	8 717	2 546	4 053	2 843	2 469	1 640	528	413	4 231	2 374	538	255	17 888	13 674	4 033
3.Vj.	9 532	2 338	3 636	2 911	2 381	1 618	514	538	4 571	2 457	516	269
2020 Sept.	3 497	2 064	1 035	700	773	453	188	143	1 268	837	171	111	.	.	.
2021 Sept.	3 434	1 473	1 145	743	747	555	182	198	1 551	730	187	93	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Zur Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Einschl. Einnahmen aus Offshore-Windparks.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 4)					Nachrichtlich: Verwaltungsvermögen
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:			Einnahmen	Wertpapiere	Beteiligungen, Darlehen und Hypotheken 6)	Grundstücke		
		Beiträge 3)	Zahlungen des Bundes		Renten	Krankenversicherung der Rentner							
2014	269 115	189 080	78 940	265 949	226 204	15 978	+ 3 166	36 462	32 905	3 317	146	94	4 263
2015	276 129	194 486	80 464	277 717	236 634	16 705	- 1 588	35 556	32 795	2 506	167	88	4 228
2016	286 399	202 249	83 154	288 641	246 118	17 387	- 2 242	34 094	31 524	2 315	203	52	4 147
2017	299 826	211 424	87 502	299 297	255 261	18 028	+ 529	35 366	33 740	1 335	238	53	4 032
2018	312 788	221 572	90 408	308 356	263 338	18 588	+ 4 432	40 345	38 314	1 713	262	56	4 008
2019	327 298	232 014	94 467	325 436	277 282	20 960	+ 1 861	42 963	40 531	2 074	303	56	3 974
2020	335 185	235 988	98 447	339 072	289 284	21 865	- 3 887	39 880	38 196	1 286	344	55	3 901
2019 1.Vj.	77 984	54 393	23 426	78 630	67 328	5 087	- 646	39 432	37 637	1 474	263	57	4 001
2.Vj.	81 410	57 837	23 408	80 804	69 011	5 205	+ 605	40 232	38 639	1 272	264	57	3 996
3.Vj.	80 305	56 637	23 481	82 716	70 633	5 330	- 2 411	38 386	36 876	1 183	271	56	3 995
4.Vj.	86 756	63 133	23 413	82 849	70 674	5 333	+ 3 907	42 945	40 539	2 074	276	56	3 987
2020 1.Vj.	80 578	55 999	24 436	82 622	70 829	5 346	- 2 045	40 840	38 636	1 848	300	56	3 966
2.Vj.	82 098	57 515	24 413	82 875	70 889	5 346	- 777	39 779	37 975	1 446	304	55	3 949
3.Vj.	82 689	58 109	24 418	86 497	74 054	5 591	- 3 808	36 898	35 197	1 333	313	55	3 925
4.Vj.	88 978	64 375	24 412	86 605	73 879	5 576	+ 2 373	39 847	38 186	1 286	321	55	3 916
2021 1.Vj.	83 066	57 351	25 542	86 048	73 799	5 600	- 2 982	36 888	35 326	1 166	342	54	3 887
2.Vj.	86 386	60 666	25 545	86 486	73 905	5 679	- 100	36 941	35 554	988	345	53	3 871
3.Vj.	85 535	59 941	25 468	87 123	74 453	5 718	- 1 588	36 041	34 670	973	345	53	3 840

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da Letztere nicht nachträglich revidiert werden.

den. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher Geldleistungen. 4 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahresende. 5 Einschl. Barmittel. 6 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)		
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2015	35 159	29 941	1 333	-	31 439	14 846	771	6 295	.	654	5 597	+ 3 720	-
2016	36 352	31 186	1 114	-	30 889	14 435	749	7 035	.	595	5 314	+ 5 463	-
2017	37 819	32 501	882	-	31 867	14 055	769	7 043	.	687	6 444	+ 5 952	-
2018	39 335	34 172	622	-	33 107	13 757	761	6 951	.	588	8 129	+ 6 228	-
2019	35 285	29 851	638	-	33 154	15 009	772	7 302	.	842	6 252	+ 2 131	-
2020	33 678	28 236	630	-	61 013	20 617	22 719	7 384	.	1 214	6 076	- 27 335	-
2019 1.Vj.	8 369	7 027	148	-	8 597	3 969	403	1 818	.	179	1 450	- 228	-
2.Vj.	8 685	7 440	156	-	8 136	3 673	204	1 832	.	243	1 475	+ 549	-
3.Vj.	8 650	7 263	162	-	7 829	3 682	68	1 711	.	190	1 510	+ 821	-
4.Vj.	9 581	8 121	172	-	8 592	3 685	98	1 941	.	230	1 816	+ 989	-
2020 1.Vj.	8 123	6 851	153	-	9 301	4 469	392	1 934	.	235	1 470	- 1 179	-
2.Vj.	7 906	6 691	151	-	17 005	4 869	7 977	1 793	.	254	1 407	- 9 099	-
3.Vj.	8 350	6 934	153	-	18 619	5 737	8 637	1 701	.	472	1 414	- 10 269	-
4.Vj.	9 299	7 760	174	-	16 088	5 543	5 712	1 957	.	251	1 785	- 6 789	-
2021 1.Vj.	8 228	6 747	289	-	18 260	5 956	8 006	1 935	.	184	1 391	- 10 033	-
2.Vj.	8 830	7 301	324	-	16 720	5 029	7 495	1 912	.	108	1 452	- 7 890	-
3.Vj.	8 791	7 290	330	-	12 042	4 447	3 631	1 744	.	91	1 452	- 3 251	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förde-

rung der Arbeitsaufnahme, Rehabilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)								Saldo der Einnahmen und Ausgaben
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behandlung	Zahn-ärztliche Behandlung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld	Ver-waltungs-ausgaben 5)	
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2014	203 143	189 089	10 500	205 589	65 711	33 093	34 202	13 028	13 083	10 619	10 063	- 2 445
2015	210 147	195 774	11 500	213 727	67 979	34 576	35 712	13 488	13 674	11 227	10 482	- 3 580
2016	223 692	206 830	14 000	222 936	70 450	35 981	37 300	13 790	14 256	11 677	11 032	+ 757
2017	233 814	216 227	14 500	230 773	72 303	37 389	38 792	14 070	14 776	12 281	10 912	+ 3 041
2018	242 360	224 912	14 500	239 706	74 506	38 327	39 968	14 490	15 965	13 090	11 564	+ 2 654
2019	251 295	233 125	14 500	252 440	77 551	40 635	41 541	15 010	17 656	14 402	11 136	- 1 145
2020	269 158	237 588	27 940	275 268	78 531	42 906	44 131	14 967	18 133	15 956	11 864	- 6 110
2019 1.Vj.	59 809	55 622	3 625	62 485	19 586	9 947	10 386	3 738	4 106	3 649	2 707	- 2 676
2.Vj.	62 121	57 858	3 625	62 858	19 210	10 127	10 421	3 821	4 289	3 535	2 774	- 736
3.Vj.	62 143	57 763	3 625	62 716	19 109	10 278	10 278	3 630	4 467	3 558	2 804	- 573
4.Vj.	67 094	61 884	3 625	64 075	19 497	10 353	10 455	3 821	4 713	3 659	2 975	+ 3 019
2020 1.Vj.	61 949	57 419	3 625	66 438	20 049	11 086	10 806	3 804	4 470	4 061	2 816	- 4 489
2.Vj.	68 108	58 096	9 359	69 487	17 674	10 492	10 908	3 389	3 986	4 143	2 980	- 1 378
3.Vj.	70 130	59 403	10 151	71 063	20 913	10 567	11 642	3 774	4 852	3 829	2 970	- 934
4.Vj.	68 645	62 672	4 805	67 987	19 887	10 729	11 019	3 891	4 725	3 920	3 039	+ 658
2021 1.Vj.	72 970	59 338	13 303	72 660	19 631	11 175	11 564	4 069	4 564	4 287	2 967	+ 310
2.Vj.	71 964	61 819	9 965	74 492	20 287	11 275	11 536	4 219	5 085	4 120	2 850	- 2 529

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostrukturausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Be-

schäftigten. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostenerstattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung *)

Mio €

Zeit	Einnahmen		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	Insgesamt	darunter: Beiträge 2)	Insgesamt	darunter:					
				Pflege-sachleistung 3)	Stationäre Pflege insgesamt 4)	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 5)	Verwaltungs-ausgaben	
2014	25 974	25 893	25 457	4 260	11 892	5 893	946	1 216	+ 517
2015	30 825	30 751	29 101	4 626	13 003	6 410	960	1 273	+ 1 723
2016	32 171	32 100	30 936	4 904	13 539	6 673	983	1 422	+ 1 235
2017	36 305	36 248	38 862	6 923	16 034	10 010	1 611	1 606	- 2 557
2018	37 949	37 886	41 265	7 703	16 216	10 809	2 093	1 586	- 3 315
2019	47 228	46 508	44 008	8 257	16 717	11 689	2 392	1 781	+ 3 220
2020	50 622	48 003	49 284	8 794	16 459	12 786	2 714	1 946	+ 1 338
2019 1.Vj.	11 123	10 938	10 728	2 060	4 082	2 833	547	437	+ 396
2.Vj.	11 795	11 620	10 812	2 012	4 132	2 868	588	449	+ 983
3.Vj.	11 734	11 557	11 159	2 098	4 234	2 972	598	450	+ 576
4.Vj.	12 592	12 413	11 252	2 062	4 243	3 064	626	433	+ 1 339
2020 1.Vj.	11 693	11 473	11 444	2 186	4 214	3 067	633	489	+ 249
2.Vj.	11 921	11 732	11 816	2 051	4 015	3 173	664	468	+ 105
3.Vj.	13 924	11 938	12 890	2 263	4 087	3 249	682	500	+ 1 033
4.Vj.	13 079	12 746	12 927	2 306	4 177	3 403	716	481	+ 152
2021 1.Vj.	12 093	11 831	13 344	2 355	3 971	3 387	725	512	- 1 251
2.Vj.	12 933	12 329	13 521	2 287	4 030	3 421	745	510	- 587

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. * Die endgültigen Jahresergebnisse weichen in der Regel von der Summe der ausgewiesenen vorläufigen Vierteljahresergebnisse ab, da letztere nicht nachträglich revidiert werden. 1 Einschl. der Zuführungen an den Vorsorgefonds. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des

beitragspflichtigen Einkommens). 3 Revision der Pflegesachleistungen ab 2014. 4 Ab 2014 sind hier u.a. auch Leistungen der Kurzzeitpflege sowie der Tages-/Nachtpflege enthalten. 5 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarkt-kredite	Veränderung der Geldmarkt-einlagen 3)
	brutto 2)	netto		
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2015	+ 167 655	- 16 386	- 5 884	- 1 916
2016	+ 182 486	- 11 331	- 2 332	- 16 791
2017	+ 171 906	+ 4 531	+ 11 823	+ 2 897
2018	+ 167 231	- 16 248	- 91	- 1 670
2019	+ 185 070	+ 63	- 8 044	- 914
2020	+ 456 828	+ 217 904	+ 24 181	- 3 399
2019 1.Vj.	+ 56 654	+ 3 281	- 2 172	- 1 199
2.Vj.	+ 48 545	+ 5 491	- 279	+ 7 227
3.Vj.	+ 48 053	+ 4 030	+ 176	- 5 093
4.Vj.	+ 31 817	- 12 738	- 5 768	- 1 849
2020 1.Vj.	+ 65 656	+ 31 296	+ 9 236	+ 1 698
2.Vj.	+ 185 560	+ 126 585	+ 31 212	- 7 314
3.Vj.	+ 159 067	+ 80 783	+ 6 080	+ 588
4.Vj.	+ 46 545	- 20 760	- 10 187	+ 1 629
2021 1.Vj.	+ 109 953	+ 42 045	- 11 737	- 4 708
2.Vj.	+ 146 852	+ 57 601	+ 3 463	+ 1 576

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe. 3 Ohne Saldo des Zentralkontos bei der Deutschen Bundesbank.

13. Gesamtstaat: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundes-bank	Inländische MFIs ts)	sonst. inländ. finanzielle Unternehmen ts)	sonstige Inländer-Gläubiger 1)	
2014	2 203 723	12 774	622 537	190 130	44 748	1 333 534
2015	2 178 094	85 952	609 112	186 661	49 906	1 246 463
2016	2 162 650	205 391	587 212	179 755	46 342	1 143 949
2017	2 112 469	319 159	540 524	175 617	43 442	1 033 729
2018	2 063 538	364 731	497 051	181 077	43 453	977 226
2019	2 046 671	366 562	466 695	177 601	48 340	987 475
2020 p)	2 314 330	522 392	496 607	184 701	53 450	1 057 180
2019 1.Vj.	2 073 704	359 884	486 480	179 512	43 594	1 004 234
2.Vj.	2 064 129	361 032	479 817	179 168	42 838	1 001 274
3.Vj.	2 081 124	358 813	477 620	179 228	49 221	1 016 243
4.Vj.	2 046 671	366 562	466 695	177 601	48 340	987 475
2020 1.Vj. p)	2 090 390	371 076	483 786	180 477	49 428	1 005 624
2.Vj. p)	2 259 854	424 141	548 756	181 288	49 629	1 056 039
3.Vj. p)	2 333 413	468 723	520 248	184 051	51 683	1 108 707
4.Vj. p)	2 314 330	522 392	496 607	184 701	53 450	1 057 180
2021 1.Vj. p)	2 345 138	561 443	478 289	182 756	52 095	1 070 554
2.Vj. p)	2 398 303	620 472	476 638	182 868	44 182	1 074 142

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * In Maastricht-Abgrenzung. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen 1)	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: 2)	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Gesamtstaat								
2014	2 203 723	12 150	72 618	1 501 494	95 952	521 508	.	.
2015	2 178 094	14 303	65 676	1 498 922	90 350	508 842	.	.
2016	2 162 650	15 845	69 715	1 483 871	96 254	496 965	.	.
2017	2 112 469	14 651	48 789	1 484 462	87 799	476 769	.	.
2018	2 063 538	14 833	52 572	1 456 160	77 296	462 676	.	.
2019 1.Vj.	2 073 704	15 663	64 218	1 460 634	72 005	461 184	.	.
2.Vj.	2 064 129	12 868	56 256	1 463 027	75 284	456 693	.	.
3.Vj.	2 081 124	17 586	62 602	1 465 529	79 918	455 491	.	.
4.Vj.	2 046 671	14 595	49 180	1 458 540	69 289	455 068	.	.
2020 1.Vj. p)	2 090 390	11 590	70 912	1 472 174	85 137	450 577	.	.
2.Vj. p)	2 259 854	13 333	122 225	1 533 762	142 708	447 826	.	.
3.Vj. p)	2 333 413	12 134	180 445	1 582 430	111 480	446 923	.	.
4.Vj. p)	2 314 330	14 768	163 401	1 593 394	94 288	448 479	.	.
2021 1.Vj. p)	2 345 138	12 482	180 788	1 637 711	69 668	444 488	.	.
2.Vj. p)	2 398 303	13 183	175 436	1 690 447	76 559	442 679	.	.
Bund								
2014	1 398 475	12 150	64 230	1 141 973	54 388	125 735	1 202	12 926
2015	1 372 199	14 303	49 512	1 138 862	45 256	124 265	1 062	13 667
2016	1 365 933	15 845	55 208	1 123 853	50 004	121 022	556	8 567
2017	1 350 298	14 651	36 297	1 131 896	47 761	119 693	1 131	10 618
2018	1 323 058	14 833	42 246	1 107 140	42 057	116 782	933	9 975
2019 1.Vj.	1 324 528	15 663	50 032	1 102 604	39 185	117 044	809	11 583
2.Vj.	1 320 388	12 868	42 752	1 109 057	38 950	116 761	835	13 862
3.Vj.	1 328 106	17 586	48 934	1 105 439	39 067	117 080	704	13 849
4.Vj.	1 299 872	14 595	38 480	1 101 866	28 617	116 314	605	10 301
2020 1.Vj. p)	1 327 729	11 590	56 680	1 103 935	38 714	116 809	605	8 174
2.Vj. p)	1 473 936	13 333	109 221	1 139 513	95 489	116 381	585	7 136
3.Vj. p)	1 536 918	12 134	166 564	1 178 691	62 933	116 596	605	11 878
4.Vj. p)	1 513 204	14 768	154 498	1 180 688	46 811	116 439	609	14 741
2021 1.Vj. p)	1 538 857	12 482	167 484	1 212 500	29 837	116 553	632	23 153
2.Vj. p)	1 589 181	13 183	165 373	1 259 211	35 006	116 408	631	29 675
Länder								
2014	658 164	-	8 391	361 916	19 245	268 612	14 825	2 297
2015	659 521	-	16 169	362 376	23 349	257 627	15 867	2 348
2016	642 291	-	14 515	361 996	20 482	245 298	11 273	1 694
2017	614 926	-	12 543	354 688	19 628	228 067	14 038	2 046
2018	600 776	-	10 332	351 994	18 864	219 587	14 035	1 891
2019 1.Vj.	612 478	-	14 190	361 293	19 374	217 621	15 229	2 004
2.Vj.	610 700	-	13 508	357 571	24 784	214 838	17 631	1 887
3.Vj.	620 694	-	13 671	363 723	29 765	213 535	17 755	1 957
4.Vj.	609 828	-	10 703	360 495	25 768	212 862	14 934	1 826
2020 1.Vj. p)	623 096	-	14 234	372 021	28 582	208 260	12 346	1 783
2.Vj. p)	645 075	-	13 006	398 404	28 298	205 368	11 168	2 085
3.Vj. p)	655 581	-	13 882	408 310	29 662	203 728	11 864	2 090
4.Vj. p)	660 572	-	8 904	417 307	30 371	203 990	12 143	1 411
2021 1.Vj. p)	665 624	-	13 305	430 103	23 404	198 812	11 219	2 018
2.Vj. p)	668 722	-	10 064	436 434	25 371	196 853	12 702	2 083
Gemeinden								
2014	163 639	-	-	1 297	26 065	136 276	1 959	734
2015	164 036	-	-	2 047	27 474	134 515	2 143	463
2016	166 931	-	-	2 404	27 002	137 524	1 819	431
2017	163 501	-	-	3 082	24 572	135 848	1 881	466
2018	155 884	-	1	3 046	20 425	132 412	1 884	497
2019 1.Vj.	154 169	-	1	2 960	18 857	132 351	2 139	498
2.Vj.	152 796	-	-	2 961	18 814	131 021	2 016	525
3.Vj.	152 271	-	-	3 016	18 574	130 681	2 065	555
4.Vj.	153 673	-	-	2 996	19 079	131 598	1 856	532
2020 1.Vj. p)	153 582	-	-	3 128	19 734	130 720	1 825	508
2.Vj. p)	153 716	-	-	3 094	19 718	130 903	2 085	350
3.Vj. p)	154 845	-	-	2 961	20 596	131 288	2 107	339
4.Vj. p)	154 203	-	-	3 366	18 137	132 700	1 406	330
2021 1.Vj. p)	154 202	-	-	3 121	17 357	133 723	2 020	345
2.Vj. p)	155 500	-	-	3 121	18 424	133 956	2 100	348

Anmerkungen siehe Ende der Tabelle.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

noch: 14. Maastricht-Verschuldung nach Arten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	insgesamt	Bargeld und Einlagen ¹⁾	Wertpapierverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Kreditverschuldung nach Ursprungslaufzeit		Nachrichtlich: ²⁾	
			Geldmarktpapiere (bis ein Jahr)	Kapitalmarktpapiere (über ein Jahr)	Kurzfristige Kredite (bis ein Jahr)	Langfristige Kredite (über ein Jahr)	Verschuldung gegenüber anderen staatlichen Ebenen	Forderungen gegenüber anderen staatlichen Ebenen
Sozialversicherungen								
2014	1 524	–	–	–	481	1 043	94	2 122
2015	1 502	–	–	–	537	965	91	2 685
2016	1 232	–	–	–	562	670	89	3 044
2017	807	–	–	–	262	545	15	3 934
2018	690	–	–	–	388	302	16	4 506
2019 1.Vj.	723	–	–	–	453	270	16	4 110
2.Vj.	742	–	–	–	557	185	16	4 224
3.Vj.	594	–	–	–	391	203	16	4 179
4.Vj.	711	–	–	–	375	336	16	4 753
2020 1.Vj. ^{p)}	775	–	–	–	287	488	16	4 328
2.Vj. ^{p)}	980	–	–	–	581	399	16	4 284
3.Vj. ^{p)}	4 602	–	–	–	4 210	392	3 956	4 226
4.Vj. ^{p)}	7 439	–	–	–	7 128	311	6 931	4 606
2021 1.Vj. ^{p)}	16 179	–	–	–	15 985	194	15 853	4 209
2.Vj. ^{p)}	21 194	–	–	–	20 995	199	20 860	4 187

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts und der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. ¹⁾ Insbesondere Verbindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ²⁾ Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber anderen staatlichen Ebenen umfassen neben den direkten Kreditbeziehun-

gen auch die Bestände am Markt erworbener Wertpapiere. Kein Ausweis beim Gesamtstaat, da Verschuldung und Forderungen zwischen den staatlichen Ebenen konsolidiert sind.

15. Maastricht-Verschuldung des Bundes nach Arten und Instrumenten

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Bargeld und Einlagen ²⁾		Wertpapierverschuldung										Kreditverschuldung ¹⁾
	insgesamt ¹⁾	insgesamt ¹⁾	darunter: ³⁾	insgesamt ¹⁾	Bundesanleihen	Bundessobligationen	inflationsexponierte Anleihen ⁴⁾	inflationsexponierte Obligationen ⁴⁾	Kapitalindexierung inflationsexponierter Wertpapiere	Bundesschatzweisungen ⁵⁾	Unverzinsliche Schatzweisungen ⁶⁾	Bundesschatzbriefe	
2007	987 909	6 675	–	917 584	564 137	173 949	10 019	3 444	506	102 083	37 385	10 287	63 650
2008	1 019 905	12 466	3 174	928 754	571 913	164 514	12 017	7 522	1 336	105 684	40 795	9 649	78 685
2009	1 086 173	9 981	2 495	1 013 072	577 798	166 471	16 982	7 748	1 369	113 637	104 409	9 471	63 121
2010	1 337 160	10 890	1 975	1 084 019	602 624	185 586	25 958	9 948	2 396	126 220	85 867	8 704	242 251
2011	1 346 869	10 429	2 154	1 121 331	615 200	199 284	29 313	14 927	3 961	130 648	58 297	8 208	215 109
2012	1 390 377	9 742	1 725	1 177 168	631 425	217 586	35 350	16 769	5 374	117 719	56 222	6 818	203 467
2013	1 392 745	10 592	1 397	1 192 025	643 200	234 759	41 105	10 613	4 730	110 029	50 004	4 488	190 127
2014	1 398 475	12 150	1 187	1 206 203	653 823	244 633	48 692	14 553	5 368	103 445	27 951	2 375	180 123
2015	1 372 199	14 303	1 070	1 188 375	663 296	232 387	59 942	14 553	5 607	96 389	18 536	1 305	169 521
2016	1 365 933	15 845	1 010	1 179 062	670 245	221 551	51 879	14 585	3 602	95 727	23 609	737	171 026
2017	1 350 298	14 651	966	1 168 193	693 687	203 899	58 365	14 490	4 720	91 013	10 037	289	167 455
2018	1 323 058	14 833	921	1 149 386	710 513	182 847	64 647	–	5 139	86 009	12 949	48	158 839
2019	1 299 872	14 595	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 ^{p)}	1 513 204	14 768	–	1 335 186	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2019 1.Vj.	1 324 528	15 663	902	1 152 636	709 008	178 900	66 531	–	4 191	89 782	18 288	31	156 229
2.Vj.	1 320 388	12 868	852	1 151 809	720 904	173 313	68 110	–	5 691	91 024	15 042	19	155 711
3.Vj.	1 328 106	17 586	822	1 154 373	711 482	183 268	69 088	–	5 639	90 416	18 100	–	156 147
4.Vj.	1 299 872	14 595	–	1 140 346	719 747	174 719	69 805	–	6 021	89 230	13 487	–	144 931
2020 1.Vj. ^{p)}	1 327 729	11 590	–	1 160 616	721 343	182 095	71 028	–	5 310	91 084	23 572	–	155 524
2.Vj. ^{p)}	1 473 936	13 333	–	1 248 734	774 587	178 329	56 061	–	3 752	95 622	79 987	–	211 869
3.Vj. ^{p)}	1 536 918	12 134	–	1 345 255	796 338	191 388	57 144	–	3 737	99 276	127 478	–	179 529
4.Vj. ^{p)}	1 513 204	14 768	–	1 335 186	808 300	183 046	58 279	–	3 692	98 543	113 141	–	163 250
2021 1.Vj. ^{p)}	1 538 857	12 482	–	1 379 984	821 254	194 571	60 687	–	3 857	103 910	134 800	–	146 390
2.Vj. ^{p)}	1 589 181	13 183	–	1 424 584	873 345	189 048	62 569	–	5 056	104 997	139 451	–	151 415

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. ¹⁾ Umfasst die gesamte zentralstaatliche Ebene, d.h. neben dem Kernhaushalt sämtliche Extrahaushalte des Bundes einschl. der staatlichen Bad Bank „FMS Wertmanagement“ sowie Verbindlichkeiten, die dem Bund nach Maßgabe des Europäischen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 aus ökonomischer Sicht zugerechnet werden. ²⁾ Insbesondere Ver-

bindlichkeiten aus dem Münzumsatz. ³⁾ Emissionen der Bundesrepublik Deutschland. Ohne Eigenbestände des Emittenten, aber einschließlich der Bestände, die von anderen staatlichen Einheiten gehalten werden. ⁴⁾ Ohne inflationsbedingte Kapitalindexierung. ⁵⁾ Einschl. Medium-Term-Notes der Treuhandanstalt (2011 ausgelaufen). ⁶⁾ Einschl. Finanzierungsschätze (2014 ausgelaufen).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2020					2021	
	Index 2015=100			Veränderung gegen Vorjahr in %			4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	109,7	108,8	98,7	1,0	- 0,8	- 9,3	- 1,6	- 5,1	-21,3	- 9,5	- 1,3	- 1,9	19,8
Baugewerbe	103,8	103,9	107,8	1,9	0,1	3,8	- 1,7	6,1	1,9	- 1,8	9,0	- 5,0	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	105,6	108,7	103,1	1,5	3,0	- 5,2	1,9	0,3	-14,9	- 2,7	- 2,9	- 7,8	11,0
Information und Kommunikation	116,4	120,4	119,1	7,5	3,4	- 1,0	2,6	0,7	- 4,4	- 1,1	0,5	0,7	7,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	94,1	95,3	95,8	- 6,9	1,3	0,5	2,1	0,4	0,8	1,3	- 0,4	- 0,8	- 0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,8	102,4	101,9	0,7	0,6	- 0,4	1,0	0,0	- 1,6	0,2	- 0,4	- 0,3	1,6
Unternehmensdienstleister ¹⁾	110,6	110,3	102,2	3,2	- 0,2	- 7,4	- 0,0	- 1,4	-13,4	- 8,2	- 6,9	- 6,1	9,6
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	105,1	106,9	103,4	0,6	1,7	- 3,2	1,8	- 0,5	- 8,9	0,0	- 3,8	- 3,1	10,2
Sonstige Dienstleister	101,4	103,1	92,3	1,6	1,7	-10,5	1,6	- 2,7	-19,7	- 3,9	-16,0	-10,5	8,1
Bruttowertschöpfung	106,3	107,3	102,1	1,1	1,0	- 4,9	0,6	- 1,3	-11,9	- 3,9	- 2,4	- 3,7	10,0
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,1	107,2	102,3	1,1	1,1	- 4,6	0,7	- 1,5	-11,3	- 3,6	- 1,9	- 3,3	9,8
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	105,4	107,0	100,8	1,4	1,6	- 5,9	1,1	- 1,1	-13,2	- 3,4	- 5,7	- 9,1	6,0
Konsumausgaben des Staates	106,8	110,0	113,9	1,0	3,0	3,5	3,6	2,5	3,5	4,0	4,2	2,5	3,7
Ausrüstungen	112,0	113,1	100,5	4,4	1,0	-11,2	- 2,4	- 9,4	-23,6	- 9,5	- 2,9	0,5	20,4
Bauten	107,6	108,7	111,4	2,6	1,1	2,5	- 0,4	5,4	0,7	- 0,6	5,1	- 2,1	2,9
Sonstige Anlagen ⁴⁾	113,7	119,9	121,1	3,8	5,5	1,0	5,4	3,8	- 1,3	0,3	1,3	- 2,2	2,6
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 1,9	- 1,3	0,1	0,8
Inländische Verwendung	107,6	109,5	105,2	1,7	1,8	- 4,0	1,1	- 0,3	- 8,5	- 3,7	- 3,3	- 4,5	6,7
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	- 0,5	- 0,7	- 0,8	- 0,3	- 1,2	- 3,3	- 0,1	1,2	0,9	3,3
Exporte	110,0	111,2	100,8	2,3	1,1	- 9,3	0,9	- 3,1	-22,1	- 9,1	- 3,1	- 0,5	26,5
Importe	114,2	117,5	107,4	3,9	2,9	- 8,6	1,7	- 0,6	-17,3	-10,1	- 6,4	- 2,8	20,1
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	106,1	107,2	102,3	1,1	1,1	- 4,6	0,7	- 1,5	-11,3	- 3,6	- 1,9	- 3,3	9,8
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 752,1	1 802,9	1 708,0	2,9	2,9	- 5,3	2,4	0,5	-12,1	- 3,7	- 5,6	- 7,4	8,0
Konsumausgaben des Staates	670,4	705,2	754,6	3,4	5,2	7,0	5,5	5,4	7,6	7,3	7,7	6,7	4,4
Ausrüstungen	235,5	241,1	216,9	4,9	2,4	-10,0	- 0,8	- 8,0	-22,5	- 8,3	- 1,9	1,9	22,3
Bauten	345,5	364,1	380,1	7,4	5,4	4,4	3,2	9,0	3,7	0,0	5,7	- 0,3	7,9
Sonstige Anlagen ⁴⁾	128,2	137,0	138,9	6,2	6,9	1,4	6,8	4,3	- 1,0	0,6	1,7	- 1,0	3,8
Vorratsveränderungen ⁵⁾	28,5	26,8	-23,7
Inländische Verwendung	3 160,1	3 277,1	3 174,8	4,1	3,7	- 3,1	2,8	1,6	- 7,7	- 3,4	- 3,0	- 2,8	9,1
Außenbeitrag	207,7	196,2	192,8
Exporte	1 593,0	1 619,4	1 462,1	3,4	1,7	- 9,7	1,0	- 2,8	-22,5	- 9,9	- 3,8	0,6	31,7
Importe	1 385,3	1 423,2	1 269,3	5,8	2,7	-10,8	0,5	- 1,6	-21,0	-12,5	- 8,1	- 2,2	29,1
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	3 367,9	3 473,4	3 367,6	3,1	3,1	- 3,0	2,9	0,8	- 9,2	- 2,7	- 1,3	- 1,5	11,0
IV. Preise (2015=100)													
Privater Konsum	103,7	105,1	105,8	1,5	1,3	0,6	1,3	1,6	1,3	- 0,3	0,1	1,8	1,8
Bruttoinlandsprodukt	104,9	107,0	108,8	2,0	2,1	1,6	2,1	2,4	2,4	1,0	0,6	1,9	1,1
Terms of Trade	100,1	100,8	102,9	- 0,8	0,7	2,0	1,3	1,3	4,2	1,8	1,2	0,5	- 3,2
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 773,7	1 855,5	1 852,1	4,6	4,6	- 0,2	3,9	2,9	- 3,2	- 0,7	0,4	- 0,4	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	763,8	752,7	676,1	2,1	- 1,5	-10,2	- 4,0	- 5,6	-27,2	- 7,4	- 2,2	2,0	40,6
Volkseinkommen	2 537,5	2 608,2	2 528,2	3,8	2,8	- 3,1	1,7	0,1	- 9,8	- 2,8	- 0,3	0,3	12,8
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	3 476,2	3 586,0	3 461,3	3,9	3,2	- 3,5	2,3	0,3	- 9,2	- 3,4	- 1,7	- 1,3	10,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Geistiges Eigentum (u.a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenanteilen	
2015 = 100												
Gewicht in % 1)	100	14,04	6,37	79,59	29,45	36,98	2,27	10,89	10,31	9,95	12,73	14,16
Zeit												
2017	104,9	108,7	98,9	104,7	104,9	105,0	106,9	103,0	106,2	107,0	104,1	105,3
2018	2) 105,9	2) 109,1	97,4	106,0	105,5	106,0	106,2	106,9	107,3	108,9	106,5	103,5
2019	102,5	112,8	90,4	101,6	101,8	101,4	106,2	101,0	102,8	106,5	103,4	92,0
2020	94,1	116,1	84,4	91,0	94,9	85,7	97,6	97,2	90,5	98,5	89,5	69,4
2020 3.Vj.	93,7	118,5	78,8	90,5	94,4	84,8	97,9	98,0	89,7	97,1	86,6	71,7
4.Vj.	101,8	130,7	91,8	97,5	98,3	95,9	106,5	99,0	95,4	105,3	98,5	81,4
2021 1.Vj.	95,0	94,7	92,0	95,2	103,6	88,1	100,7	96,1	99,4	107,0	91,3	75,4
2.Vj. r)	97,7	118,2	81,5	95,3	104,8	87,1	103,0	96,4	101,1	108,2	95,3	66,7
3.Vj. x)	95,9	119,7	79,7	93,0	101,9	82,2	102,2	103,3	96,8	109,5	94,0	55,2
2020 Sept.	99,4	121,8	79,9	97,0	98,8	93,0	109,5	102,8	96,9	103,1	94,6	81,9
Okt.	101,7	124,6	91,3	98,5	102,7	93,3	108,7	102,8	99,0	104,5	90,3	85,6
Nov.	106,0	130,4	91,8	102,8	104,2	101,4	114,4	101,6	103,1	111,1	98,8	92,5
Dez.	97,6	137,0	92,2	91,1	87,9	92,9	96,5	92,5	84,2	100,3	106,5	66,1
2021 Jan.	88,6	76,3	97,5	90,0	100,2	80,9	95,6	92,4	94,1	100,4	82,1	70,8
Febr.	90,9	88,9	86,5	91,6	99,3	85,6	99,2	89,8	96,6	104,2	88,2	74,1
März	105,4	119,0	92,1	104,1	111,2	97,7	107,3	106,2	107,6	116,5	103,6	81,2
April r)	97,4	116,1	86,5	95,0	104,2	88,1	101,9	92,0	100,9	106,9	94,5	71,2
Mai r)	96,5	117,6	81,2	94,0	104,7	84,6	100,4	95,8	99,7	106,4	93,0	64,1
Juni r)	99,1	120,8	76,9	97,0	105,4	88,5	106,7	101,4	102,7	111,2	98,4	64,8
Juli z)x)	99,3	123,8	77,5	96,7	105,2	87,6	102,9	103,4	100,4	110,4	98,1	64,7
Aug. z)x)	89,9	113,5	79,9	86,6	97,8	73,2	92,9	100,1	90,4	105,8	86,3	42,8
Sept. x)z)	98,4	121,9	81,6	102,6	102,6	85,9	110,9	106,4	99,6	112,2	97,7	58,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2017	+ 3,3	+ 3,3	+ 0,4	+ 3,6	+ 4,1	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,1	+ 4,5	+ 5,9	+ 4,5	+ 3,2
2018	2) + 1,0	2) + 0,4	- 1,5	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,7	+ 3,8	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,3	- 1,7
2019	- 3,2	+ 3,4	- 7,2	- 4,2	- 3,5	- 4,3	± 0,0	- 5,5	- 4,2	+ 2,2	- 2,9	- 11,1
2020	- 8,2	+ 2,9	- 6,6	- 10,4	- 6,8	- 15,5	- 8,1	- 3,8	- 12,0	- 7,5	- 13,4	- 24,6
2020 3.Vj.	- 8,4	- 0,5	- 2,9	- 10,4	- 7,5	- 15,3	- 6,1	- 3,1	- 12,7	- 9,7	- 15,1	- 19,5
4.Vj.	- 1,6	+ 5,0	- 2,7	- 3,0	+ 1,1	- 6,0	- 2,5	- 3,7	- 1,9	- 0,6	- 9,2	- 4,2
2021 1.Vj.	- 1,7	- 4,7	- 2,3	- 1,1	+ 2,3	- 3,3	- 0,9	- 3,8	+ 1,3	+ 3,5	- 0,1	- 5,9
2.Vj. r)	+ 15,9	+ 2,0	+ 11,9	+ 19,7	+ 22,4	+ 22,8	+ 22,1	+ 4,8	+ 28,2	+ 22,5	+ 17,2	+ 51,1
3.Vj. x)	+ 2,3	+ 1,1	+ 1,1	+ 2,7	+ 7,9	- 3,0	+ 4,4	+ 5,4	+ 7,9	+ 12,8	+ 8,6	- 23,0
2020 Sept.	- 6,9	+ 0,2	- 2,2	- 8,7	- 4,9	- 14,0	- 6,6	- 0,3	- 9,0	- 9,5	- 13,2	- 17,8
Okt.	- 3,1	+ 2,4	- 0,7	- 4,4	- 2,1	- 6,3	- 4,6	- 4,0	- 5,2	- 3,9	- 10,1	- 4,8
Nov.	- 2,5	+ 3,1	- 3,6	- 3,6	+ 0,9	- 6,5	- 1,6	- 5,4	- 1,9	+ 0,1	- 9,0	- 5,5
Dez.	+ 0,8	+ 9,3	- 3,8	- 0,8	+ 5,5	- 4,9	- 0,9	- 1,3	+ 2,3	+ 2,1	- 8,5	- 1,5
2021 Jan.	- 3,7	- 9,9	- 2,6	- 2,9	+ 1,6	- 6,0	- 3,4	- 5,7	- 1,1	+ 0,8	- 0,6	- 12,6
Febr.	- 6,6	- 7,6	- 5,7	- 6,5	- 1,7	- 10,2	- 4,3	- 8,1	- 2,1	+ 1,5	- 3,3	- 19,6
März	+ 4,9	+ 1,5	+ 1,3	+ 5,9	+ 6,9	+ 6,3	+ 5,1	+ 2,1	+ 6,7	+ 8,1	+ 3,2	+ 20,8
April r)	+ 27,5	+ 3,2	+ 18,8	+ 35,1	+ 25,7	+ 61,7	+ 44,5	+ 2,7	+ 37,8	+ 27,6	+ 35,0	+ 384,4
Mai r)	+ 16,8	+ 3,8	+ 13,2	+ 20,4	+ 24,6	+ 21,6	+ 17,7	+ 7,0	+ 29,0	+ 22,9	+ 20,0	+ 40,6
Juni r)	+ 5,7	- 0,7	+ 3,9	+ 7,2	+ 17,2	- 0,1	+ 9,8	+ 4,8	+ 19,4	+ 17,7	+ 2,0	- 10,1
Juli z)x)	+ 6,0	+ 3,3	+ 2,4	+ 6,9	+ 12,8	+ 1,9	+ 11,0	+ 6,1	+ 16,1	+ 16,9	+ 13,5	- 15,0
Aug. z)x)	+ 2,2	- 0,3	- 1,0	+ 3,0	+ 7,4	- 2,8	+ 1,4	+ 6,9	+ 5,5	+ 12,9	+ 9,5	- 25,2
Sept. x)z)	- 1,0	+ 0,1	+ 2,1	- 1,4	+ 3,8	- 7,6	+ 1,3	+ 3,5	+ 2,8	+ 8,8	+ 3,3	- 28,9

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.1.a bis III.1.c ◊ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2015. 2 Ab Januar 2018 Gewichte im Hoch- und

Tiefbau vom Statistischen Bundesamt korrigiert. 3 Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. x Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ☉

Zeit	Industrie		davon: Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon: Gebrauchsgüterproduzenten		Verbrauchsgüterproduzenten	
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr in %
insgesamt												
2017	108,6	+ 7,8	109,4	+ 10,6	108,5	+ 6,5	105,7	+ 5,1	116,5	+ 10,6	102,2	+ 3,2
2018	110,5	+ 1,7	111,5	+ 1,9	109,9	+ 1,3	110,0	+ 4,1	118,9	+ 2,1	107,1	+ 4,8
2019	104,9	- 5,1	103,5	- 7,2	105,4	- 4,1	107,0	- 2,7	123,3	+ 3,7	101,6	- 5,1
2020	97,2	- 7,3	97,9	- 5,4	95,6	- 9,3	105,8	- 1,1	124,4	+ 0,9	99,6	- 2,0
2020 Sept.	104,2	- 1,1	101,7	+ 1,6	104,8	- 3,3	111,6	+ 3,0	146,4	+ 4,7	100,1	+ 2,1
Okt.	109,2	+ 2,8	108,3	+ 4,1	109,4	+ 2,4	111,4	- 0,1	145,0	+ 13,2	100,3	- 5,4
Nov.	113,7	+ 7,1	114,0	+ 10,5	113,9	+ 6,2	110,2	- 1,3	138,2	+ 0,1	101,0	- 1,8
Dez.	108,6	+ 6,3	101,7	+ 9,8	113,7	+ 4,2	102,7	+ 9,6	131,3	+ 9,0	93,2	+ 9,9
2021 Jan.	110,2	+ 1,7	119,6	+ 7,7	104,2	- 2,2	111,1	+ 1,0	140,1	+ 8,4	101,5	- 2,0
Febr.	111,4	+ 6,6	116,8	+ 10,4	108,0	+ 5,6	111,2	- 2,8	128,5	+ 6,1	105,4	- 6,1
März	129,0	+ 30,8	133,4	+ 23,2	127,0	+ 40,2	123,9	+ 8,9	146,8	+ 19,4	116,3	+ 5,1
April	118,2	+ 84,4	126,2	+ 64,3	114,1	+ 116,5	111,4	+ 21,9	161,7	+ 84,4	94,8	+ 2,5
Mai	114,3	+ 60,3	123,0	+ 60,4	109,0	+ 68,0	113,5	+ 19,3	157,0	+ 41,4	99,1	+ 10,2
Juni	125,7	+ 30,8	127,7	+ 48,5	126,0	+ 23,5	114,1	+ 15,4	151,2	+ 31,5	101,8	+ 8,8
Juli	127,6	+ 32,4	128,1	+ 35,6	127,4	+ 32,2	127,8	+ 21,1	150,1	+ 24,8	120,4	+ 19,7
Aug.	106,5	+ 16,8	115,8	+ 29,0	100,1	+ 10,7	111,2	+ 6,6	132,0	+ 6,3	104,3	+ 6,6
Sept. [☉]	121,4	+ 16,5	121,8	+ 19,8	122,2	+ 16,6	113,4	+ 1,6	136,8	- 6,6	105,7	+ 5,6
aus dem Inland												
2017	107,0	+ 7,3	107,1	+ 9,7	107,8	+ 5,9	101,6	+ 3,7	108,7	+ 5,4	99,3	+ 3,1
2018	107,2	+ 0,2	108,6	+ 1,4	106,6	- 1,1	102,9	+ 1,3	114,7	+ 5,5	98,9	- 0,4
2019	101,2	- 5,6	99,1	- 8,7	102,9	- 3,5	101,2	- 1,7	116,2	+ 1,3	96,1	- 2,8
2020	94,9	- 6,2	94,1	- 5,0	95,1	- 7,6	98,0	- 3,2	105,5	- 9,2	95,4	- 0,7
2020 Sept.	99,5	- 0,8	95,4	+ 0,2	102,7	- 1,4	101,7	- 1,8	125,4	- 4,6	93,7	- 0,4
Okt.	104,5	+ 5,4	106,8	+ 8,4	102,6	+ 4,3	104,4	- 2,3	119,6	- 9,3	99,3	+ 0,8
Nov.	109,2	+ 6,2	113,3	+ 12,5	106,3	+ 2,7	104,6	- 4,6	124,3	- 8,4	97,9	- 2,9
Dez.	98,2	+ 4,8	95,0	+ 12,8	102,1	- 0,3	91,0	+ 1,9	104,1	- 3,0	86,5	+ 4,0
2021 Jan.	102,9	+ 1,5	112,6	+ 6,8	95,4	- 2,7	98,1	- 3,1	111,0	+ 6,3	93,7	- 6,4
Febr.	107,8	+ 6,2	111,9	+ 12,1	105,3	+ 2,9	101,2	- 3,9	108,4	+ 5,7	98,7	- 7,1
März	125,6	+ 30,0	128,9	+ 25,6	125,2	+ 39,7	109,8	+ 0,9	130,5	+ 25,8	102,8	- 7,0
April	110,9	+ 69,1	117,1	+ 59,3	107,0	+ 88,7	101,7	+ 26,8	126,9	+ 93,4	93,2	+ 9,5
Mai	112,5	+ 50,6	118,5	+ 58,4	109,1	+ 50,3	100,9	+ 14,5	122,0	+ 22,2	93,8	+ 11,4
Juni	126,3	+ 21,1	125,6	+ 54,5	130,6	+ 3,7	102,0	+ 11,8	118,5	+ 18,0	96,4	+ 9,4
Juli	126,1	+ 32,5	125,8	+ 34,4	127,1	+ 32,4	121,8	+ 22,9	115,4	+ 10,4	124,0	+ 27,4
Aug.	105,0	+ 18,6	111,3	+ 26,0	99,3	+ 14,1	106,6	+ 6,6	111,0	- 0,3	105,1	+ 9,3
Sept. [☉]	109,1	+ 9,6	117,8	+ 23,5	102,8	+ 0,1	101,5	- 0,2	101,1	- 19,4	101,7	+ 8,5
aus dem Ausland												
2017	109,8	+ 8,2	111,9	+ 11,5	108,9	+ 6,9	108,9	+ 6,1	122,8	+ 14,7	104,5	+ 3,4
2018	113,0	+ 2,9	114,6	+ 2,4	112,0	+ 2,8	115,5	+ 6,1	122,2	- 0,5	113,4	+ 8,5
2019	107,7	- 4,7	108,3	- 5,5	106,9	- 4,6	111,5	- 3,5	129,1	+ 5,6	105,9	- 6,6
2020	98,9	- 8,2	101,9	- 5,9	95,9	- 10,3	111,8	+ 0,3	139,6	+ 8,1	102,9	- 2,8
2020 Sept.	107,8	- 1,4	108,6	+ 3,1	106,1	- 4,3	119,2	+ 6,3	163,3	+ 11,5	105,0	+ 4,0
Okt.	112,7	+ 1,1	110,0	± 0,0	113,5	+ 1,5	116,8	+ 1,6	165,4	+ 32,2	101,1	- 9,6
Nov.	117,1	+ 7,6	114,8	+ 8,4	118,5	+ 8,1	114,5	+ 1,1	149,4	+ 6,6	103,3	- 1,1
Dez.	116,5	+ 7,3	108,9	+ 7,1	120,7	+ 6,6	111,8	+ 15,1	153,2	+ 16,9	98,4	+ 14,3
2021 Jan.	115,7	+ 1,8	127,2	+ 8,5	109,5	- 1,9	121,1	+ 3,7	163,5	+ 9,6	107,5	+ 1,1
Febr.	114,1	+ 6,9	122,1	+ 8,7	109,7	+ 7,2	118,9	- 2,1	144,7	+ 6,5	110,6	- 5,3
März	131,6	+ 31,5	138,2	+ 20,7	128,1	+ 40,5	134,8	+ 14,6	160,0	+ 15,6	126,6	+ 14,2
April	123,7	+ 96,7	136,1	+ 69,5	118,4	+ 135,4	118,9	+ 18,9	189,7	+ 79,8	96,1	- 2,1
Mai	115,6	+ 68,0	127,9	+ 62,5	109,0	+ 80,8	123,2	+ 22,5	185,2	+ 54,2	103,2	+ 9,4
Juni	125,3	+ 39,5	130,0	+ 42,9	123,3	+ 40,8	123,5	+ 17,8	177,6	+ 40,2	106,0	+ 8,4
Juli	128,8	+ 32,4	130,6	+ 36,9	127,6	+ 32,0	132,4	+ 19,9	178,1	+ 33,9	117,7	+ 14,2
Aug.	107,6	+ 15,3	120,6	+ 31,8	100,6	+ 8,8	114,8	+ 6,6	148,9	+ 10,7	103,7	+ 4,6
Sept. [☉]	130,8	+ 21,3	126,2	+ 16,2	133,9	+ 26,2	122,6	+ 2,9	165,6	+ 1,4	108,7	+ 3,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen III.2.a bis III.2.c. ☉ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13).

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt ◻

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Insgesamt		Hochbau		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)	
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %
2017	122,4	+ 7,0	123,1	+ 7,0	123,1	+ 5,3	123,4	+ 7,4	121,9	+ 12,0	121,6	+ 6,9	119,8	+ 7,3	125,0	+ 7,8
2018	134,7	+ 10,0	131,1	+ 6,5	136,6	+ 11,0	127,9	+ 3,6	125,2	+ 2,7	138,8	+ 14,1	135,6	+ 13,2	132,4	+ 5,9
2019	146,0	+ 8,4	145,0	+ 10,6	150,1	+ 9,9	142,2	+ 11,2	138,9	+ 10,9	147,1	+ 6,0	147,9	+ 9,1	141,2	+ 6,6
2020	145,7	- 0,2	144,3	- 0,5	160,9	+ 7,2	130,5	- 8,2	141,5	+ 1,9	147,3	+ 0,1	139,7	- 5,5	143,4	+ 1,6
2020 Aug.	136,7	+ 1,6	135,4	- 0,1	159,6	+ 14,6	114,0	- 13,1	135,5	- 2,7	138,3	+ 3,5	130,1	- 5,1	130,5	+ 1,2
2020 Sept.	151,5	+ 2,5	157,0	+ 7,2	173,4	+ 10,5	141,1	+ 8,3	162,1	- 6,4	145,2	- 2,7	146,2	+ 2,0	144,4	- 2,1
2020 Okt.	142,4	+ 4,0	150,8	+ 9,7	181,5	+ 17,2	127,1	+ 2,2	137,8	+ 6,3	132,6	- 2,6	141,5	+ 4,6	119,6	- 6,5
2020 Nov.	139,6	- 3,9	146,9	- 5,0	167,7	+ 12,0	132,2	- 20,6	133,4	+ 4,9	131,0	- 2,5	143,8	- 14,2	117,6	+ 0,4
2020 Dez.	150,5	+ 1,6	147,8	- 0,8	191,9	+ 7,7	117,9	- 10,1	113,7	- 4,6	153,7	+ 4,4	136,6	- 11,4	141,3	+ 15,0
2021 Jan.	134,0	+ 3,6	140,5	+ 4,8	147,3	+ 7,2	146,0	+ 8,7	97,7	- 20,4	126,5	+ 2,0	150,7	+ 6,8	106,8	- 4,0
2021 Febr.	143,2	+ 6,5	148,8	+ 4,1	161,1	+ 8,6	147,2	+ 4,5	114,1	- 14,3	136,7	+ 9,8	143,4	+ 3,0	132,1	+ 9,5
2021 März	157,5	- 0,8	156,3	+ 1,5	173,8	+ 2,5	141,4	+ 0,1	154,3	+ 2,5	159,0	- 3,3	150,9	- 2,8	155,2	- 0,8
2021 April	160,1	+ 7,0	158,3	+ 18,0	185,1	+ 40,7	139,5	+ 1,6	139,8	+ 7,5	162,3	- 3,2	148,1	+ 5,5	158,8	- 7,2
2021 Mai	159,2	+ 14,7	163,5	+ 31,9	185,1	+ 26,2	146,8	+ 42,7	154,3	+ 20,5	154,2	- 1,2	150,8	+ 24,3	153,0	- 0,7
2021 Juni	164,4	- 2,0	164,7	+ 7,6	176,5	+ 7,0	160,3	+ 14,9	142,4	- 13,6	164,0	- 11,2	166,7	+ 15,5	154,4	- 21,3
2021 Juli	160,0	+ 7,3	168,5	+ 11,0	179,3	+ 13,6	163,7	+ 19,3	150,6	- 19,0	150,2	+ 2,9	158,6	+ 15,9	150,0	- 4,9
2021 Aug.	158,9	+ 16,2	162,4	+ 19,9	167,0	+ 4,6	163,3	+ 43,2	144,0	+ 6,3	154,8	+ 11,9	158,5	+ 21,8	154,4	+ 18,3

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschafts-

schafszahlen, Tabelle III.2.f. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Ohne Wohnungsbauauftrage. 2 Einschl. Straßenbau.

5. Umsätze des Einzelhandels *)

Kalenderbereinigt ◻

Zeit	Insgesamt		darunter:													
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 2015		in jeweiligen Preisen										Internet- und Versandhandel sowie sonstiger Einzelhandel 2)	
	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 1)	Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren	Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik	Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel	Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln	in jeweiligen Preisen		2015 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2015 = 100		Veränderung gegen Vorjahr %
2017	107,6	+ 5,0	105,8	+ 3,6	105,9	+ 4,1	108,2	+ 7,2	106,2	+ 6,3	103,0	+ 1,5	107,7	+ 3,7	120,5	+ 10,0
2018	110,7	+ 2,9	107,5	+ 1,6	109,6	+ 3,5	105,6	- 2,4	107,2	+ 0,9	103,1	+ 0,1	112,5	+ 4,5	127,7	+ 6,0
2019	114,9	+ 3,8	111,0	+ 3,3	112,1	+ 2,3	106,7	+ 1,0	108,9	+ 1,6	107,1	+ 3,9	118,7	+ 5,5	138,4	+ 8,4
2020 3)	121,1	+ 5,4	115,6	+ 4,1	120,9	+ 7,9	81,7	- 23,4	106,3	- 2,4	116,8	+ 9,1	124,3	+ 4,7	168,5	+ 21,7
2020 Sept.	119,2	+ 6,3	113,5	+ 5,1	113,7	+ 6,8	100,3	- 8,9	103,9	- 6,1	117,7	+ 13,7	122,1	+ 3,5	161,0	+ 15,7
2020 Okt.	129,1	+ 10,2	122,7	+ 9,0	122,3	+ 8,4	108,9	- 6,6	120,5	+ 9,0	129,8	+ 16,9	128,9	+ 5,7	182,4	+ 28,8
2020 Nov.	136,6	+ 10,6	130,3	+ 9,8	123,5	+ 7,5	90,4	- 22,0	154,0	+ 15,7	140,3	+ 20,9	133,2	+ 7,2	226,8	+ 37,7
2020 Dez.	137,6	+ 3,3	131,2	+ 2,3	137,9	+ 7,8	69,6	- 41,5	134,4	- 15,5	119,6	+ 5,5	141,9	+ 6,4	218,1	+ 26,9
2021 Jan.	103,8	- 3,8	98,7	- 5,2	116,3	+ 12,2	19,5	- 78,0	62,4	- 45,6	59,6	- 38,3	126,6	+ 3,3	186,3	+ 34,6
2021 Febr.	105,0	- 0,6	99,1	- 2,2	114,5	+ 5,6	22,5	- 72,0	62,9	- 35,8	70,5	- 27,5	127,1	+ 8,7	178,2	+ 40,6
2021 März	129,5	+ 9,2	122,3	+ 7,9	132,7	+ 1,5	58,7	+ 17,6	87,7	+ 4,0	120,1	+ 11,7	134,4	- 2,5	206,0	+ 33,9
2021 April	121,2	+ 9,1	113,6	+ 7,5	125,0	± 0,0	39,2	+ 32,4	69,1	+ 25,9	106,4	+ 5,3	130,0	+ 14,1	193,0	+ 11,6
2021 Mai	125,6	+ 1,8	117,6	+ 0,1	127,7	+ 0,2	62,2	- 20,6	73,6	- 23,2	112,7	- 11,7	127,4	+ 12,6	200,0	+ 18,6
2021 Juni	129,9	+ 7,4	121,9	+ 5,4	122,4	+ 2,9	112,5	+ 18,3	97,1	- 5,3	124,5	+ 2,1	130,9	+ 9,7	184,3	+ 13,6
2021 Juli	125,8	+ 2,6	117,9	+ 0,6	120,7	+ 1,7	102,3	+ 4,8	101,3	- 6,5	120,9	- 3,5	134,8	+ 9,6	161,7	+ 3,5
2021 Aug.	123,1	+ 2,4	115,4	+ 0,5	115,5	- 4,1	99,8	+ 9,8	100,9	- 2,6	116,4	- 0,6	131,2	+ 10,4	169,3	+ 9,1
2021 Sept.	120,7	+ 1,3	112,4	- 1,0	113,1	- 0,5	99,5	- 0,8	98,9	- 4,8	112,1	- 4,8	128,2	+ 5,0	171,4	+ 6,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistische Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle III.4.c. ◻ Mithilfe von JDemetra+ 2.2.2 (X13). 1 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten.

2 Nicht in Verkaufsständen, an Verkaufsständen oder auf Märkten. 3 Angaben ab Januar 2020 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2)					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 3)		Arbeitslose 4)		Arbeitslosenquote 4) 5) in %	Offene Stellen 4) 6) in Tsd	
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	darunter: Tsd				insgesamt	darunter: konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter: dem Rechtskreis SGB III zugeordnet			
					Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung								
2016	43 661	+ 1,2	31 508	+ 2,2	9 028	21 407	834	4 804	128	42	2 691	822	6,1	655	
2017	44 251	+ 1,4	32 234	+ 2,3	9 146	21 980	868	4 742	114	24	2 533	855	5,7	731	
2018	44 858	+ 1,4	32 964	+ 2,3	9 349	22 532	840	4 671	118	25	2 340	802	5,2	796	
2019	45 268	+ 0,9	33 518	+ 1,7	9 479	23 043	751	4 579	145	60	2 267	827	5,0	774	
2020	44 898	- 0,8	33 579	+ 0,2	9 395	23 277	660	4 290	2 939	2 847	2 695	1 137	5,9	613	
2018 3.Vj.	45 019	+ 1,3	33 040	+ 2,2	9 387	22 546	855	4 694	35	27	2 311	784	5,1	828	
4.Vj.	45 245	+ 1,2	33 452	+ 2,1	9 498	22 890	819	4 627	88	35	2 200	755	4,9	804	
2019 1.Vj.	44 906	+ 1,2	33 214	+ 2,0	9 419	22 803	761	4 581	303	34	2 360	892	5,2	780	
2.Vj.	45 230	+ 1,0	33 388	+ 1,8	9 455	22 932	750	4 615	51	43	2 227	778	4,9	795	
3.Vj.	45 378	+ 0,8	33 548	+ 1,5	9 491	23 049	753	4 598	66	58	2 276	827	5,0	794	
4.Vj.	45 559	+ 0,7	33 924	+ 1,4	9 551	23 388	738	4 522	161	105	2 204	811	4,8	729	
2020 1.Vj.	45 122	+ 0,5	33 642	+ 1,3	9 439	23 284	686	4 458	1 219	949	2 385	960	5,2	683	
2.Vj.	44 712	- 1,1	33 415	+ 0,1	9 387	23 137	640	4 235	5 399	5 388	2 770	1 154	6,0	593	
3.Vj.	44 794	- 1,3	33 424	- 0,4	9 359	23 171	640	4 273	2 705	2 691	2 904	1 266	6,3	583	
4.Vj.	44 965	- 1,3	33 836	- 0,3	9 395	23 518	676	4 194	2 433	2 361	2 722	1 167	5,9	595	
2021 1.Vj.	44 451	- 1,5	33 568	- 0,2	9 294	23 376	665	4 051	3 473	3 157	2 878	1 248	6,3	586	
2.Vj.	44 734	+ 0,0	33 716	+ 0,9	9 321	23 445	696	4 066	...	9	2 143	2 691	1 024	5,9	658
3.Vj.	45 061	+ 0,6	2 545	920	5,5	774	
2018 Juni	44 889	+ 1,3	32 870	+ 2,2	9 325	22 439	853	4 742	25	16	2 276	735	5,0	805	
Juli	44 922	+ 1,3	32 844	+ 2,2	9 339	22 396	860	4 736	22	14	2 325	788	5,1	823	
Aug.	44 972	+ 1,3	33 131	+ 2,3	9 412	22 609	856	4 664	41	33	2 351	804	5,2	828	
Sept.	45 164	+ 1,2	33 422	+ 2,1	9 496	22 827	842	4 619	42	34	2 256	759	5,0	834	
Okt.	45 251	+ 1,3	33 488	+ 2,2	9 515	22 895	827	4 616	46	37	2 204	742	4,9	824	
Nov.	45 314	+ 1,3	33 513	+ 2,1	9 513	22 934	822	4 638	51	43	2 186	745	4,8	807	
Dez.	45 171	+ 1,2	33 286	+ 2,1	9 434	22 854	773	4 637	166	26	2 210	777	4,9	781	
2019 Jan.	44 852	+ 1,2	33 156	+ 2,0	9 405	22 762	763	4 574	354	42	2 406	919	5,3	758	
Febr.	44 894	+ 1,2	33 199	+ 2,0	9 416	22 794	758	4 564	310	29	2 373	908	5,3	784	
März	44 971	+ 1,1	33 286	+ 1,9	9 442	22 855	749	4 574	246	32	2 301	850	5,1	797	
April	45 134	+ 1,1	33 383	+ 1,8	9 457	22 925	753	4 607	49	40	2 229	795	4,9	796	
Mai	45 259	+ 1,0	33 433	+ 1,8	9 462	22 968	749	4 627	53	45	2 236	772	4,9	792	
Juni	45 297	+ 0,9	33 407	+ 1,6	9 455	22 948	750	4 646	51	43	2 216	766	4,9	798	
Juli	45 312	+ 0,9	33 360	+ 1,6	9 450	22 901	757	4 644	55	47	2 275	825	5,0	799	
Aug.	45 307	+ 0,7	33 610	+ 1,4	9 505	23 101	750	4 568	60	51	2 319	848	5,1	795	
Sept.	45 516	+ 0,8	33 938	+ 1,5	9 583	23 341	754	4 517	84	75	2 234	808	4,9	787	
Okt.	45 592	+ 0,8	33 966	+ 1,4	9 567	23 398	748	4 510	111	102	2 204	795	4,8	764	
Nov.	45 622	+ 0,7	33 968	+ 1,4	9 559	23 423	742	4 532	124	115	2 180	800	4,8	736	
Dez.	45 463	+ 0,6	33 740	+ 1,4	9 474	23 344	694	4 531	247	97	2 227	838	4,9	687	
2020 Jan.	45 140	+ 0,6	33 608	+ 1,4	9 432	23 255	689	4 471	382	133	2 426	985	5,3	668	
Febr.	45 160	+ 0,6	33 624	+ 1,3	9 427	23 278	683	4 461	439	134	2 396	971	5,3	690	
März	45 066	+ 0,2	33 648	+ 1,1	9 440	23 290	675	4 350	2 834	2 580	2 335	925	5,1	691	
April	44 798	- 0,7	33 430	+ 0,1	9 396	23 141	643	4 194	6 007	5 995	2 644	1 093	5,8	626	
Mai	44 662	- 1,3	33 328	- 0,3	9 367	23 083	624	4 206	5 726	5 715	2 813	1 172	6,1	584	
Juni	44 676	- 1,4	33 323	- 0,3	9 355	23 084	629	4 260	4 464	4 452	2 853	1 197	6,2	570	
Juli	44 687	- 1,4	33 233	- 0,4	9 322	23 024	635	4 302	3 319	3 306	2 910	1 258	6,3	573	
Aug.	44 722	- 1,3	33 482	- 0,4	9 367	23 218	642	4 266	2 551	2 537	2 955	1 302	6,4	584	
Sept.	44 972	- 1,2	33 792	- 0,4	9 421	23 454	656	4 240	2 244	2 229	2 847	1 238	6,2	591	
Okt.	45 054	- 1,2	33 862	- 0,3	9 410	23 530	671	4 229	2 037	2 021	2 760	1 183	6,0	602	
Nov.	45 002	- 1,4	33 899	- 0,2	9 400	23 559	696	4 166	2 405	2 386	2 699	1 152	5,9	601	
Dez.	44 838	- 1,4	33 700	- 0,1	9 327	23 478	666	4 134	2 856	2 676	2 707	1 166	5,9	581	
2021 Jan.	44 430	- 1,6	33 515	- 0,3	9 282	23 347	657	4 045	3 638	3 294	2 901	1 298	6,3	566	
Febr.	44 423	- 1,6	33 521	- 0,3	9 281	23 343	662	4 026	3 766	3 358	2 904	1 270	6,3	583	
März	44 499	- 1,3	33 636	- 0,0	9 309	23 397	685	4 032	3 016	2 818	2 827	1 177	6,2	609	
April	44 606	- 0,4	33 689	+ 0,8	9 324	23 427	687	4 039	2 583	2 560	2 771	1 091	6,0	629	
Mai	44 723	+ 0,1	33 742	+ 1,2	9 324	23 460	702	9	4 069	...	9	2 687	1 020	5,9	654
Juni	44 873	+ 0,4	33 795	+ 1,4	9 322	23 500	716	9	4 147	...	9	2 614	961	5,7	693
Juli	44 946	+ 0,6	33 721	+ 1,5	9 302	23 451	715	9	4 190	...	9	1 022	956	5,6	744
Aug.	44 997	+ 0,6	33 973	+ 1,5	9 353	23 643	722	9	4 153	...	9	760	940	5,6	779
Sept.	45 239	+ 0,6	2 465	864	5,4	799
Okt.	2 377	814	5,2	809	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitte; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. **1** Inlandskonzept; Durchschnitte. **2** Monatswerte: Endstände. **3** Anzahl innerhalb eines Monats. **4** Stand zur Monatsmitte. **5** Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. **6** Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **7** Ab Januar 2017 werden Aufstocker (Personen, die gleichzeitig Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II beziehen) dem Rechtskreis SGB III zugeordnet. **8** Statistischer Bruch aufgrund von Nacherfassungen der

Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II. **9** Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2019 und 2020 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,1 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 55,3 % von den endgültigen Angaben ab. **10** Ab Mai 2021 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. **11** Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamtes.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Harmonisierter Verbraucherpreisindex							nachrichtlich: Verbraucher- preisindex (nationale Abgrenzung)	Baupreis- index	Index der Erzeuger- preise gewerblicher Produkte im Inlands- absatz 6)	Index der Erzeuger- preise landwirt- schaftlicher Produkte 6)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarkt- preise für Rohstoffe 7)	
	insgesamt 2)	davon 1)				darunter: Tatsäch- liche Miet- zahlungen	Ausfuhr					Einfuhr	Energie 8)	sonstige Rohstoffe 9)	
		Nah- run- gs- mit- tel 3)	Industrie- erzeu- genisse ohne Energie 4)	Energie 4) 5)	Dienst- lei- stun- gen 2) 4)										
2015 = 100															
Indexstand															
2017	102,1	104,0	102,2	97,5	102,5	102,9	102,0	105,3	101,1	108,6	100,7	100,1	99,6	107,1	
2018	104,0	106,7	103,0	102,3	104,2	104,6	103,8	110,2	103,7	109,0	101,9	102,7	124,6	106,2	
2019	105,5	108,4	104,2	103,7	105,7	106,1	105,3	115,3	104,8	111,5	102,4	101,7	110,0	108,1	
2020	105,8	110,9	104,1	99,0	106,9	107,6	105,8	117,0	103,8	108,0	101,7	97,3	73,4	111,6	
2019 Dez.	106,0	109,2	105,1	103,6	106,1	106,8	105,8		104,5	114,4	102,5	101,7	112,5	110,4	
2020 Jan.	105,1	110,1	104,0	104,9	104,3	107,0	105,2		105,3	113,2	102,7	101,3	107,4	112,2	
Febr.	105,7	111,2	104,3	103,9	105,2	107,1	105,6	117,8	104,9	114,1	102,6	100,4	94,3	108,7	
März	105,8	111,0	105,2	101,6	105,5	107,3	105,7		104,1	113,7	101,9	96,9	61,3	104,9	
April	106,2	112,2	105,4	98,6	106,7	107,4	106,1		103,4	112,7	101,5	95,2	49,7	101,0	
Mai	106,2	112,5	105,4	97,4	106,7	107,5	106,0	118,3	103,0	109,1	101,3	95,5	55,5	102,1	
Juni	106,9	112,7	104,8	98,7	108,1	107,6	106,6		103,0	110,0	101,3	96,1	65,2	105,1	
Juli	106,4	110,2	102,5	98,0	109,4	107,7	106,1		103,2	107,5	101,3	96,4	68,3	107,5	
Aug.	106,2	110,1	102,6	97,6	109,0	107,8	106,0	115,7	103,2	104,8	101,2	96,5	71,2	111,7	
Sept.	105,8	109,9	103,6	96,9	108,0	107,8	105,8		103,6	103,5	101,3	96,8	70,4	117,9	
Okt.	105,8	110,2	103,9	97,0	107,6	108,0	105,9		103,7	103,8	101,4	97,1	73,4	118,9	
Nov.	104,7	110,3	104,0	96,0	105,5	108,1	105,0	116,0	103,9	103,9	101,8	97,6	77,8	120,4	
Dez.	105,3	109,9	103,4	97,4	106,9	108,2	105,5		104,7	104,2	101,9	98,2	86,6	128,9	
2021 Jan.	106,8	112,3	105,1	102,6	106,9	108,4	106,3		106,2	110,7	102,8	100,1	99,1	140,0	
Febr.	107,4	113,0	105,5	104,1	107,3	108,5	107,0	121,2	106,9	108,9	103,3	101,8	104,7	143,4	
März	107,9	113,1	105,7	106,2	107,6	108,6	107,5		107,9	114,0	104,1	103,6	109,1	150,1	
April	108,4	114,5	105,8	106,1	108,3	108,7	108,2		108,8	115,9	104,9	105,0	110,8	154,5	
Mai	108,7	114,2	106,3	106,7	108,7	108,9	108,7	125,1	110,4	118,5	105,6	106,8	118,9	169,0	
Juni	109,1	114,1	106,5	107,6	109,1	108,9	109,1		111,8	117,7	106,4	108,5	129,4	166,3	
Juli	109,7	114,4	106,4	109,0	110,2	109,1	110,1		113,9	117,3	107,7	110,9	141,9	165,9	
Aug.	109,8	114,4	106,5	109,4	110,3	109,2	110,1	129,4	115,6	118,8	108,5	112,4	147,1	156,7	
Sept.	110,1	114,4	107,6	110,1	109,9	109,3	110,1		118,3	117,3	109,5	113,9	169,1	149,1	
Okt.	110,7	114,5	108,0	114,6	110,0	109,5	110,7		223,9	155,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr in %															
2017	+ 1,7	+ 2,7	+ 1,2	+ 3,1	+ 1,4	+ 1,7	+ 1,5	+ 3,3	+ 2,7	+ 10,0	+ 1,7	+ 3,5	+ 19,7	+ 8,8	
2018	+ 1,9	+ 2,6	+ 0,8	+ 4,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,8	+ 4,7	+ 2,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 2,6	+ 25,1	+ 0,8	
2019	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4	+ 4,7	+ 1,1	+ 2,3	+ 0,5	+ 1,0	+ 11,7	+ 1,8	
2020	+ 0,4	+ 2,3	- 0,1	- 4,5	+ 1,2	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,4	- 1,0	- 3,1	- 0,7	- 4,3	- 33,3	+ 3,2	
2019 Dez.	+ 1,5	+ 2,1	+ 1,3	+ 0,1	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,5		- 0,2	+ 2,6	+ 0,4	- 0,7	+ 1,0	+ 7,0	
2020 Jan.	+ 1,6	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,3	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7		+ 0,2	+ 1,6	+ 0,5	- 0,9	- 4,4	+ 7,5	
Febr.	+ 1,7	+ 3,1	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,7	+ 3,3	- 0,1	+ 1,9	+ 0,3	- 2,0	- 17,5	+ 0,6	
März	+ 1,3	+ 3,1	+ 1,3	- 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8	+ 0,4	- 0,5	- 5,5	- 46,8	- 3,1	
April	+ 0,8	+ 4,0	+ 0,8	- 5,6	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,9		- 1,9	- 2,5	- 1,1	- 7,4	- 58,3	- 7,2	
Mai	+ 0,5	+ 3,9	+ 0,8	- 8,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,9	- 2,2	- 5,7	- 1,2	- 7,0	- 52,4	- 4,2	
Juni	+ 0,8	+ 4,0	+ 0,7	- 5,9	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9		- 1,8	- 4,4	- 1,0	- 5,1	- 36,6	- 3,2	
Juli	± 0,0	+ 1,4	- 0,8	- 6,4	+ 1,4	+ 1,4	- 0,1		- 1,7	- 5,9	- 1,1	- 4,6	- 35,4	- 4,9	
Aug.	- 0,1	+ 1,2	- 0,8	- 6,0	+ 1,1	+ 1,4	± 0,0	- 0,1	- 1,2	- 6,8	- 1,1	- 4,0	- 28,9	+ 5,4	
Sept.	- 0,4	+ 1,0	- 1,1	- 6,6	+ 1,0	+ 1,3	- 0,2		- 1,0	- 5,8	- 1,1	- 4,3	- 33,5	+ 9,7	
Okt.	- 0,5	+ 1,5	- 1,0	- 6,6	+ 0,7	+ 1,3	- 0,2		- 0,7	- 5,9	- 1,0	- 3,9	- 30,6	+ 11,0	
Nov.	- 0,7	+ 1,2	- 1,1	- 7,4	+ 0,6	+ 1,3	- 0,3	- 0,3	- 0,5	- 7,2	- 0,6	- 3,8	- 29,6	+ 12,6	
Dez.	- 0,7	+ 2,0	- 1,6	- 6,0	+ 0,8	+ 1,3	- 0,3		+ 0,2	- 8,9	- 0,6	- 3,4	- 23,0	+ 16,8	
2021 Jan.	+ 1,6	+ 2,6	+ 1,1	- 2,2	+ 2,5	+ 1,3	+ 1,0		+ 1,0	111) - 5,7	+ 0,1	- 1,2	- 7,7	+ 49,8	
Febr.	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 1,3	+ 1,3	+ 2,9	+ 1,9	- 4,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 11,0	+ 31,9	
März	+ 2,0	+ 1,9	+ 0,5	+ 4,5	+ 2,0	+ 1,2	+ 1,7		+ 3,7	+ 0,3	+ 2,2	+ 6,9	+ 78,0	+ 43,1	
April	+ 2,1	+ 2,0	+ 0,4	+ 7,6	+ 1,5	+ 1,2	+ 2,0		+ 5,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 10,3	+ 122,9	+ 53,0	
Mai	+ 2,4	+ 1,5	+ 0,9	+ 9,5	+ 1,9	+ 1,3	+ 2,5	+ 5,7	+ 7,2	+ 8,6	+ 4,2	+ 11,8	+ 114,2	+ 65,5	
Juni	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,6	+ 9,0	+ 0,9	+ 1,2	+ 2,3		+ 8,5	+ 7,0	+ 5,0	+ 12,9	+ 98,5	+ 58,2	
Juli	+ 3,1	+ 3,8	+ 3,8	+ 11,2	+ 0,7	+ 1,3	+ 3,8		+ 10,4	+ 9,1	+ 6,3	+ 15,0	+ 107,8	+ 54,3	
Aug.	+ 3,4	+ 3,9	+ 3,8	+ 12,1	+ 1,2	+ 1,3	+ 3,9	+ 11,8	+ 12,0	+ 13,4	+ 7,2	+ 16,5	+ 106,6	+ 40,3	
Sept.	+ 4,1	+ 4,1	+ 3,9	+ 13,6	+ 1,8	+ 1,4	+ 4,1		+ 14,2	+ 13,3	+ 8,1	+ 17,7	+ 140,2	+ 26,5	
Okt.	+ 4,6	+ 3,9	+ 3,9	+ 18,1	+ 2,2	+ 1,4	+ 4,5		+ 205,0	+ 30,9	

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWL. 1 Die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingtd. 2 Ab 2015 methodische Änderungen bei der Erhebung der Preise von Pauschalreisen mit Auswirkungen bis Reihenbeginn. 3 Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabakwaren. 4 Ab 2017 revidiert aufgrund der Berechnung auf Basis von 5-Stellern

nach der European Classification of Individual Consumption by Purpose (ECOICOP). 5 Strom, Gas und andere Brennstoffe, sowie Kraft- und Schmierstoffe, ab Januar 2017 ohne Schmierstoffe. 6 Ohne Umsatzsteuer. 7 HWWL-Rohstoffpreisindex Euroraum auf Euro-Basis. 8 Kohle, Rohöl (Brent) und Erdgas. 9 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrierohstoffe. 10 Beeinflusst durch eine befristete Mehrwertsteuersenkung von Juli bis Dezember 2020. 11 Ab Januar 2021 vorläufig.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte *)

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter 1)		Nettolöhne und -gehälter 2)		Empfangene monetäre Sozialleistungen 3)		Masseneinkommen 4)		Verfügbares Einkommen 5)		Sparen 6)		Sparquote 7)
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2013	1 186,3	3,2	799,4	3,0	383,9	1,9	1 183,2	2,6	1 690,8	1,3	157,1	- 2,5	9,3
2014	1 234,2	4,0	830,5	3,9	394,0	2,6	1 224,5	3,5	1 734,5	2,6	170,6	8,6	9,8
2015	1 285,5	4,2	863,3	4,0	410,5	4,2	1 273,8	4,0	1 782,3	2,8	179,4	5,1	10,1
2016	1 337,4	4,0	896,3	3,8	426,2	3,8	1 322,5	3,8	1 841,5	3,3	187,8	4,7	10,2
2017	1 395,4	4,3	932,5	4,0	441,8	3,6	1 374,3	3,9	1 905,2	3,5	202,8	8,0	10,6
2018	1 462,6	4,8	976,3	4,7	454,3	2,8	1 430,6	4,1	1 975,8	3,7	223,7	10,3	11,3
2019	1 524,1	4,2	1 022,0	4,7	474,4	4,4	1 496,4	4,6	2 021,6	2,3	218,7	- 2,2	10,8
2020	1 514,1	- 0,7	1 021,3	- 0,1	518,8	9,4	1 540,1	2,9	2 035,1	0,7	327,1	49,6	16,1
2020 1.Vj.	366,2	2,9	246,4	2,9	125,0	5,5	371,4	3,8	520,4	2,7	84,2	15,7	16,2
2.Vj.	355,9	- 4,4	234,8	- 3,8	130,4	11,3	365,2	1,1	491,7	- 1,5	97,4	92,3	19,8
3.Vj.	374,1	- 1,2	258,1	- 0,6	132,0	10,2	390,1	2,8	508,1	0,7	66,5	44,4	13,1
4.Vj.	417,9	0,1	282,1	1,1	131,3	10,4	413,3	3,9	514,9	0,7	78,9	60,6	15,3
2021 1.Vj.	362,0	- 1,1	245,1	- 0,5	136,7	9,4	381,8	2,8	517,5	- 0,6	113,7	35,1	22,0
2.Vj.	375,2	5,4	250,0	6,5	135,2	3,6	385,1	5,5	508,3	3,4	82,6	- 15,2	16,3

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 1 Inländerkonzept. 2 Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. 3 Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. 4 Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene monetäre

Sozialleistungen. 5 Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 6 Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. 7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex 1)								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer 3)	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen 2)			
2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	2015=100	% gegen Vorjahr	
2013	94,8	2,5	95,0	2,5	95,0	2,5	95,0	2,5	94,4	2,2
2014	97,7	3,1	97,8	2,9	97,7	2,8	97,7	2,8	97,2	2,9
2015	100,0	2,4	100,0	2,3	100,0	2,3	100,0	2,4	100,0	2,9
2016	102,1	2,1	102,1	2,1	102,1	2,1	102,2	2,2	102,5	2,5
2017	104,2	2,1	104,2	2,0	104,3	2,1	104,5	2,3	105,1	2,6
2018	107,1	2,8	107,1	2,8	107,0	2,6	107,3	2,7	108,5	3,2
2019	110,2	2,9	110,2	2,9	109,7	2,5	110,0	2,5	111,7	3,0
2020	112,6	2,2	112,6	2,2	111,9	2,0	112,2	2,0	111,5	- 0,1
2020 2.Vj.	105,0	2,0	105,0	1,9	105,1	2,2	112,1	2,1	105,4	- 3,5
3.Vj.	116,2	1,8	116,2	1,8	114,5	1,8	112,5	1,8	110,7	- 0,2
4.Vj.	125,0	2,7	125,0	2,7	123,9	1,8	112,6	1,8	122,8	1,2
2021 1.Vj.	105,8	1,5	105,7	1,5	105,8	1,5	113,3	1,5	107,5	0,1
2.Vj.	107,4	2,3	107,4	2,3	106,5	1,4	113,8	1,5	110,8	5,2
3.Vj.	117,4	1,0	117,4	1,0	116,1	1,4	114,1	1,4	.	.
2021 März	105,8	1,4	105,8	1,5	105,9	1,4	113,4	1,4	.	.
April	106,9	1,8	106,9	1,8	106,8	1,6	113,8	1,6	.	.
Mai	106,4	1,1	106,4	1,1	106,5	1,1	113,8	1,5	.	.
Juni	108,9	4,0	108,9	4,0	106,3	1,5	113,9	1,4	.	.
Juli	138,5	- 0,0	138,5	- 0,0	135,0	1,2	114,0	1,3	.	.
Aug.	107,0	1,7	107,0	1,7	106,6	1,5	114,1	1,4	.	.
Sept.	106,7	1,7	106,7	1,7	106,8	1,6	114,3	1,6	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert.
 2 Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (Verml, Sonderzahlungen)

z.B. Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). 3 Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: August 2021.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Stand am Jahres- bzw. Halbjahresende

Zeit	Aktiva									Passiva						
	Bilanzsumme	darunter:				darunter:				Eigenkapital	Schulden					
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel ¹⁾		insgesamt	langfristig		kurzfristig		Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
												zusammen	darunter: Finanzschulden	zusammen	darunter: Finanzschulden	
Insgesamt (Mrd €)																
2017	2 396,2	1 488,2	498,6	602,8	295,9	908,0	230,6	225,1	156,2	757,1	1 639,1	866,4	495,7	772,7	236,1	195,6
2018 ³⁾	2 589,6	1 537,1	540,8	611,1	288,5	1 052,5	249,5	234,9	172,6	790,2	1 799,3	925,8	558,7	873,5	257,5	205,1
2019	2 801,2	1 770,0	586,3	737,5	333,4	1 031,2	257,6	237,8	168,5	821,5	1 979,8	1 091,3	676,3	888,5	289,8	207,7
2020 ^{p)}	2 850,7	1 797,6	607,6	733,4	335,1	1 053,1	243,7	226,2	240,5	812,1	2 038,7	1 181,5	746,4	857,1	304,4	196,2
2019 1.Hj.	2 702,6	1 657,9	549,7	682,9	314,5	1 044,6	269,2	240,5	140,5	777,5	1 925,1	1 024,3	613,9	900,8	301,7	210,8
2.Hj.	2 801,2	1 770,0	586,3	737,5	333,4	1 031,2	257,6	237,8	168,5	821,5	1 979,8	1 091,3	676,3	888,5	289,8	207,7
2020 1.Hj.	2 892,1	1 801,3	625,0	734,3	319,7	1 090,9	257,6	216,6	220,8	794,2	2 097,9	1 183,9	754,2	914,0	335,5	179,7
2.Hj. ^{p)}	2 850,7	1 797,6	607,6	733,4	335,1	1 053,1	243,7	226,2	240,5	812,1	2 038,7	1 181,5	746,4	857,1	304,4	196,2
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	62,1	20,8	25,2	12,4	37,9	9,6	9,4	6,5	31,6	68,4	36,2	20,7	32,3	9,9	8,2
2018 ³⁾	100,0	59,4	20,9	23,6	11,1	40,6	9,6	9,1	6,7	30,5	69,5	35,8	21,6	33,7	9,9	7,9
2019	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,1	31,7	10,3	7,4
2020 ^{p)}	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
2019 1.Hj.	100,0	61,4	20,3	25,3	11,6	38,7	10,0	8,9	5,2	28,8	71,2	37,9	22,7	33,3	11,2	7,8
2.Hj.	100,0	63,2	20,9	26,3	11,9	36,8	9,2	8,5	6,0	29,3	70,7	39,0	24,1	31,7	10,3	7,4
2020 1.Hj.	100,0	62,3	21,6	25,4	11,1	37,7	8,9	7,5	7,6	27,5	72,5	40,9	26,1	31,6	11,6	6,2
2.Hj. ^{p)}	100,0	63,1	21,3	25,7	11,8	36,9	8,6	7,9	8,4	28,5	71,5	41,5	26,2	30,1	10,7	6,9
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) ²⁾																
2017	1 989,3	1 190,8	351,5	484,0	281,8	798,5	215,8	181,4	128,5	609,9	1 379,4	719,1	397,8	660,3	218,4	150,1
2018 ³⁾	2 149,9	1 215,7	388,2	473,3	277,5	934,1	234,6	188,7	139,2	637,2	1 512,7	760,3	442,4	752,4	236,2	152,6
2019	2 303,5	1 396,8	419,6	565,7	319,7	906,8	243,8	188,7	136,9	662,7	1 640,9	887,5	523,8	753,4	257,5	158,1
2020 ^{p)}	2 265,7	1 355,2	399,1	543,9	320,0	910,5	228,8	179,8	188,0	636,8	1 628,9	904,8	537,0	724,1	267,3	149,9
2019 1.Hj.	2 229,6	1 297,6	388,9	517,9	302,7	932,0	255,6	194,2	115,8	629,6	1 600,0	831,4	473,9	768,6	265,8	164,3
2.Hj.	2 303,5	1 396,8	419,6	565,7	319,7	906,8	243,8	188,7	136,9	662,7	1 640,9	887,5	523,8	753,4	257,5	158,1
2020 1.Hj.	2 305,5	1 352,3	406,4	547,5	303,4	953,2	244,0	171,8	171,4	615,1	1 690,4	912,2	548,5	778,1	294,6	137,1
2.Hj. ^{p)}	2 265,7	1 355,2	399,1	543,9	320,0	910,5	228,8	179,8	188,0	636,8	1 628,9	904,8	537,0	724,1	267,3	149,9
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	59,9	17,7	24,3	14,2	40,1	10,9	9,1	6,5	30,7	69,3	36,2	20,0	33,2	11,0	7,6
2018 ³⁾	100,0	56,6	18,1	22,0	12,9	43,5	10,9	8,8	6,5	29,6	70,4	35,4	20,6	35,0	11,0	7,1
2019	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,2	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020 ^{p)}	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
2019 1.Hj.	100,0	58,2	17,4	23,2	13,6	41,8	11,5	8,7	5,2	28,2	71,8	37,3	21,3	34,5	11,9	7,4
2.Hj.	100,0	60,6	18,2	24,6	13,9	39,4	10,6	8,2	5,9	28,8	71,2	38,5	22,7	32,7	11,2	6,9
2020 1.Hj.	100,0	58,7	17,6	23,8	13,2	41,4	10,6	7,5	7,4	26,7	73,3	39,6	23,8	33,8	12,8	6,0
2.Hj. ^{p)}	100,0	59,8	17,6	24,0	14,1	40,2	10,1	7,9	8,3	28,1	71,9	39,9	23,7	32,0	11,8	6,6
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)																
2017	406,9	297,4	147,1	118,8	14,1	109,5	14,8	43,6	27,6	147,2	259,6	147,3	97,9	112,4	17,6	45,5
2018 ³⁾	439,7	321,3	152,7	137,9	11,0	118,3	14,9	46,1	33,3	153,1	286,6	165,5	116,3	121,1	21,3	52,5
2019	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020 ^{p)}	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
2019 1.Hj.	472,9	360,3	160,8	165,1	11,8	112,6	13,7	46,3	24,7	147,9	325,0	192,8	140,0	132,2	35,9	46,5
2.Hj.	497,7	373,3	166,7	171,8	13,7	124,4	13,7	49,1	31,6	158,8	338,9	203,8	152,6	135,1	32,3	49,6
2020 1.Hj.	586,6	449,0	218,7	186,8	16,3	137,6	13,7	44,9	49,4	179,1	407,6	271,7	205,7	135,9	40,9	42,6
2.Hj. ^{p)}	585,0	442,4	208,5	189,6	15,1	142,6	14,9	46,4	52,6	175,3	409,7	276,7	209,4	133,0	37,1	46,3
in % der Bilanzsumme																
2017	100,0	73,1	36,2	29,2	3,5	26,9	3,7	10,7	6,8	36,2	63,8	36,2	24,1	27,6	4,3	11,2
2018 ³⁾	100,0	73,1	34,7	31,4	2,5	26,9	3,4	10,5	7,6	34,8	65,2	37,6	26,5	27,6	4,8	11,9
2019	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020 ^{p)}	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9
2019 1.Hj.	100,0	76,2	34,0	34,9	2,5	23,8	2,9	9,8	5,2	31,3	68,7	40,8	29,6	28,0	7,6	9,8
2.Hj.	100,0	75,0	33,5	34,5	2,8	25,0	2,8	9,9	6,4	31,9	68,1	41,0	30,7	27,2	6,5	10,0
2020 1.Hj.	100,0	76,5	37,3	31,9	2,8	23,5	2,3	7,7	8,4	30,5	69,5	46,3	35,1	23,2	7,0	7,3
2.Hj. ^{p)}	100,0	75,6	35,6	32,4	2,6	24,4	2,6	7,9	9,0	30,0	70,0	47,3	35,8	22,7	6,3	7,9

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. ¹ Einschl. Zahlungsmitteläquivalenten. ² Einschl.

Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. ³ Ab 2018 1. Hj. bzw. 2018: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen *)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1) in % des Umsatzes				Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes				Veränderung gegen Vorjahr in % 4)		Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)			
															Gewogener Durchschnitt	
	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	%	%	%	Mrd € 3)	Veränderung gegen Vorjahr in % 4)	%	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 4)	%	%	%
Insgesamt																
2013	1 540,6	-0,6	187,0	-2,8	12,1	-0,3	5,2	10,3	18,4	99,4	5,5	6,5	0,4	1,9	5,9	11,0
2014	1 565,1	1,0	198,7	4,9	12,7	0,5	5,9	10,3	17,4	109,2	8,5	7,0	0,5	1,9	6,1	11,1
2015	1 634,6	6,9	196,0	-1,1	12,0	-1,0	6,1	10,6	17,8	91,5	-16,4	5,6	-1,5	1,7	6,6	11,3
2016	1 625,0	-0,4	214,5	7,9	13,2	1,0	6,7	11,4	17,9	111,8	9,1	6,9	0,5	2,6	6,7	12,0
2017	1 720,2	5,1	243,5	14,6	14,2	1,2	7,1	11,0	18,0	142,0	33,3	8,3	1,8	2,5	6,9	12,0
2018 6)	1 707,6	0,7	232,8	-0,9	13,6	-0,2	6,2	10,6	17,7	129,2	-6,3	7,6	-0,6	2,2	6,5	11,9
2019	1 765,5	2,6	233,7	0,4	13,2	-0,3	6,9	12,2	19,1	105,5	-17,9	6,0	-1,5	1,7	5,8	11,7
2020 p)	1 633,6	-8,8	213,8	-7,7	13,1	0,2	6,5	11,5	18,0	52,3	-40,9	3,2	-2,1	-0,8	5,0	10,7
2016 1.Hj.	782,3	-1,9	111,6	6,2	14,3	1,1	5,9	10,4	17,7	65,5	2,7	8,4	0,3	1,6	6,4	11,3
2.Hj.	842,8	1,1	102,9	9,8	12,2	1,0	6,9	11,9	19,0	46,3	20,9	5,5	0,8	3,0	7,5	12,5
2017 1.Hj.	844,4	6,8	125,7	14,6	14,9	1,0	5,7	10,1	17,2	78,5	29,6	9,3	1,6	1,8	5,8	11,6
2.Hj.	879,0	3,5	117,5	14,6	13,4	1,3	6,9	12,0	19,1	63,0	38,2	7,2	1,8	3,3	7,5	12,4
2018 1.Hj. 6)	848,6	-0,1	120,8	-2,2	14,2	-0,3	5,1	10,6	18,1	72,7	-5,3	8,6	-0,5	1,8	6,4	12,4
2.Hj.	869,8	1,4	114,5	0,5	13,2	-0,1	6,4	11,2	17,8	58,0	-7,7	6,7	-0,6	2,1	6,7	12,3
2019 1.Hj.	861,7	2,7	112,4	-4,0	13,0	-0,9	6,6	11,7	18,6	53,4	-23,3	6,2	-2,1	1,5	5,7	11,7
2.Hj.	904,2	2,4	121,3	4,8	13,4	0,3	6,8	11,9	19,9	52,1	-11,3	5,8	-0,9	0,9	6,1	12,4
2020 1.Hj.	744,9	-14,4	78,3	-34,0	10,5	-3,0	4,8	9,9	16,7	7,9	-88,0	1,1	-5,3	-2,1	3,5	9,0
2.Hj. p)	888,8	-3,3	135,5	17,2	15,3	2,8	7,7	13,2	19,8	44,3	8,8	5,0	0,7	1,7	6,5	11,7
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 5)																
2013	1 199,6	-0,8	142,6	-2,6	11,9	-0,2	5,1	10,3	16,0	77,5	-5,8	6,5	-0,3	1,6	5,9	10,5
2014	1 220,9	1,0	152,2	5,9	12,5	0,6	5,7	10,0	15,5	85,2	9,7	7,0	0,6	1,6	6,0	10,5
2015	1 310,5	7,0	149,1	-2,6	11,4	-1,1	6,3	10,5	16,3	69,1	-19,7	5,3	-1,7	2,1	6,6	10,4
2016	1 296,6	-0,8	162,1	6,4	12,5	0,8	6,6	10,7	16,2	84,9	4,3	6,6	0,3	2,9	6,4	10,7
2017	1 396,8	5,5	187,6	16,6	13,4	1,3	7,1	11,0	15,8	112,6	40,5	8,1	2,0	3,2	6,8	10,5
2018 6)	1 368,5	1,0	175,8	-1,6	12,8	-0,3	6,9	10,7	15,8	100,7	-7,1	7,4	-0,6	2,9	6,8	11,3
2019	1 411,8	2,0	168,3	-4,4	11,9	-0,8	6,9	11,4	16,6	76,3	-23,7	5,4	-1,8	1,4	5,8	10,1
2020 p)	1 286,0	-9,4	143,8	-8,6	11,2	0,1	6,4	10,6	16,5	29,3	-47,9	2,3	-2,3	-0,7	4,4	9,8
2016 1.Hj.	625,5	-2,3	86,6	1,8	13,8	0,5	6,7	10,6	15,9	52,7	-6,4	8,4	-0,3	2,9	6,4	10,1
2.Hj.	671,2	0,7	75,5	12,0	11,3	1,1	6,2	11,3	16,6	32,2	34,3	4,8	0,9	2,6	6,6	10,7
2017 1.Hj.	695,6	7,3	101,6	18,7	14,6	1,4	6,1	10,2	16,1	66,4	37,3	9,5	2,1	2,4	5,9	11,0
2.Hj.	701,8	3,7	86,0	14,2	12,3	1,1	7,0	11,8	16,9	46,2	45,5	6,6	1,9	3,6	7,3	10,8
2018 1.Hj. 6)	682,3	-0,1	95,0	-3,4	13,9	-0,5	7,0	10,9	16,7	60,0	-6,0	8,8	-0,6	2,9	6,7	11,5
2.Hj.	695,8	2,0	83,2	0,6	12,0	-0,2	6,3	11,1	16,1	42,1	-8,8	6,1	-0,7	2,0	6,4	11,2
2019 1.Hj.	690,3	2,4	83,4	-8,8	12,1	-1,5	7,1	10,8	16,1	41,9	-26,8	6,1	-2,4	1,8	5,9	9,5
2.Hj.	721,5	1,7	84,9	0,4	11,8	-0,2	6,1	10,9	16,9	34,4	-19,6	4,8	-1,3	0,6	5,3	11,2
2020 1.Hj.	581,0	-15,9	49,1	-42,3	8,4	-3,8	4,4	8,8	15,1	0,2	-101,6	0,0	-6,2	-2,1	3,2	8,0
2.Hj. p)	705,0	-3,0	94,7	25,4	13,4	3,4	7,3	12,3	18,6	29,0	19,8	4,1	1,1	1,1	6,1	10,7
Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor																
2013	341,0	-0,1	44,4	-3,5	13,0	-0,5	5,2	9,3	20,7	21,9	82,2	6,4	2,9	2,4	5,9	11,8
2014	344,2	0,8	46,5	1,8	13,5	0,1	6,0	12,3	22,6	24,1	4,3	7,0	0,2	2,6	6,3	13,7
2015	324,1	6,1	46,9	4,0	14,5	-0,3	5,9	11,1	22,1	22,3	-3,8	6,9	-0,7	1,3	6,7	13,9
2016	328,4	1,3	52,5	12,8	16,0	1,6	6,8	13,4	25,1	26,9	24,4	8,2	1,5	2,3	8,2	15,3
2017	323,4	3,5	55,9	8,3	17,3	0,8	6,8	11,5	23,0	29,4	11,4	9,1	0,6	2,1	7,2	15,1
2018 6)	339,2	-0,6	57,1	1,3	16,8	0,3	5,5	10,5	24,7	28,5	-3,5	8,4	-0,3	1,4	5,8	16,6
2019	353,7	4,8	65,4	15,2	18,5	1,7	6,9	13,7	24,5	29,2	2,8	8,3	-0,2	2,4	6,2	16,2
2020 p)	347,6	-6,1	70,0	-5,4	20,1	0,1	6,9	13,2	22,1	23,0	-22,1	6,6	-1,4	-1,2	6,4	12,2
2016 1.Hj.	156,8	-0,4	25,0	24,0	16,0	3,1	5,1	10,2	23,4	12,8	61,2	8,2	3,1	1,0	6,2	14,6
2.Hj.	171,6	2,9	27,4	4,2	16,0	0,2	7,4	13,3	24,3	14,1	3,0	8,2	0,0	4,0	8,9	17,1
2017 1.Hj.	148,8	4,6	24,2	0,4	16,2	-0,6	5,2	9,8	21,0	12,1	0,3	8,2	-0,3	1,2	5,6	14,5
2.Hj.	177,1	2,5	31,5	15,6	17,8	2,0	6,6	12,5	24,6	16,8	21,6	9,5	1,5	2,9	7,8	17,9
2018 1.Hj. 6)	166,3	0,2	25,9	2,8	15,6	0,4	3,8	9,5	22,7	12,6	-1,9	7,6	-0,2	-0,9	4,7	15,3
2.Hj.	174,0	-1,3	31,3	-0,0	18,0	0,2	6,7	11,3	25,6	15,9	-4,6	9,1	-0,3	2,2	7,0	17,8
2019 1.Hj.	171,4	4,0	29,0	13,1	16,9	1,4	5,7	12,3	24,4	11,6	-7,5	6,7	-0,9	0,0	4,9	14,5
2.Hj.	182,7	5,5	36,5	16,9	20,0	1,9	7,1	15,1	24,4	17,7	10,9	9,7	0,5	1,8	8,2	16,3
2020 1.Hj.	163,9	-8,1	29,2	-9,4	17,8	-0,3	5,6	10,8	21,2	7,7	-36,4	4,7	-2,1	-2,2	4,3	10,9
2.Hj. p)	183,8	-4,2	40,8	-2,2	22,2	0,4	8,9	14,7	23,3	15,3	-12,8	8,3	-0,9	2,6	7,2	13,3

* Im Prime Standard der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassene nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die viertel- bzw. halbjährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Jahreswerte entsprechen nicht zwangsläufig der Summe der

Halbjahreswerte. Siehe Qualitätsbericht zur Konzernabschlussstatistik S. 3. 4 Bereinigt um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen in der Statistischen Fachreihe Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 5 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft. 6 Ab diesem Zeitpunkt: signifikante IFRS-Standardänderungen, die die Vergleichbarkeit mit den Vorperioden einschränken.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für den Euroraum *)

Mio €

Position	2018	2019	2020	2020		2021			
				4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	Juni	Juli	August p)
I. Leistungsbilanz	+ 341 015	+ 277 304	+ 222 710	+ 101 095	+ 75 458	+ 69 550	+ 32 444	+ 31 188	+ 17 636
1. Warenhandel									
Einnahmen	2 332 341	2 393 803	2 191 346	601 795	591 499	620 571	217 935	213 077	189 886
Ausgaben	2 046 711	2 083 694	1 849 289	488 960	499 440	535 471	184 498	182 095	177 005
Saldo	+ 285 627	+ 310 107	+ 342 058	+ 112 836	+ 92 060	+ 85 100	+ 33 438	+ 30 982	+ 12 881
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	949 227	1 017 589	865 196	234 496	208 361	231 763	83 417	85 326	82 318
Ausgaben	832 048	984 222	858 198	218 457	191 599	208 562	74 426	73 008	76 945
Saldo	+ 117 180	+ 33 365	+ 6 994	+ 16 038	+ 16 762	+ 23 200	+ 8 991	+ 12 319	+ 5 373
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	856 509	859 347	756 083	186 321	183 553	202 552	70 660	56 509	54 872
Ausgaben	765 793	772 643	720 532	166 049	160 039	207 480	69 488	56 312	48 491
Saldo	+ 90 714	+ 86 703	+ 35 551	+ 20 272	+ 23 514	- 4 927	+ 1 172	+ 197	+ 6 381
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	109 968	115 363	117 362	31 846	29 076	31 712	10 777	9 492	14 594
Ausgaben	262 477	268 233	279 256	79 897	85 955	65 535	21 933	21 803	21 593
Saldo	- 152 505	- 152 870	- 161 894	- 48 050	- 56 880	- 33 822	- 11 156	- 12 311	- 7 000
II. Vermögensänderungsbilanz	- 35 859	- 26 273	- 1 735	- 772	+ 2 938	+ 5 659	+ 2 432	+ 1 825	+ 4 332
III. Kapitalbilanz 1)	+ 305 695	+ 255 894	+ 240 943	+ 128 761	+ 97 940	+ 100 672	+ 53 711	+ 40 846	+ 2 183
1. Direktinvestitionen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 117 161	+ 89 419	- 174 915	- 104 536	+ 107 837	+ 863	- 37 543	+ 33 761	+ 12 802
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 302 648	+ 15 678	- 14 851	- 59 143	+ 100 732	- 37 186	- 15 950	+ 23 099	+ 5 935
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 419 811	- 73 740	+ 160 065	+ 45 394	- 7 105	- 38 047	+ 21 593	- 10 662	- 6 867
2. Wertpapieranlagen									
Inländ. Anlagen außerhalb des Euroraums	+ 230 508	- 71 491	+ 539 298	+ 573 836	+ 87 576	+ 140 571	+ 53 472	- 18 302	+ 25 558
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 206 506	+ 426 592	+ 673 578	+ 348 739	+ 266 341	+ 227 582	+ 96 042	+ 22 644	+ 45 220
kurzfristige	+ 48 248	+ 59 339	+ 305 625	+ 183 892	+ 166 958	+ 114 549	+ 52 800	+ 15 455	+ 8 152
langfristige	- 52 661	+ 142	+ 126 361	+ 40 430	+ 26 607	+ 13 925	+ 24 916	- 37 481	+ 14 183
Ausländ. Anlagen innerhalb des Euroraums	- 23 999	+ 498 086	+ 134 281	- 225 096	+ 178 765	+ 87 009	+ 42 569	+ 40 946	+ 19 662
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 90 816	+ 272 765	+ 117 659	+ 37 829	+ 96 328	+ 143 387	+ 51 679	+ 46 981	+ 50 933
kurzfristige	- 60 212	- 26 924	+ 138 223	- 69 164	+ 84 832	+ 10 277	+ 13 577	- 13 157	- 12 669
langfristige	- 54 604	+ 252 244	- 121 600	- 193 761	- 2 395	- 66 655	- 22 686	+ 7 122	- 18 602
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	+ 39 699	+ 6 609	+ 14 002	- 14 529	+ 6 408	+ 8 521	+ 6 170	+ 8 903	- 5 902
4. Übriger Kapitalverkehr									
Eurosystem	- 106 928	+ 225 060	- 150 609	- 328 063	- 100 786	- 56 763	+ 26 294	+ 16 825	- 152 357
Staat	- 133 865	+ 144 266	- 205 190	- 197 110	+ 146 557	- 64 041	- 92 678	- 17 284	- 97 620
Monetäre Finanzinstitute 2)	- 4 921	+ 554	- 18 857	- 33 545	- 25 378	- 8 810	+ 1 160	+ 2 462	- 41 843
Unternehmen und Privatpersonen	+ 99 938	+ 186 932	+ 17 452	- 33 454	- 275 978	- 10 008	+ 108 211	+ 55 391	- 28 201
Unternehmen und Privatpersonen	- 68 084	- 106 686	+ 55 986	- 63 954	+ 54 013	+ 26 095	+ 9 601	- 23 744	+ 15 307
5. Währungsreserven des Euroraums	+ 25 252	+ 6 297	+ 13 163	+ 2 053	- 3 095	+ 7 480	+ 5 318	- 342	+ 122 082
IV. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 535	+ 4 862	+ 19 969	+ 28 437	+ 19 546	+ 25 463	+ 18 835	+ 7 833	- 19 785

* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Zunahme: + / Abnahme: -. 2 Ohne Eurosystem.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz							Kapitalbilanz 3)				Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen 4)
	Insgesamt	Warenhandel		Dienstleistungen	Primäreinkommen	Sekundäreinkommen	Vermögensänderungsbilanz 2)	Insgesamt	darunter: Währungsreserven			
		Insgesamt	darunter: Ergänzungen zum Außenhandel, Saldo 1)									
2006	+ 137 674	+ 160 965	- 4 687	- 31 777	+ 40 499	- 32 014	- 1 328	+ 157 142	- 2 934	+ 20 796		
2007	+ 171 493	+ 201 728	- 1 183	- 32 465	+ 35 620	- 33 390	- 1 597	+ 183 169	+ 953	+ 13 273		
2008	+ 144 954	+ 184 160	- 3 947	- 29 122	+ 24 063	- 34 147	- 893	+ 121 336	+ 2 008	- 22 725		
2009	+ 142 744	+ 140 626	- 6 605	- 17 642	+ 54 524	- 34 764	- 1 858	+ 129 693	+ 8 648	- 11 194		
2010	+ 147 298	+ 160 829	- 6 209	- 25 255	+ 51 306	- 39 582	+ 1 219	+ 92 757	+ 1 613	- 55 760		
2011	+ 167 340	+ 162 970	- 9 357	- 29 930	+ 69 087	- 34 787	+ 419	+ 120 857	+ 2 836	- 46 902		
2012	+ 195 712	+ 199 531	- 11 388	- 30 774	+ 65 658	- 38 703	- 413	+ 151 417	+ 1 297	- 43 882		
2013	+ 184 352	+ 203 802	- 12 523	- 39 321	+ 63 284	- 43 413	- 563	+ 226 014	+ 838	+ 42 224		
2014	+ 210 906	+ 219 629	- 14 296	- 25 303	+ 57 752	- 41 172	+ 2 936	+ 240 258	+ 2 564	+ 26 416		
2015	+ 260 286	+ 248 394	- 15 405	- 18 516	+ 69 262	- 38 854	- 48	+ 234 392	- 2 213	- 25 845		
2016	+ 266 689	+ 252 409	- 19 921	- 20 987	+ 76 199	- 40 931	+ 2 142	+ 261 123	+ 1 686	- 7 708		
2017	+ 254 936	+ 255 077	- 13 613	- 23 994	+ 74 629	- 50 776	- 2 936	+ 276 709	- 1 269	+ 24 710		
2018	+ 264 156	+ 224 584	- 22 682	- 17 410	+ 105 694	- 48 713	+ 676	+ 246 544	+ 392	- 18 288		
2019	+ 258 627	+ 216 523	- 31 760	- 20 653	+ 111 191	- 48 434	- 526	+ 203 799	- 544	- 54 302		
2020 ⁿ⁾	+ 234 408	+ 190 022	- 8 907	+ 3 471	+ 92 497	- 51 582	- 4 771	+ 231 103	- 51	+ 1 466		
2018 4.Vj.	+ 65 027	+ 44 532	- 12 500	- 871	+ 38 033	- 16 667	- 609	+ 61 806	+ 560	- 2 612		
2019 1.Vj.	+ 70 210	+ 56 391	- 4 760	- 1 290	+ 31 863	- 16 753	+ 900	+ 44 999	- 63	- 26 111		
2.Vj. ⁿ⁾	+ 57 800	+ 52 295	- 7 867	- 2 849	+ 14 629	- 6 274	+ 374	+ 47 570	+ 444	- 9 856		
3.Vj. ⁿ⁾	+ 62 831	+ 57 801	- 7 757	- 12 518	+ 29 954	- 12 405	+ 265	+ 18 301	- 349	- 44 796		
4.Vj. ⁿ⁾	+ 67 786	+ 50 037	- 11 376	- 3 995	+ 34 746	- 13 003	- 1 317	+ 92 930	- 576	+ 26 460		
2020 1.Vj. ⁿ⁾	+ 61 990	+ 52 294	- 2 696	- 2 773	+ 26 874	- 14 404	- 348	+ 37 818	+ 133	- 23 824		
2.Vj. ⁿ⁾	+ 37 780	+ 27 995	- 1 960	+ 5 647	+ 13 060	- 8 922	+ 188	+ 28 568	+ 243	- 9 400		
3.Vj. ⁿ⁾	+ 62 371	+ 56 000	- 1 106	- 5 402	+ 22 142	- 10 369	+ 1 206	+ 68 302	- 1 276	+ 7 136		
4.Vj. ⁿ⁾	+ 72 266	+ 53 732	- 3 145	+ 5 999	+ 30 421	- 17 886	- 3 405	+ 96 416	+ 848	+ 27 555		
2021 1.Vj. ⁿ⁾	+ 66 650	+ 55 972	- 1 223	+ 3 603	+ 27 693	- 20 618	- 215	+ 123 063	+ 385	+ 56 627		
2.Vj. ⁿ⁾	+ 56 394	+ 45 470	- 2 141	+ 4 894	+ 14 602	- 8 572	- 1 887	+ 67 793	+ 58	+ 13 287		
3.Vj. ^{p)}	+ 52 808	+ 45 691	- 3 357	- 8 683	+ 28 995	- 13 195	+ 1 900	- 485	+ 31 199	- 55 194		
2019 April	+ 22 256	+ 17 081	- 2 686	- 312	+ 9 185	- 3 697	- 47	+ 23 703	+ 547	+ 1 494		
Mai	+ 15 432	+ 19 137	- 3 090	+ 131	- 4 604	+ 767	+ 52	+ 6 277	+ 182	- 9 103		
Juni	+ 20 112	+ 16 077	- 2 092	- 2 668	+ 10 048	- 3 344	- 276	+ 17 589	- 285	- 2 247		
Juli	+ 20 611	+ 20 555	- 3 036	- 4 819	+ 9 538	- 4 664	+ 171	+ 11 234	+ 348	- 9 548		
Aug.	+ 17 334	+ 16 559	- 1 639	- 5 218	+ 10 219	- 4 226	+ 788	- 1 942	+ 755	- 20 065		
Sept.	+ 24 886	+ 20 687	- 3 083	- 2 482	+ 10 197	- 3 516	- 694	+ 9 009	- 1 452	- 15 183		
Okt.	+ 19 690	+ 20 550	- 3 285	- 5 948	+ 9 775	- 4 687	- 823	+ 44 140	- 107	+ 25 273		
Nov.	+ 23 695	+ 17 228	- 3 055	- 392	+ 9 744	- 3 669	- 491	+ 20 116	- 356	- 3 088		
Dez.	+ 24 401	+ 12 259	- 5 035	+ 1 562	+ 15 227	- 4 647	- 3	+ 28 674	- 113	+ 4 275		
2020 Jan. ⁿ⁾	+ 15 759	+ 14 015	- 769	- 1 090	+ 10 156	- 7 321	+ 267	+ 3 235	+ 898	- 12 791		
Febr. ⁿ⁾	+ 21 548	+ 20 188	- 1 768	- 1 359	+ 7 014	- 4 294	+ 48	+ 17 898	+ 750	- 3 698		
März ⁿ⁾	+ 24 683	+ 18 092	- 159	- 324	+ 9 704	- 2 789	- 663	+ 16 684	- 1 514	- 7 336		
April ⁿ⁾	+ 10 184	+ 3 930	- 617	+ 1 710	+ 8 859	- 4 315	+ 88	+ 10 215	+ 950	- 58		
Mai ⁿ⁾	+ 7 411	+ 9 326	+ 768	+ 1 553	- 14	- 3 454	+ 8	+ 115	+ 33	+ 7 304		
Juni ⁿ⁾	+ 20 185	+ 14 739	- 2 111	+ 2 384	+ 4 215	- 1 154	+ 91	+ 18 238	- 740	- 2 039		
Juli ⁿ⁾	+ 20 644	+ 20 206	- 430	- 2 646	+ 6 782	- 3 698	- 928	+ 18 341	- 611	- 1 375		
Aug. ⁿ⁾	+ 16 758	+ 14 005	- 226	- 2 308	+ 8 416	- 3 355	+ 486	+ 32 997	- 611	+ 15 753		
Sept. ⁿ⁾	+ 24 969	+ 21 788	- 450	- 448	+ 6 944	- 3 315	- 764	+ 16 964	- 53	- 7 241		
Okt. ⁿ⁾	+ 24 361	+ 20 723	- 513	+ 843	+ 7 236	- 4 442	- 1 320	+ 27 100	+ 140	+ 4 060		
Nov. ⁿ⁾	+ 21 660	+ 18 474	+ 122	+ 2 239	+ 8 537	- 7 589	- 2 090	+ 14 685	+ 89	+ 4 885		
Dez. ⁿ⁾	+ 26 245	+ 14 535	- 2 754	+ 2 917	+ 14 648	- 5 855	+ 5	+ 54 631	+ 618	+ 28 380		
2021 Jan. ⁿ⁾	+ 17 931	+ 14 532	- 440	+ 943	+ 9 795	- 7 340	- 395	+ 27 039	+ 743	+ 9 503		
Febr. ⁿ⁾	+ 18 326	+ 18 088	- 728	+ 1 335	+ 7 636	- 8 733	- 1 448	+ 52 214	+ 102	+ 35 336		
März ⁿ⁾	+ 30 393	+ 23 352	- 56	+ 1 324	+ 10 262	- 4 545	+ 1 628	+ 43 810	- 460	+ 11 788		
April ⁿ⁾	+ 21 034	+ 15 539	- 662	+ 2 809	+ 6 508	- 3 822	- 984	+ 24 124	- 251	+ 4 074		
Mai ⁿ⁾	+ 12 982	+ 13 796	- 778	+ 1 665	- 642	- 1 837	- 271	+ 14 423	+ 211	+ 1 711		
Juni ⁿ⁾	+ 22 377	+ 16 135	- 701	+ 419	+ 8 735	- 2 913	- 632	+ 29 246	+ 98	+ 7 501		
Juli ⁿ⁾	+ 17 850	+ 17 506	- 1 487	- 2 195	+ 8 292	- 5 752	- 574	- 2 676	+ 102	- 19 952		
Aug. ⁿ⁾	+ 15 364	+ 12 148	- 426	- 4 554	+ 10 287	- 2 518	+ 586	+ 7 516	+ 31 254	- 8 434		
Sept. ^{p)}	+ 19 594	+ 16 037	- 1 444	- 1 934	+ 10 416	- 4 925	+ 1 888	- 5 326	- 158	- 26 807		

1 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung, Absetzungen der Rückwaren und Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung.
2 Einschl. Nettoerwerb/-veräußerung von nichtproduziertem Sachvermögen.

3 Zunahme an Nettoauslandsvermögen: + / Abnahme: -
4 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungsbilanz sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern *)

Mio €

Ländergruppe/Land		2018	2019	2020	2021					
					April	Mai	Juni	Juli	August	September 2)
Alle Länder 1)	Ausfuhr	1 317 440	1 328 152	1 206 928	111 889	109 537	118 682	115 076	104 506	117 802
	Einfuhr	1 088 720	1 104 141	1 026 502	96 575	97 172	102 743	97 172	92 805	101 564
	Saldo	+ 228 720	+ 224 010	+ 180 427	+ 15 314	+ 12 365	+ 15 939	+ 17 904	+ 11 702	+ 16 238
I. Europäische Länder	Ausfuhr	900 141	902 831	824 921	77 138	76 250	81 399	78 589	71 402	81 723
	Einfuhr	744 575	747 692	682 477	64 276	65 787	68 540	65 904	59 947	67 048
	Saldo	+ 155 566	+ 155 140	+ 142 444	+ 12 861	+ 10 462	+ 12 859	+ 12 685	+ 11 455	+ 14 675
1. EU-Länder (27)	Ausfuhr	696 480	698 257	635 741	60 630	60 781	64 686	61 648	55 736	64 626
	Einfuhr	586 433	593 251	546 655	50 957	52 858	55 260	52 899	47 070	53 459
	Saldo	+ 110 047	+ 105 006	+ 89 087	+ 9 673	+ 7 924	+ 9 427	+ 8 749	+ 8 666	+ 11 167
Euroraum (19)	Ausfuhr	492 469	492 308	441 853	42 279	42 016	45 153	43 308	37 805	44 968
	Einfuhr	405 810	409 863	371 211	34 713	36 400	38 141	36 794	32 452	36 422
	Saldo	+ 86 659	+ 82 445	+ 70 643	+ 7 566	+ 5 616	+ 7 012	+ 6 514	+ 5 353	+ 8 546
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	50 389	52 006	48 824	4 803	4 631	4 922	4 495	4 322	4 953
	Einfuhr	49 315	46 322	39 584	4 723	4 564	5 374	4 756	4 481	4 641
	Saldo	+ 1 074	+ 5 683	+ 9 240	+ 80	+ 67	- 453	- 262	- 158	+ 312
Frankreich	Ausfuhr	105 359	106 564	90 910	8 415	8 340	9 169	8 457	7 131	8 717
	Einfuhr	65 024	66 199	56 364	4 932	4 775	5 505	5 257	4 491	5 247
	Saldo	+ 40 335	+ 40 364	+ 34 546	+ 3 483	+ 3 565	+ 3 663	+ 3 200	+ 2 639	+ 3 470
Italien	Ausfuhr	69 813	67 887	60 634	6 099	6 127	6 535	6 630	4 736	6 549
	Einfuhr	60 223	57 100	53 906	5 287	5 592	5 643	5 687	4 573	5 376
	Saldo	+ 9 591	+ 10 786	+ 6 728	+ 812	+ 535	+ 892	+ 943	+ 163	+ 1 172
Niederlande	Ausfuhr	91 061	91 528	84 579	7 719	7 947	8 477	8 250	7 946	8 862
	Einfuhr	97 709	97 816	87 024	7 959	8 424	8 563	8 722	8 272	9 004
	Saldo	- 6 649	- 6 288	- 2 445	- 240	- 477	- 86	- 473	- 326	- 142
Österreich	Ausfuhr	65 027	66 076	60 118	5 912	5 797	6 126	6 065	5 554	6 356
	Einfuhr	42 994	44 059	40 454	3 762	3 851	4 151	4 126	3 456	4 253
	Saldo	+ 22 033	+ 22 017	+ 19 663	+ 2 150	+ 1 946	+ 1 975	+ 1 939	+ 2 098	+ 2 103
Spanien	Ausfuhr	44 184	44 218	37 618	3 727	3 711	3 890	3 658	3 053	3 647
	Einfuhr	32 399	33 126	31 281	2 884	2 941	2 855	2 800	2 197	2 541
	Saldo	+ 11 785	+ 11 092	+ 6 337	+ 843	+ 771	+ 1 035	+ 858	+ 857	+ 1 106
Andere EU-Länder	Ausfuhr	204 011	205 949	193 888	18 351	18 766	19 533	18 340	17 931	19 658
	Einfuhr	180 623	183 387	175 444	16 244	16 458	17 118	16 105	14 617	17 037
	Saldo	+ 23 388	+ 22 561	+ 18 444	+ 2 106	+ 2 308	+ 2 415	+ 2 235	+ 3 313	+ 2 621
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	203 661	204 575	189 180	16 508	15 468	16 713	16 942	15 666	17 097
	Einfuhr	158 142	154 441	135 822	13 319	12 930	13 280	13 006	12 878	13 589
	Saldo	+ 45 519	+ 50 134	+ 53 358	+ 3 189	+ 2 539	+ 3 432	+ 3 936	+ 2 788	+ 3 508
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	54 021	56 345	56 265	4 967	4 668	4 983	4 832	4 927	5 010
	Einfuhr	45 913	45 824	45 556	4 061	4 366	4 158	3 882	3 772	4 072
	Saldo	+ 8 108	+ 10 521	+ 10 708	+ 907	+ 303	+ 825	+ 949	+ 1 155	+ 938
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	82 164	79 166	67 086	5 334	5 009	5 541	5 922	4 797	5 738
	Einfuhr	37 025	38 397	35 018	3 075	2 727	2 713	2 836	2 280	2 288
	Saldo	+ 45 139	+ 40 770	+ 32 068	+ 2 258	+ 2 282	+ 2 828	+ 3 086	+ 2 517	+ 3 450
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	413 483	421 728	380 292	34 610	33 138	37 092	36 281	32 900	35 878
	Einfuhr	342 980	355 390	343 270	32 217	31 287	33 841	31 135	32 738	34 381
	Saldo	+ 70 503	+ 66 338	+ 37 022	+ 2 392	+ 1 850	+ 3 251	+ 5 146	+ 162	+ 1 497
1. Afrika	Ausfuhr	22 524	23 627	20 086	1 768	1 723	1 908	2 295	1 863	2 053
	Einfuhr	22 542	24 475	18 758	1 995	2 165	2 423	2 068	1 971	2 253
	Saldo	- 18	- 848	+ 1 328	- 226	- 443	- 516	+ 226	- 108	- 200
2. Amerika	Ausfuhr	158 952	165 602	141 375	13 760	12 602	14 592	14 794	13 046	14 402
	Einfuhr	92 444	100 007	94 005	8 671	8 076	9 639	7 734	8 721	8 765
	Saldo	+ 66 508	+ 65 595	+ 47 370	+ 5 089	+ 4 525	+ 4 953	+ 7 061	+ 4 325	+ 5 637
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	113 341	118 680	103 476	10 061	9 090	10 247	10 832	9 406	10 753
	Einfuhr	64 493	71 334	67 694	6 148	5 868	6 848	5 434	6 253	6 267
	Saldo	+ 48 847	+ 47 346	+ 35 782	+ 3 913	+ 3 223	+ 3 399	+ 5 398	+ 3 153	+ 4 486
3. Asien	Ausfuhr	219 716	221 278	208 146	18 206	17 894	19 587	18 120	17 160	18 462
	Einfuhr	224 355	227 036	226 646	21 303	20 654	21 343	20 980	21 757	23 068
	Saldo	- 4 639	- 5 759	- 18 500	- 3 096	- 2 761	- 1 756	- 2 860	- 4 597	- 4 606
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	29 144	28 663	25 882	2 032	2 228	2 326	2 014	2 112	2 153
	Einfuhr	8 156	7 460	6 721	589	670	636	669	617	658
	Saldo	+ 20 989	+ 21 202	+ 19 161	+ 1 442	+ 1 558	+ 1 690	+ 1 345	+ 1 495	+ 1 495
Japan	Ausfuhr	20 436	20 662	17 396	1 551	1 310	1 393	1 442	1 557	1 640
	Einfuhr	23 710	23 904	21 427	2 077	1 957	2 034	1 948	1 929	2 114
	Saldo	- 3 275	- 3 243	- 4 032	- 526	- 647	- 641	- 507	- 372	- 474
Volksrepublik China 2)	Ausfuhr	93 004	95 984	95 840	8 379	8 384	9 530	8 357	7 631	8 457
	Einfuhr	106 065	110 054	117 373	10 747	10 358	10 924	10 773	11 368	12 300
	Saldo	- 13 061	- 14 070	- 21 533	- 2 368	- 1 974	- 1 394	- 2 417	- 3 737	- 3 843
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens 3)	Ausfuhr	54 995	54 164	50 590	4 510	4 525	4 501	4 634	4 074	4 384
	Einfuhr	52 945	51 748	48 222	4 635	4 572	4 750	4 289	4 696	4 746
	Saldo	+ 2 050	+ 2 416	+ 2 368	- 124	- 47	- 249	+ 345	- 621	- 363
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	12 291	11 221	10 685	875	920	1 005	1 072	831	961
	Einfuhr	3 639	3 872	3 861	249	392	437	353	289	295
	Saldo	+ 8 652	+ 7 349	+ 6 824	+ 626	+ 528	+ 568	+ 719	+ 542	+ 666

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem jeweils neuesten Stand. EU ohne Vereinigtes Königreich. 1 Einschl. Schiffs- und

Luftfahrzeugbedarf sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. 2 Ohne Hongkong. 3 Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen und Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen								Primäreinkommen		
	Insgesamt	darunter:							Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen	Sonstiges Primär-einkommen 3)
		Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 1)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unter-nehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 2)			
2016	- 20 987	- 5 950	- 38 247	+ 8 612	+ 15 790	- 7 156	- 1 520	+ 3 092	+ 474	+ 76 800	- 1 076
2017	- 23 994	- 3 679	- 43 558	+ 9 613	+ 14 903	- 8 188	- 1 065	+ 2 177	- 637	+ 76 669	- 1 403
2018	- 17 410	- 2 003	- 44 543	+ 9 535	+ 17 398	- 7 206	+ 580	+ 3 325	- 1 208	+ 107 902	- 1 001
2019	- 20 653	+ 2	- 45 947	+ 10 392	+ 17 728	- 9 561	- 2 933	+ 3 493	+ 373	+ 111 763	- 945
2020	+ 3 471	- 6 095	- 14 698	+ 9 461	+ 17 392	- 6 822	- 4 775	+ 3 347	+ 2 307	+ 91 586	- 1 396
2020 1.Vj.	- 2 773	- 1 220	- 7 497	+ 2 464	+ 4 344	- 2 164	- 963	+ 881	+ 917	+ 26 953	- 996
2.Vj.	+ 5 647	- 1 534	+ 259	+ 2 332	+ 4 794	- 1 524	- 1 125	+ 879	+ 384	+ 15 200	- 2 524
3.Vj.	- 5 402	- 1 863	- 7 428	+ 2 206	+ 3 353	- 1 993	- 1 645	+ 892	+ 97	+ 23 168	- 1 123
4.Vj.	+ 5 999	- 1 478	- 32	+ 2 458	+ 4 902	- 1 140	- 1 042	+ 695	+ 909	+ 26 265	+ 3 247
2021 1.Vj.	+ 3 603	- 1 036	- 378	+ 2 614	+ 4 422	- 2 501	- 1 418	+ 785	+ 999	+ 27 710	- 1 016
2.Vj.	+ 4 894	- 223	- 1 723	+ 2 522	+ 4 779	- 1 254	- 1 241	+ 824	+ 464	+ 17 003	- 2 865
3.Vj. p)	- 8 683	+ 760	- 12 797	+ 835	+ 3 511	- 1 987	- 869	+ 856	+ 101	+ 30 126	- 1 233
2020 Nov.	+ 2 239	- 457	+ 358	+ 497	+ 1 712	- 611	- 82	+ 192	+ 266	+ 8 741	- 470
Dez.	+ 2 917	- 401	+ 338	+ 1 001	+ 1 849	+ 170	- 867	+ 244	+ 386	+ 10 111	+ 4 151
2021 Jan.	+ 943	- 460	- 133	+ 1 013	+ 1 086	- 869	- 347	+ 256	+ 343	+ 9 806	- 354
Febr.	+ 1 335	- 356	- 62	+ 797	+ 1 467	- 733	- 260	+ 262	+ 359	+ 7 576	- 299
März	+ 1 324	- 220	- 183	+ 803	+ 1 868	- 900	- 811	+ 267	+ 297	+ 10 328	- 363
April	+ 2 809	+ 192	- 155	+ 1 204	+ 1 859	- 673	- 153	+ 265	+ 138	+ 6 694	- 323
Mai	+ 1 665	- 190	- 144	+ 847	+ 1 355	- 477	- 495	+ 289	+ 171	+ 1 278	- 2 091
Juni	+ 419	- 224	- 1 425	+ 472	+ 1 564	- 104	- 592	+ 271	+ 155	+ 9 031	- 451
Juli	- 2 195	- 87	- 3 328	+ 761	+ 1 112	- 1 178	+ 24	+ 293	+ 26	+ 8 675	- 410
Aug.	- 4 554	+ 465	- 5 126	- 557	+ 930	- 350	- 526	+ 305	+ 43	+ 10 652	- 408
Sept. p)	- 1 934	+ 382	- 4 344	+ 631	+ 1 469	- 459	- 368	+ 257	+ 32	+ 10 799	- 415

1 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Einnahmen und Ausgaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl.

Einnahmen ausländischer militärischer Dienststellen. 3 Enthält unter anderem Pacht, Produktions- und Importabgaben an die EU sowie Subventionen von der EU.

5. Sekundäreinkommen und Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Sekundäreinkommen						Vermögensänderungsbilanz			
	Insgesamt	Staat		Alle Sektoren ohne Staat 2)			Insgesamt	nicht produziertes Sachvermögen	Vermögens-übertragungen	
		Insgesamt	darunter:	Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Vermögen, u.ä.	Insgesamt				darunter:
2016	- 40 931	- 25 417	- 11 516	+ 10 739	- 15 514	+ 4 214	+ 4 196	+ 2 142	+ 3 219	- 1 077
2017	- 50 776	- 23 191	- 9 851	+ 9 665	- 27 584	+ 4 632	+ 4 613	- 2 936	+ 926	- 3 863
2018	- 48 713	- 28 645	- 10 186	+ 10 237	- 20 067	+ 5 152	+ 5 142	+ 676	+ 3 444	- 2 768
2019	- 48 434	- 28 956	- 10 728	+ 11 745	- 19 479	+ 5 445	+ 5 431	- 526	+ 2 754	- 3 280
2020	- 51 582	- 34 268	- 12 211	+ 10 877	- 17 313	+ 5 925	+ 5 908	- 4 771	+ 469	- 5 240
2020 1.Vj.	- 14 404	- 9 565	- 2 315	+ 2 514	- 4 839	+ 1 482	+ 1 477	- 348	- 444	+ 95
2.Vj.	- 8 922	- 4 819	- 2 270	+ 4 506	- 4 104	+ 1 480	+ 1 477	+ 188	+ 504	- 316
3.Vj.	- 10 369	- 6 422	- 3 249	+ 2 144	- 3 947	+ 1 481	+ 1 477	- 1 206	- 54	- 1 151
4.Vj.	- 17 886	- 13 463	- 4 378	+ 1 713	- 4 423	+ 1 482	+ 1 477	- 3 405	+ 464	- 3 869
2021 1.Vj.	- 20 618	- 14 676	- 3 294	+ 2 276	- 5 942	+ 1 547	+ 1 543	- 215	- 25	- 190
2.Vj.	- 8 572	- 4 303	- 1 584	+ 5 280	- 4 269	+ 1 547	+ 1 543	- 1 887	- 1 702	- 184
3.Vj. p)	- 13 195	- 8 057	- 1 848	+ 2 115	- 5 138	.	+ 1 543	+ 1 900	+ 2 818	- 918
2020 Nov.	- 7 589	- 5 989	- 1 390	+ 256	- 1 601	+ 494	+ 492	- 2 090	- 393	- 1 697
Dez.	- 5 855	- 4 476	- 2 026	+ 931	- 1 379	+ 493	+ 492	+ 5	+ 1 639	- 1 634
2021 Jan.	- 7 340	- 5 854	- 1 803	+ 399	- 1 486	+ 516	+ 514	- 395	- 373	- 22
Febr.	- 8 733	- 6 458	- 661	+ 923	- 2 275	+ 515	+ 514	- 1 448	- 1 236	- 212
März	- 4 545	- 2 364	- 830	+ 955	- 2 181	+ 516	+ 514	+ 1 628	+ 1 584	+ 44
April	- 3 822	- 2 165	- 641	+ 1 332	- 1 658	+ 516	+ 514	- 984	- 857	- 127
Mai	- 1 837	- 734	- 409	+ 2 799	- 1 103	+ 516	+ 514	- 271	- 250	- 21
Juni	- 2 913	- 1 405	- 535	+ 1 149	- 1 508	+ 515	+ 514	- 632	- 596	- 36
Juli	- 5 752	- 3 968	- 2 738	+ 686	- 1 784	+ 516	+ 514	- 574	- 242	- 332
Aug.	- 2 518	- 1 072	+ 1 552	+ 379	- 1 446	+ 515	+ 514	+ 586	+ 679	- 93
Sept. p)	- 4 925	- 3 017	- 662	+ 1 050	- 1 908	.	+ 514	+ 1 888	+ 2 381	- 494

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen.

2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebensversicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

XII. Außenwirtschaft

6. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2018	2019	2020	2021					
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj. p)	Juli	August	Sept. p)
I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)	+ 398 714	+ 247 406	+ 707 119	+ 287 271	+ 122 108	+ 102 774	- 57 261	+ 55 968	+ 104 066
1. Direktinvestitionen	+ 156 050	+ 136 291	+ 96 602	+ 45 517	+ 17 302	+ 36 601	+ 5 805	+ 4 587	+ 26 209
Beteiligungskapital	+ 154 766	+ 116 375	+ 79 229	+ 12 105	+ 31 115	+ 25 359	+ 7 733	+ 8 717	+ 8 908
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 37 276	+ 37 654	+ 16 648	+ 14 233	+ 7 491	+ 13 041	+ 3 027	+ 5 494	+ 4 520
Direktinvestitionskredite	+ 1 285	+ 19 916	+ 17 373	+ 33 412	- 13 813	+ 11 242	- 1 928	- 4 131	+ 17 301
2. Wertpapieranlagen	+ 82 648	+ 136 850	+ 186 532	+ 77 652	+ 59 175	+ 49 408	+ 16 831	+ 7 827	+ 24 750
Aktien 2)	+ 9 251	+ 14 111	+ 65 947	+ 9 077	+ 10 119	+ 19 435	+ 4 412	+ 6 994	+ 8 029
Investmentfondsanteile 3)	+ 28 366	+ 53 919	+ 64 435	+ 16 793	+ 24 841	+ 22 148	+ 5 103	+ 8 695	+ 8 349
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 1 973	+ 8 599	+ 2 019	+ 3 628	- 5 848	+ 5 422	+ 2 595	+ 163	+ 2 664
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	+ 43 058	+ 60 221	+ 54 131	+ 48 154	+ 30 063	+ 2 403	+ 4 721	- 8 026	+ 5 708
3. Finanzderivate und									
Mitarbeiteroptionen 6)	+ 22 539	+ 24 532	+ 99 097	+ 22 346	+ 13 451	- 11 369	+ 2 098	- 6 576	- 6 891
4. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 137 085	- 49 723	+ 324 940	+ 141 371	+ 32 121	- 3 064	- 82 097	+ 18 876	+ 60 157
Monetäre Finanzinstitute 8)	+ 49 862	+ 9 276	- 4 494	+ 142 555	+ 17 351	- 33 428	- 7 301	- 9 974	- 16 154
kurzfristig	+ 45 400	- 8 901	+ 3 526	+ 135 399	+ 13 907	- 24 494	- 4 014	- 3 553	- 16 927
langfristig	+ 4 462	+ 18 177	- 8 020	+ 7 157	+ 3 444	- 8 934	- 3 287	- 6 421	+ 774
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 39 124	+ 16 241	+ 85 204	+ 57 978	- 1 468	+ 15 943	- 1 292	+ 15 606	+ 1 629
kurzfristig	+ 20 489	+ 4 510	+ 43 928	+ 55 568	- 4 798	+ 10 271	- 3 418	+ 14 098	- 409
langfristig	+ 18 635	+ 11 730	+ 41 276	+ 2 410	+ 3 330	+ 5 672	+ 2 126	+ 1 508	+ 2 038
Staat	- 8 696	- 4 325	+ 1 118	- 4 891	- 723	- 689	- 72	+ 1 607	+ 2 224
kurzfristig	- 7 706	- 1 139	+ 2 399	- 4 591	- 695	- 442	+ 194	+ 1 566	- 2 202
langfristig	- 990	- 3 186	- 1 281	- 300	- 28	- 247	- 266	+ 41	- 22
Bundesbank	+ 56 795	- 70 915	+ 243 112	- 54 271	+ 16 961	+ 15 111	- 73 432	+ 11 637	+ 76 906
5. Währungsreserven	+ 392	- 544	- 51	+ 385	+ 58	+ 31 199	+ 102	+ 31 254	- 158
II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)	+ 152 171	+ 43 607	+ 476 016	+ 164 208	+ 54 315	+ 103 259	- 54 585	+ 48 452	+ 109 392
1. Direktinvestitionen	+ 135 583	+ 60 170	+ 97 216	+ 14 345	+ 13 647	+ 15 208	- 3 854	+ 868	+ 18 193
Beteiligungskapital	+ 48 790	+ 30 250	+ 31 079	+ 5 664	+ 8 759	+ 4 742	+ 2 074	+ 1 866	+ 802
darunter:									
Reinvestierte Gewinne 1)	+ 4 331	+ 1 031	+ 2 152	+ 1 039	- 1 921	+ 2 739	+ 560	+ 1 242	+ 937
Direktinvestitionskredite	+ 86 793	+ 29 920	+ 66 136	+ 8 681	+ 4 888	+ 10 466	- 5 928	- 998	+ 17 392
2. Wertpapieranlagen	- 70 988	+ 63 443	+ 143 783	+ 30 853	- 10 289	- 11 795	- 16 133	+ 14 478	- 10 139
Aktien 2)	- 30 383	- 6 075	- 16 838	+ 4 188	- 5 174	+ 412	+ 2 285	- 296	- 1 577
Investmentfondsanteile 3)	- 6 364	- 4 923	+ 933	+ 110	+ 999	- 1 123	- 786	- 466	+ 129
kurzfristige									
Schuldverschreibungen 4)	+ 5 128	+ 15 902	+ 80 193	+ 19 476	+ 216	+ 8 296	- 3 534	+ 10 704	+ 1 126
langfristige									
Schuldverschreibungen 5)	- 39 370	+ 58 539	+ 79 494	+ 7 079	- 6 330	- 19 380	- 14 098	+ 4 535	- 9 816
3. Übriger Kapitalverkehr 7)	+ 87 576	- 80 006	+ 235 017	+ 119 010	+ 50 957	+ 99 846	- 34 597	+ 33 106	+ 101 338
Monetäre Finanzinstitute 8)	- 35 902	- 10 214	+ 108 397	+ 248 352	+ 28 522	- 2 853	- 33 997	- 6 669	+ 37 813
kurzfristig	- 27 469	- 20 978	+ 74 805	+ 218 851	+ 43 378	- 19 511	- 43 178	- 18 028	+ 41 695
langfristig	- 8 433	+ 10 764	+ 33 591	+ 29 501	- 14 856	+ 16 658	+ 9 181	+ 11 359	- 3 882
Unternehmen und									
Privatpersonen 9)	+ 18 949	+ 29 501	+ 26 267	+ 8 474	- 4 287	+ 27 713	+ 11 957	- 398	+ 16 154
kurzfristig	+ 7 132	+ 9 988	+ 18 062	+ 11 480	- 781	+ 27 239	+ 10 373	- 628	+ 17 494
langfristig	+ 11 816	+ 19 513	+ 8 206	- 3 006	- 3 505	+ 474	+ 1 584	+ 229	- 1 339
Staat	+ 2 906	+ 262	- 10 521	- 3 760	+ 3 635	- 131	+ 188	- 1 878	+ 1 558
kurzfristig	+ 2 230	+ 124	- 10 306	- 1 044	+ 3 624	- 156	+ 208	- 1 874	+ 1 511
langfristig	+ 677	+ 138	- 216	- 2 716	+ 10	+ 24	- 20	- 3	+ 48
Bundesbank	+ 101 623	- 99 554	+ 110 874	- 134 057	+ 23 087	+ 75 117	- 12 746	+ 42 051	+ 45 812
III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslandsvermögen: +/ Abnahme: -)	+ 246 544	+ 203 799	+ 231 103	+ 123 063	+ 67 793	- 485	- 2 676	+ 7 516	- 5 326

1 Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe 'Statistische Fachreihe Direktinvestitionstätigkeiten'). 2 Einschl. Genussscheine. 3 Einschl. reinvestierter Erträge. 4 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine

Laufzeitbegrenzung. 6 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. 7 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 8 Ohne Bundesbank. 9 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne Monetäre Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

7. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank *)

Stand zum Ende des Berichtszeitraums	Mio €										
	Auslandsaktiva						Auslands-passiva 3) 4)		Netto-Auslands-position 5)		
	Insgesamt	Währungsreserven			Übrige Kapitalanlagen		Wertpapieranlagen 2)	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB 1)	Auslands-passiva 3) 4)	Netto-Auslands-position 5)	
Gold und Goldforderungen		Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapieranlagen	Insgesamt						
1999 Jan. 6)	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	–	30 857	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	66 278	37 670
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	83 329	12 065
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	95 014	– 1 904
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	115 377	14 891
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	134 697	– 30 308
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	176 569	2 923
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	237 893	– 7 118
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	247 645	75 641
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	273 241	251 454
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	333 730	380 932
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	424 999	496 003
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	401 524	320 217
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 314	282 490
2015	800 709	159 532	105 792	15 185	5 132	33 423	596 638	584 210	44 539	481 787	318 921
2016	990 450	175 765	119 253	14 938	6 581	34 993	767 128	754 263	47 557	592 723	397 727
2017	1 142 845	166 842	117 347	13 987	4 294	31 215	923 765	906 941	52 238	668 527	474 318
2018	1 209 982	173 138	121 445	14 378	5 518	31 796	980 560	966 190	56 284	770 519	439 462
2019	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	671 202	489 769
2020	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2019 Mai	1 186 394	180 073	126 092	14 637	6 150	33 193	952 038	934 640	54 283	618 639	567 754
Juni	1 201 041	187 401	134 470	14 473	6 081	32 377	960 158	942 319	53 482	649 792	551 249
Juli	1 134 349	193 244	139 163	14 613	6 391	33 077	888 584	870 903	52 521	621 971	512 378
Aug.	1 173 640	205 331	149 696	14 703	6 379	34 553	915 546	897 901	52 763	638 733	534 907
Sept.	1 185 142	202 285	147 611	14 831	6 396	33 447	930 892	915 342	51 965	626 236	558 906
Okt.	1 103 094	199 858	146 284	14 663	6 287	32 624	852 754	837 377	50 482	596 696	506 398
Nov.	1 134 129	197 047	143 253	14 799	6 116	32 879	885 524	870 520	51 558	590 333	543 797
Dez.	1 160 971	199 295	146 562	14 642	6 051	32 039	909 645	895 219	52 031	671 202	489 769
2020 Jan.	1 090 725	209 432	154 867	14 785	6 110	33 671	828 120	811 435	53 173	580 910	509 814
Febr.	1 106 033	215 748	159 889	14 857	5 989	35 014	836 782	821 562	53 503	577 033	529 000
März	1 218 815	213 722	158 677	14 812	5 965	34 268	952 781	935 126	52 312	617 919	600 896
April	1 214 851	226 903	170 359	14 935	6 857	34 753	934 333	918 814	53 615	616 319	598 532
Mai	1 209 328	223 125	167 780	14 650	6 787	33 908	931 521	916 145	54 682	612 403	596 925
Juni	1 294 167	226 135	170 728	14 603	6 955	33 849	1 012 982	995 083	55 050	618 825	675 342
Juli	1 323 691	233 547	180 400	14 179	7 465	31 503	1 034 282	1 019 214	55 862	599 189	724 503
Aug.	1 358 137	230 309	177 973	14 129	7 423	30 784	1 071 521	1 056 231	56 307	600 390	757 747
Sept.	1 414 933	227 150	173 979	14 293	7 632	31 246	1 131 686	1 115 189	56 097	649 781	765 151
Okt.	1 346 367	227 767	174 433	14 346	7 656	31 332	1 061 498	1 047 327	57 102	619 445	726 922
Nov.	1 347 202	212 286	159 737	14 193	7 535	30 820	1 078 270	1 060 263	56 647	625 921	721 282
Dez.	1 429 236	219 127	166 904	14 014	8 143	30 066	1 152 757	1 136 002	57 353	781 339	647 898
2021 Jan.	1 348 921	219 860	166 494	14 115	8 061	31 190	1 072 140	1 054 994	56 921	638 042	710 879
Febr.	1 328 303	210 619	157 313	14 119	8 047	31 140	1 060 378	1 043 746	57 306	616 473	711 830
März	1 364 046	209 400	155 323	14 367	7 966	31 744	1 098 486	1 081 989	56 160	647 647	716 400
April	1 307 161	210 799	158 143	14 085	7 836	30 735	1 041 472	1 024 734	54 890	604 863	702 299
Mai	1 370 231	221 201	168 678	14 037	7 809	30 677	1 093 721	1 076 918	55 309	621 827	748 404
Juni	1 384 834	213 600	159 995	14 326	8 094	31 184	1 115 447	1 101 897	55 787	670 632	714 202
Juli	1 319 694	219 775	165 984	14 345	8 104	31 343	1 042 015	1 024 970	57 903	657 905	661 789
Aug.	1 360 722	250 742	165 757	45 091	8 174	31 720	1 053 653	1 037 259	56 327	699 773	660 949
Sept.	1 431 909	246 908	160 943	45 606	8 267	32 092	1 130 558	1 115 126	54 443	746 128	685 781
Okt.	1 388 160	250 340	164 602	45 719	8 449	31 570	1 083 141	1 066 604	54 678	735 595	652 564

* Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb des Euroraums. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem Target-System (in der jeweiligen

Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Zentralbanken des Nicht-Euroraums innerhalb des ESZB. 2 In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euroraums. 3 Einschl. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. 4 Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. 5 Differenz aus Auslandsaktiva und Auslandspassiva. 6 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandspositionen der Unternehmen *)

Mio €

Stand zum Ende des Berichts- zeitraums	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				insgesamt	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					insgesamt	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	insgesamt	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2017	901 267	218 110	683 156	457 369	225 788	211 769	14 018	1 115 680	143 928	971 752	770 140	201 612	131 034	70 579
2018	934 837	234 595	700 241	468 418	231 823	217 561	14 262	1 225 989	146 105	1 079 884	873 977	205 907	134 897	71 010
2019	959 708	226 949	732 759	499 322	233 437	217 768	15 669	1 281 332	165 199	1 116 133	908 374	207 759	133 704	74 055
2020	1 007 574	250 320	757 254	529 154	228 099	211 800	16 300	1 360 348	167 766	1 192 582	984 663	207 919	129 171	78 748
2021 April	1 086 960	269 905	817 055	577 596	239 459	222 468	16 991	1 409 569	170 664	1 238 906	1 023 103	215 803	133 961	81 842
Mai	1 057 714	270 395	787 319	553 608	233 711	216 984	16 727	1 389 444	171 979	1 217 465	1 006 408	211 056	129 367	81 689
Juni	1 064 620	249 361	815 259	569 374	245 885	228 928	16 957	1 405 317	164 780	1 240 537	1 016 612	223 925	140 022	83 903
Juli	1 066 535	253 859	812 676	569 944	242 732	225 820	16 912	1 412 766	176 627	1 236 138	1 016 188	219 950	135 566	84 384
Aug.	1 077 379	260 534	816 844	579 112	237 732	220 894	16 839	1 412 471	175 411	1 237 061	1 022 017	215 044	129 822	85 222
Sept.	1 098 237	252 396	845 841	597 574	248 267	231 250	17 017	1 448 705	180 078	1 268 627	1 037 114	231 514	146 216	85 297
EU-Länder (27 ohne GB)														
2017	522 279	166 645	355 634	263 631	92 003	83 509	8 494	720 770	93 932	626 838	544 462	82 376	62 137	20 239
2018	545 146	176 529	368 617	276 091	92 525	84 214	8 312	796 793	87 930	708 863	626 713	82 150	61 561	20 589
2019	569 888	176 258	393 630	302 654	90 976	82 454	8 522	824 390	89 604	734 787	650 172	84 615	62 534	22 081
2020	599 741	188 300	411 440	322 386	89 054	80 200	8 854	866 365	92 592	773 773	687 613	86 160	62 357	23 803
2021 April	676 258	211 565	464 692	368 731	95 961	86 771	9 190	912 592	90 962	821 630	730 073	91 557	65 794	25 763
Mai	640 806	211 913	428 894	335 464	93 430	84 441	8 990	890 189	96 512	793 677	704 853	88 824	63 274	25 550
Juni	634 306	195 636	438 670	342 302	96 368	87 237	9 130	895 230	93 766	801 465	708 232	93 233	67 553	25 680
Juli	634 744	198 458	436 285	341 574	94 712	85 629	9 083	895 013	92 773	802 240	711 618	90 622	65 103	25 519
Aug.	645 244	207 098	438 146	346 930	91 215	82 131	9 084	894 407	93 977	800 430	713 628	86 802	61 163	25 639
Sept.	653 111	199 566	453 545	355 514	98 031	88 826	9 204	923 746	110 857	812 890	720 175	92 714	67 264	25 450
Extra-EU-Länder (27 einschl. GB)														
2017	378 987	51 465	327 522	193 738	133 784	128 260	5 524	394 910	49 996	344 914	225 677	119 236	68 897	50 340
2018	389 691	58 066	331 625	192 327	139 298	133 347	5 950	429 197	58 175	371 021	247 265	123 757	73 335	50 422
2019	389 820	50 692	339 129	196 668	142 461	135 314	7 146	456 942	75 595	381 347	258 203	123 144	71 171	51 974
2020	407 833	62 020	345 814	206 768	139 046	131 600	7 445	493 983	75 175	418 809	297 050	121 758	66 813	54 945
2021 April	410 703	58 340	352 363	208 865	143 498	135 697	7 801	496 977	79 702	417 275	293 030	124 246	68 167	56 078
Mai	416 908	58 483	358 425	218 144	140 280	132 543	7 737	499 255	75 467	423 788	301 555	122 232	66 093	56 140
Juni	430 314	53 725	376 590	227 072	149 517	141 691	7 826	510 087	71 014	439 073	308 380	130 692	72 470	58 222
Juli	431 792	55 401	376 391	228 370	148 020	140 191	7 829	517 753	83 854	433 899	304 570	129 328	70 464	58 864
Aug.	432 135	53 436	378 699	232 181	146 517	138 763	7 754	518 064	81 434	436 630	308 388	128 242	68 659	59 583
Sept.	445 126	52 830	392 297	242 060	150 236	142 423	7 813	524 959	69 221	455 738	316 939	138 799	78 952	59 847
Euroraum (19)														
2017	454 033	149 685	304 348	232 178	72 170	64 683	7 487	654 278	75 669	578 609	512 786	65 823	50 442	15 381
2018	468 699	156 351	312 348	240 676	71 672	64 427	7 245	730 553	68 747	661 806	596 496	65 310	49 555	15 755
2019	492 090	157 829	334 261	263 830	70 431	62 939	7 492	751 076	69 464	681 612	615 369	66 243	49 609	16 634
2020	515 425	167 497	347 928	279 213	68 715	61 150	7 565	783 041	71 423	711 617	645 409	66 208	48 316	17 891
2021 April	574 874	188 396	386 478	313 279	73 199	65 469	7 730	823 642	71 163	752 479	682 989	69 490	50 038	19 452
Mai	549 188	192 018	357 170	286 041	71 129	63 482	7 647	809 765	76 299	733 466	664 788	68 679	48 960	19 718
Juni	536 631	171 581	365 050	291 933	73 117	65 369	7 749	814 593	74 426	740 167	668 245	71 922	52 035	19 887
Juli	541 433	180 967	360 466	287 849	72 617	64 790	7 827	814 810	73 730	741 080	670 829	70 251	50 514	19 737
Aug.	548 489	187 471	361 018	291 497	69 521	61 737	7 783	816 982	75 912	741 070	674 183	66 887	47 226	19 661
Sept.	552 770	179 900	372 870	297 471	75 399	67 443	7 955	843 846	91 051	752 795	680 758	72 036	52 387	19 650
Extra-Euroraum (19)														
2017	447 234	68 425	378 809	225 191	153 618	147 087	6 531	461 402	68 259	393 143	257 354	135 789	80 592	55 197
2018	466 138	78 244	387 894	227 743	160 151	153 134	7 017	495 436	77 358	418 078	277 482	140 597	85 342	55 255
2019	467 618	69 120	398 498	235 492	163 006	154 829	8 176	530 256	95 735	434 521	293 005	141 516	84 095	57 421
2020	492 149	82 823	409 326	249 941	159 385	150 650	8 735	577 307	96 343	480 965	339 254	141 711	80 854	60 856
2021 April	512 086	81 509	430 577	264 317	166 260	156 999	9 261	585 927	99 501	486 426	340 113	146 313	83 923	62 390
Mai	508 526	78 377	430 148	267 567	162 582	153 502	9 080	579 679	95 680	483 998	341 621	142 378	80 407	61 971
Juni	527 989	77 780	450 209	277 442	172 768	163 560	9 208	590 724	90 354	500 370	348 367	152 003	87 987	64 016
Juli	525 102	72 892	452 210	282 095	170 115	161 030	9 086	597 955	102 897	495 058	345 359	149 699	85 052	64 647
Aug.	528 890	73 063	455 826	287 615	168 212	159 156	9 055	595 489	99 499	495 991	347 833	148 157	82 596	65 561
Sept.	545 467	72 495	472 972	300 104	172 868	163 806	9 062	604 859	89 026	515 833	356 355	159 477	93 829	65 648

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV. Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch be-

dingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XII. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar.

XII. Außenwirtschaft

9. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien	China	Dänemark	Japan	Kanada	Norwegen	Schweden	Schweiz	Vereinigte Staaten	Vereinigtes Königreich
	AUD	CNY	DKK	JPY	CAD	NOK	SEK	CHF	USD	GBP
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2015	1,4777	6,9733	7,4587	134,31	1,4186	8,9496	9,3535	1,0679	1,1095	0,72584
2016	1,4883	7,3522	7,4452	120,20	1,4659	9,2906	9,4689	1,0902	1,1069	0,81948
2017	1,4732	7,6290	7,4386	126,71	1,4647	9,3270	9,6351	1,1117	1,1297	0,87667
2018	1,5797	7,8081	7,4532	130,40	1,5294	9,5975	10,2583	1,1550	1,1810	0,88471
2019	1,6109	7,7355	7,4661	122,01	1,4855	9,8511	10,5891	1,1124	1,1195	0,87777
2020	1,6549	7,8747	7,4542	121,85	1,5300	10,7228	10,4848	1,0705	1,1422	0,88970
2020 Juni	1,6322	7,9734	7,4548	121,12	1,5254	10,7298	10,4869	1,0712	1,1255	0,89878
Juli	1,6304	8,0352	7,4467	122,38	1,5481	10,6544	10,3538	1,0711	1,1463	0,90467
Aug.	1,6433	8,1954	7,4460	125,40	1,5654	10,5797	10,3087	1,0767	1,1828	0,90081
Sept.	1,6307	8,0333	7,4418	124,50	1,5586	10,7769	10,4279	1,0786	1,1792	0,90947
Okt.	1,6521	7,9225	7,4424	123,89	1,5559	10,9220	10,3967	1,0739	1,1775	0,90741
Nov.	1,6266	7,8152	7,4459	123,61	1,5472	10,7453	10,2311	1,0785	1,1838	0,89605
Dez.	1,6166	7,9602	7,4412	126,28	1,5595	10,6008	10,1736	1,0814	1,2170	0,90624
2021 Jan.	1,5764	7,8730	7,4387	126,31	1,5494	10,3661	10,0952	1,0794	1,2171	0,89267
Febr.	1,5605	7,8136	7,4367	127,49	1,5354	10,2791	10,0887	1,0858	1,2098	0,87268
März	1,5444	7,7465	7,4363	129,38	1,4970	10,1469	10,1692	1,1065	1,1899	0,85873
April	1,5544	7,8051	7,4367	130,49	1,4975	10,0376	10,1620	1,1031	1,1979	0,86527
Mai	1,5653	7,8109	7,4362	132,57	1,4732	10,0931	10,1471	1,0968	1,2146	0,86258
Juni	1,5761	7,7391	7,4364	132,63	1,4713	10,1444	10,1172	1,0940	1,2047	0,85872
Juli	1,5926	7,6536	7,4373	130,35	1,4806	10,3767	10,1979	1,0856	1,1822	0,85613
Aug.	1,6118	7,6237	7,4369	129,28	1,4827	10,4195	10,2157	1,0762	1,1772	0,85287
Sept.	1,6087	7,6007	7,4361	129,66	1,4910	10,1861	10,1710	1,0857	1,1770	0,85683
Okt.	1,5669	7,4500	7,4398	131,21	1,4436	9,8143	10,0557	1,0708	1,1601	0,84694

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistische Fachreihe Wechselkursstatistik.

10. Euro-Länder und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399	
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583	
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573	
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957	
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564	
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27	
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399	
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371	
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603	
	Portugal	Escudo	PTE	200,482	
	Spanien	Peseta	ESP	166,386	
	2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
	2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300	
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274	
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260	
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466	
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804	
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280	

XII. Außenwirtschaft

11. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1.Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektive Wechselkurse des Euro gegenüber den Währungen der Ländergruppe						Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft						
	EWK-19 1)			EWK-42 2)			auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)				auf Basis der Verbraucherpreisindizes gegenüber		
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählten Industrieländern 4)			37 Ländern 5)	26 ausgewählten Industrieländern 4)	37 Ländern 5)	60 Ländern 6)
							insgesamt	davon:					
						Euro-Länder	Nicht-Euro-Länder						
1999	96,2	96,2	96,1	96,1	96,6	96,0	97,9	99,6	95,9	97,7	98,3	98,1	97,8
2000	87,1	86,8	86,1	85,5	88,1	86,1	92,0	97,4	85,5	91,1	93,1	92,3	91,2
2001	87,6	87,1	86,8	84,5	90,2	86,9	91,7	96,5	86,0	90,5	93,0	91,7	91,1
2002	89,8	90,2	89,9	88,0	94,5	90,5	92,3	95,6	88,5	91,0	93,5	92,2	91,9
2003	100,4	101,3	101,0	99,1	106,4	101,5	95,8	94,7	97,6	95,3	97,0	96,7	96,9
2004	104,2	105,2	104,0	102,3	110,9	105,3	96,1	93,5	100,0	95,6	98,5	98,2	98,5
2005	102,8	103,8	102,0	100,6	109,0	102,9	94,7	91,9	98,8	93,2	98,4	97,1	96,8
2006	102,8	103,8	101,5	99,5	109,1	102,2	93,5	90,3	98,2	91,6	98,6	96,7	96,1
2007	106,3	106,8	103,7	101,2	112,7	104,4	94,5	89,5	102,0	91,9	100,9	98,3	97,4
2008	110,1	109,7	105,8	104,9	117,4	106,9	94,8	88,2	105,1	91,2	102,4	98,4	97,6
2009	111,6	110,5	107,0	108,6	120,5	107,9	95,2	89,1	104,7	92,0	101,9	98,6	98,0
2010	104,4	102,8	98,8	101,0	111,9	99,0	92,5	88,7	98,2	88,1	98,8	94,3	92,6
2011	104,2	101,9	97,0	99,3	112,7	98,5	92,1	88,4	97,6	87,3	98,2	93,5	92,0
2012	98,5	96,7	91,4	93,7	107,5	93,7	90,1	88,3	92,5	84,7	95,9	90,5	89,0
2013	102,0	99,7	94,5	96,6	112,2	96,7	92,3	88,7	97,5	86,6	98,1	92,3	91,0
2014	102,3	99,1	94,4	96,7	114,5	97,1	92,9	89,6	97,7	87,3	98,2	92,5	91,6
2015	92,5	89,4	85,8	86,2	106,1	88,6	89,7	90,2	88,9	83,6	94,4	87,8	87,0
2016	95,2	91,4	88,1	p) 87,4	110,1	90,6	90,6	90,7	90,5	84,9	95,0	88,8	88,2
2017	97,4	93,3	89,2	p) 88,1	112,4	91,8	91,9	90,8	93,3	85,7	96,3	89,9	89,0
2018	99,9	95,5	90,7	p) 89,6	117,3	94,9	93,1	90,9	96,4	86,6	97,7	91,2	90,9
2019	98,1	93,1	88,9	p) 87,2	115,4	92,3	92,1	91,0	93,5	85,7	96,4	89,9	89,5
2020	99,6	93,5	p) 89,3	p) 87,8	119,4	93,8	92,0	91,2	93,2	86,2	96,4	90,1	90,3
2018 Nov.	99,1	94,7	90,1	p) 88,9	116,8	94,3	92,8	91,1	95,2	86,5	97,3	91,1	90,9
2018 Dez.	99,2	94,6			116,9	94,2					97,2	90,8	90,6
2019 Jan.	98,7	94,1			116,3	93,6					96,8	90,4	90,1
2019 Febr.	98,3	93,6	89,0	p) 87,5	115,6	92,9	92,1	90,8	94,1	85,7	96,5	90,0	89,5
2019 März	97,7	93,0			115,2	92,4					96,2	89,6	89,2
2019 April	97,6	92,8			115,0	92,2					96,5	89,8	89,4
2019 Mai	98,1	93,2	88,7	p) 87,2	115,7	92,6	92,2	91,0	93,9	85,7	96,7	90,2	89,8
2019 Juni	98,7	93,7			116,2	93,0					96,8	90,3	89,9
2019 Juli	98,3	93,3			115,3	92,2					96,7	90,1	89,5
2019 Aug.	98,8	93,7	89,2	p) 87,4	116,2	92,8	92,2	91,2	93,5	85,9	96,5	90,3	89,8
2019 Sept.	98,1	92,9			115,3	92,0					96,2	90,0	89,4
2019 Okt.	98,0	92,6			115,2	91,7					96,2	89,8	89,2
2019 Nov.	97,4	92,0	88,6	p) 86,4	114,6	91,1	91,8	91,2	92,6	85,6	95,9	89,4	88,8
2019 Dez.	97,3	91,9			114,6	91,0					95,9	89,5	88,9
2020 Jan.	96,9	91,2			114,1	90,4					95,9	89,0	88,4
2020 Febr.	96,2	90,5	88,0	p) 87,0	113,5	89,7	91,7	91,4	91,9	85,5	95,5	88,7	88,1
2020 März	98,8	92,9			117,8	93,0					96,4	90,0	90,1
2020 April	98,1	92,5			117,5	92,9					96,2	90,1	90,3
2020 Mai	98,3	92,5	88,9	p) 87,5	117,5	92,8	91,3	91,2	91,3	85,9	96,3	90,2	90,3
2020 Juni	99,7	93,8			119,1	93,9					97,0	90,8	90,9
2020 Juli	100,4	94,4			120,3	94,7					96,0	90,0	90,3
2020 Aug.	101,5	94,9	90,1	p) 88,6	122,4	95,8	92,6	91,2	94,5	86,8	97,0	90,8	91,4
2020 Sept.	101,5	94,8			122,4	95,7					96,9	90,7	91,2
2020 Okt.	101,3	94,7			122,4	95,6					96,6	90,5	91,1
2020 Nov.	100,6	94,2	p) 90,3	p) 88,2	121,6	95,0	92,6	90,9	95,1	86,5	96,5	90,1	90,6
2020 Dez.	101,8	95,1			122,9	95,9					97,0	90,6	91,0
2021 Jan.	101,3	95,3			122,4	96,0					97,9	91,4	91,8
2021 Febr.	100,6	94,6	p) 90,0	p) 87,8	121,5	95,2	93,1	91,6	95,3	86,8	97,9	91,2	91,5
2021 März	100,3	94,1			121,2	94,8					97,7	91,1	91,4
2021 April	100,6	94,2			121,9	95,1					98,0	91,3	91,8
2021 Mai	100,8	94,2	p) 88,8	p) 85,9	122,3	95,2	93,0	91,2	95,5	86,5	98,1	91,4	91,9
2021 Juni	100,2	93,7			121,5	94,5					97,9	91,1	91,5
2021 Juli	99,7	p) 93,5			120,8	p) 94,2					97,7	p) 91,0	p) 91,4
2021 Aug.	99,3	p) 93,2			120,4	p) 93,9	p) 97,4	p) 90,8	p) 91,1
2021 Sept.	99,4	p) 93,2			120,4	p) 93,8					p) 97,4	p) 90,7	p) 91,0
2021 Okt.	98,4	p) 92,2			119,5	p) 92,9					p) 97,3	p) 90,5	p) 90,9

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro. Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. Die Gewichte beruhen auf dem Handel mit gewerblichen Erzeugnissen und Dienstleistungen. Nähere Erläuterungen zur Methodik und Wägungsschemata siehe Website der Deutschen Bundesbank (<https://www.bundesbank.de/content/774128>). **1** Berechnungen anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechien, Ungarn, USA und Vereinigtes Königreich. Soweit die aktuellen Preis-

bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. **2** Berechnungen der EZB. Umfasst die Ländergruppe EWK-19 zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Kolumbien, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Peru, Philippinen, Russische Föderation, Saudi-Arabien, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei, Ukraine und Vereinigte Arabische Emirate. **3** Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. **4** Euro-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, USA und Vereinigtes Königreich. **5** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-19. **6** Euro-Länder (in aktueller Zusammensetzung) sowie die Länder der Gruppe EWK-42.

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die gedruckten Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über das Bestellportal der Bundesbank zu beziehen. Aktualisierte Ergebnisse ausgewählter Statistiken stehen im Internet bereit. Darüber hinaus sind mit den neuen Statistischen Fachreihen Daten in einer neuen Grundstruktur und mit erweiterten Nutzungsoptionen auf der Internetseite der Bundesbank verfügbar.

■ Geschäftsbericht

Februar 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2020/2021

■ Finanzstabilitätsbericht

März 2021

- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2020
- Ein neuer europäischer Aufsichtsrahmen für Wertpapierfirmen

■ Monatsbericht

Ein Verzeichnis der Aufsätze, die in der Zeit von 2010 bis 2020 veröffentlicht wurden, steht auf der Internetseite der Bundesbank zur Verfügung.

April 2021

- Die Wirkung der Geldpolitik in Abhängigkeit der Verschuldungssituation des nichtfinanziellen Privatsektors: Evidenz für den Euroraum
- Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in der Pandemie: Erkenntnisse aus dem Bundesbank-Online-Panel-Firmen
- Digitales Geld: Optionen für den Zahlungsverkehr

Aufsätze im Monatsbericht

Januar 2021

- Zur Verlangsamung des Produktivitätswachstums im Euroraum
- Erhebungsmethodik und Analysemöglichkeiten der erweiterten Statistik über Bankkonzerne im Wertpapierhalterbereich
- Das zweistufige System für die Verzinsung der Reserverguthaben und seine Auswirkungen auf Banken und Finanzmärkte

Mai 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2021

Juni 2021

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2021 bis 2023

- Staatsfinanzen: Anleihekäufe der Zentralbank erhöhen die Sensitivität gegenüber Zinsänderungen
- Bundesschulden: Bei Zinsausgaben Agien periodengerecht verbuchen
- Kommunalfinanzen: Ansätze zur Begrenzung von Kassenkrediten und zur Vermeidung von Haushaltsschieflagen

Juli 2021

- Grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen: Auswirkungen der Internationalisierung auf Unternehmen in Deutschland
- Krypto-Token und dezentrale Finanzanwendungen
- Digitale Risiken im Bankensektor
- Makroprudenzielle Politik und Growth-at-Risk

August 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2021

September 2021

- Die geldpolitische Strategie des Eurosystems
- Der Einfluss der Geldpolitik des Eurosystems auf Bitcoin und andere Krypto-Token
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2020

Oktober 2021

- Länderfinanzen 2020: Defizit aufgrund temporärer Pandemieeffekte, Ausnahmeklauseln auch für Reservebildung genutzt
- Die Weltwirtschaft während der Coronavirus-Pandemie
- Wie stehen private Haushalte in Deutschland zum digitalen Euro? Erste Ergebnisse aus Umfragen und Interviews
- Die Regulierung der Vergütung in Kreditinstituten

November 2021

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2021

■ Statistische Fachreihen*)

Außenwirtschaft

- Auslandsvermögen und -verschuldung, monatlich
- Direktinvestitionsstatistiken, April
- Zahlungsbilanzstatistik, monatlich

Banken

- Bankenstatistiken, monatlich
- Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklungsstatistiken, September

Geld- und Kapitalmärkte

- Emissionsstatistiken, monatlich
- Investmentfondsstatistik, monatlich
- Kapitalmarktkennzahlen, monatlich

Gesamtwirtschaftliche Rechenwerke

- Finanzierungsrechnung, Juni

Konjunktur und Preise

- Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, monatlich

Unternehmensabschlüsse

- Jahresabschlussstatistik (Hochgerechnete Angaben), Dezember
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen), Mai
- Jahresabschlussstatistik (Verhältniszahlen – vorläufig), Mai
- Konzernabschlussstatistik, Juni/Dezember

Wechselkurse

- Wechselkursstatistik, monatlich

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Juli 2021²⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Juli 2021²⁾

- | | | |
|---|---|--|
| 3 | Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ¹⁾²⁾ | 25/2021
Equity premium predictability over the business cycle |
| 7 | Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013 | 26/2021
The case for a positive euro area inflation target: Evidence from France, Germany and Italy |

■ Sonderveröffentlichungen

- | | |
|--|--|
| Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ¹⁾ | 27/2021
Decomposing the yield curve with linear regressions and survey information |
| Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ¹⁾ | 28/2021
Return differences between DAX ETFs and the benchmark DAX |
| Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ¹⁾ | 29/2021
On the importance of fiscal space: Evidence from short sellers during the COVID-19 pandemic |
| Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000 | 30/2021
Better be careful: The replenishment of ABS backed by SME loans |
| Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000 | 31/2021
The leverage effect of bank disclosures |
| Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002 | 32/2021
Macroprudential policy and the sovereign-bank nexus in the euro area |
| Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ¹⁾ | 33/2021
Benefits of internationalisation for acquirers and targets – but unevenly distributed |
| Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ¹⁾ | 34/2021
Pandemic recessions and contact tracing |
| Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008 | 35/2021
Quantitative easing, safe asset scarcity and bank lending |
| Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ¹⁾ | 36/2021
Banks' credit losses and lending dynamics |

■ Diskussionspapiere^{o)}

- 24/2021
 Reversal interest rate and macroprudential policy

Anmerkungen siehe S. 88*.

37/2021

Financial integration and the co-movement of economic activity: Evidence from U.S. states

38/2021

Structural change revisited: The rise of manufacturing jobs in the service sector

39/2021

Safe asset shortage and collateral reuse

40/2021

Hitting the elusive inflation target

41/2021

Monetary policy and Bitcoin

42/2021

Bank risk-taking and impaired monetary policy transmission

■ Bankrechtliche Regelungen

1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998

2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008¹⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008²⁾

* Die Statistischen Fachreihen ersetzen die Statistischen Beihefte sowie teilweise die Statistischen Sonderveröffentlichungen und werden ausschließlich auf der Internetseite der Bundesbank in der Rubrik Publikationen/Statistiken angeboten.

○ Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar.

1 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

2 Nur im Internet verfügbar.